

# DAS ARGUMENT 107

## Gewerkschafts-Diskussion (I)

### Editorial

Die *Argument*-Konzeption 1

Eberhard Schmidt

Gerät die Sozialpartnerschaft in die Krise? 8

Walther Müller-Jentsch

Die Neue Linke und die Gewerkschaften 17

### Perspektiven arbeitsorientierter Reformpolitik

K. H. Tjaden

Territorialstruktur und antikapitalistische Reformpolitik 29

### Stalinismus-Forschung

Gert Meyer

Industrialisierung, Arbeiterklasse, Stalinherrschaft in der UdSSR (II) 42

### Aktuelle Analysen

Wolfgang Abendroth

Bahros „Alternative“ 60

Rainer Kawa

Terrorismus: Strategien der Verunsicherung 67

### Kongreßberichte

Hochschulpolitischer Kongreß des BdWi 79

WSI-Forum 80

Kulturtagung des IMSF 81

Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie 85

### Besprechungen

Ästhetik, Literaturgeschichte, Gewerkschaften,  
Theorie und Geschichte, Staatsrecht 89

Zeitschriftenschau I

Aufsatz-Autoren dieses Heftes XII

# DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:

Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Aiff (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Reinhard Opitz (Köln), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Christof Müller-Wirth, Postfach 21 0730, 7500 Karlsruhe 21

Telefon 07 21 / 55 59 55, Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Karl-Ernst Lohmann, Prof. Dr. Thomas Metscher, Rolf Nemitz, Prof. Dr. Friedrich Tomberg

Redaktionssekretariat:

Rolf Nemitz, August Soppe

Redaktionsanschrift:

Altensteinstraße 48 a, 1000 Berlin 33, Telefon 0 30 / 8 31 49 15

## Besprechungen

### Philosophie

*Freier, Hans:* Die Rückkehr der Götter. Von der ästhetischen Überschreitung der Wissensgrenze zur Mythologie der Moderne (*H. Schlaffer*) . . . 89

(Fortsetzung auf Seite IX)



ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1978 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von insgesamt 924 Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. – Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,- DM (im Abonnement 7,50 DM bzw. 6,- DM). – Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. – Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. – Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin-Karlsruhe. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 105 114, Postscheckkonto Karlsruhe 136 360-759. – Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH, Rheinstraße 122, 7500 Karlsruhe 21, Telefon 07 21 / 55 59 55. 1.–10. Tausend Februar 1978.

### Beilagenhinweis

Diese Ausgabe enthält eine Bestellkarte und das Jahresinhalts-Verzeichnis des Argument-Verlages.

## Editorial

### **Zum vorliegenden Heft**

Das Editorial zur „*Argument*-Konzeption“ zieht den Schlußstrich unter eine mehrjährige Diskussion über die Umfunktionalisierung der Zeitschrift nach Ausgliederung der *Argument-Sonderbände*. Es formuliert das Redaktionsprogramm, definiert Kriterien für die Annahme bzw. Bearbeitung von Texten und zeichnet eine Linie, die den unvermeidlichen Widersprüchen der Redaktionspolitik des *Argument* Rechnung tragen soll.

Im Themenschwerpunkt beginnen wir eine Diskussion über Rolle und Strategie der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Stagnationsphase. Die westdeutschen Gewerkschaften können nicht mehr, wie in den sechziger Jahren, ohne größere Kämpfe auf betrieblicher Ebene Erfolge für die Lohnabhängigen durchsetzen. Werden sich also ihre Kampfformen denen der anderen westeuropäischen Gewerkschaften annähern (vgl. dazu *Argument-Sonderband AS 2* „Gewerkschaften im Klassenkampf“)? Wie werden sie dem zunehmenden Angriff auf die Tarifautonomie begegnen? Wie wird sich das Verhältnis DGB/SPD entwickeln? Welche Stellung bezieht die Linke in dieser Entwicklung? Die Diskussion soll fortgesetzt werden. Beiträge haben zugesagt: Walter Fabian, Werner Petschick und Heinz Schäfer.

Tjadens Beitrag behandelt – als begleitende Analyse zur Gewerkschafts-Diskussion – Bedingungen und Möglichkeiten gewerkschaftlich orientierter Reformpolitik im Bereich der Territorialpolitik.

Zum Schwerpunkt *Stalinismus-Forschung* bringen wir im nächsten Heft den abschließenden Teil von Gert Meyers historischer Analyse. Weitere Beiträge sind zugesagt.

Aktuelle Analysen: W. Abendroth untersucht die analytische, strategische, und dokumentarische Brauchbarkeit von R. Bahros „Alternative“. R. Kawa analysiert eine Reihe von typischen Mechanismen und Figuren, mit denen unterm Vorwand der Terroristenjagd gegenwärtig versucht wird, die westdeutsche Linke zu kriminalisieren (vgl. auch das Editorial zu *Argument* 105: „Gegen den Terrorismus“).

Die finanzielle Situation, über die wir im Editorial zu *Argument* 106 zuletzt berichtet haben, zwingt uns, ab 1. 3. 1978 die Einzelverkaufspreise der Zeitschrift auf 9,80 DM (Studenten 8,- DM) zu erhöhen. Desgleichen müssen wir die Preise der Sonderbände AS 2 – AS 12, die noch großformatig sind und z. T. über 350 Seiten haben, erhöhen auf 18,50 DM (Studenten 15,- DM). Die Preise für Abos und für die Bände ab AS 13 bleiben unverändert.

### **Die *Argument*-Konzeption**

Seit einigen Jahren (vgl. Editorial zu *Argument* 81/1973) führten wir eine Diskussion über den Funktionswandel und die Umgestaltung dieser Zeitschrift. Sie wurde zum Teil öffentlich geführt und durch eine Leserbefragung (ausgewertet in *Argument* 100) unterstützt. Diese Diskussion ist nun abgeschlossen.

Schon vor ihrem Abschluß haben wir entscheidende Veränderungen vorgenommen. Anderes ist noch bloßes Programm. Um es zu verwirklichen, brauchen wir die Initiative der Mitarbeiter. Und wir sind darauf angewiesen, daß die Leser die Konzeption begreifen, damit sie wissen, was sie von dieser Zeitschrift zu erwarten haben und wie sie ihren Gebrauchswert verwirklichen können. Zu

diesem Zweck legen wir im folgenden die Diskussionsergebnisse dar. Sie betreffen die Politik der Redaktion und ihre Organisation (auch Planungs- und Entscheidungsprozesse). Sie betreffen die Aufgabenstellung dieser Zeitschrift, wie ihre Redakteure sie begreifen, bis zu den einzelnen Sparten und Formen, die regelmäßig bedient werden sollen, die angestrebte Schreibweise nicht zu vergessen. Schließlich erläutern wir die hauptsächlichen Themenbereiche, zu denen wir Beiträge bringen (bzw. suchen).

## 1. Die veränderte Hefstruktur

Wir machen diese Zeitschrift seit fast zwei Jahrzehnten, und wir haben vor, sie noch lange zu machen. Daher ist es möglich (und nützlich), die Probleme des Zeitschriftenmachens zu „historisieren“.

Seit dem Übergang zur „Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften“ (1969) wuchsen Auflage, Umfang, Mitarbeiterzahl und Qualität der Zeitschrift stürmisch, bis das Konzept vier Jahre später in Krise geriet. Die „Themenhefte“ waren das Spezifische dieser Zeitschrift. Sie wurden jetzt gesprengt durch die Fülle der Beiträge. Sie wurden zu Büchern – der Zeitschriftencharakter wurde zurückgedrängt. So stellte sich das Problem 1973. Mitten im Jahrgang zogen wir nach langer Diskussion die Konsequenz: Wir gliederten die umfassend bearbeiteten Themenhefte aus und schufen für sie eine eigene Reihe, die *Argument-Sonderbände*. Der Aufbau dieser Reihe verschlang nicht nur Kapital, sondern auch Redaktionsenergie. Die Zeitschrift wurde vorübergehend vernachlässigt. Seit einem Jahr wenden wir uns ihr wieder verstärkt zu; den Neubeginn dokumentieren Heft 100 und der darauf folgende Jahrgang 1977.

Das Hauptproblem war: Wir mußten operative Kriterien entwickeln für eine die verschiedenen in den Sonderbänden angesprochenen Spezialistengruppen verbindende Zeitschrift. Was konnte (und mußte) „allen“ zugemutet werden? Welchen Ansprüchen mußte sich die Zeitschrift stellen? Nach welchen Kriterien konnte das Interesse, die „Relevanz“ von Beiträgen bestimmt werden?

Eines war klar: Der Zeitschriftencharakter mußte verstärkt, Flexibilität und Reaktionsfähigkeit mußten erhöht werden. So wurden ab 1974 neue Sparten eingeführt, alte neu ausgefüllt. Hier die wichtigsten seither eingeführten redaktionellen Neuerungen:

Seit Heft 85/1974 hat jedes Heft ein *Editorial* (nach Ankündigung in Heft 81/1973). Wir bemühen uns, die Redaktionspolitik transparent zu machen (auch die Verlagspolitik).

Seit Heft 96/1976 enthält jedes Heft mindestens einen *Tagungsbericht*. Vor allem für die fortschrittliche Wissenschaft und ihre aktuellen Gegenstände sollen diese Berichte Trendinformationen bringen.

Seit Heft 84/1974 bringen wir eine *Zeitschriftenschau*, die auf einem Informationsverbund beruht, der inzwischen mehr als zwei Dutzend Zeitschriften einbezieht, davon rund ein Drittel aus dem westlichen Ausland (vor allem England, Frankreich, Italien, Österreich, Schweiz, Spanien). Die Beteiligung von Zeitschriften aus der DDR, die sich zunächst hoffnungsvoll angelassen hatte (Deutsche Zeitschrift für Philosophie), fiel vorläufig wieder den schwierigen Verhältnissen zwischen den beiden deutschen Staaten und auch zwischen den unterschiedlichen sozialistischen Tendenzen zum Opfer.

Seit einem Jahr bringen wir regelmäßig *Beiträge aus dem Ausland*, um zur Entprovinzialisierung unseres Diskussionszusammenhangs beizutragen.

Die folgenreichste Umfunktionierung der Zeitschrift begann mit eben jenem Heft 81, das die neue Konzeption ankündigte und zugleich die Widerspiegelungs-Diskussion eröffnete. *Diskussion* steht seither strukturell im Mittelpunkt, wird nicht mehr nur, wie früher, gelegentlich, als Unterbrechung des normalen Gangs, geführt.

Neben den „großen Diskussionen“, die sich über ganze – z. T. über mehrere – Jahrgänge hinziehen, brachten wir zu Heftschwerpunkten zusammengezogene Auseinandersetzungen wie die Faust-Diskussion (Heft 99). Um die grundsätzliche Erwiderbarkeit als Charakteristik der angestrebten Kommunikationsverhältnisse herzustellen, führten wir die „kleine Form“ der *Replik* ein. Sie soll, unabhängig von Themenschwerpunkten, jederzeit die Möglichkeit zu begründeten Einwänden gegen veröffentlichte Positionen bieten.

Die ebenfalls neu aufgenommene Rubrik *Dokumentation* gibt uns die Möglichkeit, relevante politische Positionen, die aus irgendwelchen Gründen anders nicht zugänglich würden, zu dokumentieren. Schließlich bringen wir von nun an regelmäßig *Informationen über die Mitarbeiter* des jeweiligen Hefts: über ihre berufliche Tätigkeit, ihre wichtigsten Veröffentlichungen und die Schwerpunkte ihrer wissenschaftlichen Arbeit (wie schon bisher im *Jahrbuch für Kritische Medizin* und im *Gulliver*). Die Hefte haben also folgende Struktur (wobei nicht alle Rubriken immer ausgefüllt werden):

#### **Heftstruktur:**

Editorial

Themenschwerpunkt(e)

Diskussion/Zur Diskussion gestellt

Literaturbericht/ „Große“ Buchbesprechung

Aktuelle Analyse

Replik(en)

Tagungsbericht(e)

Dokumentation

Besprechungen

Zeitschriftenschau

Informationen über die Mitarbeiter

Im Vergleich zu den alten Themenheften sind die neuen aufgelockert, reaktionsfähiger; Diskussion und Replik sind erleichtert; außerdem ist ein ganzes Spektrum themenunabhängiger redaktioneller „Dienstleistungen“ aufgenommen, die aktuellen Überblick über Tendenzen kritischer Wissenschaft und ihrer Bedingungen geben sollen.

## **2. Das veränderte Verlagskonzept**

Schaffung und Ausbau der Sonderband-Reihe und Umfunktionierung der Zeitschrift verändern auch deren verlegerisches Konzept. Sie entwickelt sich hin zu einer „Abo-Zeitschrift“, deren Auflage so kalkuliert ist, daß die Hefte jeweils ein Jahr nach Erscheinen ausverkauft sind. Die Sonderbände dagegen werden zwar in einer relativ niedrigen Erstauflage (z. Zt. 3000) produziert, sodann aber laufend nachgedruckt. Sie übernehmen damit auf höherem Niveau die Funktion der früheren Themenhefte der Zeitschrift. Der Ausverkauf von zehn Jahrgängen der Zeitschrift gehörte zu dieser Umstellung. Er brachte einen Teil des für den Ausbau der Sonderband-Reihe benötigten Kapitals. Gleichwohl tun wir uns schwer. Desto mehr danken wir einem Mitarbeiter aus Hamburg, der uns, als Antwort auf die im Editorial zum letzten Heft dargelegten Probleme, eine Spen-

de von 630,-DM „zum Abbau der Schulden“ überwies. Zu danken haben wir auch für die Zustimmung der Mitarbeiter zum erbetenen partiellen Honorarverzicht. Viele Autoren schickten uns sogar die Schecks (mit dem Resthonorar) zurück oder sprachen ihren Verzicht auf das gesamte Honorar aus.

1977 haben wir mit rund 140 000 Exemplaren mehr abgesetzt als jemals zuvor in der *Argument*-Geschichte – einen erheblichen Teil davon (ca. 40 000) allerdings zu herabgesetztem Preis. Wir wollten die alten Hefte am Lager halten (und druckten sie immer wieder nach), um langfristig die Entstehung eines Diskussionszusammenhangs zu fördern, in den z. B. Jahr um Jahr die Erstsemester einbezogen werden können. Wir wollten (und wollen) zu verhindern versuchen, daß die „Generationen“ voneinander isoliert (und dann einzeln überwältigt) werden. Wie erreichen, daß die ausgelaufenen *Argument*-Jahrgänge weiterwirken in diesem Sinn? Zunächst haben wir von allen Nummern eine Restauflage ins Archiv gelegt, die wir – vorzugsweise öffentlichen Bibliotheken – weiterhin anbieten. Solange der Vorrat reicht, liefern wir auch Einzelbestellungen (zum vollen Preis) aus. Sodann haben wir uns entschlossen, grundlegende Beiträge aus den vergriffenen Heften in einer neuen Reihe **Argument-Studienhefte (SH)** nachzudrucken. Zum billigstmöglichen Preis im Taschenbuchformat hergestellt, sollen die Studienhefte für Seminare und Arbeitskreise solche Beiträge verfügbar halten, an denen sich bereits ganze „Generationen“ von Studenten geschult haben. Die ersten zwölf Hefte dieser neuen Reihe werden zum Beginn des Sommersemesters vorgelegt. (Vorschläge, welche Titel künftig in diese Reihe aufgenommen werden sollen, sind willkommen; es müssen nicht unbedingt Titel sein, die vorher im *Argument* erschienen sind.) Das Programm der Reihe wird in der Zeitschrift angekündigt.

### 3. Inhaltliche und formale Kriterien für die Redaktionspraxis

Bei der Neubestimmung der Funktion der allgemein relevanten Zeitschrift „zwischen“ den speziellen Sonderbänden versuchten wir, mögliche Kriterien so zu übersetzen, daß sie redaktionelle Entscheidungen ermöglichen oder zumindest diskutierbar machen. Solche Kriterien sind z. B. die folgenden:

relevant – aktuell – kontrovers

Wie sie übersetzen? Relevant übersetzten wir mit „viele betreffend“, aktuelle mit „jetzt angebar“, kontrovers mit „von unterschiedlichen Standpunkten in der sozialen Bewegung verschieden aufgefaßt“. Je mehr ein Beitrag einen Zuwachs an Erkenntnis über die Welt bringt, je mehr einer die Verständigung in der sozialen Bewegung fördert, je mehr er die Handlungsfähigkeit dieser Bewegung erhöht, desto größere Priorität soll ihm eingeräumt werden.

Auf der thematischen Ebene versuchten wir, diese Kriterien und Prioritäten in einem Themenplan zu konkretisieren (die Reihenfolge der Themen drückt keine Rangfolge aus):

#### Themenbereiche:

1. Grundlagen und -fragen wissenschaftlicher Praxis (Methoden, Rahmenbedingungen, Verwendungszusammenhänge).
2. Auseinandersetzung mit der „bürgerlichen“ Wissenschaft (Versuche, die Kritik an ihr mit dem Festhalten ihrer Errungenschaften zu verbinden).
3. Aneignung und Entwicklung marxistischer Theorie (zunehmend bezogen auf einzelwissenschaftliche Konkretisierung; aber auch auf die Kontroversen über die Ausarbeitung der Theorie unter unseren besonderen gesellschaftlichen und historischen Bedingungen).

4. Konkrete Analysen der objektiven Bedingungen und Grundlagen gewerkschaftlich orientierter Reformpolitik (vor allem Grundlagenanalysen für eine arbeitsorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch für Bürgerinitiativen, die Frauenbewegung usw.).
5. Analysen der subjektiven Bedingungen und Auswirkungen des Klassenkampfes (auch zu Bewußtsein, Interessen und Problemen der Studenten und der Intellektuellen; Auseinandersetzungen mit dem neuen Kult des Subjektivismus usw.).
6. Theorie und Förderung der demokratischen und sozialistischen Kultur und Kommunikation.
7. Ideologischer Klassenkampf.

Wir versuchen in diesem Themenplan unsere beiden Hauptaufgaben miteinander zu vermitteln: Weiterentwicklung der demokratischen, arbeitsorientierten Wissenschaft und der marxistischen Theorie in der Perspektive ihrer einzelwissenschaftlichen Konkretisierung.

Der Themenplan zeigt ferner, daß wir deutlicher als bisher die theoretische Arbeit auf die soziale Bewegung in unserem Lande beziehen wollen, auf die Gewerkschaften, die Studentenbewegung, die demokratischen Bürgerinitiativen, auf die Praxis der Marxisten in Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, auf die Frauenbewegung, auf die Arbeit im Sozialisationsbereich und im Kulturprozeß.

Ein Themenplan ist das eine, druckbare Beiträge das andere. Der Plan soll informieren über inhaltliche *Kriterien*, von denen sich die Redaktion bei der Beurteilung von Aufsätzen oder Projekten leiten läßt. Der Plan zeigt Prioritäten, die bei der Annahme oder Ablehnung von Manuskripten, bei der Frage des Umfangs und des Veröffentlichungstermins entscheiden sollen.

Neben den inhaltlichen Kriterien haben wir die formalen präzisiert. Daß in die Zeitschrift allgemeinrelevante Beiträge kommen sollen, muß sich auch in der Schreibweise niederschlagen. Die Beiträge müssen kürzer werden; sie sollen übersichtlich gegliedert sein, in Sprache und Stil allgemeinverständlich geschrieben (also nicht nur den Angehörigen der Einzelwissenschaft des Verfassers verständlich). Die Kürze ist schon deshalb nötig, um mehr Spontaneität und Leben in die Zeitschrift zu bringen. „Vorfahrt“ bekommen sollen Einführungen; ferner Artikel, die einen Überblick über Wissenschaftstendenzen geben, desgleichen Literaturberichte.

#### **4. Entscheidungsstruktur und politische Linie der Redaktion**

Der Planungs- und Entscheidungsprozeß der Zeitschrift hat sich im Zuge der Verwirklichung der neuen Konzeption entscheidend umstrukturiert. Die Basis wurde verbreitert, viele Prozesse wurden dezentralisiert. Die Redaktion arbeitet nach folgender ungeschriebenen Satzung und in folgender Struktur: Bestimmte Fachgebiete werden von Redaktionskommissionen bearbeitet, die durch einen Redakteur in der zentralen Redaktion vertreten sein müssen. Die Redaktion entscheidet durch Mehrheitsbeschlüsse; die Diskussionsleitung in der Redaktion rotiert. Zwischen der Redaktion bzw. den Kommissionen und den Mitarbeitern vermitteln Mitarbeiterbriefe und Mitarbeiterkonferenzen. – Die Struktur ist anbaubar.

Der Redaktionspolitik ist durch die Offensive von rechts, die unter dem Tarnmantel der Terrorismusbekämpfung im vergangenen Jahr eine neue Qualität erlangt hat, die Hauptfront vorgegeben. Die Notwendigkeit eines breiten Bündnisses ist damit unterstrichen. Unmittelbar stellt die Verfassung der Linken und die

vor allem durch den faschismusfördernden Antikommunismus gelähmte Beziehung zwischen den unterschiedlichen Teilen der sozialen und demokratischen Bewegung das Haupthindernis beim Versuch dar, die Hauptfront gegen die anti-demokratische Offensive von rechts zu verstärken.

In dieser Situation bekräftigt und präzisiert die Redaktion ihre politische Linie, die im Editorial zu Heft 101 mit der Kurzformel „wissenschaftliche Verbindlichkeit in der Perspektive eines umfassenden Linksbündnisses“ bezeichnet worden war. Das *Argument* soll eine wissenschaftliche Zeitschrift mit Pluralität marxistischer und anderer progressiv-sozialkritischer Positionen sein. Auch in der Redaktion ist eine Pluralität von Positionen vertreten. Damit diese Pluralität nicht zu einem beziehungslosen Nebeneinander von Positionen wird, rückt die Diskussion ins Zentrum. Die Redaktion orientiert auf eine Form der Diskussion, die einen Diskussionszusammenhang weiterentwickelt. Sie will zeigen, daß das geht: eine konstruktive, solidarische Austragung von Divergenzen. Es kann dabei nicht um endlose Diskutiererei gehen, sondern um Auseinandersetzungen, die dem Erkenntnisfortschritt und der Entwicklung von Handlungsfähigkeit der Linken dienen. Die Redaktion weiß, daß sie bei dieser Orientierung gegen die fast allseitig eingebürgerte Erwartungshaltung ankämpfen muß, daß Unterschiede jeweils Gegensätze und Gegensätze feindliche Parteien werden müssen. Eine solche Haltung äußert sich auch – aus Schaden klug geworden, aber erst halb – im Verwischen und Überspielen von Unterschieden. Gezeigt werden soll, daß das geht: das Trennende offen und in sachlicher Schärfe zu formulieren, um das Gemeinsame herstellen zu können. Es ist dies ein Aspekt dessen, was gegenwärtig unter dem Begriff der *Hegemonie* diskutiert wird.

Für eine solche Diskussion schreiben heißt *erwiderbar* schreiben. Unbelegte Behauptungen, Andeutereien, Pauschalabfertigungen haben in den Beiträgen ebensowenig zu suchen wie persönliche Diffamierung. Die Redaktion wird ihren Weg zwischen den Abweichungen einer zu engen und einer zu weiten Auslegung dieses *Kriteriums der Erwiderbarkeit* suchen müssen. Sie weiß, daß sie dabei vor Fehlern nicht geschützt ist. Einer besonders gefährlichen Nachlässigkeit hat sie sich schuldig gemacht, als sie z. B. übersah, daß in einem Artikel pauschale Vorwürfe gegen einen Autor erhoben wurden, die bereits zuvor von einer rechtssozialdemokratischen Administration zur Verhängung eines skandalösen Berufsverbots gegen den Betroffenen gebraucht worden waren.

Die Argument-Redaktion macht keine fraktionelle Politik; aber sie ist sich bewußt, daß ihre Funktionsbestimmung der Zeitschrift in dem Maße eine solche politische Wertigkeit zugeschrieben erhält, in dem politische Organisationen oder Instanzen einen entsprechenden Prozeß der offenen Austragung von Differenzen in ihrem unmittelbaren Bereich oder zwischen unterschiedlichen Teilen der Linken für inopportun halten. Die Redaktion wird einer Aufladung von Problemen, die einer solchen sekundären Politisierung entspringen, entgegenzuwirken versuchen.

Die Redaktion sieht auch die Gefahr einer sekundären Ideologisierung ihres pluralen Konzepts zur Vorstellung etwa eines „rundum offenen“, unverbindlichen – und das hieße: unwissenschaftlichen – Marxismus. Sich die Aufgabe stellen, eine Diskussion zu organisieren, darf nicht bedeuten, an Rigorosität des Anspruchs wissenschaftlicher Verbindlichkeit nachzulassen. Die Rolle eines auf die Formen achtenden Organisators der Auseinandersetzung, der aber zugleich auch parteilich in den Streit eingreift, darf nicht zur eitlen Illusion eines Schiedsrichtermarxismus führen, darf nicht dazu führen, Festlegungen zu verhindern oder



Probleme unter den Tisch zu kehren. Wiederum ist sich die Redaktion bewußt, daß ihr Vorsatz, eine dialektische Haltung einzunehmen und den Kommunikationsprozeß zwischen divergierenden Tendenzen zu organisieren, selber eine politische Position voraussetzt. Es ist eine besondere Position, von der aus eine Redaktion sich vornimmt, „keine Politik in irgendeinem fraktionellen Sinn zu machen“. Aus diesem Widerspruch kommen wir nicht heraus. Aber wir wollen nicht die Kluge Else spielen und uns von der Vorstellung möglicher künftiger Gefahren lähmen lassen, sondern den Widerspruch produktiv machen, indem wir ihn mitreflektieren und unsre Arbeit zur Kontrolle offenlegen.

Wir orientieren uns in der Perspektive eines Bündnisses, das hierzulande erst in Ansätzen existiert und als offizielles Bündnis von Parteien in absehbarer Zeit noch keine Tagesaufgabe sein wird. Gleichwohl ist diese Bündnisperspektive für die Tagesaufgaben des Zeitschriftenmachens von elementarer Bedeutung. Gesellschaftlich beziehen wir uns auf ein Bündnis der *Kräfte der Arbeit, der Wissenschaft und der Kultur*, politisch – entgegen allem Antikommunismus, aber auch allem Triumphalismus – auf die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten, unabhängigen Sozialisten, Kommunisten und Radikaldemokraten. Die politischen Verhältnisse, soweit sie die Beziehungen derer betreffen, auf deren Bündnis wir orientieren, stellen daher die äußeren Rahmenbedingungen unsrer redaktionellen Arbeit dar. Die *Sozialismus-Diskussion* diene der Verdeutlichung (und Verbesserung) dieser Rahmenbedingung. Sie fällt aus dem Programm einer wissenschaftlichen Zeitschrift insofern heraus, als sie die Konfrontation politischer Positionen zum Gegenstand hat. Sie signalisierte keine Wende zur politischen, gar fraktionellen, Zeitschrift, sondern sollte die politischen Bedingungen der für unsre Redaktionsarbeit zentralen Bündnisperspektive thematisieren. Diese Diskussion wird demnächst abgeschlossen; die wichtigsten der in ihrem Verlauf benannten Probleme werden den Gegenstand wissenschaftlicher Analysen und Kontroversen bilden. Die neubegonnene Diskussion über Perspektiven gewerkschaftlicher Politik soll dazu beitragen, die gewerkschaftliche Orientierung unserer Arbeit zu konkretisieren. Das Politische suchen wir – abgesehen von diesen Rahmenbedingungen – *in der Wissenschaft und in den gesellschaftlichen Problemfeldern*. Dabei gehen wir davon aus, daß die Wissenschaft eine wachsende Kraft für die politische Praxis darstellt.

Wir halten die hier dargelegte Redaktionspolitik für den Versuch, eine für die wissenschaftliche Entwicklung auf der Linken lebenswichtige Chance zu nutzen und eine in unserem Land einzigartige Zeitschrift zu machen. Die Verbindung von Wissenschaft und Diskussion, orientiert auf die soziale Bewegung, die Verbindung von Rigorosität des Anspruchs und Nichtfraktionalität der Position, das Zusammenhalten-in-der-Divergenz ermöglicht diese Chance. Zur Zeit ist es nur auf dem Gebiet der „Theorie“ und nur in dieser Zeitschrift möglich und wirklich, daß führende Vertreter von Organisationen in ein und demselben Organ diskutieren, die in der politischen Praxis nicht zusammenkommen könnten.

Diese Position ist so produktiv, daß es für uns keine Frage ist: Allen Schwierigkeiten zum Trotz und dank der Solidarität vieler Leser und Mitarbeiter, die die Notwendigkeit eines solchen Organs genauso sehen wie wir, werden wir weiterarbeiten. Je besser, desto mehr Unterstützung wir gewinnen. Eine weitere Erschwerung (auch hinsichtlich der politischen Rahmenbedingungen) unserer Arbeit kann die Qualität der Zeitschrift herunterdrücken; aber damit würde der Bewegung diese Qualität verloren gehen. Die Aufgabe ist objektiv da – machen wir uns zu ihrem Organ!

Eberhard Schmidt

## **Gerät die Sozialpartnerschaft in die Krise?**

Die stetige, nur durch eine kurze Rezession 1966/67 unterbrochene Abnahme der Massenarbeitslosigkeit vom Beginn der fünfziger bis zum Anfang der siebziger Jahre, bildete in der Bundesrepublik und in Westberlin die Basis für eine Gewerkschaftspolitik, deren Prioritäten bei der Einkommenssteigerung, der Arbeitszeitverkürzung und der sozialen Absicherung lagen. Vor dem Hintergrund von Vollbeschäftigung traten gewerkschaftspolitische Zielsetzungen, die eine Kontrolle der Arbeitsbedingungen, eine Verminderung der Arbeitsbelastung oder Eingriffe in die Personalpolitik der Unternehmen zum Inhalt haben, zurück oder wurden über lohnpolitische Forderungen kompensiert. Entsprechend ratlos standen und stehen die Gewerkschaften einer Situation gegenüber, die von anhaltender Massenarbeitslosigkeit ohne Aussicht auf rasche konjunkturelle Wiederbelebung geprägt ist. Der rapide Rückgang an Erweiterungsinvestitionen seit Beginn der siebziger Jahre, die verschärfte Weltmarktkrise und in ihrem Gefolge die Strukturkrisen wichtiger Branchen in der BRD, wie der Stahl-, Bau- und Textilindustrie haben den Handlungsspielraum einer Gewerkschaftspolitik eingeengt, die vom Verteilungskampf um die Überschüsse lebte und nun zusehen muß, wie die Errungenschaften der vergangenen Jahre verteidigt und die Aufspaltung der Lohnabhängigen in Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose, in solche, die vom Verlust ihres Arbeitsplatzes schon bedroht sind, und andere, die ihre Überstunden nicht missen wollen, verhindert werden kann. Um die Probleme, vor denen die Gewerkschaften heute stehen zu begreifen, ist es allerdings erforderlich, genauer die Voraussetzungen zu betrachten, die für die aktuelle Krise der Gewerkschaftspolitik verantwortlich sind.

Im Verlauf der langanhaltenden Prosperitätsphase des westdeutschen Kapitalismus in den fünfziger und sechziger Jahren, die der Bundesrepublik Deutschland aufgrund vielfältiger günstiger Ausgangsbedingungen (US-Hilfe, geschwächte Arbeiterklasse, Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte, geringe Zerstörung des Industriepotentials) eine relativ krisenfreie gesellschaftliche Entwicklung ermöglichte, konnte sich in der BRD eine Gewerkschaftspolitik herausbilden, die wesentlich auf einen Ausgleich zwischen den Interessen des Kapitals an ungehinderter Akkumulation und den Ansprüchen der Lohnabhängigen auf Arbeitsplatzsicherheit und sukzessive Steigerung der realen Einkommen ausgerichtet war (vgl. dazu Bergmann u. a., 1976). Diese sozialpartnerschaftliche Politik des Ausgleichs, die Lohnerhöhungen nur im Rahmen des wirtschaftlichen Wachstums anstrebte und auf eine Umverteilung der gebildeten und wachsenden Vermögen verzichtete, bestimmte auch die innere Verfassung der Gewerkschaften. Die Beteiligung der Mitglieder an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen wurde zugunsten einer zunehmenden Verselbständigung der

Führungsapparate der Gewerkschaften auf ein Minimum reduziert. Daß dies ohne größeren Widerstand aus der Mitgliedschaft möglich war, findet seine Erklärung neben der genannten ökonomischen Konzessionsfähigkeit des Systems auch in der frühzeitigen Ausschaltung der ohnehin durch den Faschismus bereits dezimierten kommunistischen und sozialistischen Kader der Arbeiterbewegung auf der unteren und mittleren Funktionärebene, die als Träger und Vermittler einer militanteren Gewerkschaftspolitik am ehesten in Frage gekommen wären, im Zuge der allgemeinen, restaurationsbedingten Diskreditierung sozialistischer Alternativen.

In dieser Periode relativer wirtschaftlicher Stabilität verfestigten sich Organisationsstrukturen, die die Grundlagen für eine weitgehend konfliktfreie Austragung der gegensätzlichen Interessen im Verteilungskampf legten. Der Zentralisierung der Entscheidungskompetenzen in allen relevanten tarifpolitischen Fragen bei der Gewerkschaftsspitze entsprachen Mechanismen zur Verhinderung der offenen Artikulation von Mitgliederinteressen. Das Delegiertensystem und die in ihm angelegten Kontrollmöglichkeiten wurden zugunsten der Stärkung des von oben kontrollierbaren hauptamtlichen Strangs der Willensbildung und der Festigung der Koalition zwischen Gewerkschaftsapparat und den sozialpartnerschaftlich eingebundenen Betriebsräten geschwächt. Eine Mobilisierung der Mitglieder zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen erfolgte nur sporadisch als letztes Mittel, wenn die Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft waren, und nur, soweit die Bewegung von oben kontrollierbar blieb. Die Bundesrepublik wurde zum streikärmsten Land unter den westeuropäischen kapitalistischen Staaten. Die Erhaltung der demokratischen Legitimation der gewerkschaftlichen Führungsfunktionen wurde auf die notwendigsten Zustimmungskakte beschränkt. Resultat dieser Gewerkschaftspolitik war eine wachsende Apathie der Mitgliedschaft. Die bloß noch passive Loyalität zur Gewerkschaft wurde mit stagnierenden Mitgliederzahlen bezahlt, ließ sich aber unter den Bedingungen wirtschaftlicher Prosperität, geringer staatlicher Intervention in die Tarifauseinandersetzungen und einem vom „Kalten Krieg“ geprägten gesellschaftspolitischen Klima ohne größeren Widerstand aufrechterhalten.

Mit der Erschöpfung der Faktoren, die das rasche Wachstum des westdeutschen Kapitals nach dem Zweiten Weltkrieg begünstigt hatten, trat im Verlauf der sechziger Jahre verstärkt der Zwang auf, durch staatliche Intervention die Bedingungen der Kapitalverwertung zu verbessern. Staatliches Krisenmanagement zielte dabei nicht zuletzt auf eine Begrenzung der gewerkschaftlichen Handlungsfreiheit, um eine Entlastung des Kapitals von gewerkschaftlichen Lohnforderungen zu erreichen. Das gesetzliche Instrumentarium (Stabilitätsgesetz) und die institutionellen Voraussetzungen (Einrichtung der „Konzertierten Aktion“) wurden in der Bundesrepublik zum Teil bereits vor der ersten tiefergehenden ökonomischen Rezession der Nachkriegsentwicklung (1966/67) geschaffen, zum Teil in ihrem Verlauf durchgesetzt. Die von der Gewerkschaftsführung im Interesse einer Wiederherstellung von Vollbeschäftigung hingenommene staatliche Intervention in die Tarifautonomie, bedeutete damals faktisch eine Lohnpause und eine weitere Umverteilung zugunsten der Kapitalbesitzer. Folge dieser staatlichen Einkommenspolitik war aber zugleich auch eine erste Krise der

passiven Folgebereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder. Die Unterordnung der Gewerkschaftspolitik unter die Imperative der Einkommenspolitik setzte die gewerkschaftliche Funktionärsbasis in den Betrieben (Vertrauensleute und zum Teil auch gewerkschaftliche Betriebsräte) einem doppelten Druck aus (vgl. Schmidt, 1974). In der Zwangslage zwischen den Ansprüchen und Erwartungen der Mitglieder, die Arbeitsplatzsicherheit und Einkommenssteigerungen aufgrund der Erfahrungen der Prosperitätsperiode als „natürliche“ Ansprüche zu begreifen gelernt hatten, auf der einen Seite, dem Druck der Gewerkschaftsführung, die „stabilitätsgerechte“ Verzichtspolitik gegenüber den Mitgliedern zu vertreten, auf der anderen Seite, kündigten relevante Gruppen dieser gewerkschaftlichen Basisfunktionäre die kritiklose Folgebereitschaft gegenüber der sozialpartnerschaftlichen Politik der Führungsgremien auf. Dem Versuch, sich der eigenen Organisation als Mittel des Widerstands gegen die zunehmende Verschärfung der Arbeitsbelastung bei gleichzeitiger Stagnation der realen Einkommen und wachsender Arbeitsplatzunsicherheit zu bemächtigen, waren allerdings enge Grenzen gesetzt. Heftige Auseinandersetzungen um den Austritt der Gewerkschaften aus der Konzentrierten Aktion, der Kampf um die Stärkung der Position der Vertrauensleute in den Gewerkschaften und die spontanen Streiks der Stahl- und Bergarbeiter für übertarifliche und außertarifliche Lohnerhöhungen im September 1969 markierten den Widerstand gegen die Funktionalisierung der Gewerkschaften für Kapitalinteressen. Die Schranken, an denen sich dieser Widerstand brach, waren nicht zuletzt die verfestigten Organisationsstrukturen, die die innergewerkschaftliche Demokratie auf ein Minimum beschränkt hatten, die langjährige Passivität der Mitglieder und der Mangel an Kampferfahrungen. Schließlich kam die politische Bindung der großen Mehrheit der Gewerkschaftsfunktionäre an die Regierungspartei SPD hinzu, die zum ersten Mal nach 1945 im Zusammenhang mit der Bewältigung der Rezession 1966 sich wieder an der Regierung beteiligen konnte. Die Loyalität gegenüber der SPD verhinderte weitgehend die offene Auseinandersetzung um die Begrenzung der Gewerkschaftsautonomie.

Dennoch erwiesen sich die Jahre von 1969–1973 als Jahre der stärksten gewerkschaftlichen Basismilitanz. Gewerkschaftlich initiierte Streiks wie spontane Arbeitskämpfe beherrschten in bisher ungekanntem Ausmaß die Szene und signalisierten der Gewerkschaftsführung teilweise unmißverständlich den drohenden Verlust des Vertretungsmonopols. Sie hatten ihre Basis und – wie sich bald zeigte – ihre Grenze allerdings in der günstigen Arbeitsmarktlage auf dem Hintergrund anhaltender Hochkonjunktur.

### **Die Reaktion der Gewerkschaften auf die Krise**

Bedeutet die Krise in ihren Auswirkungen auf die Arbeiterklasse zunächst einmal Senkung der realen Einkommen, Verschärfung der Arbeitsbelastung und Freisetzung von Arbeitern in großem Maßstab, so kann sie andererseits auch Illusionen der Arbeiter in die Fähigkeit des kapitalistischen Systems, die Klasseninteressen zu versöhnen, zerstören und Lernprozesse in Gang setzen, die alternative Formen zur kapitalistischen Rationalität der Krisenbewältigung ins Blickfeld

rücken. Ob solche Lernprozesse sich entwickeln können, hängt allerdings in hohem Maße davon ab, wie die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen die Wahrnehmung der Krise und die Möglichkeiten ihrer Überwindung strukturieren. Erfahrungen, die die Arbeiter mit der Krise machen, wie sie sie interpretieren und wie sie darauf reagieren, sind abhängig von der kollektiven Form der Situationsdeutung. Die politische Verarbeitung der Erfahrungen findet in der Regel nicht vereinzelt statt, sondern in organisierter Form, sei es durch die Organisationen der Arbeiterbewegung, sei es durch die organisierte Meinungsbildung der Massenmedien, die von Interessen der Kapitalverwertung geformt wird. Je weniger etwa die Gewerkschaften den unmittelbaren Interessen der Arbeiter in der Krise – Schutz vor Einkommensverlusten, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder Arbeitslosigkeit – eine klare Orientierung geben können, desto ohnmächtiger sind die Arbeiter der politischen Desorientierung ausgeliefert. Die Form der politischen Verarbeitung von Erfahrungen durch die Gewerkschaften ist nun bekanntlich keineswegs die der Summierung von Erfahrungen der Mitglieder oder etwa die Ermittlung des Durchschnitts aus solchen Erfahrungen, sondern ein komplexer Prozeß, in den historisch verfestigte Formen der Konfliktaustragung, parteipolitische Bindungen, Interessen an der Erhaltung der Organisation und der Macht der sie tragenden Kräfte eingehen. Widersprechende Erfahrungen und Interessen werden im allgemeinen nur insoweit aufgenommen als sie sich vorgeprägten Deutungs- und Handlungsmustern der Organisation anverwandeln lassen. Oder sie werden dementsprechend zugerichtet, um in kanalisierter Form Eingang in den Entscheidungsprozeß und zumindest partielle Berücksichtigung zu finden. Es geht dabei also nicht um die schlichte und falsche Alternative, hier korrupte Führung, dort revolutionäre Basis, sondern um die Frage der möglichen Identität oder Divergenz von Arbeiterinteressen und Gewerkschaftspolitik – gerade unter den Bedingungen der Krise.

Die Wahrnehmung der jüngsten Krise durch die Gewerkschaft als Organisation ließ sich zunächst einmal auf die Kurzformel bringen: „1. Es gibt keine Krise! 2. Die Krise ist nicht so schlimm! 3. Die Krise ist bald vorüber!“ Während z. B. die IG Metall-Spitze zunächst lange Zeit vor „Schwarzmalerei und Panikmache“ warnte (Oktober 1974), dann die Krise verharmloste (Anfang 75), sah sie bereits März 75 „erste Anzeichen einer konjunkturellen Besserung“ bei 1,1 Millionen Arbeitslosen. Diesem Wahrnehmungsschema entspricht das Fehlen konsistenter Krisenursachenerklärung. Einzelne Versatzstücke – von der Ölkrise über die Multis bis zur Schwäche des privaten Verbrauchs – werden je nach Gelegenheit den Mitgliedern und der Öffentlichkeit angeboten. Eine eindeutige Orientierung, die Handlungsmöglichkeiten aus der Klärung der Lage der Arbeiterklasse in der Krise und unter Berücksichtigung der Grenzen gewerkschaftlicher Politik herleitete, wird man vergeblich suchen. Stattdessen bot die IG Metall-Führung im September 1975 ein Zehn-Punkte-Programm zur Abwehr der Krisenfolgen an, das Punkt für Punkt begrüßenswerte Ziele benannte, wie „Abbau der Arbeitslosigkeit, Verteidigung des sozialen Besitzstandes, Verteidigung der Tarifautonomie, Einbeziehung der arbeitslosen IGM-Mitglieder in die Gewerkschaftsarbeit ...“ usw., aber mit keinem Wort auf die Formen der Durchsetzung dieser Forderungen einging. Einziger Anhalt in dieser Richtung: „Alle,

die noch nicht organisiert sind, müssen gewonnen werden.“ (Metall, Nr. 19/1975). Die Hoffnung, daß eine quantitative Stärkung der Organisation irgendwie in ein qualitativ neues Durchsetzungspotential umschlagen möge, stand hier Pate. Das Rezept, alt wie die Gewerkschaft selbst und eine der Vorbedingungen erfolgreichen gewerkschaftlichen Handelns, wird falsch, wo auf die Anwendung der Macht von vornherein verzichtet wird, gewerkschaftlicher Druck auf den Klassegegner so schwach dosiert wird, daß dieser ernsthaft nichts befürchten muß. Beispiele liefern in den jüngsten Krisenjahren die Verwässerung der Berufsbildungsreform, die Durchlöcherung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, die Verschlechterung des Status der ausländischen Arbeiter und der Arbeitslosen.

Mit der Einsicht, daß die andauernde Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau, mit der bisherigen Stillhaltepolitik nicht in den Griff zu bekommen ist, waren die Gewerkschaften gezwungen, neue Konzepte und Durchsetzungsstrategien zu entwickeln. So hat kürzlich der IG Metall-Vorsitzende Loderer auf einer „Technologie-Tagung der IG Metall“ ein neues Zehn-Punkte-Programm entwickelt, in dem „Strategien, die eine in die Zukunft gerichtete regionale und sektorale Strukturpolitik zu verfolgen habe“, benannt werden (vgl. Metall Pressedienst, Nr. 103 v. 24. 5. 1977, S. 2). Während sechs dieser zehn Punkte sich an Staat und Unternehmer in der bekannten appellativen Manier richten, beziehen sich die restlichen vier auf gewerkschaftliche Handlungsfelder. Die Gewerkschaften sollen neue betriebliche und tarifliche Funktions-, Qualifikations- und Entlohnungssysteme entwickeln, sie sollen Bremen einbauen, wo der „Strukturwandel den Arbeitnehmern hohe persönliche und soziale Nachteile auferlege, sie sollen auf Arbeitszeitverkürzung in weitestem Sinne dringen und schließlich dabei vollen Lohn- und Gehaltsausgleich durchsetzen.“ Gleichzeitig verkündete der DGB-Vorsitzende Vetter ein „geschlossenes Konzept zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit“ (Juli 1977). Das Problem bleibt allerdings nach wie vor, wie das auf der Basis der bisherigen faktisch sozialpartnerschaftlichen Politik zu verwirklichen sein soll. Bisher haben Staat und Kapital auf gewerkschaftliche Drohgebärden relativ gelassen reagiert und sie konnten es angesichts der gebremsten Mobilisierungspolitik der Gewerkschaften.

Daß diese gewerkschaftliche Krisenpolitik noch weitgehend von der Mehrheit der Arbeiter in der Bundesrepublik hingenommen wird, hat seine Ursachen in der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik. Die wichtigsten Faktoren sind schon erwähnt worden: 1. Die ökonomische Prosperität seit der Mitte der fünfziger Jahre, die den Arbeitern und ihren Interessenvertretern die Erfahrung vermittelte, auch ohne größere Kämpfe einen allmählich steigenden Lebensstandard erreichen und halten zu können. 2. Die Diskreditierung sozialistischer Alternativen durch die massive politisch-propagandistische Ausnutzung und Verstärkung vorhandener antikommunistischer Vorbehalte auf der Grundlage realer Entwicklungen in der DDR und anderen Warschauer Paktländern, die an Traditionen von vor 1945 anknüpfen konnte und bei Teilen der Arbeiterschaft, auch über die Funktionärsschichten hinaus, tief verwurzelt erscheint. Hinzu kommt 3. die Überwindung der Rezession 1966/67 in relativ kurzer Frist und ohne bleibende Reallohnseinbußen, die als Leistung staatlicher Wirtschaftspolitik wahrgenommen wurde und demzufolge die Illusion der

Bewältigung von Wirtschaftskrisen mithilfe staatlicher Instrumentarien verstärken mußte. Alles dies hat zwar keineswegs zu einer bruchlosen Identifikation der großen Mehrheit der Arbeiter mit dem politischen und wirtschaftlichen System der Bundesrepublik geführt, aber die nach wie vor stark empfundene Unterprivilegierung hat aus den genannten Gründen kein antikapitalistisches Bewußtsein hervorgebracht. Vorherrschend im Falle des Versagens der gewerkschaftlichen Interessenvertretung angesichts der Krise ist vielmehr die Reduzierung der eigenen Ansprüche und die Erwartung besserer Zeiten, also die politische Perspektivlosigkeit. Die Gewerkschaft in ihrem Handeln als Organisation der Arbeiter muß demnach von der Masse ihrer Mitglieder nur in geringem Maß Widerstand gegen eine Politik der passiven Hinnahme der Krise befürchten.

### **Widerstand gegen die Überwälzung der Krisenlasten**

Dennoch vollzieht sich dieser Prozeß keineswegs widerspruchsfrei. Ein erstes Indiz dafür waren die Betriebsratswahlen im Frühjahr 1975. In einer Reihe von Großbetrieben, namentlich der Metallindustrie, der chemischen Industrie und im Druckgewerbe, führte die Unzufriedenheit mit der Vertreterpolitik im Betrieb zu erheblichen Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden gewerkschaftlichen Gruppierungen. Da die betrieblichen Interessenvertretungen in diesen Bereichen in hohem Maße personell und politisch mit den betreffenden gewerkschaftlichen Ortsverwaltungen verflochten sind, und die Arbeiter Betriebsrat und Gewerkschaft unter dem Aspekt der Vertretung ihrer unmittelbaren Interessen weitgehend in eins setzen, spiegeln die Konflikte um die Besetzung der Betriebsräte vornehmlich Auseinandersetzungen um die richtige gewerkschaftliche Linie wider. Dies umso mehr, als die Gewerkschaften nur unter erheblichem betrieblichem Druck bereit sind, vom Prinzip der einheitlichen gewerkschaftlichen Liste abzuweichen und die offene Konkurrenz um gewerkschaftspolitische Positionen im Betrieb zuzulassen. Die Ereignisse um die Betriebsratswahlen in einer Reihe von Betrieben zeigen nun, daß Gruppierungen, die auf eine konsequentere Interessenvertretung, unter Ablehnung sozialpartnerschaftlicher Orientierung, drängten, zum Teil große Stimmengewinne erzielen und in einigen Fällen sogar Betriebsratsmehrheiten erringen konnten (Beispiele liefern etwa: Opel, Bochum mit 36,3 % der Stimmen für die „Gewerkschaftliche Oppositionsgruppe“; Opel, Rüsselsheim mit 41 % und der Mehrheit der Sitze für die oppositionelle Liste des Vertrauenskörpers gegenüber der bisherigen Betriebsratsführung; Daimler-Benz: 18,7 % für die aus der IGM ausgeschlossenen oppositionellen Betriebsräte Hoss/Mühleisen und Kollegen; Hartmann und Braun, Frankfurt mit 38 % für eine Liste oppositioneller Kollegen, die mit Ausschluß bedroht wurden; Vulkan-Werft, Bremen mit einem Sieg des parteilosen Betriebsratsvorsitzenden Bettelhäuser gegen den Widerstand des alten Betriebsrats-Establishments und der Ortsverwaltung; Ford, Köln mit einer Mehrheit von 18:13 Sitzen für die oppositionellen Listen bei den Arbeitern u. a. m.) (vgl. Betriebsratswahlen 1975, S. 47 ff.). Das Ausmaß und die Qualität des Widerstandes gegen eine passive Hinnahme der Krise durch die betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen, die sich in den Auseinandersetzungen um die Betriebsratswahlen ausdrücken,

soll nicht überschätzt werden, zumal ein genauer Überblick durch die mangelnde betriebliche und gewerkschaftliche Öffentlichkeit nur sehr schwer herzustellen ist. Immerhin hat auch die IG Metall zugeben müssen, daß hier „stärker als in der Vergangenheit Schwierigkeiten aufgetreten sind“ und eine Bagatellisierung der Ergebnisse nicht angebracht sei. Die Betriebsratswahlen im Frühjahr 1978 werden zeigen, ob unter den Bedingungen einer anhaltenden Krise, der Trend von 1975 sich fortsetzt.

Die Konsequenzen, die die Gewerkschaftsführungen aus solchen Vorgängen bisher gezogen haben, richteten sich auf eine verschärfte Ausschlußpraxis gegenüber oppositionellen Kräften. Nachdem die Gewerkschaftsführungen vor einiger Zeit bereits die satzungsmäßigen Vollmachten für Sofortausschlüsse aus der Gewerkschaft bei „gewerkschaftsschädigendem Verhalten“ verschärft haben, und zwar mit Hilfe von Gummiparagraphen, die der Willkür Tor und Tür öffnen, mehren sich jetzt die Fälle, in denen dieses Instrument gegen Einzelne und Gruppen angewandt wird, die die Loyalität gegenüber sozialpartnerschaftlicher Gewerkschaftspraxis verletzen. Die Zahl der Ausschlußfälle dürfte bereits einige Hundert betragen, wobei die Mehrzahl der Fälle nur eine lokale Öffentlichkeit zur Kenntnis nimmt (vgl. Erd, 1978). Keineswegs sind nur Mitglieder politisch angeblich „extremer“ Gruppen betroffen, da schon eine „Unterstützung der Ziele solcher Gruppen“ (wie immer das „bewiesen“ wird) ausreicht, um die Verfahren in Gang zu setzen. Die Repression gilt ja auch nicht den politisch meist völlig unbedeutenden Organisationen, sondern der Aktivität, die einzelne oder mehrere gemeinsam in einem Betrieb entfalten und die als Störung oder gar Gefährdung der eigenen Politik zur Erhaltung des Betriebsfriedens angesehen wird. Ein Überblick über bekannte Fälle, wie bei Opel (Bochum), Vulkan-Werft (Bremen), Daimler-Benz (Stuttgart), Reichold-Chemie (Hamburg) oder im Bereich der GEW zeigt, daß hier alternative Gewerkschaftspolitik bestraft wird und Vorbeugemaßnahmen gegen die Ausbreitung kritischer Positionen ergriffen werden. Der verbreitete Antikommunismus in der Mitgliedschaft wird hier ebenso aktiviert wie vorhandene Ängste vor militanteren Aktionsformen unter Ausnutzung der mangelnden Kampferfahrung der Mehrheit der Arbeiter. Die von unten nach oben wenig funktionsfähige innergewerkschaftliche Demokratie gibt der Führung zusätzliche Instrumente in die Hand, eine Ausbreitung kritischer und alternativer Positionen wirksam zu steuern und Impulse von unten rechtzeitig zu kanalisieren. Das Fehlen intakter Arbeiteröffentlichkeit isoliert zudem einzelne kritische Ansätze voneinander und macht sie verletzlicher.

Mit der Dauer der Krise und der Einsicht in die veränderte Grundlage gewerkschaftlichen Handlungsspielraums, die sich durchzusetzen beginnt, werden allerdings auch Ansätze sichtbar, den Widerstand gegen die Überwälzung der Krisenlasten auf die abhängig Beschäftigten zu intensivieren. Der Arbeitskampf in der Druckindustrie im Frühjahr 1976, der erfolgreich die Lohnleitlinie durchbrach, war die Antwort auf die Auswirkung von Rationalisierungsprozessen in dieser Branche und hat seine Fortsetzung in den Kämpfen um Tarifverträge im Bereich der elektronischen Textverarbeitung gefunden. Der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier im Oktober 1977 hat den Streik im Frühjahr trotz heftiger Kritik aus den Reihen anderer Gewerkschaften positiv bewertet und Beschlüsse ge-



faßt, die unter dem Motto „Weg vom Unterstützungsverein – hin zur Kampforganisation“ stehen könnten. Insbesondere wurden die Betriebsräte aufgefordert, künftig keine Betriebsvereinbarungen mehr abzuschließen, um die Geschlossenheit der Organisation zu erhalten und der Hauptvorstand ermächtigt, auch ohne Urabstimmung zu kurzfristigen, begrenzten Arbeitskämpfen aufzurufen (vgl. DruCkerstreik 1976, S. 11f.; Güther, Pickshaus, 1976; Maidorn, 1977, S. 3f.). Der Gewerkschaftstag der IG Metall zeigte ebenfalls Tendenzen einer Neubesinnung in der Tarifpolitik: Die 35-Stunden-Woche als tarifpolitisches Ziel wurde ebenso wie die Änderung der Schlichtungsordnung zugunsten einer rascheren Kampffähigkeit der Organisation gegen den Willen des Vorstandes von den Delegierten durchgesetzt. Die Barriere für Festgeldforderungen, der Lohnschlüssel im Tarifvertrag, soll gekündigt werden.

Trotz dieser Ansätze ist festzustellen, daß die Umorientierung der Gewerkschaften auf die neue, nicht mehr nur von kurzfristigen konjunkturellen Schwankungen bestimmte Lage sehr langsam vor sich geht. Gegen Massenentlassungen im Stahlbereich etwa wird kaum ein anderes Mittel als die Vereinbarung von Sozialplänen eingesetzt. Konzepte und Durchsetzungsstrategien, die der Umstrukturierungspolitik des Kapitals Alternativen entgegensetzen würden, sind noch nirgends entwickelt oder gar in Bezug auf ihre praktische Umsetzung diskutiert. Eine Übersicht über die Arbeitskämpfe der vergangenen Jahre zeigt, daß neben den gewerkschaftlich unterstützten Warnstreiks in den Tarifauseinandersetzungen, die meisten Arbeitskämpfe defensive Protestaktionen gegen Betriebsschließungen und Massenentlassungen sind, die nur in seltenen Fällen Verzögerungen oder gar eine Aufgabe der geplanten Maßnahmen erreichen<sup>1</sup>. Betriebsbesetzungen wie in Erwitte sind eine Ausnahme geblieben. Noch dominiert ein Modell der Konfliktaustragung, das der Sozialpartnerschaft verpflichtet ist, und das von Unternehmern, Regierung und gelegentlich auch von Gewerkschaftsvertretern als Modell für Europa angepriesen wird.

#### Anmerkung

<sup>1</sup> s. auch Schmidt, 1978; und Jacobi, 1978; dort finden sich auch weitere Aufsätze zur Rationalisierungs- und Arbeitsmarktpolitik der Gewerkschaften, in denen neuere Ansätze ausführlicher analysiert werden.

#### Literatur

- Bergmann, J., O. Jacobi u. W. Müller-Jentsch: Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Bd. I: Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Sachzwängen. Frankfurt/M.
- Betriebsratswahlen, 1975: Berichte in: O. Jacobi u. a., Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch '75. Frankfurt/M.
- Druckerstreik 1976: in: R. Duhm u. U. Mückenberger (Hrsg.): Arbeitskampf im Krisenalltag. Berlin/West, 1977.
- Erd, R., 1978: Gewerkschaftsausschlüsse in den sechziger Jahren, in: O. Jacobi u. a., 1978.

- Güther, B., u. K. Pickshaus, 1976: Der Arbeitskampf in der Druckindustrie im Frühjahr 1976. Nachrichten-Reihe 5, Frankfurt/M.
- Jacobi, O., u. a., 1978: Gewerkschaftspolitik in der Krise. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78, Berlin/West.
- Maidorn, R., 1977: Mit dem Rücken an der Wand: Geschlossenheit? Bericht vom Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, in: express 11/1977. Offenbach.
- Schmidt, E., 1974: Die Auseinandersetzung um die Rolle der Vertrauensleute in der IG Metall in: O. Jacobi u. a.: Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch '74, Frankfurt/M. 1974.
- ders., 1978: Arbeitskämpfe 1974–1977 (Ein Überblick), in: Jacobi, 1978.

## ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

### Projektgruppe Automation und Qualifikation

Soeben erschienen:

### AS 19 Band II: Entwicklung der Arbeitstätigkeiten und die Methode ihrer Erfassung

In Kürze erscheint:

### AS 31 Band III: Theorien über Automationsarbeit

#### Kategorien

Automationsarbeit in der Industriesoziologie: „Qualifikation“, „Kooperation“, „Autonomie“

Automationsarbeit in den Arbeitswissenschaften: Analytische Arbeitsbewertung, „Belastung“, „Beanspruchung“, Kognitive Prozesse

#### Positionen

Kern/Schumann, Baethge, Mickler, Fricke und Theorien über Arbeitsgestaltung

Tabellarische Übersicht

Untersuchungen zur Automationsarbeit bis 1977

**Argument-Verlag Postf. 21 0730 7500 Karlsruhe**

Walther Müller-Jentsch

## Die Neue Linke und die Gewerkschaften

Das Verhältnis, das die neue Linke zur gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hatte und hat, ist ambivalent und war in den vergangenen Jahren äußerst wechselvoll. Dies hängt sicherlich mit der sozialen Zusammensetzung der neuen Linken, aber auch mit der ungleichzeitigen Entwicklung zwischen der Gewerkschaftsbewegung und der studentisch geprägten Protestbewegung zusammen. Ihre Ursprünge hatte die neue Linke zwar in der Bewegung gegen die Atomrüstung und – später – gegen die Notstandsgesetze, ihre wichtigsten – praktischen wie theoretischen – Impulse erhielt sie jedoch durch die Studentenbewegung. Ihrer sozialen Zusammensetzung wegen bestand nicht nur in der Studentenbewegung, sondern in der gesamten „außerparlamentarischen Opposition“ (Apo), die sich vorwiegend aus Angehörigen intellektueller oder Sozialisationsberufe zusammensetzte, eine gewisse Distanz zu den traditionellen Organisationen der Arbeiterschaft. Daraus erklären sich auch einige der Schwierigkeiten im Verhältnis zu den Gewerkschaften sowie die zahlreichen Fehlinterpretationen und -prognosen in bezug auf die gewerkschaftlichen Organisationen. – Zum Terminus „neue Linke“ ist anzumerken, daß ich heute darunter jene Sozialisten verstehe, die die Intentionen und Ziele der Apo aufgegriffen haben und diese außerhalb etablierter Parteien (SPD; DKP) oder dogmatischer Sekten (K-Gruppen) zu verwirklichen trachten.

### 1.

Bevor ich auf das Verhältnis von Studentenbewegung bzw. der neuen Linken zu den Gewerkschaften eingehe, möchte ich einige bekannte, wenn auch in ihren Konsequenzen zu wenig reflektierte Tatbestände voranstellen:

1. Die Gewerkschaften organisieren nur einen Teil der lohnabhängigen Klasse, allerdings den bewußteren. In der BRD sind gegenwärtig rund 45 Prozent der Arbeiter und 20 Prozent der Angestellten gewerkschaftlich organisiert. Nachdem der gewerkschaftliche Organisationsgrad seit Mitte der fünfziger bis Ende der sechziger Jahre nahezu kontinuierlich gefallen war, ist er seit Anfang der siebziger Jahre wieder angestiegen<sup>1</sup>.

2. Unter den abhängig Beschäftigten ist die Zahl derer, die die Gewerkschaften als Interessenorganisationen für notwendig ansehen, etwa doppelt so hoch wie die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder<sup>2</sup>. Wer die Gewerkschaften für notwendig hält, aber dennoch unorganisiert bleibt, tut dies in der Regel aus mangelnder Einsicht in die Notwendigkeit solidarischen Verhaltens und kollektiven Handelns. Nicht etwa Kritik an der systemkonformen Praxis der Gewerkschaften, sondern die Möglichkeit, an den gewerkschaftlichen Tariferfolgen partizipieren

zu können, ohne finanzielle Opfer in Form von Beiträgen leisten zu müssen, begründet den Nichtbeitritt.

3. Unbestreitbar sind die materiellen Erfolge, die die Gewerkschaften in der Vergangenheit für die Verbesserung der sozialen Lage der Lohnabhängigen erzielt haben. Erinnerung sei hier nur an die mehr als zwanzigjährige Periode (1950-1974) von Reallohnsteigerungen, an die Durchsetzung der Vierzigstundenwoche, an die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, die Verlängerung der Urlaubstage etc.

4. Dem stehen entgegen: die ebenso unbestreitbaren Niederlagen in den gesellschaftspolitischen Zielsetzungen, wie sie nach 1945 in der Konzeption von der Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft (Münchener Grundsatzprogramm) und später in den Zielen paritätische Mitbestimmung und Investitionslenkung zum Ausdruck kamen.

## II.

Soweit die Studentenbewegung der späten sechziger Jahre Geschichte und Politik der Gewerkschaften rezipierte, sah sie in erster Linie die politischen Niederlagen, die sie zudem als selbstverschuldete wahrnahm. Die materiellen Erfolge interpretierte sie ausschließlich unter ihrem system-integrativen Aspekt. Wenn auch sozialistische Studenten in den Gewerkschaften, vor allem mit Jugendlichen, Bildungsarbeit betrieben und andere in den Vorstandsverwaltungen der IG Metall und IG Chemie Bündnisgenossen im Kampf gegen die Notstandsgesetze gesucht hatten, so überwog doch das Verständnis von den Gewerkschaften als bürokratische Apparate, als Teil des Establishments. Die unrühmliche Rolle, die die Gewerkschaftsspitzen im Kampf gegen die Notstandsgesetze gespielt hatten, ihr verbaler Protest, dem kein praktischer Widerstand gefolgt war, bestätigte für viele die These vom historischen Versagen der Gewerkschaften in einer aktuellen Situation. Von den tarifpolitischen Erfolgen ließ sich die Studentenbewegung – im Gegensatz zur Masse der Lohnabhängigen – nicht beeindruckt. Unter dem Einfluß Marcusescher Thesen, die durch die gesellschaftliche Realität Nordamerikas beeinflusst waren, galt der Studentenbewegung bald die gesamte westdeutsche Arbeiterklasse als verbürgerlicht, von Massenmedien manipuliert und durch Massenkonsum ans System gebunden. Diejenigen, die etwa innerhalb des SDS an der historischen Rolle der Arbeiterklasse festhielten und aus Marcuses Analyse des „One-Dimensional Man“ nicht die Konsequenz zogen, daß allein in der Dritten Welt oder in den subproletarischen Randgruppen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften das revolutionäre Potential zu suchen sei, wurden von den Anti-Autoritären spöttisch Traditionalisten genannt.

Mit den Septemberstreiks 1969 änderte sich diese Einschätzung schlagartig. Die Tatsache, daß mehr als hunderttausend Arbeiter aus dem Bergbau, der Hüttenindustrie und anderen Bereichen *selbsttätig*, ohne Unterstützung der Gewerkschaften, für ihre Interessen auf die Straßen gegangen waren, verblüffte die Linke um so mehr, als diese Demonstrationen und Streiks – im Gegensatz zum französischen Mai 1968, der durch Initiativen der Pariser Studenten eingeleitet und begleitet worden war – eine rein „proletarische“ Angelegenheit blieben. In-

nerhalb der Studentenbewegung leiteten die Septemberstreiks eine „proletarische Wende“ ein. Nicht mehr die Arbeiterklasse generell, sondern allein ihre Organisationen, Gewerkschaften und Sozialdemokratie, galten fortan als verbürgerlichte Institutionen. Ihre eigenen Kampferfahrungen auf die spontane Streikbewegung projizierend, sahen die studentischen Analytiker primär in den Formen der Streikbewegung, in den Momenten der Selbsttätigkeit, das eigentlich revolutionäre Potential. Typisch für die Interpretation der Septemberstreiks durch die außerparlamentarische Opposition war die, die Wolfgang Lefevre auf einem Teach-In in der FU Berlin vorgetragen hat (vgl. „neue kritik“ Nr. 54, 1969). Darin wird postuliert, „daß über den revolutionären Charakter im wesentlichen das Maß entscheidet, in dem die Aktionen die selbstorganisatorische, von der Gängelung der Gewerkschaftsapparate befreite aktive Kampfteilnahme und Handlungsfähigkeit der Belegschaften hervorzubringen vermochte“. Kämpfe seien in dem Maße revolutionär, in dem sie die „Einsicht in die Notwendigkeit der Selbstorganisation“ vermitteln, war das Resümee dieser Analyse.

„Proletarische Wende“ – das bedeutete nicht nur, daß die Apo die westdeutsche Arbeiterklasse als ihren Adressaten neu entdeckte, sondern auch, daß sich die antigewerkschaftlichen Polemiken verschärften. In der Zerfallsphase der Apo wurde die Gewerkschaftskritik immer prinzipieller. Für die Vertreter des Basisgruppenkonzepts standen gewerkschaftliche Organisationen, die häufig mit dem Apparat gleichgesetzt wurden, dem Prinzip der Selbstorganisation entgegen. Die Befürworter eines Parteaufbaus, vornehmlich maoistische Gruppierungen, machten Lenins „Was tun?“ – ohne den historischen und politischen Entstehungszusammenhang dieser Schrift zu berücksichtigen – zur wichtigsten Richtschnur für die Einschätzung der Gewerkschaften; demnach galt ihnen gewerkschaftliche Praxis schlicht als „ökonomistisch“ „handwerklich“ und „reformistisch“.

Verhängnisvolles Resultat dieser einseitigen, z.T. dogmatisierten Einschätzungen war die Selbstisolierung großer Teile der neuen Linken von der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, die schließlich in der politischen Torheit einer Neuauflage der RGO-Politik gipfelte<sup>3</sup>. Verhängnisvoll war diese Entwicklung insofern, als innerhalb der Gewerkschaften, teilweise schon vor den Septemberstreiks, oppositionelle Strömungen gegen den sozial-partnerschaftlichen Gewerkschaftskurs an Bedeutung zunahmen. Die innerverbandliche Kritik an der zentralisierten, mitgliederfernen Tarifpolitik, an der Konzertierten Aktion, an der zurückhaltenden, auf wirtschaftspolitische Ziele Rücksicht nehmenden Lohnpolitik signalisierten Veränderungen in den Gewerkschaften, die auf eine basisnahe Interessenvertretung drängten, ohne daß dabei jemals die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation in Frage gestellt wurde. So kam es, daß die in den Gewerkschaften diskutierten Konzeptionen wie Mitbestimmung am Arbeitsplatz, betriebsnahe Tarifpolitik, Aufgabenerweiterung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute, Einrichtung von Arbeitsgruppensprechern nur von jenem Teil der neuen Linken aufmerksam verfolgt wurde, der – wie etwa die vom Sozialistischen Büro locker zusammengehaltenen Gruppen – nicht der Selbsttäuschung verfallen war, daß die westdeutsche Arbeiterklasse nur noch der revolutionären Partei des Proletariats oder der Bildung eigener Streik- und Kampfkom-

tees bedürfe, um sich von den „Arbeiterbürokraten“, den „Gewerkschaftsbözen“ etc. zu befreien. Diesem Teil der neuen Linken, der aufgrund seiner Zusammensetzung aus intellektuellen und Sozialisationsberufen keine Verankerung in der Industriearbeiterschaft hatte, schlossen sich zwar einzelne Betriebsgruppen an, aber der überwiegende Teil der neuen kritischen Tendenzen innerhalb der Gewerkschaften kam, durch den Zerfallsprozeß der Apo bedingt, der alten Linken zugute: der neugegründeten DKP und ihren Betriebsgruppen sowie den Jusos und SPD-Betriebsgruppen.

### III.

Die aus dem Auflösungsprozeß der Apo hervorgegangenen Gruppierungen mit divergierenden politischen Tendenzen haben eine Vielfalt theoretischer Ansätze hervorgebracht, die gewerkschaftliche Politik und Praxis auf die zentrale Frage nach dem tatsächlichen oder möglichen Beitrag der Gewerkschaften zur Transformation der kapitalistischen Gesellschaft beziehen. Das Spektrum dieser Theorieansätze ist breit gefächert. In ihm ist sowohl die optimistische wie die pessimistische Tradition sozialistischer Theorie präsent; hält die eine an der Perspektive fest, daß aus den gewerkschaftlichen Aktivitäten – mehr oder weniger zwangsläufig – ein revolutionäres Potential erwachsen wird, so betont die andere die von gewerkschaftlicher Praxis ausgehenden Hemmnisse und Vereitelungen einer Revolutionierung der Arbeiterklasse<sup>4</sup>. Die beiden Extrempositionen werden zum einen vom Projekt Klassenanalyse in Berlin, zum anderen von K.H. Roth und der ihm nahestehenden linkskommunistischen Gruppe „Proletarische Front“ in Hamburg vertreten.

Das *Projekt Klassenanalyse* vertritt eine Gewerkschaftstheorie, die, marxexegetisch abgeleitet, Gewerkschaften so sieht, wie sie Marx vor mehr als hundert Jahren beschrieben hat: als Preisfechter der Ware Arbeitskraft und als unmittelbare Assoziation der Lohnarbeiter. Auf der Basis des Lohnsystems kann diese ihrer Aufgabe nur dann gerecht werden, „wenn die Kontinuität des Reproduktionsprozesses relativ störungsfrei verläuft“ (vgl. Autorenkollektiv, 1976, S. 81). Daß mit Verschärfung der ökonomischen Lage der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit immer deutlicher hervortritt und damit das Bewußtsein ebenso wie die politischen Organisationsformen für die notwendige gesellschaftliche Veränderung erzeugt werden, ist für das Projekt Klassenanalyse so gut wie gesichert. In seiner Gewerkschaftstheorie paart sich naives Vertrauen auf die ökonomische Krisenentwicklung und ihre politischen Konsequenzen mit unhistorischer Betrachtungsweise. Deduktionen aus allgemeinsten Bestimmungen der Kritik der politischen Ökonomie ersetzen die historische Analyse. Dadurch entgehen dem Projekt Klassenanalyse relevante Veränderungen im politischen und rechtlich-institutionellen System, die die Funktionen der Gewerkschaften entscheidend beeinflussen. Schließlich macht es für die Stellung der Gewerkschaft innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft einen entscheidenden Unterschied aus, ob die Gewerkschaft – wie zu Marxens Zeiten – rechtlich kaum geduldet, mit relativ geringem Mitgliederbestand, abhängig von der ständig wechselnden Konjunkturlage und bei einer permanenten industriellen Reservearmee Arbeiterinteressen

vertritt; oder ob sie, rechtlich gesichert und öffentlich anerkannt, unter relativ günstigen ökonomischen Bedingungen und unter Beachtung der kapitalistischen Spielregeln sozialpolitisch erfolgreich agieren kann. Gewerkschaftliche „Fehlentwicklung“, wie sie relativ früh von Rosa Luxemburg, Pannekoek und den Autoren des Roten Gewerkschaftsbuches unter den Stichworten Gewerkschaftsreformismus, Bürokratisierung, Apparatisierung etc. analysiert worden ist, stellt für das Projekt Klassenanalyse kein Problem dar. Es sieht in dieser Kritik vielmehr eine „linksradikale, im Grundsatz gewerkschaftsfeindliche Auffassung“, der „ein grobes Unverständnis der Bewußtseinsentwicklung der Produktionsagenten der bürgerlichen Gesellschaft zugrunde (liegt)“ (S.90). Da die Vertreter einer Klasse „immer nur formulieren und dolmetschen, was die aktiven Mitglieder der Klasse oder Klassenfraktionen aus ihrer materiellen Tätigkeit heraus empfinden“ (S. 90), teilen auch die Gewerkschaftsrepräsentanten die gesellschaftlichen Illusionen der von ihnen vertretenen Lohnarbeiter.

Erst die ökonomische Krise wird den Arbeitern das richtige, desillusionierte Bewußtsein einpauken und den Gewerkschaftsrepräsentanten die richtige politische Linie aufzwingen: „Der tatsächliche Charakter des Lohnsystems tritt jetzt deutlicher hervor und damit auch die Grenze der unmittelbaren Assoziation. Sie wird infolge des stets anwachsenden Drucks auf die unmittelbaren Produzenten gezwungen sein, verstärkt radikale Forderungen ihrer Mitglieder zu berücksichtigen. In diesen Forderungen wird eine mehr oder minder klare Vorstellung über den Charakter der bürgerlichen Produktionsweise und die Notwendigkeit ihrer Veränderung zum Ausdruck kommen“ (S. 81). Zu diesem Gewerkschaftsverständnis des Projekts Klassenanalyse hat ein Kritiker angemerkt, ihm liege der Hegelsche Ansatz „Alles Wirkliche ist vernünftig, alles Vernünftige ist wirklich“ zugrunde (Schleifstein, 1977, S. 127). Dem ist nichts hinzuzufügen.

Eine zu dieser Gewerkschaftstheorie konträre Position vertritt *K.H. Roth* (1974). Er geht von dem Konzept einer Einheit von Kapital, Staat und Gewerkschaften aus und unterstellt eine irreversible Entwicklung zumindest der westdeutschen Gewerkschaften zu Instrumenten des Kapitals. Sie sind Roth zufolge, wie die Sozialdemokratie, zum „Bestandteil der kapitalistischen Kontrolle über die Arbeitskraft“ (S. 19) geworden. Ausgeübt wird diese Kontrolle durch Spaltung der Arbeiterklasse in professionelle (Facharbeiter) und Massenarbeiter. Folgerichtig werden in den Gewerkschaften „kaum mehr Arbeiterorganisationen, sondern zu allererst einmal Zusammenschlüsse von Meistern, Vorarbeitern, Kalkulatoren, Arbeitsvorbereitern mit einem gewissen Rückhalt bei den *um*qualifizierten deutschen Arbeitergruppen“ (S. 255) gesehen. Der umfassenden Verschwörungstheorie, die hinter diesen Aussagen steht, entspricht die Übertragung der Verweigerungsrevolte aus der studentischen Protestbewegung: die Ablehnung der Arbeit wird als „Alternative zum gewerkschaftsreformistischen Zirkus um Lohnzahlen und abgestumpfte Streiks“ (S. 266) gefeiert, die autonomen Aktionen der Massenarbeiter den „reformistischen Vermittlungsmechanismen“ gewerkschaftlicher Kämpfe gegenübergestellt. Das Buch endet mit der Vision von der „Arbeiter-Guerilla“ (S. 267).

Die eklatanten Einseitigkeiten, die die gesamte Rothsche Analyse durchziehen und deren Unhaltbarkeit von informierten Kritikern nachgewiesen wurde (vgl.

Lucas, 1975; Schmidt, 1975), beruhen auf einem hochselektiven Verfahren der Theoriebildung. Negative Erfahrungen mit gewerkschaftlicher Praxis, die un schwerer als gegen die Interessen der Arbeiter oder bestimmter Arbeiterfraktionen gerichtete Aktivitäten interpretiert werden können (z.B. Verhalten gewerkschaftlicher Repräsentanten während der spontanen Streiks 1973) werden verallgemeinert und durch die Koppelung mit anderen empirischen Tatbeständen (z.B. hoher Facharbeiteranteil in den Gewerkschaften) theoretisch begründet. Dieses einmal gewonnene theoretische Raster kann positive Beispiele gewerkschaftlicher Praxis nicht mehr adäquat erfassen, sondern nur noch als verfeinerte Methoden der Klassenspaltung begreifen (Beispiel: Die lohnpolitischen Erfolge nach den Septemberstreiks 1969 werden wie folgt kommentiert: „Die Kontrolle über die Arbeiter konnte nur noch im Bündnis mit einem dynamischen und modernisierten Arbeiterreformismus zurückgewonnen werden“, S. 249). Differenzierungen zwischen einzelnen Ebenen und Organen der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung werden als „Äußerlichkeiten“ (S. 16) begriffen, von denen abstrahiert werden müsse. Daß so die gewerkschaftliche Realität unbegriffen bleibt, dürfte offensichtlich sein.

Eine theoretische Position, die die Einseitigkeiten Roths und des Projekts Klassenanalyse zu vermeiden sucht, formulierte R. Zoll (1976) in seinem Buch über den „Doppelcharakter der Gewerkschaften“. Es handelt sich dabei weitgehend um eine Zusammenstellung von Textstellen aus Werken von Marx/Engels und anderen sozialistischen Theoretikern, die sich auf die Gewerkschaften oder verwandte Gegenstände beziehen. Zoll will damit zugleich die „Aktualität der Marxschen Gewerkschaftstheorie“ (so der Untertitel seines Buches) demonstrieren. Die Begründung dieser Aktualität erinnert indessen fatal an die Argumentationsweise des Projekts Klassenanalyse. Ausgehend von dem bei Marx konstatierten Doppelcharakter der Gewerkschaften, den Marx mit den Kurzformeln „Kampf im Lohnsystem“ und „Kampf gegen das Lohnsystem“ gekennzeichnet hat, läßt Zoll die entsprechenden Marxschen Textpassagen vor dem Leser Revue passieren und fügt ihnen aktuelle Beispiele an, die besagen sollen: so ist es auch heute noch. Daß bei diesem Verfahren der historische Prozeß sich in Analogien auflöst, wird schon auf der ersten Seite deutlich. Dort wird das Begriffspaar Ordnungsfaktor und Gegenmacht mit den von Marx gebrauchten Kurzformeln schlicht gleichgesetzt. Den „Kampf im Lohnsystem“, den „Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems“ (Marx) gleichzusetzen mit heutigen gewerkschaftlichen Ordnungsfunktionen, ist ebenso irreführend wie die Analogie zwischen Gegenmacht und „Kampf gegen das Lohnsystem“. Für Marx implizierte der Kampf *im* Lohnsystem zweifellos die Entfaltung gewerkschaftlicher Gegenmacht, um gegen die lohndrückenden Tendenzen des Kapitals überhaupt erst den Wert der Ware Arbeitskraft durchzusetzen. Ordnungsfunktionen, wie sie die Gewerkschaften heute teilweise übernommen haben (z.B. in der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in gemeinsamen Einrichtungen der Tarifparteien, in der Konzentrierten Aktion und anderen Institutionen, überhaupt durch die Schaffung eines geordneten Tarifvertragssystems), waren zu Marxens Zeiten unbekannt.



Typisch für das Zollsche „Verlängerungsverfahren“ sind Aussagen wie die folgende: „Marx und Engels setzten ihre Hoffnung darauf, daß die Gewerkschaften, die zu ihrer Zeit ähnlich ‚integriert‘ waren wie heute, sich durch die Krisen in der Kapitalakkumulation wandelten“ (S. 149). Mit dieser Behauptung wird die – ein wesentlich späteres Stadium gewerkschaftlicher Politik kennzeichnende – Integrationsthese auf die Anfänge der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung projiziert. Historische Entwicklungen, die die Stellung der Gewerkschaften in der Gesellschaft fundamental veränderten, fallen damit unter den Tisch. Franz Neumann (1932) hat diese historischen Veränderungen auf die Kurzformel gebracht: „Geschichtlich hat das Verhältnis von Staat und Gewerkschaften vier Stadien durchlaufen: vom Verbot über die Duldung zur Anerkennung und zur Inkorporierung der Koalitionen“ (S. 3). Der konservative Gewerkschaftstheoretiker G. Briefs, der als erster die Differenzen in den Existenzbedingungen „klassischer“ und „befestigter“ Gewerkschaften aufzeigte (Briefs, 1952, 1968), hat in dieser Hinsicht wesentlich mehr Verständnis für historische Prozesse als der in der historisch-materialistischen Tradition arbeitende Zoll. Bezeichnenderweise fehlt bei ihm (wie beim Projekt Klassenanalyse) eine Auseinandersetzung mit der These von der Institutionalisierung des Klassenkonflikts (zuletzt: Weitbrecht, 1969). Zum anderen: Was bleibt nach obigem Zitat von der zweiten Seite des Doppelcharakters der Gewerkschaften übrig, wenn die Hoffnungen von Marx und Engels, nach so vielen Krisen in der Kapitalakkumulation, sich nicht erfüllt haben? Die Zollschen Antworten auf die Frage nach den Bedingungen des Umschlags vom Lohnkampf in den Kampf gegen das Lohnsystem bleiben Imperative:

„Zwischen den beiden Aufgaben der Gewerkschaften gibt es einen deutlichen Unterschied: Den Kampf im Lohnsystem – das stellen Marx und Engels fest – führen die Gewerkschaften (ob gut oder schlecht, das ist hier nicht die Frage). Vom Kampf der Gewerkschaften zur Abschaffung des Lohnsystems ist dagegen immer nur im Sinn einer Aufforderung die Rede: die Gewerkschaften ‚müssen jetzt lernen‘. ‚sie müssen jede soziale und politische Bewegung unterstützen‘ usw. Es handelt sich also nicht um eine Tatsachenfeststellung, sondern um einen aus der Analyse der kapitalistischen Produktionsverhältnisse abgeleiteten Imperativ“ (S. 129) „.... in der Krise oder in ihrem Gefolge (eröffnen sich den Gewerkschaften) neue Möglichkeiten der Aktion, des Durchbruchs, der politischen Betätigung. Vorbedingung ist, daß die Gewerkschaften an die wirkliche Bewegung, die von der Krise ausgehen kann, anknüpfen, daß sie sich ihr gegenüber öffnen, daß sie die aus ihr entstehenden Kämpfe befördern“ (S. 150).

Um so schlimmer für die Realität, wenn die Gewerkschaften diesen Imperativen nicht nachkommen. Für die Theorie vom Doppelcharakter der Gewerkschaften hat dies jedenfalls keine Konsequenzen. – Bei allen Verdiensten, die der Zollschen Arbeit durch die Zusammenstellung und Interpretation bekannter und entlegener Textstellen von Marx/Engels über die Gewerkschaften zukommen, macht sie zugleich deutlich, daß die Aktualität der Marxschen Theorie nicht dadurch begründet werden kann, daß *inhaltliche* Aussagen, die sich auf historische Konstellationen beziehen, mit aktuellen Beispielen „bestätigt“ werden.

Kommen wir auf die zentrale Ausgangsfrage nach dem Beitrag der Gewerkschaften zur sozialistischen Transformation der kapitalistischen Gesellschaft zurück, dann lassen sich die Antworten, die von den referierten Autoren darauf ge-

geben werden, wie folgt resümieren: Für das Projekt Klassenanalyse werden die Gewerkschaften, determiniert durch die – ebenfalls gesicherte – ökonomische Krisenentwicklung, zwangsläufig an dem Transformationsprozeß beteiligt sein. Für Roth ist es ebenso sicher, daß die Gewerkschaften, nachdem sie in einem irreversiblen Prozeß zu Instrumenten des kapitalistischen Planstaates geworden sind, in revolutionären Situationen auf der anderen Seite der Barrikade stehen werden. Zoll schließlich geht davon aus, daß der Krisenprozeß von den Gewerkschaften mehr oder weniger unabhängige (Massen-)Bewegungen entstehen läßt, für die sich die Gewerkschaften öffnen können; obwohl „definitionsgemäß keine revolutionäre Organisation“, kann die Gewerkschaft unter solchen Umständen „revolutionären Charakter annehmen“ (S. 156). Während für das Projekt Klassenanalyse in revolutionären Situationen die Grenze der gewerkschaftlichen Organisation sichtbar wird und das Handlungsprimat an die Arbeiterpartei als der höheren Organisationsform übergeht, rechnet Zoll mit der Möglichkeit eines – mehr oder minder organischen – Übergangs von gewerkschaftlichen Organisationen in politische Massenbewegungen.

#### IV.

Weder Marx-Philologie (Projekt Klassenanalyse; Zoll) noch italienische Autonomie-Konzepte (Roth) können empirisch gerichtete Analysen ersetzen, wenn die reale Praxis und die spezifischen Funktionen der Gewerkschaften im gegenwärtigen historischen Stadium theoretisch erklärt werden sollen. Autoren, die dem Umkreis der neuen Linken zugerechnet werden können, haben in einer Reihe empirisch orientierter Arbeiten<sup>5</sup> – sei's über die westdeutschen Gewerkschaften generell, sei's über relevante Aspekte – eine eigentümliche Widersprüchlichkeit in der gewerkschaftlichen Praxis herausgearbeitet, die von einigen mit dem Begriffspaar Ordnungsfaktor – Gegenmacht (Conert; Schmidt), von anderen mit kooperativer vs. konfliktorischer Politik (Bergmann/Jacobi/Müller-Jentsch) umschrieben wurden. Unstrittig ist für diese Autoren, daß die gewerkschaftliche Praxis hier und heute (noch) keinen Kampf gegen das Lohnsystem impliziert, sondern sich nur in unterschiedlichen Formen der Interessenvertretung darstellt. Daher ist diese Widersprüchlichkeit theoretisch anders zu bestimmen als es etwa Zoll tut.

Die theoretische Explikation muß jenen empirischen Tatbeständen gerecht werden, die in den kritischen Gewerkschaftsanalysen der neuen Linken als zentrale Dimensionen gewerkschaftlicher Praxis identifiziert wurden. Im wesentlichen sind dies:

1. Die zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und staatlichen Institutionen stattfindende *einkommenspolitische Kooperation*, die auf eine Funktionalisierung der Lohnpolitik für globale wirtschaftspolitische Ziele hinausläuft.
2. Die unter bestimmten Bedingungen und in wechselnden Formen sich manifestierenden *Konflikte zwischen Gewerkschaftsapparat und Mitgliedergruppen*, die auf Defizite in der Interessenvertretung schließen lassen.
3. Die in der tarifpolitischen Praxis der Gewerkschaften zu beobachtende *Dominanz der Lohnpolitik* gegenüber anderen Gegenständen wie Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherung etc.

4. Die in der gewerkschaftlichen Tarifpolitik zum Ausdruck kommende *Präferenz von Facharbeiterinteressen* gegenüber den Interessen anderer Mitgliedergruppen.

Abschließend soll der Versuch gemacht werden, unter Berücksichtigung der vorstehenden Komponenten die gesellschaftliche Funktion der Gewerkschaften im gegenwärtigen Kapitalismus zu beschreiben. Ausgangspunkt ist, daß Gewerkschaften heute nicht mehr umstandslos als Interessenorganisationen der Arbeiterklasse begriffen werden können. Sie lassen sich zutreffender als bürokratisch verfaßte, intermediäre Organisationen zwischen Kapital und Arbeit beschreiben. Ihre Interessenvertretung beruht auf der pragmatischen Vermittlung zwischen Kapital- und Arbeiterinteressen nach der Alltags-Maxime, die Kuh nicht zu schlachten, die man melken will. Dieser Handlungsorientierung entspricht, zumal unter Bedingungen wirtschaftspolitischer Globalsteuerung, eine generelle Bereitschaft, tarifpolitische Spielräume unter Berücksichtigung konjunkturpolitischer Ziele zu nutzen. Häufig erfolgt die Abstimmung der tarifpolitischen Ziele auf das konjunkturpolitisch Mögliche oder Gebotene, unter Beteiligung des Staates, in Formen institutionalisierter Kooperation. Freilich bleiben Formen und Resultate dieser Vermittlung von den jeweiligen objektiven und subjektiven Bedingungen abhängig. Insbesondere der Konzessionsspielraum des Kapitals und die Forderungshaltung der Mitglieder bestimmen, in welchem Ausmaß die gegenseitigen Interessen durch die Gewerkschaften berücksichtigt werden (können).

Als Vermittlungsorgane erfüllen die Gewerkschaften spezifische Selektionsfunktionen in den Prozessen der Artikulation, der Verallgemeinerung und der Durchsetzung von Interessen. Dies geschieht einmal durch die systematische Privilegierung von Lohninteressen gegenüber den sog. qualitativen Interessen. Der traditionelle Ökonomismus der Gewerkschaften liegt sowohl in der größeren Kompromißfähigkeit als auch der universellen Kompensationsfähigkeit von Lohnforderungen begründet. Als relativ verwendungsneutrale Mittel können Lohnerhöhungen als Kompensation für andere Interessen fungieren. Hierauf beruht der Mechanismus der Monetarisierung qualitativer Forderungen. Verhalten sich die Unternehmer bei Forderungen, die sich auf den Verteilungsprozeß beziehen, konzessionsbereiter als bei Forderungen, die Eingriffe in den Produktionsprozeß implizieren, dann bietet sich die Verschiebung des Forderungsgegenstandes geradezu an. So kann der Lohn zum Vehikel für Interessen unterschiedlichster Art werden (Symbolfunktion des Lohnes). Die größere Kompromißfähigkeit monetärer Forderungen beruht nicht zuletzt darauf, daß mit wachsendem Anlagekapital die fixen Kosten steigen, so daß die Unternehmer besonders dann zu lohnpolitischen Konzessionen bereit sind, wenn dadurch eine „störungsfreie“, optimale Ausnutzung des Produktionsapparats sichergestellt werden kann.

Privilegiert werden durch die gewerkschaftlichen Strukturen ferner die Interessen von Facharbeitern gegenüber den Interessen von An- und Ungelernten. Die Ursache dieses gleichfalls traditionellen Sektionalismus ist zunächst in der durchgängigen Überrepräsentation von Facharbeitern in den gewerkschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsgremien zu suchen. Diese Tatsache hängt wiederum damit zusammen, daß zwischen beruflicher Qualifikation und den

Anforderungen gewerkschaftlicher Gremienarbeit eine positive Korrelation besteht. Zum anderen kamen die in der gewerkschaftlichen Politik dominanten Lohninteressen bislang den Interessen der Facharbeiter entgegen, die aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation und stärkeren Stellung auf dem Arbeitsmarkt weitaus günstigere Arbeitsbedingungen und sicherere Arbeitsplätze vorfinden als die weniger Qualifizierten, so daß sie von den Gewerkschaften primär die Durchsetzung von Lohnerhöhungen erwarten. Mit der Bedrohung traditioneller Facharbeiterqualifikationen könnten sich indessen die Erwartungen der Facharbeiter auf andere Interessen verschieben.

Der Lohnpolitik kommt schließlich eine zentrale Bedeutung für die Legitimation der Gewerkschaftsbürokratie gegenüber ihrer Mitgliedschaft zu. Durch die Rollentrennung zwischen Mitgliedern und hauptamtlichen Funktionären, ist die Interessenvertretung für andere zum selbständigen Beruf geworden, der u.a. Expertenwissen und taktische Fähigkeiten verlangt. Zum anderen fallen aufgrund des notwendig geschlossenen Auftretens gegenüber dem Tarifgegner, dem hauptamtlichen Personal koordinierende und vereinheitlichende Funktionen zu. Ihre beruflichen Fähigkeiten wie ihre organisatorische Funktion verleihen den hauptamtlichen Funktionären eine besondere Machtstellung innerhalb der Gewerkschaften, die sie ausnutzen können für die Verfolgung ihrer eigenen Interessen, die sich auf den Bestand und das Wachstum der Organisation sowie auf gesellschaftliche Anerkennung richten. Gleichwohl können sie damit sich nicht völlig von der Interessenvertretung verselbständigen, solange sie *freiwilligen* Interessenorganisationen vorstehen; auch stehen sie weiterhin unter dem Zwang, die verschiedenartigen Teilinteressen von unterschiedlichen Arbeitergruppen zu vereinheitlichen. Der Lohn, als ein generalisiertes Medium, bietet sich dabei als wichtigstes Legitimationskriterium für erfolgreiche Gewerkschaftspolitik an.

Diese Überlegungen lassen sich in der *These* zusammenfassen, daß die gewerkschaftlichen Strukturen auf lohnpolitische Interessen bzw. auf Interessen, die sich monetarisieren lassen, flexibler reagieren können als auf Interessen anderer Qualität. Gleichwohl können auch unter „normalen“ kapitalistischen Bedingungen nicht alle Interessenkonflikte, die im Arbeitsprozeß entstehen, lohnpolitisch kompensiert werden. Für die Lösung der verbleibenden „Restproblematik“ haben die Gewerkschaften – anders als für die Lohnpolitik – einerseits konkurrierende gesetzliche Regelungen, andererseits separate betriebliche Interessenvertretungen geduldet, weil durch diese Institutionen die gewerkschaftliche Interessenvertretung von der Wahrnehmung anderer als Lohninteressen weitgehend entlastet wurde.

## V.

Mit dieser Funktionsbestimmung gewerkschaftlicher Praxis im gegenwärtigen Kapitalismus ist keine Vorentscheidung über die Frage getroffen worden, ob die Gewerkschaften wieder in genuine Interessenorganisationen der Lohnabhängigen verändert werden können oder nicht. Sie macht indessen deutlich, daß einem solchen Veränderungsprozeß erhebliche Schwierigkeiten und Hemmnisse im Wege stehen. Angesichts dessen wäre es naiv, schon von der Verschärfung der

ökonomischen Krise das notwendige Veränderungspotential zu erwarten. Gegenüber dem Rothschen Ansatz ist freilich zu betonen, daß es für Sozialisten aus zwei Gründen selbstverständlich sein muß, in den Gewerkschaften zu arbeiten: erstens, weil in den Gewerkschaften die bewußteren Teile der Arbeiterschaft organisiert sind, und zweitens, weil die durch den Vermittlungscharakter bedingte Widersprüchlichkeit der gewerkschaftlichen Praxis reale Ansatzpunkte für eine alternative Gewerkschaftspolitik bieten.

Ansatzpunkte dieser Art sehe ich zur Zeit in den folgenden Konfliktfeldern: Durch die krisenökonomisch bedingte Einschränkung des staatlichen Handlungsspielraums („Ende der Reformpolitik“) ist das Vertrauen vieler Gewerkschafter auf staatliche Reformtätigkeit und wirtschaftspolitische Steuerungsmöglichkeiten erschüttert worden. Dies zeigte sich unter anderem in den Reaktionen auf das Mitbestimmungsgesetz. Als folgenreicher für das gewerkschaftliche Handeln kann sich die offensichtliche Erfolgslosigkeit staatlicher Bemühungen um die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung sowie die im jüngsten Sachverständigen-Gutachten sich abzeichnende Aufkündigung der bisherigen lohnpolitischen Kompromißformel („modifizierte Produktivitätsregel“) erweisen.

Damit wird jene Kooperationsbasis brüchig, auf der die Gewerkschaften bisher eine Selbstbeschränkung im doppelten Sinne – auf lohnpolitische Gegenstände und in den lohnpolitischen Forderungen selbst – üben konnten. Zwar ist anzunehmen, daß die in den Prosperitätsjahren bei den abhängig Beschäftigten entstandenen Lohnansprüche durch die fortdauernde Massenarbeitslosigkeit abgebaut wurden, so daß die Gewerkschaftsführungen weniger auf lohnpolitischem Gebiet als in anderen Bereichen unter Legitimationsdruck geraten. Die von der unternehmerischen Rationalisierungsoffensive ausgehenden Bedrohungen der Arbeitsplätze und des sozialen Besitzstandes haben ganz andere Interessen in den Vordergrund treten lassen. Als Ausdruck dieser veränderten Interessenkonstellation können sowohl die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der Druckindustrie um die Arbeitsplatz- und Qualifikationssicherung graphischer Fachkräfte wie der vom IG Metall-Bezirk Stuttgart angestrebte Tarifvertrag zur Besitzstandssicherung (Abgruppierungsschutz) angesehen werden. Bedeutsam an diesen sich abzeichnenden Veränderungen ist einmal, daß die Dominanz der Lohnpolitik in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung eingeschränkt wird und daß zum anderen nunmehr auch Kerngruppen der gewerkschaftlichen Organisationen, die Facharbeiter, die Rationalisierungsfolgen zu spüren bekommen. Schließlich haben sich die Problem- und Konfliktbereiche auf betrieblicher Ebene dermaßen ausgeweitet, daß sie durch die üblichen betrieblichen Mitbestimmungsregelungen kaum noch zu bewältigen sind, wodurch die eingespielte Arbeitsteilung zwischen tarifpolitischer (sektoraler) und betrieblicher Interessenvertretung in Frage gestellt wird.

Konfrontiert mit dieser Problemkonstellation, stehen die Gewerkschaften vor der Alternative, entweder quietistisch eine gravierende Verschiebung des gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisses zugunsten des Kapitals hinzunehmen oder ihre Politik auf eine militante Interessenvertretung umzuorientieren. Es bedarf keiner Frage, für welche Alternative Sozialisten in den Gewerkschaften kämpfen werden.

## Anmerkungen

1 Der Organisationsgrad des DGB, errechnet aus dem Quotienten Mitgliederzahl durch abhängige Erwerbspersonen (= abhängig Beschäftigte plus Arbeitslose), entwickelte sich wie folgt:

1950: 35,7 %	1965: 30,0 %
1955: 34,4 %	1970: 30,0 %
1960: 31,0 %	1975: 32,8 %

2 In dem vom Infas (Institut für angewandte Sozialwissenschaft) jährlich ermittelten „Gewerkschaftsbarometer“ halten rund 75 Prozent der abhängig Beschäftigten die Gewerkschaften für notwendig bzw. sehr notwendig.

3 Zur Auseinandersetzung mit der RGO-Politik vgl. A. Enderle, H. Schreiner, J. Walcher, E. Weckerle, *Das Rote Gewerkschaftsbuch*, Berlin 1932, S. 133 ff, sowie Autorenkollektiv, *Sozialistische Gewerkschaftsarbeit und ‚Revolutionäre Gewerkschaftsopposition‘*, in: *Probleme des Klassenkampfes (Prokla)*, Nr. 8/9 (1973).

4 Zu dieser Tradition vgl. die Schrift von Richard Hyman, *Marxism and the Sociology of Trade Unionism*, London 1971.

5 Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und unter Berücksichtigung dessen, daß die darin vertretenen politischen Positionen divergieren, können dazu die folgenden Arbeiten gezählt werden: H. Conert, *Gewerkschaften heute – Ordnungsfaktor oder Gegenmacht? Offenbach* 1971; E. Schmidt, *Ordnungsfaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der Gewerkschaften*, Frankfurt 1971; verschiedene Aufsätze des Redaktionskollektivs *Gewerkschaften*, in: *Probleme des Klassenkampfes (Prokla)*, Nr. 2 (1972), 10 (1973), 13 (1974) und 19/20/21 (1975); die aus sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten hervorgegangenen Publikationen: J. Bergmann, O. Jacobi, W. Müller-Jentsch, *Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, Frankfurt-Köln 1975, 2. Auflage Frankfurt 1976; W. Dzielak, W. Hindrichs, H. Martens, V. Stanislawski, W. Wassermann, *Belegschaften und Gewerkschaften im Streik*, Frankfurt 1977; schließlich die für einzelne Gewerkschaften bzw. Organisationsbereiche erstellten Analysen: H.G. Haasis, *Kritik und Alternative gewerkschaftlicher Tarifpolitik am Beispiel der IG Druck und Papier 1945 bis 1975*, in: P. Mattick, A. Sohn-Rethel, H.G. Haasis, *Beiträge zur Kritik des Geldes*; K. Dammann, *Gewerkschaftliche Organisation und Kämpfe staatlicher Lohnarbeiter in der BRD*, in: G. Armanski, B. Penth (Hrg.), *Klassenbewegung, Staat und Krise*, Westberlin 1977.

## Literatur

- Autorenkollektiv (PKA), 1976: *Marxistische Gewerkschaftstheorie*, Berlin/West 1976  
 Autorenkollektiv, 1973: *Sozialistische Gewerkschaftsarbeit und „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“*, in: *Probleme des Klassenkampfes (Prokla)*, Nr. 8/9.  
 Briefs, Götz, 1952: *Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus*, Bern.  
 ders., 1968: *Gewerkschaftsprobleme in unserer Zeit*, Frankfurt/M.  
 Enderle, A., u.a., 1932: *Das rote Gewerkschaftsbuch*, Berlin  
 Hyman, Richard, 1971: *Marxism and the Sociology of Trade Unionism*, London.  
 Lucas, Erhard, 1975: Rezension von Roth, 1974, in: *politikon*, Nr. 46.  
 Neumann, Franz, 1932: *Koalitionsfreiheit und Reichsverfassung*, Berlin.  
 Roth, Karl Heinz, 1974: *Die „andere“ Arbeiterbewegung*, München.  
 Schleifstein, Josef, 1977: Beitrag in: *Abendroth-Forum. Marburger Gespräche aus Anlaß des 70. Geburtstages von Wolfgang Abendroth*, Marburg.  
 Schmidt, Rudi, 1975: *Der Geschichtsmythos der „anderen“ Arbeiterbewegung*, in: *IWK*, Nr. 2/1975, S. 178 ff.  
 Weitbrecht, Hansjörg, 1969: *Effektivität und Legitimität der Tarifautonomie*, Berlin  
 Zoll, Rainer, 1976: *Der Doppelcharakter der Gewerkschaften*, Frankfurt/M.

K. H. Tjaden

## **Territorialstruktur und antikapitalistische Reformpolitik**

### **Zur theoretischen und praktischen Bedeutung der Vorschläge „Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik“**

Ende 1977 wurde der Öffentlichkeit eine „Erklärung zur Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland“ vorgelegt, die Vorschläge für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik enthält<sup>1</sup>. Von gewerkschaftlich orientierten Planern, Ökonomen und Soziologen im „Arbeitskreis arbeitsorientierte Regionalwissenschaft“ erarbeitet, knüpft die Erklärung an die zum 1. Mai 1977 von 75 Wissenschaftlern vorgelegten „Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit“ an<sup>2</sup>, ist aber aufgrund einer über einjährigen Diskussion besonders in ihrem Forderungsteil systematischer angelegt und ausgearbeitet als das wirtschaftswissenschaftliche Memorandum. Aus diesem Grunde und wegen der Notwendigkeit, Raumordnungs- und Regionalpolitik mehr und mehr als Teil der allgemeinen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik zu begreifen, kommt der Erklärung eine weitreichende Bedeutung zu, als es ihr fachlich begrenzter Titel vermuten läßt. Im folgenden wird die Erklärung – teilweise durch wörtliche Auszüge – dargestellt, wobei Punkte von besonderer theoretischer und praktischer Bedeutung besonders erläutert werden.

#### **1. Kapitalprozeß und Verzerrung der Territorialstruktur**

Grundlage der „Erklärung“ ist der Sachverhalt, daß sich die antagonistische Struktur der kapitalistischen Produktionsweise in einer spezifischen Territorialstruktur ausprägt, welche als Raumnutzung im Interesse von Mehrwerterzeugung und Kapitalverwertung begriffen werden muß<sup>3</sup>. Die räumliche Verteilung der erschlossenen Naturreichtümer und der angesiedelten Bevölkerung, der Arbeitsplätze und der Arbeitskräfte sowie der Einrichtungen für Verkehr, Versorgung, Wohnung und Erholung in einer kapitalistischen Gesellschaft erfolgt zwar nicht unabhängig von ihren naturräumlichen Voraussetzungen, ist aber gesteuert durch den Richtwert der bestmöglichen Verwertung des in der gesellschaftlichen Produktion eingesetzten Kapitals. In den kapitalistischen Gesellschaften entwickeln sich aus diesem Grunde mehr oder minder ausgeprägte räumliche Verzerrungen der gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisse, insbesondere Ungleichgewichte zwischen hochentwickelten Ballungsräumen und unterentwickelten Randräumen, die insgesamt zugunsten der Produktion des Kapitals und zu Lasten der Reproduktion der Arbeitskraft ausschlagen<sup>4</sup>. Dabei setzt sich das Verhältnis von Kapital und Arbeit nicht nur vermittelt – in Gestalt besonderer räumlicher Benachteiligungen wie höherer Arbeitslosigkeit in Randräumen oder höheren Lebenshaltungskosten in Ballungsräumen –, sondern auch unmittelbar in bestimmte räumliche Verteilungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der gesellschaftlichen Klassen und Gruppen um, und zwar schlicht deshalb, weil die Verhältnisse einer Gesellschaftsform sich immer nur in Gestalt der Verhältnisse von bestimmten, nämlich räumlich und zeitlich gegebenen Gesellschaften verwirkli-

chen. Die Erfahrungen des Arbeiters X (und des Unternehmers Y) von den gesellschaftlichen Verhältnissen sind daher Erfahrungen, die durch geographisch und historisch lokalisiertes Geschehen vermittelt sind. Aus diesem Grund ist die Analyse der Territorialstruktur im Kapitalprozeß nicht in erster Linie Spezialanalyse, sondern konkretisierte Kritik der kapitalistischen Produktionsweise, die in Alltagsanschauungen und Alltagsbegriffe der Betroffenen umgesetzt werden kann.

Dies gilt auch für die Untersuchung der sich verschärfenden räumlichen Ungleichheit, welche die gegenwärtige Entwicklung des Kapitalismus in der Bundesrepublik kennzeichnet und die der grundgesetzlichen Zielvorstellung zuwiderläuft, die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ zu wahren (Art. 72 [3] und 106 [4] GG). Entsprechend setzt die „Erklärung zur Raumentwicklung“ ein: „Diesen – keineswegs neuen – Zielen steht eine räumliche Entwicklung gegenüber, die gekennzeichnet ist

– durch eine Verfestigung und Verstärkung der großräumigen Unterschiede zwischen den hochentwickelten Ballungsgebieten und den unterentwickelten Randgebieten der Bundesrepublik, die an einer sehr ungleichmäßigen Verteilung der Bevölkerung und der Arbeitskräfte, der Wirtschaftsunternehmen und der Arbeitsplätze abzulesen sind und die auch an tiefgreifenden räumlichen Unterschieden in der Siedlungsstruktur und in der Infrastrukturausstattung des Gesamtgebiets der Bundesrepublik deutlich werden;

– durch die Entwicklung neuer Unterschiede zwischen alten Industriegebieten (z. B. dem Ruhrgebiet und dem Saargebiet), denen Arbeitsplätze entzogen werden, und neueren Standorten entwicklungsfähiger Wachstumsindustrien, die sich – in rücksichtsloser Ausnutzung internationaler Kapitalmobilität – insbesondere in der „Schiene“ Südostengland – Benelux – Rheintal – München – Norditalien zusammenballen;

– durch zunehmende Unterschiede auch innerhalb sowohl der Verdichtungsgebiete als auch der Entleerungsgebiete, indem Standorten mit großzügiger Infrastrukturausstattung Teilräume mit schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen gegenüberstehen; hier wirkt sich die Konzentration von Betrieben, vor allem aber von Dienstleistungseinrichtungen auf zentrale Orte in den ländlichen Gebieten als besondere Einschränkung der Erreichbarkeit aus.“

Die Entwicklung räumlich ungleicher Arbeits- und Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik wird vor allem auf das Investitionsverhalten der privaten Unternehmen, an dem sich auch ein großer Teil der staatlichen Investitionen orientiert, zurückgeführt: „Diese ungleichmäßige Entwicklung reicht weit in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte unseres Landes zurück. Sie ist wesentlich durch die Ansiedlung von Arbeitsplätzen bestimmt, das heißt durch das Investitionsverhalten der privaten Unternehmen zustande gekommen. Schon immer bevorzugten vor allem die großen expansiven Unternehmen und Unternehmensverbindungen die Standorte, die aufgrund von zunächst natürlichen, dann zunehmend gesellschaftlich hergestellten Ausstattungs- und Lagevorteilen den Gewinn auf das eingesetzte Kapital nachhaltig förderten, womit die abhängig beschäftigten Arbeitskräfte zu einer entsprechenden Wohnortwahl gezwungen waren. Nur in Zeiten von Wirtschaftsaufschwung und relativer Vollbeschäftigung – wie vor allem in den 60er Jahren – nutzte die große Industrie die Arbeitskräfte dort, wo sie – z. B. aus der selbst zunehmend kapitalistisch entwickelten Landwirtschaft – freigesetzt wurden: allerdings war die Errichtung von Arbeitsstätten,



zumal von „verlängerten Werkbänken“ auf dem Lande und in kleinen Städten, mit hoher Krisenanfälligkeit verbunden. Inzwischen haben die Wirtschaftskrise und der beschleunigte Einsatz von neuer Technik eine wachsende Zahl von Arbeitslosen erzeugt und die Erweiterung und Neugründung gewerblicher Arbeitsstätten außerordentlich eingeschränkt. Betrachten wir diese Entwicklung in ihren konkreten Erscheinungen, so ergibt sich ein recht klares Bild von der Umsetzung der ungleichmäßigen räumlichen Entwicklung in eine bestimmte Verteilung ihrer Vor- und Nachteile auf die unterschiedlichen sozialen Gruppen der Bevölkerung.“

Es wird hervorgehoben, daß die räumlichen Fehlentwicklungen von Wirtschaft und Gesellschaft die abhängig Beschäftigten besonders treffen. So sind die schwächer entwickelten Regionen auch heute wieder durch besonders große Arbeitslosigkeit, Abwanderungsdruck und drohende Überalterung gekennzeichnet, während sich in hochentwickelten Ballungsräumen eine zunehmende Überlastung natürlicher Ressourcen und der Infrastruktur zeigt, die mit Arbeitsplatzabbau und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen als Folge vermehrter Rationalisierungsinvestitionen verbunden ist. Die Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung und das räumlich problematische Investitionsverhalten des Staats in vielen Bereichen – zum Beispiel bei der Deutschen Bundesbahn – verschärfen diese Entwicklung, die sich auch in Zukunft fortzusetzen droht: „Die tatsächliche Tendenz der Raumentwicklung zielt auf eine hochgradige Konzentration von gesellschaftlichem Reichtum und wirtschaftlicher Macht in wenigen, international zusammenhängenden Industriestandorten und -achsen hin, die durch die herrschende Politik der staatlichen Förderung eines abstrakten Wirtschaftswachstums und kapitalorientierter Technologien nur verstärkt wird. Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik ist heute vor die grundsätzliche Alternative gestellt, ob die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, einschließlich ihrer Auswirkungen in den verschiedenen Teilräumen, allgemein weiterhin im Sinne einer Stützung der Kapitalrentabilität beeinflußt werden oder ob im Gegenteil versucht werden soll, diese Entwicklung im Interesse der Arbeitnehmer und der arbeitenden Bevölkerung überhaupt in den Griff zu bekommen.“

## **2. Raumordnungs- und Regionalpolitik zwischen Sozialstaatsillusion und Profitratenstützung**

Die herrschende Raumordnungs- und Regionalpolitik ist wesentlich – wie die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik überhaupt – auf eine Regulierung, nicht auf eine Reformierung der ökonomischen und sozialen Prozesse in den Teilräumen des Bundesgebiets eingestellt. Man kann sie insgesamt als eine Politik bezeichnen, die sowohl der Illusion der Einlösung von Sozialstaatsversprechen als auch der Realität der Förderung der Kapitalverwertung genügt, wobei diese Aufgaben auf die beiden Teilpolitiken mit verschiedenem Gewicht verteilt sind.

Die herrschende regionale Struktur- oder Wirtschaftspolitik, kurz Regionalpolitik, läuft in der Tat im wesentlichen auf eine Verbesserung des Verhältnisses von Aufwand und Ertrag und damit der Kapitalrentabilität von Unternehmen mit Betrieben in Fördergebieten hinaus, die durch öffentliche Finanzhilfen verschiedener Art bewerkstelligt wird. Es läßt sich zeigen, daß derartige staatliche Umverteilungsmaßnahmen vor allem als besondere Maßnahmen zur Stützung einer allgemeinen und/oder der betreffenden Branchenprofitrate in der Industrie

betrachtet werden müssen<sup>5</sup>. Die „Erklärung“ beurteilt die Regionalpolitik daher richtig, wenn sie feststellt: „Die Strategie dieser Regionalpolitik basiert auf der direkten und indirekten Subventionierung von Investitionen mit dem Ziel, den außerregionalen Absatz zu fördern, wobei die tatsächlichen Entwicklungsbedingungen des jeweiligen Fördergebiets und die tatsächlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Branche und des Betriebs fast völlig außer acht bleiben; vor allem aber geraten die tatsächlichen Arbeitsplatzwirkungen der Förderung ganz aus dem Blick. Der Erfolg dieser Politik für die Entwicklung der Fördergebiete war sogar zu der Zeit äußerst gering, als die Zahlen der amtlichen Förderungsstatistik, gespeist aus den unverbindlichen Angaben der geförderten Unternehmen, ungeahnte Erfolge vortäuschten.“ Die Wirkung der Regionalpolitik ist vor allem dann als höchst unzureichend einzuschätzen, wenn man ihr Ziel im Auge behält, in allen Fördergebieten eine ausreichende Zahl guter Dauerarbeitsplätze zu schaffen.

Demgegenüber kommt der Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik bislang noch die Rolle zu, Planungen für einen Abbau räumlicher Ungleichgewichte zu erarbeiten, welche den sozialstaatlichen Zielsetzungen des Grundgesetzes auch in räumlicher Hinsicht entsprechen. Während solche Planungen in der Vergangenheit in bestimmten wirtschaftlichen Expansionsphasen auch im sogenannten wirtschaftlichen Bereich, dem der Beeinflussung der Arbeitsmarktverhältnisse, jedenfalls dem Anschein nach erfolgreich waren, erweist sich die Raumordnungspolitik angesichts der wirtschaftlichen Störungen in den verschiedenen Teilräumen in der Gegenwart als das, was sie in Wirklichkeit immer schon war: als machtlos gegenüber dem autonomen Investitionsverhalten der privaten Kapitale. Die „Erklärung“ stellt diese Machtlosigkeit fest und fügt hinzu: „Hinzukommt, daß die Raumordnungspolitik von Reaktionen der Anpassung an räumliche Fehlentwicklungen keineswegs frei ist. So geht das Bundesraumordnungsprogramm aus dem Jahre 1975 zwar von der Zielsetzung aus, unerwünschte Ungleichheiten zwischen den einzelnen Teilräumen der Bundesrepublik, denen bislang unzureichend entgegengewirkt wurde, zu beseitigen und die Raumstruktur entsprechend der zentralörtlichen Gliederung zu entwickeln. Mit der Einführung der noch unausdiskutierten Begriffe des Entwicklungszentrums und vor allem der großräumlich-funktionalen Arbeitsteilung zwischen „Oberzentren“ und „Freiräumen“ (Vorranggebieten) vollzieht es jedoch einen ersten Schritt der bewußten oder unbewußten Anpassung an die tatsächliche und weiterhin drohende Verschärfung der räumlichen Ungleichgewichte in der Bundesrepublik (Raumordnungsprogramm I, 2.2, 2.3). Die neuere raumordnungspolitische Diskussion läßt verstärkt die Gefahr erkennen, daß in einer strategischen Umorientierung der Raumordnungspolitik wesentliche Grundsätze wie die Herstellung räumlich gleichmäßig verteilter angemessener Arbeits- und Lebensbedingungen mehr oder minder fallengelassen werden.“

Die „Erklärung“ stellt schließlich den Zusammenhang der herrschenden Raumordnungs- und Regionalpolitik mit einer ihrerseits problematischen Geschichte und Gestalt der Raumordnungs- und Regionalwissenschaft kurz dar<sup>6</sup>.

### **3. Unmittelbare Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen als Hauptzielsetzung arbeitsorientierter Reformpolitik**

Der Abschnitt IV (Grundsätze, Stellenwert und gesellschaftliche Träger einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik) stellt das Bindeglied

zwischen der Analyse von Territorialstruktur und -politik auf der einen Seite und den Postulaten einer alternativen, „arbeitsorientierten“ Raumordnungs- und Regionalpolitik auf der anderen Seite dar. Er enthält Elemente einer Logik anti-kapitalistischer Reformpolitik überhaupt und verdient daher eine genauere Betrachtung.

Die „Erklärung“ spricht im Zusammenhang ihrer Vorschläge durchgängig von „arbeitsorientierter“ Politik, welche den herrschenden, auch als „kapitalorientierte“ gekennzeichneten Entwicklungen und Politiken entgegengesetzt werden soll. „Arbeitsorientiert“ wird im Sinne von „antikapitalistisch“ – ein gleichwohl nicht benutztes Wort – gebraucht. Man muß die regional- und raumordnungspolitischen Vorschläge der „Erklärung“ daher auch als Beitrag zum Entwurf einer antikapitalistischen Reformpolitik überhaupt begreifen.

Als Hauptziel jeder Raumordnungs- und Regionalpolitik wird die „Gestaltung der konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung“ gefordert und dem Ziel der Verbesserung der Standortbedingungen des Kapitals gegenübergestellt. Diese Bestimmung hat einen doppelten Sinn: Einmal wird damit der schließliche Zweck arbeitsorientierter Politik, in eine bedürfnisgerechte Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der gesamten Bevölkerung umzuschlagen, festgeschrieben; zum anderen wird das angemessene Mittel jeder hierauf gerichteten Politik, nämlich: die wirkliche Verbesserung konkreter Produktions- und Reproduktionsbedingungen tatsächlich zu betreiben, grundsätzlich festgestellt. Funktion dieser Bestimmung ist es letztlich, die aus der angegebenen Zielsetzung unter kapitalistischen Verhältnissen zu entwickelnde arbeitsorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik von jeder kapitalorientierten Reformpolitik eindeutig abzusetzen. So heißt es in der „Erklärung“ zum „Hauptziel der Raumordnungs- und Regionalpolitik“: „Der Entwurf und die Durchsetzung einer Raumordnungs- und Regionalpolitik, die den tatsächlichen räumlichen Fehlentwicklungen von Wirtschaft und Gesellschaft nicht hinterherhinkt, sondern sie einzuschränken und schließlich zu vermeiden sucht, setzen eine gründliche Veränderung von Anlage und Vorgehensweise der raumbezogenen Politik voraus. Ihr Grundsatz muß sein, daß die Raumordnungs- und Regionalpolitik nicht ein bloßes Mittel der Förderung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums sein darf, sondern unmittelbar auf die Verbesserung und die Entfaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung in den verschiedenen Teilräumen gerichtet sein muß, was zugleich das oberste Ziel darstellt, das die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik überhaupt verfolgen muß. Die Gestaltung der konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht die Verbesserung der Standortbedingungen für kapitalistische Unternehmungen muß die Hauptaufgabe aller raumbezogenen Politik sein.“

Hierauf gründet die Bestimmung des Hauptziels einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik unter den Verhältnissen hochentwickelter kapitalistischer Gesellschaften in der Gegenwart: „So, wie die überlieferten konjunkturpolitischen Maßnahmen an der Fortdauer der jüngsten Krise in Gestalt der Beschäftigungskrise nichts zu ändern vermögen, können auch die überlieferten strukturpolitischen Maßnahmen an den regionalen Erscheinungsformen der Massenarbeitslosigkeit nichts ändern. Sie würden allenfalls zu einer leichten räumlichen Umverteilung der Arbeitslosigkeit führen können. Daher schließt die Einleitung einer neuartigen Raumordnungs- und Regionalpolitik eine grundlegende Veränderung der allgemeinen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ein,

mit der vor allem eine Beendigung der Massenarbeitslosigkeit in allen Regionen erreicht werden muß. Die Vorschläge, welche von 75 Wirtschaftswissenschaftlern am Vorabend des 1. Mai 1977 zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit vorgetragen worden sind, sowie die Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung vom Juli 1977 stellen daher eine unverzichtbare Grundlage für die Neubestimmung der Raumordnungs- und Regionalpolitik im Interesse der Arbeitnehmer dar. Daß der Kampf für die Durchsetzung einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik seinerseits zugleich ein praktischer Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist und hierfür die vielfach notwendige räumliche Konkretisierung darstellt, ist offensichtlich. Über die Beendigung der Massenarbeitslosigkeit hinaus erfordert die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung in den Regionen aber auch, energische Anstrengungen zur Verbesserung der betrieblichen Arbeitsverhältnisse und der außerbetrieblichen Lebensverhältnisse zu unternehmen. Hierzu gehört besonders die Beseitigung inhumaner Arbeitsbedingungen und die Verhinderung einer weiteren Zerstörung der natürlichen Umwelt.“

Die „Erklärung“ legt also Wert darauf, daß das Hauptziel einer arbeitsorientierten Politik auch in der gegenwärtigen Lage nicht nur die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, sondern auch eine allgemeine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung umfaßt, was auch den Abbau der Überbeanspruchung von Arbeitskraft und Naturumwelt als den natürlichen Bedingungen gesellschaftlicher Arbeit einschließt.

#### **4. Schrittweise Beschränkung der Kapitalverwertungsfreiheit zugunsten von Arbeitnehmerinteressen als Hauptverfahrensgrundsatz einer arbeitsorientierten Reformpolitik**

Während eine unmittelbar an gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtete Politik in den Verhältnissen kapitalistischer Gesellschaften nicht möglich ist, steht eine arbeitsorientierte Reformpolitik unter entsprechenden Voraussetzungen im Widerspruch zum Verwertungsziel der einzelnen Kapitale. Die „Erklärung“ vertritt die Auffassung, daß dieser Widerspruch arbeitsorientierte Reformpolitik nicht nur nicht unmöglich macht, sondern umgekehrt geradezu begründet. Als Hauptverfahrensgrundsatz einer solchen Politik wird daher eine Beschränkung der Kapitalverwertungsfreiheit vorgeschlagen, welche schrittweise verwirklicht wird und Arbeitnehmerbedürfnissen Rechnung trägt. In diesem Sinne heißt es: „Eine vollständig von gesellschaftlichen Bedürfnissen geleitete raumgestaltende Politik setzt eine umfassende sachliche, zeitliche und räumliche Planung und Steuerung der wichtigsten ökonomischen und sozialen Prozesse, insbesondere von Beschäftigung und Investitionen voraus, welche in einer kapitalistisch-marktwirtschaftlich verfaßten Gesellschaft mit privatem Produktionsmitteleigentum nicht möglich zu sein scheint. Das Prinzip der Maximierung des unternehmerischen Profits, das die wirtschaftliche Entwicklung einschließlich ihrer räumlichen Auswirkung in einer solchen Ordnung beherrscht und das zu den geschilderten räumlichen Fehlentwicklungen wie zur gegenwärtigen Abwälzung von Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung führt, kann jedoch in seiner Wirksamkeit begrenzt werden. Das setzt natürlich eine Einschränkung der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit jedenfalls bei den großen Unternehmen und Unternehmensverbindungen voraus. Diese Einschränkung besteht darin, das Ziel unternehmerischen Handelns, die möglichst gewinnbringende Verwendung des eingesetzten Kapitals, über bereits gegebene Nebenbedingungen

hinausgehend schrittweise weiteren direkten Einschränkungen und Lenkungsmaßnahmen zu unterwerfen, welche die ausdrückliche Berücksichtigung eines immer größeren Teils der Bedürfnisse der abhängig arbeitenden Bevölkerung in der Unternehmenstätigkeit zum Inhalt haben. Dabei darf nicht aus dem Auge verloren werden, daß wohl erst die Ersetzung des Prinzips der einzelwirtschaftlichen Rentabilität durch das Prinzip des gesamtwirtschaftlichen Bedarfs auf die Dauer eine sinnvolle Ordnung der gesellschaftlichen Arbeit und der Raumentwicklung möglich macht.“

Die historischen Einschränkungen der Kapitalverwertungsfreiheit im Arbeitnehmerinteresse, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung erkämpft wurden, sind Vorbild einer solchen Politik. Ihre durchgreifende Verwirklichung schließt in der Gegenwart Steuerungsmaßnahmen gesamtwirtschaftlichen Maßstabes ein, welche schließlich nicht ohne eine Veränderung von Eigentumsverhältnissen wirksam werden können: „Die arbeitsorientierte raumbezogene Politik stellt die kapitalistisch-marktwirtschaftliche Ordnung, die die ungleichgewichtige und krisenhafte Raumentwicklung hervorgebracht hat, somit dadurch in Frage, daß sie eine Bindung von Unternehmensentscheidungen an die Erfordernisse einer räumlichen Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft durchsetzt, welche eine zunehmend ausgeglichene und bedürfnisgemäße Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung ermöglicht. Das wichtigste Mittel hierzu ist, neben der unmittelbaren Bindung der Staatstätigkeit an dieses Ziel, die Bindung der Tätigkeit der größeren Wirtschaftsunternehmen an eine raumbezogene wirtschaftliche Rahmenplanung bei gleichzeitiger Unterwerfung der Unternehmenstätigkeit unter eine wirksame Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Die grundgesetzlich geforderte Sozialbindung des Eigentums bildet hierfür die verfassungsrechtliche Grundlage. Allerdings lehrt die Erfahrung, daß diese Sozialbindung des Eigentums gerade auch im Falle der mächtigsten Wirtschaftsunternehmen, nicht zuletzt wegen des Fehlens voller Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer, nur eine Forderung der Verfassung geblieben ist und nicht die Wirklichkeit bestimmt. Daher ist eine wirksame arbeitsorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik auf die Durchsetzung der Forderung angewiesen, das Produktionsvermögen von Schlüsselindustrien im Einklang mit der entsprechenden Kann-Bestimmung des Grundgesetzes und bei voller Verwirklichung der Mitbestimmung in Gemeineigentum zu überführen. Gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist diese Forderung von zahlreichen Gewerkschaftstagen und zunehmend auch von Belegschaften bekräftigt worden.“

##### **5. System und Prinzip von Maßnahmen einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik**

Dem Verfahrensgrundsatz einer schrittweisen Einschränkung des Kapitalverwertungsziels zwecks ausdrücklicher Berücksichtigung von Arbeitnehmerbedürfnissen entspricht die Anlage der Maßnahmen, die für eine arbeitsorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik vorgeschlagen werden. Diese werden wie folgt definiert: „Politische Maßnahmen, insbesondere Maßnahmen der allgemeinen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und der raumbezogenen Politiken, die auf das Ziel einer bedürfnisgeleiteten ausgeglichenen räumlichen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft gerichtet sind und die Teilziele verfolgen, welche eine Einschränkung des einzelkapitalistischen Rentabilitätskalküls zugunsten von Arbeitnehmerinteressen zum Inhalt haben, können als Mittel einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik bezeichnet werden.“

Aus der Einsicht, daß die Durchsetzung arbeitsorientierter Forderungen nur schrittweise erfolgen kann, ergibt sich eine Unterscheidung von Maßnahmen verschiedener Reichweiten, die in einem systematischen Zusammenhang stehen; dabei werden offenbar verschiedene zeitliche und räumliche Wirkungsbereiche, vor allem aber verschiedene sachliche Reichweiten unterschieden: „Die Maßnahmen, welche in einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik verwirklicht werden müssen, können sich daher weder in der Forderung nach einer Vergesellschaftung von Produktionsmitteln noch im Verlangen nach einer Minderung gegebener Lasten für die arbeitende Bevölkerung in bestimmten Räumen erschöpfen. Entscheidend ist vielmehr, unter Beachtung der schließlichen Zielsetzung raumgestaltender Politik solche Maßnahmen zu fordern und durchzusetzen, die die gegenwärtige Lage der arbeitenden Bevölkerung unmittelbar verbessern können (unmittelbare Maßnahmen) und darüber hinaus solche Maßnahmen zu fordern und durchzusetzen, welche die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung mit Aussicht auf weiterreichenden Erfolg fortentwickeln können (weiterreichende Maßnahmen). Unmittelbare Maßnahmen einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik beziehen sich in der aktuellen Situation vor allem auf die Bewahrung der vorhandenen Arbeits- und Lebensmöglichkeiten in den einzelnen Teilräumen vor Schädigung und vor Abbau sowie auf die Vermehrung dieser Möglichkeiten. Weiterreichende Maßnahmen beziehen sich heute vor allem auf die Bereitstellung von bedarfsgerechten Arbeitsplätzen und Wohnungen, von guten und ausreichenden Verkehrs-, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen, von humaneren Arbeitsbedingungen und Umweltbedingungen in einer sinnvollen räumlichen Verteilung.“

Aus dem Erfordernis, arbeitsorientierte politische Maßnahmen tatsächlich auf die Bedürfnisse der abhängig arbeitenden Bevölkerung auszurichten, ergibt sich das Prinzip einer entsprechenden umfassend und stimmig geplanten Politik, deren Maßnahmen unmittelbar auf die Verbesserung der gebrauchswertmäßigen Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer abzielen: „Derartige Maßnahmen müssen letztlich in eine umfassende und abgestimmte Rahmenplanung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesamtentwicklung der einzelnen Teilräume und des Gesamtgebietes der Bundesrepublik eingebettet werden, die eine planvolle allgemeine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung notwendig macht. Die von uns geforderte Raumordnungs- und Regionalpolitik ist daher nicht als „Sozialpolitik“ für zurückgebliebene Gebiete mißzuverstehen. Der wichtigste Verfahrensgrundsatz einer solchen planvollen Politik ist es, sich unmittelbar auf die zu verbessernden konkreten Inhalte der Arbeits- und Lebenssituation arbeitender Menschen zu beziehen und diese selbst an allen wesentlichen Entscheidungen über diese Situation tatsächlich zu beteiligen. Die Beeinflussung des räumlichen Wirtschaftsgeschehens anhand abstrakter Indikatoren – von der pauschalen Bezuschussung von Investitionen bis zur Förderung eines regionalen Durchschnittseinkommens – mittels eines fachbasierten Verwaltungshandelns muß somit durch gezielte Veränderung der wirklichen, räumlich gegebenen Bedingungen der Arbeit, des Verkehrs, des Wohnens, der Versorgung, der Bildung und der Freizeit ersetzt werden, die durch die Mitwirkung der Betroffenen getragen werden.“

Die – gewiß historisch nicht neuen – Merkmale der Stufenförmigkeit und des Gebrauchswertbezugs arbeitsorientierter Forderungen begründen vermutlich die hauptsächlichen Eigenschaften entsprechender politischer Maßnahmen und un-

terscheiden diese von Maßnahmen einer kapitalorientierten Politik einerseits und einer abstrakt-radikalen Politik andererseits. Die theoretische Ausarbeitung und praktische Anwendung dieser allgemeinen Bestimmungen in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Lage erfordert freilich sicherlich noch gründliche Erörterungen.

## **6. Reale Probleme der Durchsetzung arbeitsorientierter Forderungen in der Raumordnungs- und Regionalpolitik**

Die „Erklärung“ macht deutlich, daß die Durchsetzung einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik mit dem „erbitterten Widerstand derjenigen rechnen“ muß, „deren Entscheidungen bislang die räumlichen Fehlentwicklungen hervorgerufen haben: . . . (dem) Widerstand vor allem der kapitalistischen Großunternehmer“. Ihr kommt es gerade deshalb darauf an, die aktuellen Konflikte zwischen Arbeitsplatzhaltungspolitik und Umweltsicherungspolitik, die durch problematische Aktivitäten sowohl auf seiten der Gewerkschaften als auch auf seiten der Bürgerinitiativen zweifellos verschärft wurden, als grundsätzlich aufhebbar darzustellen. „Die arbeitende Bevölkerung und ihre gewerkschaftlichen Organisationen müssen sich aber darüber klar werden, daß solche Widersprüche in der Regel auf ein und dieselbe Ursache zurückgehen: auf die Politik kapitalistischer Unternehmungen; und Bürgerinitiativen müssen erkennen, daß wirkungsvoller Umweltschutz letztlich bereits vorbeugend bei den Investitionsentscheidungen der Unternehmen einzusetzen hat, so daß die Gewerkschaften ihre natürlichen Bündnispartner sind. Die Politik der Arbeitsplatzhaltung und die Politik der Umweltsicherung werden überhaupt erst deshalb notwendig und geraten in Gegensatz zueinander, weil Arbeitsplatzabbau und Umwelterstörung typische Ergebnisse einer Unternehmenspolitik sind, die auf das Prinzip der bestmöglichen Kapitalverwertung festgelegt ist, also auf Gewinnsicherung ausgerichtet ist. Eine wichtige Aufgabe wirkungsvoller arbeitsorientierter Raumordnungs- und Regionalpolitik besteht daher darin, derartige Widersprüche als vorübergehende und aufhebbar zu begreifen und in der konkreten Situation zu Lösungen zu kommen, welche allen betroffenen Gruppen der arbeitenden Bevölkerung auf Kosten der Unternehmer, besonders der großen Konzerne, einigermaßen gleichmäßig gerecht werden. Nur so wird wirksam das Ziel verfolgt, die allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung durch Eindämmung der Unternehmerwillkür und durch Einschränkung der Zielsetzung des einzelwirtschaftlichen Erfolges wirksam zu verbessern.“

Die „Erklärung“ hebt hervor, daß die Durchsetzung einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik wesentlich von einer entsprechenden aktiven Politik der Gewerkschaften abhängt. „Die Chancen, daß eine derartige arbeitsorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik aufgrund eines Tätigwerdens der zuständigen Ministerialbürokratien entworfen und durchgesetzt wird, sind äußerst gering. Die Fehlleistungen der herrschenden Raumordnungs- und Regionalpolitik gehen nicht zuletzt auf eine Versonstündigung der zentralen staatlichen Entscheidungen gegenüber den Interessen der Bevölkerung und den Problemen der Teilräume zurück, die sich auch in der Unkenntnis der wirklichen Bedürfnisse und Notwendigkeiten ausdrückt und die den tatsächlichen Wirkungen nach auf eine Begünstigung von Kapitalinteressen in den raumbezogenen und raumwirksamen Entscheidungen hinausläuft.“

Hier liege ein wichtiges Aufgabenfeld der Gewerkschaften: „Ohne ein aktives Sichtbarmachen von Mißständen und Entwicklungserfordernissen und ohne ein aktives Eintreten für entsprechende Forderungen und Gegenmaßnahmen durch die Betroffenen selbst lassen sich aber solche verselbständigten Entscheidungsmuster nicht verändern. Regional- und Raumordnungspolitik ist daher ein Feld der sozialen Auseinandersetzung, in dem die betroffene arbeitende Bevölkerung, die von ihr getragenen Initiativen und Organisationen und vor allem die Gewerkschaften als die umfassende Vertretung der abhängig Arbeitenden dazu aufgerufen sind, eine den Interessen der arbeitenden Bevölkerung entsprechende Politik selbständig zu entwerfen und durchzusetzen.“

Dem Einwand, eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmer und eine bessere materielle Ausstattung der verschiedenen Problemräume durch die Raumordnungs- und Regionalpolitik scheitere an finanziellen Engpässen, wird vor allem mit dem Hinweis auf das ökonomische Potential der Bundesrepublik Deutschland begegnet.

## **7. Die unmittelbaren Maßnahmen einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik in der aktuellen Situation**

Die Forderungen einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik, die im umfangreichen Teil V der „Erklärung“ als „Ansatzpunkte“ vorgestellt werden, sollen zur Veranschaulichung jedenfalls in allgemeiner Form angedeutet werden. Für die sachliche Auseinandersetzung ist freilich die Lektüre des Originaltextes unerlässlich. Die unmittelbaren Maßnahmen sollen vor allem der „Minderung bestehender und der Abwendung drohender zusätzlicher Benachteiligungen von Arbeitnehmern“ dienen und insbesondere durch Ausschöpfung der gegebenen rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten raumbezogener Politik, zumal in der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, verwirklicht werden können.

Der erste Punkt der Darstellung unmittelbarer Maßnahmen bezieht sich auf die Förderung privater Unternehmen im Rahmen der regionalpolitischen Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe: „a. Bei den laufenden und geplanten regionalpolitischen Maßnahmen zur indirekten Beeinflussung der privaten Investitionstätigkeit, vor allem im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), sind die gegebenen Informations-, Koordinations- und Kontrollmöglichkeiten im Interesse der arbeitenden Bevölkerung voll zu nutzen.“ Die verschiedenen Forderungen in diesem Punkt zielen vor allem darauf ab, durch Erhöhung des Informations- und Kontrollgrades solche Subventionen zu verhindern, die sich auf unseriöse, perspektivlose oder strukturschädigende Investitionsvorhaben beziehen oder eine bloße Gewinnaufstokung ohne hinreichende Arbeitsplatzwirkungen darstellen. – Darüber hinaus werden verschiedene Forderungen formuliert, die sich auf unternehmerische Standortentscheidungen unabhängig von regionalpolitischen Förderungswerken beziehen: „b. Geplante Standortentscheidungen industrieller Großunternehmen, insbesondere die Verlagerung von Hauptbetrieben oder von Zweigwerken, die Neugründung und die Schließung von Zweigwerken und die Verlagerung von Betriebsteilen, darunter von Verwaltungen, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und Ausbildungsstätten, müssen von den betroffenen Arbeitnehmern unter Ausnutzung der Möglichkeiten der Mitbestimmung soweit wie möglich in ihrem eigenen Interesse beeinflußt werden.“ In diesem Zusammenhang wird unter anderem die volle Ausschöpfung bestehender sowie die Erweiterung



der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer gefordert. – In einem dritten Punkt bezieht sich die Erklärung auf den außerprivatwirtschaftlichen Bereich: „c. Alle Möglichkeiten, Arbeitsplätze außerhalb des privatwirtschaftlichen Bereichs entsprechend den jeweiligen Entwicklungserfordernissen der verschiedenen Teilräume zu schaffen, müssen umfassend genutzt werden, wobei diese Maßnahmen die Förderung privater Unternehmen vor allem dort ersetzen müssen, wo die Unterstützung privater Investitionen nur unzureichende oder gar keine Arbeitsplatzfolge erbringen oder sogar Arbeitsplätze vernichten würde.“ Hier wird unter anderem die Notwendigkeit betont, öffentliche Produktions- und Dienstleistungsbetriebe entsprechend raumordnungspolitischer Erfordernisse zu begründen beziehungsweise auszuweiten. – Ein weiteres Forderungsbündel bezieht sich auf Infrastrukturmaßnahmen des Staats und der Gemeinden: „d. Der Förderung infrastruktureller Investitionen der öffentlichen Hand gebührt Vorrang gegenüber der Förderung privater Investitionstätigkeit. Wo immer möglich, sind dabei die Interessen der arbeitenden Bevölkerung verstärkt zu beachten.“ Dabei wird insbesondere auf mögliche Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur eingegangen (Ausbildungs-, Fortbildungs-, und Umschulungsstätten); die Begrenzung von Überinvestitionen im Bereich wirtschaftsnaher Infrastruktur und raumordnungspolitische Erfordernisse des Ausbaus des Öffentlichen Personennahverkehrs sind weitere Problembereiche. – Angesichts der Tatsache, daß die Programme der verschiedenen raumordnungs- und regionalpolitischen Gesetze vielfach mehrdeutig sind und verschieden interpretiert werden können, gewinnt der folgende Punkt an Bedeutung: „e. Die programmatischen Zielsetzungen der raumordnungs- und regionalpolitischen Gesetzeswerke, soweit sie die Berücksichtigung von Interessen der arbeitenden Bevölkerung erkennen lassen, müssen bekräftigt und in die Wirklichkeit umgesetzt werden.“ – Das Forderungsbündel des letzten Punktes im ersten Teil des Forderungskatalogs bezieht sich auf bestimmte Voraussetzungen einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik, welche einer institutionellen Absicherung bedürften: „f. Die institutionellen Möglichkeiten der Information, Koordination und Kontrolle in bezug auf regionalpolitische Zusammenhänge müssen wesentlich verbessert werden, wenn unmittelbare Maßnahmen der geschilderten Art kurzfristig Wirkungen erzielen sollen. Dazu gehört, daß endlich eine Verbesserung des regionalstatistischen Instrumentariums in Angriff genommen wird. Voraussetzung einer wirkungsvollen arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik ist aber vor allem eine breite Unterrichtung und Aufklärung der arbeitenden Bevölkerung über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in der jeweiligen Region, wie sie vor allem von den Gewerkschaften und von den ihnen verbundenen Einrichtungen der Erwachsenenbildung zu betreiben wäre.“

## **8. Die weiterreichenden Maßnahmen einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik**

Die weiterreichenden Maßnahmen überschreiten den unmittelbaren zeitlichen, räumlichen und vor allem sachlichen Wirkungsbereich, sind aber ebenso wie die „unmittelbaren“ Forderungen bereits gegenwärtig zu erheben. Sie schließen eine arbeitnehmerorientierte Weiterentwicklung des staatsinterventionistischen Instrumentariums ein. Die komplexen Einzelforderungen dieses letzten Teils der „Erklärung“ werden wiederum nur ganz allgemein angedeutet:

„a. Die indirekte räumliche Lenkung privater Investitionen durch direkte Subventionen, Steuervergünstigungen, Darlehen und Bürgschaften seitens der öffentlichen Hand ist zugunsten wirksamerer Maßnahmen umfangmäßig zu beschränken und sachlich weit gezielter einzusetzen als bisher.“ Hier werden insbesondere konkrete Vorschläge zur Änderung der Förderungspraxis im Rahmen der regionalpolitischen Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe gemacht. – „b. Standortentscheidungen und andere unmittelbar raumwirksame Maßnahmen von Großunternehmen müssen einer rechtsstaatlich verfahrenende Kontrolle unterworfen werden, wobei sich die parlamentarisch legitimierte Kontrollaktivität des Staats und der Gemeinden und die Kontrollaktivität demokratischer Mitbestimmungsorgane der betroffenen Arbeitnehmer ergänzen müssen.“ Hier werden unter anderem neuartige gesetzliche Verfahren, beispielsweise die Aufstellung „regionaler Sozialpläne“ bei Betriebsverlagerungen und -stillegungen, gefordert. – „c. Der Staat muß durch eine entsprechende Gestaltung des Steuersystems und der Finanz- und Investitionsplanung die raumgestaltende Potenz der öffentlichen Finanzwirtschaft gezielter zur Geltung bringen.“ Zu den Forderungsvorschlägen dieses Punktes gehört beispielsweise die Umgestaltung der Verteilung des Aufkommens aus der Gewerbesteuer. – „d. Eine in sich abgestimmte raumbezogene Planung der öffentlichen Investitionen muß verstärkt im Bereich der Infrastrukturinvestitionen stattfinden. Dabei gehört die Abstimmung der verschiedenen fachlichen Vorhaben – der einzelnen sozial-, wirtschafts-, verkehrs-, kultur- und umweltpolitischen Infrastrukturmaßnahmen – untereinander und ihre Einbindung in eine inhaltliche Planung der räumlichen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zu den dringlichsten Aufgaben.“ Unter diesem Punkt werden einige inhaltliche Kriterien einer arbeitsorientierten Infrastrukturpolitik genannt. – „e. Die Grundsätze der Raumordnung und Regionalpolitik sind durch entsprechende Ausarbeitung ihrer Inhalte und Zielrichtungen genauer als bisher auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung auszurichten und in diesem Sinne zu verwirklichen.“ Hier werden Vorschläge unterbreitet, welche dem Abbau der Zielvorstellung der Raumordnungs- und Regionalpolitik, ausgeglichene Arbeits- und Lebensbedingungen zwischen den einzelnen Teilräumen der Bundesrepublik herzustellen, entgegenwirken sollen. – „f. Eine arbeitsorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik läßt sich nicht verwirklichen, wenn sie nicht mittel- und längerfristig in eine gleichgerichtete Rahmenplanung der räumlichen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft eingebettet, durch ausreichende Möglichkeiten demokratischer Willensbildung getragen und durch angemessene Maßnahmen politischen Flankenschutzes unterstützt wird.“ Die Aufstellung von Gebietsentwicklungsplänen, die Einrichtung von regionalen Arbeits- und Sozialräten und die Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs sind die Hauptproblembereiche dieses letzten Forderungsbündels.

## 9. Schlußbemerkung

Unser Durchgang durch die wichtigsten Abschnitte der „Erklärung zur Raumentwicklung“ hat verdeutlicht, daß die theoretischen Voraussetzungen einer arbeitsorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik, die sich als antikapitalistische Reformpolitik begreift, noch einer weitergehenden Klärung wert sind, als sie von den Verfassern der Forderungen offenbar bislang geleistet werden konnte. Erforderlich ist eine Theorie arbeitsorientierter Politik, welche sich auf eine Theorie des gegenwärtigen Zustands der kapitalistischen Produktionsweise stützt. Gleichwohl hat die „Erklärung“ in dieser Hinsicht bereits wesentliche

Vorklärungen geleistet. Sie hat darüber hinaus eine erhebliche praktische Bedeutung. Es wird kein Zufall sein, daß von den über hundert Unterzeichnern knapp die Hälfte Raumplaner oder Gewerkschaftssekretäre, also Leute mit unmittelbarem Praxisbezug sind. Aufgrund einer im wesentlichen unstrittigen Analyse und Prognose der territorialen Disparitäten und der – wie immer unvollkommenen – politiktheoretischen Prämissen konnten hier realitätsbezogene Forderungen formuliert werden, welche praktisch umsetzbar und zugleich vorwärtsweisend sind. Es ist zu hoffen, daß die „Erklärung zur Raumentwicklung“ breit diskutiert und in diesem Sinne weiterentwickelt wird, wobei man einer Vereinnahmung der „Erklärung“ zu parteipolitischen Zwecken gleich welcher Richtung entgegenzutreten haben würde.

#### Anmerkungen

1 Abgedruckt in „Blätter für deutsche und internationale Politik“ Heft 12/1977 unter dem *falschen* Titel „Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs-, Regional- und Kommunalpolitik“.

2 Vgl. „Blätter für deutsche und internationale Politik“ Heft 5/1977.

3 Die theoretische Diskussion dieses Problems ist freilich durchaus ungeschlossen; vgl. an neueren Stimmen beispielsweise: E. Mandel, *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt-M. 1972, S. 70 ff.; W. Hein, *Ungleiche regionale Entwicklung als Folge ökonomischer Integration seit der „industriellen Revolution“*, Magisterarbeit Geschichte, Universität Konstanz, 1974, S. 32 – 160; W. Väth, *Agglomerationsprozeß und zentralstaatliche Raumordnungspolitik*, Diss. phil. Konstanz 1976, S. 18–77.

4 Vgl. W. Väth, a. a. O., S. 90–140; vgl. auch meinen Beitrag: *Kapitalprozeß und Territorialstruktur. Politisch-ökonomische Aspekte industrieller Agglomeration in der Bundesrepublik Deutschland*. In: *Stadt und Gesellschaft – Sozioökonomische Aspekte von Stadtentwicklung*, hrsg. v. P. Jüngst, Kassel 1978 (im Erscheinen).

5 Vgl. ebenda., Exkurs: *Die Rolle gesellschaftlicher Produktionspotentiale in Randgebieten unter den Bedingungen der Tendenz verstärkten Profitratenfalls*.

6 Vgl. als kritische Einführung in die Regionalwissenschaft und als Kritik der staatsinterventionistischen Beeinflussung der Territoriaalentwicklung vor allem: F. Buttler, K. Gerlach, P. Liepmann, *Grundlagen der Regionalökonomie*, Reinbek 1977.

7 Die „Erklärung“ verdankt in diesem Punkte der Abhandlung von Hans Immler, *Die Notwendigkeit von Stoff- und Energiebilanzen im Betrieb*, in: *Das Argument* 93, 1975, S. 822–834, wesentliche Anregungen.

Gert Meyer

## **Industrialisierung, Arbeiterklasse und Stalinherrschaft in der UdSSR (II)\***

### **3. Ergebnisse der ersten Fünfjahrpläne**

Als Resultat der „ursprünglichen sozialistischen Akkumulation“ im ersten und zweiten Fünfjahrplan (1. X. 1928 bis 31. XII. 1932 und 1933 bis 1937) verwandelte sich das traditionelle, auch nach 1917 noch weithin durch bäuerliche Arbeits- und Lebensformen geprägte Rußland in einen Industriestaat. Für das Jahr 1940 bezifferte die sowjetische Statistik den Umfang des gesellschaftlichen Gesamtprodukts auf das 5,1fache des Standes von 1913 (der in der zweiten Hälfte der 20er Jahre wieder erreicht worden war), der industriellen Produktion auf das 7,7fache (in den Produktionsmittelbereichen auf das 13fache und den Konsumgüterbereichen auf das 4,6fache), der landwirtschaftlichen Produktion auf das 1,4fache, der Transportleistung auf das 3,9fache, der Arbeitsproduktivität in der Industrie auf das 3,8fache, in der Landwirtschaft auf das 1,9fache<sup>61</sup>. Während zwischen 1918 und 1928 in der Volkswirtschaft Grundfonds im Wert von 3,9 Milliarden Rubel in Betrieb genommen wurden, waren es im ersten Fünfjahrplan 9,4 MRD und im zweiten 17,4 MRD<sup>62</sup>. Wenn auch über den realen Umfang der Wachstumsraten zwischen westlichen und sowjetischen Ökonomen Kontroversen bestehen, herrscht Einigkeit darüber, daß der Industrialisierungsprozeß in der UdSSR sehr viel schneller verlief als in vergleichbaren Industrialisierungsstadien Westeuropas oder der USA seit Mitte des 19. Jahrhunderts<sup>63</sup>.

Hinsichtlich des absoluten Umfangs der Produktion nahm die UdSSR – mit deutlichem Abstand hinter den USA – den zweiten Rang ein, obwohl der Rückstand gegenüber den westlichen Ländern in der Pro-Kopf-Produktion erheblich blieb (1938 wurden in England 226 kg Stahl und 620 Kilowattstunden Strom pro Kopf erzeugt, in der UdSSR 107 kg und 233 kWh)<sup>64</sup>. Ende der 30er Jahre entfielen auf die UdSSR knapp 10 Prozent der industriellen Weltproduktion<sup>65</sup>.

Besonders stark entwickelte sich der Produktionsmittelbereich, dessen Förderung als unabdingbare Voraussetzung für die nachfolgende Konsumgüterproduktion angesehen wurde; auf die Abteilung I entfielen vor dem ersten Weltkrieg 35,1 Prozent der gesamten industriellen Produktion, 1940 jedoch 61,2 Prozent<sup>66</sup>; ihre Wachstumsraten lagen beträchtlich über denen der Abteilung II.

\* Die Teile 1 und 2 sind in Das Argument 106 veröffentlicht; die Teile 5 und 6 erscheinen in den nächsten Heften.

*Wachstumsraten der Industrieproduktion (in Prozent zum Vorjahr)<sup>67</sup>*

	Industrie insgesamt	davon: Produktion von Produktionsmitteln (Abteilung I)	Produktion von Konsumtionsmitteln (Abteilung II)
1928	119	122	117
1929	120	129	114
1930	122	138	110
1931	120	129	113
1932	115	119	110
1933	105	106	105
1934	119	125	112
1935	123	127	117
1936	129	131	126
1937	111	109	115
1938	112	112	111
1939	116	119	112
1940	112	115	107

Die Prioritätensetzungen der sowjetischen Industrialisierung zeigen sich auch in der Entwicklung der Produktionsziffern einzelner Industriezweige.

*Produktion einiger Industrieerzeugnisse (1922–1940)<sup>68</sup>*

	1922	1928	1932	1937	1940
Elektroenergie (MRD kWh)	0,8	5,0	13,5	36,2	48,3
Erdöl (Mio t)	4,7	11,6	21,4	28,5	31,1
Kohle (Mio t)	11,3	35,5	64,4	128,0	165,9
Stahl (Mio t)	0,3	4,3	5,9	17,7	18,3
Traktoren (1000)	–	1,3	48,9	51,0	31,6
Werkzeugmaschinen (1000)	0,3	2,0	19,7	48,5	58,4
Baumwollstoff (Mio m)	434	2678	2694	3448	3954
Zucker (1000 t)	210	1283	828	2421	2165

Der privatkapitalistische Wirtschaftssektor verschwand im Verlauf der Fünfjahrpläne; 1925/26 waren 81,2 Prozent aller Arbeiter und Angestellten in den gesellschaftlichen Sektoren tätig, 1932 99,2 Prozent<sup>69</sup>. Auch die Kleinindustrie spielte nur noch eine untergeordnete Rolle. 1926/27 entfielen auf die Kleinindustrie 22,4 Prozent der industriellen Bruttoproduktion und 57,1 Prozent der insgesamt in der Industrie Beschäftigten – 1937 nur noch 5,6 Prozent der Bruttoproduktion und 14 Prozent der Beschäftigten<sup>70</sup>. – Die Konzentration der Produktion

war außerordentlich hoch. Zum 1. Januar 1936 waren nur 4,8 Prozent der Arbeiter der Großindustrie in Betrieben mit weniger als 100 Arbeitern tätig; 76,5 Prozent arbeiteten in Betrieben mit über 500 Arbeitern und 62,9 Prozent in Betrieben mit mehr als 1000 Arbeitern<sup>71</sup>.

Ende des zweiten Fünfjahrplans arbeiteten die meisten Betriebe mit modernen Ausrüstungen. 1937 waren 84,7 Prozent der industriellen Produktionsgrundfonds neu oder vollständig rekonstruiert. In den führenden Produktionszweigen lag dieser Anteil noch höher und betrug in der Schwarzmetallurgie 97,8 Prozent, der chemischen Industrie 97,2 Prozent und bei den Kraftwerken 94,3 Prozent<sup>72</sup>. Hinsichtlich ihres Produktionsumfangs und ihrer technischen Ausstattung standen zahlreiche sowjetische Betriebe nicht hinter den modernsten westlichen zurück<sup>73</sup>. Auf einer technisch fortgeschrittenen Produktionsgrundlage arbeitete der Maschinenbau, der das Kernstück der Industrialisierung darstellte und 1933 26,1 Prozent der industriellen Gesamtproduktion (gegenüber 11 Prozent 1913 und 14,8 Prozent 1929) stellte<sup>74</sup>. Einige Industriezweige – Automobil- und Flugzeugbau, Teile der chemischen Produktion – waren neu entstanden. Im Bergbau, in dem bislang die schwere körperliche Arbeit dominiert hatte, waren Ende der 30er Jahre die wichtigsten Untertagearbeiten mechanisiert. Auch in der Landwirtschaft gab es deutliche Mechanisierungsfortschritte (1940 wurden 62 Prozent der Saatflächen mit Traktorpflügen, 56 Prozent mit Traktorsämaschinen und 46 Prozent mit Traktormähmaschinen und Mähdreschern bearbeitet)<sup>75</sup>.

Besonders intensiv war das industrielle Wachstum in den östlichen Landesteilen (Ural, Sibirien, Ferner Osten, Kazachstan, Mittelasien), deren Anteil an der Erzeugung von Elektroenergie von 10 Prozent (1913) auf 23,1 Prozent (1940) und von Kohle von 11,9 (1913) auf 35,9 Prozent (1940) stieg<sup>76</sup>.

Die sowjetische Industrialisierung wurde im wesentlichen durch die Mobilisierung von inneren Ressourcen getragen. Wichtige Faktoren waren die wachsende Zahl der Arbeiter und Angestellten im staatlichen Sektor und die durch bessere Ausstattung bedingte Steigerung der Arbeitsproduktivität. Der erste Faktor war für den ersten Fünfjahrplan charakteristisch, der letztgenannte für den zweiten.

*Kennziffern des industriellen Wachstums im ersten und zweiten Fünfjahrplan (Wachstum in Prozent)<sup>77</sup>*

	Brutto- produk- tion	Produk- tions- grund- fonds	Zahl der Arbeiter und Angestellten	Energieaus- stattung der Arbeitskraft	Arbeits- produk- tivität
I. Fünfjahrplan	102	110,5	109,0	22,7	41
II. Fünfjahrplan	120	156,1	26,4	88,7	82

Das Wachstum der Großindustrie erfolgte 1929 zu 53,5 Prozent durch Steigerung der Arbeitsproduktivität und zu 46,5 Prozent durch Vergrößerung der Beschäftigtenzahl, wohingegen im Jahre 1937 diese Faktoren 69,0 bzw. 31,0 Prozent ausmachten<sup>78</sup>. Auswärtige Hilfsquellen spielten nur vereinzelt eine Rolle<sup>79</sup>. 1928 existierten auf dem Territorium der UdSSR 68 ausländische Konzessionsbetriebe, in denen 20 000 Personen beschäftigt waren (10 Prozent von ihnen waren Ausländer) und auf die 0,6 Prozent der gesamten Industrieproduktion entfielen. Ende des ersten Fünfjahrplans existierten nur noch 24 Konzessionen, von denen die meisten in den folgenden Jahren aufgelöst wurden. Von Bedeutung waren jedoch Verträge mit ausländischen Firmen über technische Kooperation und Hilfe (1929 gab es 70 dieser Art) und der Import neuer Maschinen und Ausstattungen während des ersten Fünfjahrplans (der Anteil von Produktionsmitteln belief sich auf über 90 Prozent des Imports der UdSSR, auf die 1932 fast die Hälfte des Weltimports von Maschinen entfiel)<sup>80</sup>. Während des zweiten Fünfjahrplans konnten bereits zahlreiche früher importierte Produkte selber hergestellt werden, so daß sich die Bedeutung des Außenhandels verringerte. 1937 wurden 0,9 Prozent der in diesem Jahr neu eingesetzten Maschinen importiert (das zaristische Reich hatte 1913 43,6 Prozent der Maschinerie eingeführt)<sup>81</sup>.

Die Industrialisierung war von einem tiefgreifenden Umbruch der Sozialstruktur begleitet<sup>82</sup>. In 12 Jahren – vom Dezember 1926 bis Januar 1939 – wuchs die städtische Bevölkerung um fast 30 Mio auf 56,1 Mio, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 18 Prozent auf 33 Prozent. Von dem städtischen Bevölkerungszuwachs dieser Zeit entfielen 5,3 Mio auf die natürliche Bevölkerungszunahme der Städte, 5,8 Mio auf die Umwandlung ländlicher Siedlungen in städtische und 18,5 Mio auf die Übersiedlung von Landbewohnern. Im ersten und zweiten Fünfjahrplan – von 1929 bis 1937 – vergrößerte sich die städtische Bevölkerung um 60 Prozent; in den 32 Jahren vorher (1897 bis 1929) war sie nur um 56 Prozent gewachsen. „Ein solches Wachstumstempo der städtischen Bevölkerung“, schrieb R. P. Dadykin, „kannte kein Land in irgendeiner Periode seiner Entwicklung.“

Der Anteil der Arbeiter und Angestellten (mit Familienangehörigen) an der Gesamtbevölkerung wuchs von 17,6 Prozent (1928) auf 50,2 Prozent (1939), der der Arbeiter allein von 12,4 auf 33,5 Prozent. Die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten wurde 1928 auf 11,4 Mio und 1937 auf 28,6 Mio beziffert<sup>83</sup>. Die Gesamtzahl der in dieser Periode neu Eingestellten war bedeutend größer als der einfache Zuwachs der Beschäftigtenziffer, da sie auch den natürlichen und sozialen Abgang der Arbeitenden umfaßt, der pro Jahr mit 4 bis 5 Prozent der Beschäftigtenzahl zu veranschlagen ist<sup>84</sup>. Nach den Berechnungen von Vdovin und Drobižev wurden zwischen 1926 und 1937 28,3 bis 30,5 Mio Personen als Arbeiter oder Angestellte eingestellt; zwischen 1926 und 1928 waren es 3,9 bis 4,2 Mio, während des ersten Fünfjahrplans 15,2 bis 15,8 Mio und während des zweiten Planjahrhunderts 9,2 bis 10,5 Mio<sup>85</sup>.

*Zahl der neuen Arbeiter und Angestellten (Mio)<sup>86</sup>*

Jahr	Durchschnittszahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten	Zuwachs	Abgang (4-5 % pro Jahr)	Gesamtzahl der neu Eingestellten
1925	8,6			
1926	10,0	1,4	0,3-0,4	1,7-1,8
1927	10,7	0,7	0,4-0,5	1,1-1,2
1928	11,4	0,7	0,4-0,5	1,1-1,2
1929	12,4	1,0	0,5-0,6	1,5-1,6
1930	15,4	3,0	0,5-0,6	3,5-3,6
1931	20,2	4,8	0,6-0,8	5,4-5,6
1932	24,2	4,0	0,8-1,0	4,8-5,0
1933	23,5	-0,7	0,8-1,0	0,1-0,3
1934	24,8	1,3	0,9-1,2	2,2-2,5
1935	25,9	1,1	1,0-1,2	2,1-2,3
1936	27,2	1,3	1,0-1,3	2,3-2,6
1937	28,6	1,4	1,1-1,4	2,5-2,8

Von den 1937 tätigen 28,6 Mio Arbeitern und Angestellten hatten schätzungsweise nur 4,5 Mio (15,7 Prozent) bereits 1926 gearbeitet<sup>87</sup>. – Die Verteilung der Industriearbeiter auf die verschiedenen Volkswirtschaftsbereiche spiegelte die Trends der sowjetischen Industrialisierung wider. Der Anteil der im Produktionsmittelsektor tätigen Industriearbeiter stieg von 54,3 Prozent (1928) auf 65,7 Prozent (1936), der im Konsumgüterbereich Tätigen fiel von 45,7 auf 34,3 Prozent<sup>88</sup>. Waren 1928 17,6 Prozent aller Industriearbeiter in der Metallverarbeitung und im Maschinenbau tätig, so stieg dieser Anteil bis 1936 auf 29,8 Prozent; im gleichen Zeitraum fiel der Anteil der in der Textilindustrie Tätigen von 30,3 auf 16,1 Prozent<sup>89</sup>. Der Anteil der Bauarbeiter an der Gesamtzahl der Beschäftigten stieg von 6,7 Prozent (1928) auf 10,1 Prozent (1932) und fiel bis 1937 auf 5,8 Prozent zurück, weil verschiedene Großbauprojekte abgeschlossen waren und die Mechanisierung der Bauarbeiten Fortschritte erzielt hatte<sup>90</sup>.

Im Zuge der Industrialisierung stieg das kulturelle Niveau der Bevölkerung beträchtlich. Der Anteil der Analphabeten unter den 9- bis 49jährigen betrug 1939 nur noch 12,6 Prozent (6,2 Prozent in den Städten, 16 Prozent auf dem Lande)<sup>91</sup>. Die Zahl der Schüler in allgemeinbildenden Schulen stieg von 7,4 Mio (1922/23) auf 35,6 Mio (1940/41), die der Lehrer im gleichen Zeitraum von 230 000 auf 1,24 Mio<sup>92</sup>.

Zwischen 1928 und 1940 wuchs die Zahl der Ingenieure und Techniker in der Industrie von 119 000 auf 932 000 (416 000 von ihnen arbeiteten im Maschinenbau und in der Metallindustrie), so daß sich ihr Anteil an der Gesamtzahl der Industriearbeiter von 3,8 Prozent auf 11,2 Prozent vergrößerte<sup>93</sup>. Die Zahl der Personen mit Hochschulbildung wuchs (Militärangehörige nicht gerechnet) von 233 000 (1928) auf 908 000 (1940)<sup>94</sup>. Besonders ausgeprägt war die kulturelle Entwicklung in den Randterritorien. Als Beispiel kann wieder auf die Tadžikische



Republik verwiesen werden, in der 1939 82,8 Prozent der Bevölkerung im Alter zwischen 9 und 49 Jahren lesen und schreiben konnten.

*Die kulturelle Entwicklung in der Tadžikischen Republik<sup>95</sup>*

	1914	1927	1940
Schüler in allgemeinbildenden Schulen (1000)	0,4	14	315
Zahl der Hochschulen	–	–	6
Immatrikulierte Studenten (1000)	–	–	2,3
Studierende in Technika und Fachmittelschulen (1000)	–	0,3	5,9
Volksbibliotheken	–	11	401
Buchbestand (1000 Bände)	–	12	495
Buchauflage (1000)	–	281	2823
Zahl der Ärzte	10	100	600
Zahl der Krankenhausbetten	40	400	4500

Auch in anderen asiatischen Republiken wurden mittelalterliche und patriarchalische Verhältnisse erst in den 30er Jahren aufgebrochen. Erst nach langen Mühen gelang es hier, Nomaden sesshaft zu machen, die Versklavung der Frauen aufzuheben und für die Sprache einiger Völkerschaften Schriftzeichen zu entwickeln<sup>96</sup>.

#### **4. Probleme der industriellen Erziehung der neuen Arbeiterklasse**

Aus welchen Gruppen und Schichten rekrutierte sich die neue Arbeiterklasse der 30er Jahre? Der weitaus größte Teil stammte vom Lande. Der Zustrom vom Dorf war in den einzelnen Etappen der Industrialisierung verschieden stark. Zwischen 1926 und 1928 stammten etwa 40 Prozent aller neu eingestellten Arbeiter und Angestellten vom Dorf, zwischen 1929 und 1932 waren es 68 Prozent und zwischen 1933 und 1937 54 Prozent; der Zuwachs in der gesamten Zeitspanne von 1926 bis 1937 stammte zu 59,5 Prozent vom Dorf und zu 40,5 Prozent aus der Stadt<sup>97</sup>. Besonders stark war der Zustrom vom Land während des ersten Fünfjahrplans, als rund ein Viertel aller Einzelbauern, die ihren sozialen Status änderten, Arbeiter oder Angestellte wurden (drei Viertel dieser Gruppe verandelten sich in Kollektivbauern)<sup>98</sup>. Aber auch im zweiten Fünfjahrplan, in dessen Verlauf der Anteil der privaten Bauernhöfe von 38,5 auf 7 Prozent zurückging, stellten deren Angehörige einen beträchtlichen Teil des städtischen Arbeitskräftezuwachses, wenn auch in diesen Jahren der Anteil der in die Stadt abwandernden Kollektivbauern höher lag. Die Abwanderung vom Land vollzog sich in den Anfangsphasen der Industrialisierung weithin spontan und war durch die oftmals besseren Lebensverhältnisse in der Stadt – höhere und stabilere Einkommen, bessere Sozialleistungen und Fortbildungsmöglichkeiten, interessanteres

Alltagsleben – motiviert; später wurden verschiedene Formen der organisierten Umverteilung des Arbeitskräftepotentials der Kolchosen erprobt, das aufgrund der Mechanisierung wichtiger landwirtschaftlicher Arbeiten zunehmend freigesetzt und in die Industrie überführt werden konnte. Zahlreiche Privat- und Kollektivbauern wurden nicht sogleich in den Industriezentren selbsthaft, sondern arbeiteten eine Zeitlang als Saison- und Wanderarbeiter im Baugewerbe, in der Torf- und Holzproduktion, in der Flößerei, beim Fischfang oder als Lastträger im Transportwesen. Mitte der 30er Jahre wurden in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen über 3 Mio Saisonarbeiter gezählt<sup>99</sup>. Oftmals wurden sie – wie auch ein Teil der ständigen Arbeitskräfte in der Industrie – aufgrund von Verträgen zwischen Industriebetrieben und Kollektivwirtschaften in organisierter Form angeworben („orgnabor“). Zwischen 1931 und 1940 wurden im Jahresdurchschnitt 2,87 Mio Landbewohner in dieser Form in die industrielle Arbeit überführt<sup>100</sup>.

Die sowjetische Industriearbeiterschaft wurde weiter durch ehemalige Handwerker, Kleingewerbetreibende und Hausindustrielle vergrößert. Das Kleingewerbe, das in Rußland eine lange Tradition hatte<sup>101</sup>, spielte noch in den 20er Jahren eine bedeutende Rolle besonders im Konsumgüterbereich; in ihm waren mit über 4 Mio mehr Personen beschäftigt als in der Großindustrie<sup>102</sup>. In einzelnen Randgebieten – etwa im Kaukasus oder in Mittelasien – konzentrierten sich über 90 Prozent der im gewerblichen Bereich Tätigen auf Handwerk und Kleinindustrie. Drei Viertel der Hausindustriellen („kustari“), die meist auf einer sehr rückständigen technischen Basis arbeiteten, waren Privatproduzenten, ein Viertel war in genossenschaftlichen Betrieben zusammengefaßt. Für 1939 wird die Zahl der – nunmehr fast vollständig kooperierten – Hausindustriellen mit 1,585 Mio angegeben<sup>103</sup>.

Auch durch die zunehmende Einbeziehung der Frauen in die gesellschaftliche Produktion wurde die Arbeiterklasse vergrößert. Die Berufstätigkeit der Frauen war bedingt durch die Notwendigkeit, das Familieneinkommen zu vergrößern, und gleichzeitig durch den Wunsch zahlreicher Frauen, die Enge des häuslichen Tätigkeitsfeldes zu verlassen. Durch die zunehmende Vergesellschaftung einiger Elemente der traditionellen Hausarbeit – durch den Aufbau von Kindergärten, Kantinen, Dienstleistungszentren – wurde der Prozeß der Eingliederung der Frauen in die gesellschaftliche Wirtschaft gefördert. Im ersten Fünfjahrplan verdoppelte sich die Zahl der weiblichen Arbeiter und Angestellten von 3,118 Mio (1929) auf 6,72 Mio (1933); 1940 belief sie sich auf 13,19 Mio oder 39 Prozent der Gesamtzahl (gegenüber 27 Prozent im Jahr 1929)<sup>104</sup>. Der Anteil der weiblichen Arbeiter und Angestellten bezifferte sich 1940 beim Produktionspersonal der Industrie auf 38 Prozent, im Gesundheitswesen auf 76 Prozent, im Schul- und Bildungswesen auf 59 Prozent; unterdurchschnittlich waren Frauen im Bauwesen (24 Prozent) und Verkehrswesen (21 Prozent) vertreten<sup>105</sup>. In großen Industriezentren der russischen Territorien, wo die Versorgungseinrichtungen besser ausgebaut waren, lag der Prozentsatz der berufstätigen Frauen beträchtlich über dem Landesdurchschnitt (in Leningrad belief sich 1936 der Anteil der Frauen an der Arbeiterschaft der Großindustrie auf 49,3 Prozent), in den zentralasiatischen Landesteilen unter dem Landesdurchschnitt (der Anteil der Frauen an der jeweiligen Zahl der Arbeiter und Angestellten betrug 1940 in der RSFSR 41 Prozent,

in der Ukraine 37 Prozent, in Uzbekistan, Kazachstan, Kirgisien, Tadžikistan zwischen 29 und 31 Prozent)<sup>106</sup>. Während des zweiten Fünfjahrplans wurden ebensoviel Frauen wie Männer neu in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß einbezogen<sup>107</sup>.

Bei einem großen Teil der Neubeschäftigten handelte es sich um junge Arbeiter und Angestellte. Während 1926 bis 1928 nur 30 Prozent der Neuzugänge unter 23 Jahre alt waren, stieg dieser Anteil in den Jahren zwischen 1929 und 1932, nachdem die Arbeitslosenkontingente ausgeschöpft waren, auf 70 Prozent<sup>108</sup>. Der Anteil junger Arbeiter unter 23 Jahren wuchs in der Großindustrie von 24,7 Prozent (1930) auf 41,3 Prozent (1933)<sup>109</sup>. Auch während des zweiten Fünfjahrplans lag der Anteil junger Arbeiter deutlich über dem Niveau der 20er Jahre. Zum 1. Juli 1935 belief er sich auf 34 Prozent aller Arbeiter; in der Industrie, im Transportwesen und auf den Baustellen arbeiteten 4,5 Mio Jugendliche. Besonders hoch war ihr Anteil in den neuen Industrieregionen des Ostens und den führenden Zweigen der Metallverarbeitung und des Maschinenbaus. 1935 belief sich der Anteil junger Arbeiter unter 23 Jahren in den Kuznecker Metallurgischen Werken (KMK) auf 61 Prozent, in der Erzindustrie des Ostens auf 41,6 Prozent, im Landwirtschaftsmaschinenbau des gesamten Landes auf 37 Prozent, in der Traktorindustrie auf 38,9 Prozent; im Bauwesen war er noch höher als in der Industrie<sup>110</sup>. In dem Jahrzehnt zwischen 1925 und 1935 belief sich der Anteil junger Industriearbeiter, die selber aus einer Arbeiterfamilie stammten, auf etwa 51,5 Prozent, wohingegen er in den Jahren 1925 bis 1927 91,3 Prozent betragen hatte<sup>111</sup>.

Da sich die Industrie in den peripheren Regionen rascher entwickelte als in der Russischen und Ukrainischen Republik, veränderte sich in den 30er Jahren auch die nationale Zusammensetzung der sowjetischen Arbeiterklasse. Zwischen 1928 und 1940 vergrößerte sich die Arbeiterzahl in der RSFSR und der Ukraine um das 2,6fache, in Kazachstan und Uzbekistan um das 3,6fache, in Tadzikistan um das 3,4fache, in Kirgisien um das 4,3fache<sup>112</sup>. In den Randrepubliken vergrößerte sich der Anteil der Industriearbeiter an der Gesamtbevölkerung überproportional, so daß Ende der 30er Jahre die ehemals sehr großen Differenzen zwischen den einzelnen Republiken reduziert wurden.

*Zahl der Industriearbeiter auf 1000 Einwohner<sup>113</sup>*

	1926	1929	1933	1939	1939 : 1926
UdSSR	16,1	17,2	28,0	64,5	4,0
Ukraine	18,5	20,1	33,3	62,2	3,5
Uzbekistan und					
Tadžikistan	2,4	3,4	7,1	22,2	9,3
Turkmenistan	2,4	5,5	8,2	30,6	12,8

Auch der Anteil der einheimischen Nationalitäten an der Zahl der Industriearbeiter wuchs. Er steigerte sich zwischen 1926 und 1934 in Turkmenistan von 11,3 auf 32,9 Prozent, in Uzbekistan von 26,3 auf 41,7; in Armenien belief er

sich 1934 auf 89 Prozent, in Kirgisien jedoch erst auf 9,7 Prozent<sup>114</sup>. In Zentralasien war der Anteil russischer Arbeiter, die oftmals über eine höhere Qualifikation verfügten und maßgeblich am Erstaufbau der Industrie in den Randgebieten beteiligt waren, an der Gesamtzahl der Arbeiter noch sehr groß; er betrug 1939 in Tadschikistan 39,1 Prozent, in Turkmenien, Azerbaidžan und Kirgisien über 40 Prozent und in Kazachstan 50,5 Prozent<sup>115</sup>.

Schließlich sind noch weitere Gruppen zu nennen, aus denen sich die Arbeiterklasse in den ersten Planjahrkünften rekrutiert hat. In der Anfangsphase des ersten Fünfjahrplans wurden zahlreiche Arbeitslose in den Produktionsprozess eingegliedert. Die Zahl der Arbeitslosen belief sich zum 1. April 1929 noch auf 1,74 Mio. Die Autoren des Fünfjahrplans rechneten damit, daß sich diese Zahl bis 1932/33 nur auf 0,5 Mio reduzieren lassen würde; de facto konnte jedoch bereits Ende 1930 das Arbeitslosenproblem als im wesentlichen gelöst angesehen werden<sup>116</sup>.

Auch Selbständige, Unternehmer und Angehörige der ehemaligen Oberschicht, die in der sowjetischen Statistik als „Bourgeoisie, Grundbesitzer, Händler und Kulaki“ firmierten und 1928 mit Familienangehörigen 4,6 Prozent der Gesamtbevölkerung ausgemacht hatten, 1939 aber nicht mehr in der Statistik auftauchten, haben die Zahl der Arbeiter und Angestellten vergrößert<sup>117</sup>.

Während des ersten Fünfjahrplans waren auch ausländische Arbeiter und Spezialisten – Angehörige ausländischer Firmen und auch politische Emigranten – beim Aufbau wichtiger Großbetriebe beteiligt; 1932 wurden 9190 Spezialisten und 10 655 Arbeiter, die aus dem Ausland stammten, gezählt<sup>118</sup>. Nach Beginn des zweiten Weltkriegs kehrten zahlreiche Rentner und Invaliden in die Produktion zurück, um die Arbeiter zu ersetzen, die an die Front gingen.

Die meisten der in den 30er Jahren tätigen Arbeiter und Angestellten verfügten über keine langen Arbeitserfahrungen. Nach Berechnungen des Arbeitswissenschaftlers B. L. Markus waren 1938 75 bis 79 Prozent der Arbeiter und Angestellten weniger und 21 bis 25 Prozent länger als 10 Jahre beschäftigt<sup>119</sup>. Vdovin und Drobižev gehen davon aus, daß 1937 der Anteil der Arbeiter und Angestellten mit einem Dienstalalter von weniger als 1 Jahr 9,7 Prozent, von weniger als 3 Jahren 26,3 Prozent, von weniger als 5 Jahren 36,5 Prozent betragen habe; der Anteil mit einem Arbeitsalter von mehr als 10 Jahren habe 18,7 Prozent (im Jahr 1938 19,1 Prozent) ausgemacht<sup>120</sup>. Nach Senjavskij und Tel'pučovskij haben im März 1940 33,2 Prozent aller Arbeiter unter 1 Jahr, 64,4 Prozent unter 3 Jahren, 76,7 Prozent unter 5 Jahren und 93,4 Prozent unter 10 Jahren (mithin nur 6,6 Prozent über 10 Jahre) gearbeitet<sup>121</sup>. In der Moskauer Automobilfabrik, einem der größten Betriebe des Landes, verfügte 1940 die Hälfte der Arbeiter über ein Dienstalalter von weniger als 3 Jahren<sup>122</sup>. Wenn die Angaben über die Beschäftigungsdauer auch erheblich divergieren, läßt sich aus ihnen doch ableiten, daß in den 30er Jahren der Anteil von angestammten Arbeiterkadern mit langjähriger beruflicher und gesellschaftlich-politischer Erfahrung weit geringer war als zu Beginn des ersten Fünfjahrplans, wo er mit etwa 70 Prozent angegeben wird<sup>123</sup>. Große Kontingente der in den 30er Jahren tätigen Arbeiter hatten noch nicht die für die Herausbildung proletarischer Bewußtseinsformen notwendige industrielle Lehrzeit absolviert. Und die Arbeiter mit längeren beruflichen und politischen

Erfahrungen standen in den 30er Jahren vor dem Problem, daß ihre vor mehreren Jahrzehnten auf der Basis einer relativ einfachen Technik erworbenen Kenntnisse nicht mehr für die Beherrschung der modernen Maschinerie, die nun in den Betrieben dominierte, ausreichte.

In der sowjetischen Presse ist über die Schwierigkeiten des Aneignungsprozesses einer industriellen Arbeitsweise und Produktionsdisziplin immer wieder berichtet worden.

„In den letzten Jahren sind die Reihen der Arbeiterklasse aufgrund des Wachstums der sozialistischen Industrie durch neue Millionen ergänzt worden. Die neuen jungen Kader von Industrieproletariern müssen die notwendigen beruflichen Fertigkeiten erhalten und die Technik beherrschen, aber nicht nur dies – sie müssen auch das politische Niveau erreichen, von dem aus die proletarischen, gesamtstaatlichen Aufgaben begriffen werden. Man muß ihnen helfen, die notwendige proletarische Stählung zu erlangen, und sie im Geiste des revolutionären Internationalismus erziehen. Gerade auf diese neuen Kader fällt zu bedeutenden Teilen die Aufgabe, die fortgeschrittene Technik unserer Giganten zu meistern, die nach den neuesten Mustern der Welt-Technik gebaut sind und nicht selten die im Weltmaßstab beste Ausrüstung haben . . . Die politische Erziehung der neuen Reihen der Arbeiterklasse, die oft erst kürzlich aus dem Dorf gekommen sind, muß auch im Zentrum der Aufmerksamkeit der Parteiorganisationen der alten Betriebe stehen.“ „Die Masse der neuen Arbeiter, die in die Produktion geströmt sind, hat noch nicht die Schule der kollektiven Arbeit und der proletarischen Disziplin durchlaufen, ist noch nicht im proletarischen Kessel umgeschmolzen worden . . . Diese Schichten der Arbeiterklasse üben einen kleinbürgerlichen Einfluß auf das Proletariat aus. Hauptsächlich aus dieser Schicht rekrutieren sich desorganisierende Elemente, die vom Arbeitsplatz fernbleiben, die Fluktuation vergrößern, von einem Betrieb zum anderen ziehen und schauen, wo man mehr erhaschen kann, um sich dann davonzumachen; sie sind verantwortungsscheu und desorganisieren die Produktion . . . Die Erziehung zu einer neuen, sozialistischen Disziplin, der Kampf um die Arbeitsdisziplin ist die wichtigste Form des Klassenkampfes des Proletariats gegen die Anarchie der kleinbürgerlichen Disziplinlosigkeit.“<sup>124</sup>

Die Gewöhnung von Millionen von ehemaligen Landleuten, die in der Welt der traditionellen, privaten, nichtmechanisierten Arbeit, die weithin noch durch Naturfaktoren bestimmt war, aufgewachsen waren, an industrielle und kooperative Arbeitsformen war ein langwieriger und oftmals schmerzvoller Prozeß, der sich in westeuropäischen Ländern über weit länger als ein Jahrhundert erstreckt hatte, in der UdSSR aber im Verlauf weniger Jahre durchschritten werden mußte.

Das die ganzen 30er Jahre über virulente Problem der Fluktuation zeigte an, wie schwierig die Adaption industrieller Verhaltensweisen war. 1931 existierten „wenig Betriebe, wo die Belegschaft im Laufe eines halben Jahres oder sogar eines Vierteljahres nicht mindestens zu 30 oder 40 Prozent wechselte“<sup>125</sup>. Auf den Baustellen betrug noch 1937 die Zahl der Neuzugänge 217 Prozent und die der Abgänge 241,6 Prozent der Zahl der jahresdurchschnittlich Beschäftigten. In der Großindustrie waren die Fluktuationsraten geringer: 1936 beliefen sich die Neuzugänge auf 95,3 Prozent und die Abgänge auf 87,6 Prozent der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl<sup>126</sup>.

Die Fluktuation hatte vielerlei Ursachen: die Rückkehr einiger Gruppen von Arbeitern, die mit dem Fabrikleben unzufrieden waren, in ihre Heimatdörfer; die

– besonders im ersten Fünfjahrplan ausgeprägte – Unausgeglichenheit der Lohn-, Arbeits-, Lebens- und Nahrungsverhältnisse, die Arbeiter veranlaßte, von einer Stadt, Fabrik oder Baustelle zur anderen zu ziehen, wobei angesichts des niedrigen Lohnniveaus schon geringfügige Differenzen genügten, um den Arbeitsplatz zu wechseln; die zur Behebung des akuten Arbeitskräftemangels von Betriebs- und Baustellenleitern organisierte Abwerbung von Arbeitern aus anderen Betrieben; die wiederholten Tarifreformen, die die Lohnspannen zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit und zwischen den führenden Berufen des Produktionsmittelbereichs und den Berufen in den Konsumgüterbranchen stark ausweiteten; die fortwirkende Tradition bäuerlicher Wanderungsbewegungen und die geringe berufliche Spezialisierung der neu in die Industrie Eintretenden. Da sich die Bevölkerung der Städte entgegen den ursprünglichen Plänen rascher vergrößerte als der urbane Wohnungsfonds, waren die Wohnverhältnisse nach wie vor sehr schlecht und verwandelten zahlreiche Arbeiter in Nomaden, die von Ort zu Ort zogen, um bessere Unterkünfte zu suchen. In den oftmals klimatisch ungünstiger gelegenen Neusiedlungen waren der Dienstleistungssektor und die Lebensmittelversorgung unbefriedigend, was die Bereitschaft zum Arbeitsplatzwechsel förderte<sup>127</sup>.

Die Planung der wirtschaftlichen Entwicklung, die Aufstellung von Arbeitskraftbilanzen, die Senkung der Selbstkosten und die Steigerung der Arbeitsproduktivität wurden durch die Fluktuation stark behindert, so daß vielfältige Gegenmaßnahmen getroffen wurden. Sie reichten von freiwilligen Verpflichtungen der Belegschaften, eine bestimmte Zeit im Betrieb zu bleiben, von politisch-moralischen Appellen der gesellschaftlichen Organisationen bis zur Einführung von Arbeitsbüchern und -pässen, materiellen Sanktionen (Lohn-, Urlaubs-, Rentenkürzungen) und zu Verschärfungen der Arbeitsstrafen gegenüber „wandernden Gesellen, Arbeitsschwänzern, Bummelanten (progul'sšiki)“, die ihren Höhepunkt in dem Erlaß vom 26. Juni 1940 fanden, der eine unbefristete Arbeitsbindung beinhaltete<sup>128</sup>. Die Funktion eines großen Teils der arbeits- und arbeitsstrafrechtlichen Vorschriften der 30er Jahre sah Werner Hofmann in der Lenkung, Bindung, Kontrolle, industriellen Schulung und Disziplinierung der Arbeitskräfte und interpretierte sie als Maßnahmen einer „historischen Erziehungs-diktatur“<sup>129</sup>.

Ein weiteres Zentralproblem der Industrialisierung war das im Vergleich zu den objektiven Anforderungen geringe Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte. Sie mußten lernen, die neue Technik zu meistern, was „mit bedeutend größeren Schwierigkeiten verbunden ist als die Ausnutzung der alten oder erneuerten Betriebe, deren Technik bereits beherrscht wird“<sup>130</sup>.

Die Berufsausbildung der neu in die Produktion Eintretenden erfolgte in verschiedenen Formen. Für viele ehemalige Landbewohner stellte die Arbeit auf den großen Baustellen des ersten Fünfjahrplans eine Einführung in kooperative Arbeitsformen und industrielle Lehre dar. Auf den Baustellen wurden auch Kampagnen zur Beseitigung des Analphabetentums organisiert. Nicht wenige Bauarbeiter nahmen in den von ihnen errichteten Betrieben die industrielle Arbeit auf. In den Jahren des zweiten Fünfjahrplans wechselten 2 Mio Bauarbeiter in die Industrie über<sup>131</sup>. In den Betrieben wurden die Neuankömmlinge in der

Produktion selbst für einzelne Berufe qualifiziert, wobei eine Vielzahl von kurzfristigen Lehrgängen, Kursen und Zirkeln, aber auch öffentliche Medien (Tages- und Betriebszeitungen, populäre Literatur) die industrielle Schulung beschleunigen sollten. Von Bedeutung waren die nach 1932 verbreiteten Kurse zur Erreichung des „technischen Minimums“, die für Arbeiter obligatorisch waren, die mit Maschinen und Aggregaten umzugehen hatten; 1935 wurden fast 1,6 Mio Industriearbeiter in entsprechenden Lehrgängen geschult, in den letzten zwei Jahren des zweiten Fünfjahrplans waren es insgesamt 6 Mio Arbeiter<sup>132</sup>.

Die Weitergabe beruflicher Erfahrungen und Fertigkeiten älterer Arbeiter an junge vollzog sich in vielen Betrieben im Rahmen der nach dem im Donbass arbeitenden Bergmann N. A. Izotov benannten Bewegung und wurde durch die Freiwilligengesellschaft „Für die Beherrschung der Technik“ (ZOT) gefördert<sup>133</sup>. Das Verhältnis zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern in den sich rasch vergrößernden Betrieben war jedoch recht ungünstig. So berichtete ein amerikanischer Beobachter aus den Stalingrader Traktorenwerken:<sup>134</sup>

„In Amerika ist ein ungelernter junger Arbeiter, der neu in die Fabrik kommt, von fünf, sechs, zehn alten, gelernten Arbeitern umgeben. Ganz von selbst wird er angelernt. Hier kommt auf zehn bis fünfzehn ungelernte, völlig unerfahrene Arbeiter ein einziger Arbeiter, der Bescheid weiß und was kann.“

Ein qualifizierter Facharbeiternachwuchs sollte in den Fabrik- und Werkschulen (FZU) herangebildet werden. Diese Schulen bereiteten im ersten Fünfjahrplan 0,45 Mio und im zweiten 1,4 Mio Facharbeiter auf die Produktionstätigkeit vor; sie erfaßten jedoch auch in den Jahren des zweiten Planjahrhüfnts nicht mehr als ein Viertel der neu in die Produktion gehenden Arbeiter<sup>135</sup>. Die Ziele des zweiten und dritten Fünfjahrplans hinsichtlich der Schulung von Facharbeitern durch die FZU konnten nicht einmal zur Hälfte realisiert werden. Die FZU, die den einzelnen Betrieben angegliedert waren, hatten eine schwache materielle Basis, verfügten über keine einheitlich ausgearbeiteten Lehrprogramme und Lernkontrollen und bildeten unter Mißachtung gesamtwirtschaftlicher Gesichtspunkte oft nur den Nachwuchs für den jeweiligen Betrieb aus. Auf weitere Defizite der Fabriksschulen weisen Senjavskij und Tel'puchovskij hin:<sup>136</sup>

„Schon im Laufe des zweiten und insbesondere des dritten Fünfjahrplans konnten die FZU die Heranbildung qualifizierter Arbeiterkader nicht mehr bewältigen und blieben hinter den Anforderungen der sich stürmisch entwickelnden sozialistischen Industrie zurück. Das äußerte sich vor allem darin, daß die bei den Betrieben bestehenden Schulen nur jene Kader ausbildeten, die diese Betriebe selbst benötigten. Folglich wurden in den FZU keineswegs für alle Berufe Arbeiter ausgebildet. So entstand ein empfindlicher Mangel an solchen Facharbeitern wie Bauarbeitern, Bergarbeitern, Metallarbeitern und Arbeiterberufen anderer führender Zweige. . . . Betriebsegoismus, die völlige Anpassung der Ausbildung in den FZU an die momentanen Erfordernisse der Produktion machten eine ausreichende Versorgung der führenden und neuen Industriezweige, insbesondere im Osten des Landes, mit qualifizierten Arbeitern unmöglich und erschwerten eine richtige perspektivische Planung, die staatliche Kontrolle über die Qualität der Ausbildung von Kadern und ihren Einsatz in der Produktion. Unter den neuen Entwicklungsbedingungen der Industrie konnte das bestehende Berufsausbildungssystem auch in bezug auf die einheitlich geplante Verteilung der ausgebildeten Kader nicht befriedigen. Hinzu kam, daß der Unterricht in den FZU insgesamt nicht die Errungenschaften der Wissen-

schaft und der neuen Arbeitsmethoden in der Produktion widerspiegelt ... Die FZU hörten auf, beweglich auf die Bedürfnisse der Industrie zu reagieren und sich nach deren Entwicklungstendenzen zu orientieren. Infolgedessen stieg in der Volkswirtschaft, insbesondere in der Industrie, dem Bau- und dem Verkehrswesen, der Facharbeitermangel weiter an.“

Insgesamt wuchs in den 30er Jahren, wie die veränderte Verteilung der Arbeiter auf die Tarifgruppen zeigte, die Zahl der qualifizierten Kräfte an, während die der unqualifizierten zurückging. Charakteristisch blieb jedoch die Existenz einer großen Gruppe ungeschulter Arbeiter.

*Veränderungen der Qualifikationsstruktur der Arbeiter in der Großindustrie (1927–1934)*<sup>137</sup>

Jahr	Qualifizierte		Halbqualifizierte		Unqualifizierte		Insgesamt unter-	
	Mio	– Prozent	Mio	– Prozent	Mio	– Prozent	suchte Arbeiter	Mio – Prozent
1927	1,039	40,7	0,864	33,8	0,650	25,5	2,553	100
1934	2,003	41,4	2,027	39,3	0,963	19,3	4,993	100

Während sich die absolute Zahl der qualifizierten Arbeiter stark ausweitete, stieg ihr Prozentanteil nur geringfügig. In besonders rasch wachsenden Bereichen verringerte sich – trotz ihres absoluten Wachstums – sogar der relative Anteil qualifizierter Arbeiter. Zwischen 1927 und 1934 ging er in der Schwarzmetallurgie von 35,2 auf 29,5 Prozent zurück, im Lokomotivbau von 51,6 auf 48,7 Prozent, im landwirtschaftlichen Maschinenbau von 49,6 Prozent auf 35,8 Prozent. Entgegen dem allgemeinen Trend wuchs in einigen Bereichen – etwa in der Steinkohlenindustrie des Donbass – der Anteil unqualifizierter Arbeiter<sup>138</sup>.

Das allgemeine kulturelle Niveau der Arbeiter war in den 30er Jahren, trotz großer Erfolge in der Vermittlung von Elementarbildung, noch immer recht niedrig. Im Jahr 1939 gab es kaum noch Analphabeten unter den Arbeitern, und 8,4 Prozent von ihnen hatten eine Schulbildung von mindestens 7 Klassen (bei Spezialisten und Angestellten belief sich dieser Prozentsatz auf 54,2, bei Kolchosbauern auf 1,8, bei Berufstätigen insgesamt auf 12,3); „im Vergleich zur Vergangenheit war das eine große Errungenschaft, gemessen jedoch an den Erfordernissen der XY78ktion ein äußerst bescheidenes Ergebnis.“<sup>139</sup>

Auch die beruflichen Erfahrungen der Spezialisten in den Betrieben sowie des Leitungspersonals in den Wirtschaftsverwaltungen und Planungsbehörden waren relativ gering. Die Leitungskräfte rekrutierten sich zu einem beträchtlichen Teil aus ehemaligen Produktionsarbeitern, die als „Praktiker“ in speziellen Lehrgängen auf ihre neue Tätigkeit vorbereitet wurden. Über die soziale Zusammensetzung und den Bildungsstand der industriellen Leitungspersonen im Gesamtmaßstab der UdSSR liegen folgende Angaben vor<sup>140</sup>.



*Soziale Zusammensetzung der industriellen Leitungskader (1. März 1936) (Angaben in Prozent)*

	I	II	III	IV
Ehemalige Arbeiter	40,3	20,3	46,2	62,6
Ehemalige Bauern	–	1,7	2,5	3,8
Ehemalige Angestellte	59,7	75,0	51,3	33,6
Mitglieder und Kandidaten der VKP (b)	98,4	75,9	96,7	77,7
Personen mit höherer Bildung	54,8	51,7	18,1	13,6
Darunter: Personen, die ihre höhere Bildung nach 1917 erhielten	54,9	63,8	91,9	92,4
Personen unter 40 Jahren	20,9	33,5	34,1	44,3
Personen mit einem Dienstalter von über einem Jahr	90,3	72,4	77,0	77,2

I = Leiter der Hauptverwaltungen von Volkskommissariaten

II = Hauptingenieure und Stellvertretende Leiter von Hauptverwaltungen

III = Leiter von Trusts

IV = Betriebsdirektoren

Das formale Bildungsniveau der leitenden Arbeiter war somit oft recht gering; nur ein Siebtel der Betriebsdirektoren verfügte über eine höhere Bildung. Die meisten Leitungskader waren nicht länger als zwei bis fünf Jahre in ihren neuen Funktionen tätig. Der häufige Wechsel des Leitungspersonals war einer kontinuierlichen Produktionsentwicklung hinderlich. Die anschwellenden wirtschaftlichen Leitungsapparate (1941 waren im Apparat der staatlichen und wirtschaftlichen Leitungsorgane 1,84 Mio Personen beschäftigt gegenüber 1,01 Mio 1928)<sup>61</sup> arbeiteten, teilweise infolge des geringen Qualifikationsniveaus ihrer Mitglieder, oftmals schwerfällig und bürokratisch; sie zeigten „erhebliche Unzulänglichkeiten“<sup>62</sup> und absorbierten in ihren zahlreichen Abteilungen für Rechnungs- und Berichtswesen, für Buchhaltung, Statistik und Planung einen zu großen Anteil der Angestellten und Spezialisten.

*Anmerkungen*

61 Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922–1972 gg., Moskau 1972, S. 48. Statistische Längsschnitte stoßen – speziell im industriellen Bereich – stets auf das (durch die sich entwickelnde zwischenbetriebliche Arbeitsteilung bedingte) Problem der Mehrfachzählungen sowie auf die Schwierigkeit, ein adäquates Preisniveau zu finden, und so sind von verschiedenen westlichen Autoren Gegenrechnungen vorgenommen worden; vgl. R. Lorenz, aaO., S. 354.

62 Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1970 g., Moskau 1971, S. 471.

63 Vgl. die bekannten Berechnungen von S. Kuznets, zit. z. B. bei J. Kosta u. a., Warenproduktion im Sozialismus, Frankfurt/M. 1973, S. 144.

64 J. Stalin, Fragen des Leninismus, aaO., S. 696.

65 SSSR v cifrach v 1974 godu, Moskau 1975, S. 52.

66 Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922 – 1972 gg., Moskau 1972, S. 130.

- 67 Ebenda, S. 127.
- 68 Ebenda, S. 136–141.
- 69 A. I. Vdovin/V. Z. Drobizhev, aaO., S. 175–176.
- 70 Ebenda, S. 174.
- 71 Trud v SSSR, Moskau 1936, S. 73.
- 72 A. I. Vdovin/V. Z. Drobizhev, aaO., S. 175.
- 73 Beispiele bei V. I. Kas'janenko, aaO., S. 195.
- 74 J. Stalin, Fragen des Leninismus, aaO., S. 536.
- 75 40 Jahre Sowjetmacht in Zahlen, aaO., S. 186.
- 76 S. L. Senjowski/W. P. Telpuchowski, aaO., S. 227–228.
- 77 Veduščaja rol' rabočego klassa, aaO., S. 64.
- 78 Ebenda, S. 72.
- 79 Folgende Angaben nach V. I. Kas'janenko, aaO., S. 179–184.
- 80 Ebenda, S. 166. Während des ersten Fünfjahrplans wurden etwa 3 Prozent der insgesamt verwendeten Industrieprodukte importiert, dies war vergleichsweise weniger als in den USA, in Großbritannien oder dem Deutschen Reich. Die Bedeutung des Außenhandels lag jedoch darin, daß mit seiner Hilfe die neueste Maschinerie in die Produktion eingeführt werden konnte und keine Zeit auf die Entwicklung dieser Produktionsmittel verwendet werden mußte. Exportiert wurden vor allem Agrarprodukte, Holz, Erdöl, Pelze. Da in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 die Preise für agrarische Erzeugnisse bedeutend rascher verfielen als diejenigen für Industriewaren, erlitt die UdSSR erhebliche Außenhandelsverluste: 1929–1932 sparte sie auf der Importseite 772,6 Mio Rubel ein, erlitt jedoch im Export (durch den überproportionalen Preisrückgang der Agrarprodukte) Verluste in Höhe von 1873 Mio Rubel, so daß sich insgesamt ein Verlust von 1,1 Milliarden Rubel ergab. Vgl. Einzelheiten bei V. I. Kas'janenko, aaO., S. 153–178. Der Autor gibt auch Hinweise auf Hinderungsmaßnahmen einiger westlicher Regierungen gegenüber der Ausweitung des sowjetischen Außenhandels.
- 81 Geschichte der UdSSR. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Berlin 1976, S. 368–369. Zwischen 1933 und 1937 wurden 27 700 Werkzeugmaschinen importiert und 173 200 selber hergestellt (V. I. Kas'janenko, aaO., S. 196).
- 82 Folgende Daten nach R. P. Dadykin, aaO., S. 55.
- 83 Narodnoe chozjajstvo SSSR 1972–1977 gg., Moskau 1972, S. 35 und 345.
- 84 M. Ja. Sonin, Vosproizvodstvo rabočej sily v SSSR i balans truda, Moskau 1959, S. 35–36.
- 85 A. I. Vdovin/V. Z. Drobizhev, aaO., S. 108.
- 86 Ebenda, S. 109.
- 87 Veduščaja rol' rabočego klassa, aaO., S. 76.
- 88 Ebenda, S. 75.
- 89 R. P. Dadykin, aaO., S. 51.
- 90 Ebenda, S. 32.
- 91 Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922–1972 gg., Moskau 1972, S. 35.
- 92 Ebenda, S. 426.
- 93 40 Jahre Sowjetmacht in Rußland, aaO., S. 84–85 und 291–292.
- 94 Ebenda.
- 95 Ebenda, S. 351; Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922–1972 gg., Moskau 1972, S. 644–655.
- 96 Einzelheiten u. a. bei M. S. Džunusov, Ob osobennostjach nekapitalističeskogo razvitija narodov Srednej Azii i Kazachstana, Istorija SSSR 1961, Nr. 4, S. 3–28. Für einige Sprachen wurden zuerst arabische, später lateinische, schließlich kyrillische Schriftzeichen verwandt.
- 97 Trud v SSSR, Moskau 1968, S. 22; A. I. Vdovin/V. Z. Drobizhev, aaO., S. 116.
- 98 A. I. Vdovin/V. Z. Drobizhev, aaO., S. 127.
- 99 Ebenda, S. 122.
- 100 Ebenda, S. 120; S. L. Senjowski/W. B. Telpuchowski, aaO., S. 183. Die Zahlen der jährlich in die Städte Überführten wiesen große Schwankungen auf: das Jahr 1931 markierte mit 5,45 Mio das Maximum, das Jahr 1937 mit 1,57 Mio das Minimum.

- 101 Vgl. die Bemerkungen von K. Marx im II. Band des „Kapital“ (MEW 24, S. 243).
- 102 R. P. Dadykin, aaO., S. 53.
- 103 Industrializacija SSSR 1933–1937 gg. Dokumenty i materialy, Moskau 1971, S. 392. Zum Produktionsumfang der Kleinindustrie vgl. oben Anmerkung 70.
- 104 Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922–1972 gg., aaO., S. 348; Ženščiny SSSR, Moskau 1975, S. 27; S. L. Senjawski/W. B. Telpuchowski, aaO., S. 113–114 und 252; die Angaben weichen geringfügig voneinander ab.
- 105 Ebenda.
- 106 A. I. Vdovin/V. Z. Drobižev, aaO., S. 131 und 147. 1928 hatte der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten in Kazachstan 15 Prozent, Kirgisien 11 Prozent, Tadzikistan 7 Prozent betragen (ebenda).
- 107 Ebenda, S. 132.
- 108 Ebenda, S. 133; Trud v SSSR, Moskau 1932, S. 25–26.
- 109 Izmenenija v Čislennosti i sostave sovetskogo rabočego klassa, Moskau 1961, S. 18.
- 110 A. I. Vdovin/V. Z. Drobižev, aaO., S. 134–136.
- 111 Ebenda, S. 138.
- 112 Ebenda, S. 144.
- 113 Ju. F. Vorob'ev, Vyravnavanie urovnej ekonomičeskogo razvitija sojuznych respublik, Moskau 1965, S. 139.
- 114 A. I. Vdovin/V. Z. Drobižev, aaO., S. 148–149.
- 115 Ebenda, S. 150.
- 116 G. Meyer, Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland (1917–1930), Blätter für deutsche und internationale Politik 1975, Nr. 7, S. 795–811.
- 117 Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922–1972 gg., aaO., S. 35.
- 118 V. I. Kas'janenko, aaO., S. 186.
- 119 Problemy ekonomiki 1940, Nr. 8, S. 23.
- 120 A. I. Vdovin/V. Z. Drobižev, aaO., S. 113.
- 121 S. L. Senjawski/W. B. Telpuchowski, aaO., S. 264.
- 122 Izmenenija v čislennosti i sostave sovetskogo rabočego klassa, Moskau 1961, S. 227.
- 123 O. I. Škaratan, Problemy social'noj struktury rabočego klassa SSSR, Moskau 1970, S. 272.
- 124 Auszüge aus Leitartikeln des Bol'ševik 1932, Nr. 5/6, S. 3 und Nr. 21, S. 3, zit. nach A. I. Vdovin/V. Z. Drobižev, aaO., S. 169–170. Vgl. auch S. L. Senjawski/W. B. Telpuchowski (aaO., S. 171): „Nicht alle Kolchosbauern, die zur Arbeiterklasse stießen, wurden bewußte, fleißig schaffende Arbeiter der sozialistischen Gesellschaft. Sie brachen nicht sofort mit ihren individualistischen Gewohnheiten des Kleinrentners, sondern trugen sie in die Reihen der fortgeschrittenen Klasse. Deshalb bedurfte es einer gewaltigen und mühseligen Arbeit, um diesen durch die organisierte Werbung gewonnenen neuen Zuwachs in industriellen Berufen auszubilden und ihm die besten Züge der sowjetischen Arbeiterklasse anzuerziehen.“ Das Problem der Fluktuation hat I. Deutscher beschrieben (Die sowjetischen Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1969, S. 109–110): „Es bestand außerdem ein Mangel an industrieller Tradition und Disziplin innerhalb der Masse der proletarisierten Bauern. All die Gewohnheiten eines geregelten industriellen Lebens, das durch die Fabrik sirene bestimmt wird und das der Arbeiterklasse in anderen Ländern, oft mit Hilfe erbarungsloser Gesetzgebung, über Generationen anerzogen worden war, all diese Gewohnheiten fehlten in Rußland in auffallender Weise. Der Bauer, der bislang auf seinem Feld nach dem Rhythmus der Natur arbeitete, im Sommer von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang, und der fast den ganzen Winter verschlief, mußte nun dazu gezwungen werden, sich an eine total neue Arbeitsroutine zu gewöhnen. Dagegen revoltierte er und zog ruhelos von Ort zu Ort. Die Drohung der Arbeitslosigkeit, die einen Arbeiter so oft davon abhält, selbst den unzufriedenstellendsten Arbeitsplatz zu verlassen, war nicht vorhanden.“
- 125 J. Stalin, Fragen des Leninismus, aaO., S. 405 (Rede vom 23. Juni 1931).
- 126 Industrializacija SSSR 1933–1937 gg., aaO., S. 491 und 512.

127 Im Februar 1931 entfielen auf die fast 200 000 Einwohner der neugegründeten Stadt Magnitogorsk nur 15 Schuhmacher; siehe A. I. Vdovin/V. Z. Drobizhev, aaO., S. 221. Eindrucksvolle Schilderungen der Schwierigkeiten des Erstaufbaus der Industrie in den Ostgebieten enthält der 1933 erschienene Roman I. Erenburgs: *Der zweite Tag*.

128 Vgl. den Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 26. Juni 1940 „Über den Übergang zum achtstündigen Arbeitstag, zur siebentägigen Arbeitswoche und über das Verbot für Arbeiter und Angestellte und Ämter eigenmächtig zu verlassen.“ (Rešenija partii i pravitel'stva po chozajstvennym voprosam, Bd. 2, Moskau 1967, S. 757–758). Die wichtigsten Passagen dieses schon im Rahmen unmittelbarer Kriegsvorbereitungen formulierten Erlasses lauteten: „Entsprechend der Eingabe des Zentralsowjets der Gewerkschaften der UdSSR beschließt das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR: 1) Die Dauer des Arbeitstages für Arbeiter und Angestellte wird in allen staatlichen, genossenschaftlichen und gesellschaftlichen Betrieben und Ämtern verlängert: von 7 auf 8 Stunden in Betrieben mit siebenstündigem Arbeitstag; von 6 auf 7 Stunden für bislang sechsstündige Arbeiten (ausgenommen sind Berufe mit schädlichen Arbeitsbedingungen, die auf einer vom Rat der Volkskommissare der UdSSR bestätigten Liste verzeichnet sind); von 6 auf 8 Stunden für Angestellte in Ämtern; von 6 auf 8 Stunden für Personen über 16 Jahre. 2) Die Arbeit aller staatlichen, genossenschaftlichen und gesellschaftlichen Betriebe und Ämter wird von der Sechstage- auf die Siebentagewoche umgestellt, wobei der 7. Wochentag (Sonntag) Ruhetag ist. 3) Das eigenmächtige Verlassen staatlicher, genossenschaftlicher und gesellschaftlicher Betriebe und Ämter durch Arbeiter und Angestellte ist untersagt, ebenso der eigenmächtige Wechsel von einem Betrieb (Amt) zum anderen. Das Verlassen des Betriebs (Amts) und der Betriebs- (Amts-)Wechsel kann nur der Direktor des Betriebs oder Leiter des Amts erlauben. 4) Es wird festgelegt, daß der Direktor des Betriebs (Leiter des Amts) berechtigt und verpflichtet ist, die Erlaubnis für den Weggang des Arbeiters oder Angestellten aus dem Betrieb (Amt) in folgenden Fällen zu erteilen: a) wenn der (männliche oder weibliche) Arbeiter oder Angestellte die frühere Arbeit infolge Krankheit oder Invalidität nicht mehr ausführen kann (dies ist in einem Attest der werksärztlichen Expertenkommission zu bestätigen) und die Leitung keine andere geeignete Arbeit in demselben Betrieb (Amt) anbieten kann, oder wenn ein Pensionär, dem Altersrente zusteht, die Arbeit aufzugeben wünscht; b) wenn der (männliche oder weibliche) Arbeiter oder Angestellte die Arbeit unterbrechen muß, weil er ein Studium an einer Hoch- oder Fachmittelschule aufnimmt. Weibliche Arbeiter und Angestellte erhalten weiter in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaub.“ Zuwiderhandlungen wurden u. a. mit Strafarbeit am Arbeitsplatz geahndet; vgl. W. Hofmann, *Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion*, Berlin 1956, S. 106 ff.

129 W. Hofmann, *Wohin steuert die Sowjetwirtschaft?* Berlin 1955, S. 124. Auch andere Arbeiten Werner Hofmanns sind für Untersuchungen zur sowjetischen Sozialgeschichte nach wie vor von Bedeutung: *Stalinismus und Antikommunismus*, Frankfurt/M. 1967; *Parteigeschichtliche Wurzeln des sowjetischen Stalinismus*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, N. F., Jg. 1954, S. 304–314; *Die dritte sowjetische Agrarrevolution, und die neue Wanderung der Arbeitskräfte*, in: *Schmollers Jahrbuch*, Jg. 1954, S. 717–733.

130 Resolution des ZK der VKP (b) vom Januar 1933 (KPSS v rezolucijach i rešenijach s-ezdov, konferencij i plenumov CK, Bd. III, Moskau 1954, S. 183). Weiter unterstrich die Resolution, daß „längere Zeit dafür nötig ist, um die Qualifikation der Arbeiter und des ingenieur-technischen Personals zu erhöhen und die neuen, für die vollständige Ausnutzung der neuen Technik notwendigen Fertigkeiten zu erwerben.“ Die für die Aneignung dieser Kenntnisse zur Verfügung stehende Zeit war in den 30er Jahren jedoch nur sehr knapp bemessen.

131 M. Ja. Sonin, aaO., S. 127.

132 *Veduščaja rol' rabočego klassa*, aaO., S. 87–88; *Industrializacija SSSR 1933–1937* gg., aaO., S. 503.

133 Einzelheiten in *Veduščaja rol' rabočego klassa*, aaO., S. 198–204.

134 H. Siemsen, *Rußland ja und nein*, Berlin 1931, S. 166 f., zit. nach U. Zänker, aaO., S. 518.

135 A. I. Vdovin/V. Z. Drobizhev, aaO., S. 198.

136 S. L. Senjawski/W. B. Telpuchowski, aaO., S. 161–162. Eine ähnliche Kritik äußert A. V. Mitrofanova in: *Izmenenija v čislennosti i sostave sovetского rabočego klassa*, Moskau 1961, S. 210–211.

137 Die Daten sind von der Staatlichen Plankommission der UdSSR erarbeitet worden. *Industrializacija SSSR 1933–1937 gg.*, aaO., S. 475.

138 Ebenda, S. 476.

139 S. L. Senjawski/W. B. Telpuchowski, aaO., S. 277. Daten zur Beseitigung des Analphabetentums u. a. in: *Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922–1972 gg.*, aaO., S. 35.

140 V. Z. Drobižev, *Ro' rabočego klassa SSSR v formirovanii komandnych kadrov socialističeskoj promyšlennosti (1917–1936 gg.)*, in: *Istorija SSSR 1961*, Nr. 4, S. 55–75, hier S. 74.

141 S. L. Senjawski/W. B. Telpuchowski, aaO., S. 130.

142 Ebenda. – Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden die Verwaltungsapparate drastisch reduziert: 1942 betrug die Zahl der Verwaltungskräfte in den staatlichen und wirtschaftlichen Organisationen nur noch 51 Prozent des Bestandes von 1940 (ebenda, S. 135).

## ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

### **AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa**

Inhalt:

W. Goldschmidt: Ökonomische und politische Aspekte des gewerkschaftlichen Kampfes in Frankreich seit dem zweiten Weltkrieg

P. Oehike: Grundzüge der Entwicklung der britischen Gewerkschaftsbewegung

D. Albers: Von der Einheit zum Kampf um die Einheit. Grundzüge der italienischen Gewerkschaftsbewegung 1943 bis 1972

J. Rohbeck: Rationalisierung und Arbeitskampf bei FIAT

E. Piehl: Multinationale Konzerne und die Zersplitterung der internationalen Gewerkschaftsbewegung

Buchbesprechungen. Schwerpunkte: Geschichte der Arbeiterbewegung, antigewerkschaftliche Strategien von links und rechts, Mitbestimmung, Arbeiterliteratur.

**Argument-Verlag Postf. 210730 7500 Karlsruhe**

Wolfgang Abendroth

## **Weder Strategie noch – insgesamt – richtige Analyse, aber eine wichtige Quelle zum Problem des gegenwärtigen Entwicklungsstadiums des realen Sozialismus\***

Es ist schwierig (und bitter zugleich), ein Buch zu rezensieren, dessen Verfasser im Zusammenhang mit seiner Publikation in einem sozialistischen Staat inhaftiert ist. Die Verhaftung erfolgte nach zwei Fernseh-Interviews über Sinn und Inhalt seiner Schrift, deren Veröffentlichung damals unmittelbar bevorstand, die er dem ZDF und ARD gewährt hatte. Sie richteten sich offensichtlich gegen die Interessen der DDR (und gegen die – wie auch immer kritische – Solidarisierung der westdeutschen Arbeiterbewegung mit ihr). Die Verhaftung war (auch im richtig verstandenen Interesse der DDR) eine falsche und verhängnisvolle Antwort auf eine politische Provokation, deren Zweck es war, das Buch in der BRD relativ platt zu popularisieren, um ihm einen hohen Auflagenerfolg zu garantieren. So verfehlt es gewiß ist, in Bahro subjektiv einen „Agenten des bundesrepublikanischen Imperialismus“ zu sehen, wie es der Propaganda-Apparat der DDR zunächst getan hat, um seine Verhaftung zu begründen (seit wann publizieren Agenten Bücher, um sich selbst zu denunzieren?), so wenig läßt sich jedoch – leider – leugnen, daß der Autor es unter Hinweis auf Lenins berühmte Reise aus der Schweiz durch das Deutsche Reich nach Rußland 1917 für zulässig erklärt, die Technik und die Publikationsmittel der kapitalistischen Staaten zur Propagierung kritischer Opposition (einschließlich der Parteispaltung durch Gründung eines besonderen „Bundes der Kommunisten“) gegenüber dem „politischen Überbau“ der sozialistischen Staaten zu verwenden (411). Hoffentlich lassen sich die Behörden und Gerichte der DDR nicht (wie es die „Spiegel“-Redaktion sichtlich wünscht) dahin provozieren, ihm die dumme Fälschung anzulasten, die diese Zeitschrift in ihren beiden ersten Januar-Nummern als „Manifest“ „demokratischer Kommunisten“ der DDR präsentiert hat. Hat aber Bahro völlig vergessen, daß Lenin die Gegensätze zwischen imperialistischen Staaten für die Sache der Arbeiterklasse seines Landes (und damit der Internationale) ausgenutzt hat, während hier und heute derartige Manöver objektiv den kapitalistischen Staaten gegen die sozialistischen Staaten helfen? Innerhalb der kapitalistischen Mächte wird dadurch allen, die gegen die Entwicklung von Klassenbewußtsein der abhängig Arbeitenden und ihre – noch so kritische – Solidarisierung mit den sozialistischen Ländern wirken, Beistand geleistet.

Man kann Bahro nicht vorwerfen, er bestreite den gegenüber dem Kapitalismus prinzipiell anderen Charakter der Produktionsverhältnisse der sozialisti-

\* Rudolf Bahro, Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Europäische Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt 1977

schen Länder, auch wenn er sie als „Sozialismus im Larvenstadium“ (25) begreift. Diese Terminologie wird nicht konsequent durchgehalten. Er bleibt sich meist – leider nicht immer – klar darüber, daß hier von Klassegegensätzen im alten Sinne schon deshalb nicht mehr die Rede sein kann, weil die wichtigsten Produktionsmittel sich in gesellschaftlichem Eigentum befinden und der wirtschaftliche Prozeß (wie die soziale Entwicklung) – wenn auch häufig mangelhaft, weil durch Sonderinteressen von Schichten und Gruppen verzerrt und gestört – gesellschaftlich geplant verläuft. Er verweist zutreffend auf das Fortbestehen derartiger Schichten – das übrigens auch die gleichsam „offiziöse“ Sozialwissenschaft der sozialistischen Staaten als Problem seit langem erkannt hat – und auf Stagnationen der Entwicklung zur voll ausgebildeten kommunistischen Gesellschaft, die darauf zurückgehen (und sich in deren Existenz spiegeln). Sie tun es, weil z.B. die noch für lange Perioden notwendigen „bürokratischen Gruppen“, die einerseits in der staatlichen Verwaltung und derjenigen der Bezirksverwaltungen und Kommunen eine große (und – solange die Massen noch kein ausreichend entwickeltes Bewußtsein haben – übergroße) Bedeutung besitzen, aber andererseits auch in andere gesellschaftliche Bereiche eindringen (sowohl in die Produktion als in die Organisation des Konsums und der Verteilung, aber auch in Bildung und Kultur), von Tradition und Funktion aus stets dazu neigen, die jeweils bestehende Lage zu verklären und festzuhalten. Denn sie möchten allzu häufig in ihren (jeweiligen) Arbeitsmethoden und Arbeitsinhalten verbleiben. Das gleiche kann (mindestens in bezug auf das Verhältnis zu den Produktionsarbeitern) – wenn auch häufig in anderen Formen – von jenen Teilen der technischen und der ökonomisch ausgebildeten Intelligenz angenommen werden, die im „Management“ der wirtschaftlichen Prozesse arbeiten. Das wird z.B. an der Problematik der Zentralisierung bzw. Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse deutlich. Bahro neigt hier (wahrscheinlich bedingt durch seine berufliche Tätigkeit und seine Erfahrungen) eher dazu, negative Tendenzen innerhalb dieser sozialen Gruppierung in ihren „mittleren“ Schichten unterzubewerten und ihre positiven zu überschätzen, z.T., weil er die jugoslawische Situation weithin geradezu verklärt sieht (wie sie sich zu Beginn ihrer Sonderentwicklung einst selbst sah, nicht aber, wie sie sich heute – nach vielen bitteren Erfahrungen – selbst zu erkennen beginnt). Als diejenige Schicht, die – schon wegen ihres hohen Informationsstandes und wegen der sich in ihr aufgrund ihrer Funktion immer wieder reproduzierten Tendenz zu progressiver Kritik – die am wenigsten repressive Bedeutung habe, wertet Bahro die kulturell tätige Intelligenz. Sie werde jedoch immer wieder durch die nach seiner Meinung am meisten repressiv-konservative Schicht, die der Parteiführung, zurückgeworfen, zu Konzessionen gezwungen und schließlich entmannt. Denn diese Parteiführung sei in der UdSSR das Produkt des unmittelbaren Sprungs aus der asiatischen Produktionsweise in eine industrielle Produktionsstufe mit nichtkapitalistischem Charakter, in den anderen sozialistischen Staaten das der schlichten Übertragung dieses Modells auf andere Verhältnisse. Eben dadurch sei die Partei in der UdSSR und in der DDR so weit entartet, daß ein neuer „Bund der Kommuniten“ an ihre Stelle treten müsse, um den weiteren Weg zur kommunistischen Gesellschaft zu integrieren. Die „unteren Schichten“, sowohl die frühere industrielle Arbeiter-

klasse als auch die „unteren“ bloßen Exekutoren der Weisungen von oben in den gesellschaftlichen Bereichen außerhalb der eigentlichen Produktion, vor allem in der Distribution, seien – weil ihr Informationsstand am geringsten sei – bloße Objekte des gesellschaftlichen Prozesses. Dies gesamte Schichtenschema könne erst verschwinden, wenn (und soweit) sich der Kommunismus dahin entwickelt habe, daß die gesellschaftliche Arbeitsteilung (vor allem zwischen geistiger und körperlicher und zwischen leitender und ausführender Arbeit, sowohl durch Reduktion der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit als auch durch steten Wechsel der Arbeitsinhalte) im Verschwinden begriffen sei. Einer solchen Entwicklung stehe die Politik der Parteiführung entgegen. Dieser Prozeß setze eine „kulturelle Revolution“ voraus, die durch stetige und radikale Verbreiterung des Informationsstandes und des kritischen Bewußtseins in den Massen, die Erzeugung „überschüssigen Bewußtseins“ (das sich zur Zeit auf kleinste Gruppen beschränke, dem gegenwärtig in den Massen nur eine generelle Stimmung des Unbehagens und ein durch die Wirtschaftspolitik gefördertes Streben nach fehlgeleitetem überhöhtem Konsum entspreche), bewirkt werden müsse. Andererseits bedürfe es für diesen Umleitungsprozeß der Herrschaft einer Monopolpartei, nur eben nicht der KPdSU bzw. der SED, sondern eines neuen „Kommunistenbundes“.

In den Darstellungen Bahros sind gewiß einige Sonderanalysen richtig, und manches, was an Mängeln in der DDR (und auch in der UdSSR) noch besteht, ist gut untersucht und beschrieben. Dies gilt für viele Einzelatbestände in einem Umfang, der bei aller Selbstkritik in den sozialistischen Ländern und insbesondere in der DDR dort noch keineswegs von der Spitze anerkannt und öffentlich zur Diskussion gestellt ist, mindestens nicht in genügendem (und gegenwärtig den internationalen Machtverhältnissen nach tragbarem) Maße. Man sollte z.B. auch in den Spitzen der SED endlich begreifen, daß das Problem der Doppelzüngigkeit zwischen offizieller Äußerung in der Parteieinheit und der Meinungsäußerung im privaten Gespräch keineswegs nur für die Parteiintelligenz der SED, sondern auch für ihre Arbeitermitglieder eine erschreckend große Bedeutung hat – um nur ein Beispiel für viele zu nennen, von den Schranken der Information (und entsprechend langweiligem Stil) der Presse (leider häufig auch von Rundfunk und Fernsehen) und vor allem auch der offenen Diskussion ganz zu schweigen. Es ist auch richtig, daß sich die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung weitgehend ähnlich wie in den kapitalistischen Nachbarstaaten (also häufig ganz wider die Vernunft) – man denke nur an die individualisierte Motorisierung – entwickeln und daß die Planung sehr oft nicht nur durch Fehler verzerrt wird (das ist unvermeidlich und passiert in kapitalistischen Konzernen nicht anders), sondern vor derartigen Konsumwünschen kapituliert. Die Folge ist, daß Planung allzu oft nicht auf qualitative (also auch den einsehbaren Sinngehalt der Tätigkeit des „untersten“ ausführenden Arbeiters steigernde), sondern auf bloße quantitative Produktivitätssteigerung (wie in der monopolkapitalistischen Wirtschaft) ausgerichtet wird. Ein Buch wird nicht dadurch verfehlt, daß es viele derartige auf lange Sicht unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung zu einer voll kommunistischen Gesellschaft und der Mentalität der demokratisch agierenden Bevölke-



rung, die sie allein tragen kann, strategisch gefährliche Prozesse darstellt, selbst wenn es sie gelegentlich überzeichnet.

Es ist auch grundsätzlich richtig, wenn Bahro daran erinnert, daß die Verge-  
sellschaftung der entscheidenden Produktionsmittel zwar der erste Schritt (und  
unabdingbare Voraussetzung zur) kommunistischen Gesellschaft der Zukunft  
ist, aber noch lange nicht die kommunistische Gesellschaft selbst. Zutreffend  
verweist Bahro darauf (übrigens irrt er, wenn er meint, das werde von der offi-  
ziellen Doktrin der sozialistischen Staaten bestritten oder auch nur unterbewer-  
tet), daß Marx und Engels um diesen Zusammenhang stets gewußt haben (wenn  
man von den allerersten Stufen ihres Denkens absieht). Sie haben seit der Einlei-  
tung zur „Kritik der politischen Ökonomie“ und den „Grundrissen zur Kritik  
der politischen Ökonomie“ bis hin zur Kritik am Gothaer Programm immer wie-  
der gesagt, es werde in der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft eini-  
ge qualitativ unterscheidbare Stufen (deren erste wir seit langem sozialistische  
Gesellschaft und sozialistischen Staat zu nennen pflegen), die keineswegs ohne  
innere Widersprüche auseinander hervorgehen und aufeinander folgen, geben.  
Sie haben auch – man denke wieder an die „Einleitung“ zur „Kritik der politi-  
schen Ökonomie“, aber auch an die „Grundrisse“ und den dritten Band des  
„Kapital“ – sehr genau gewußt, daß die Entwicklung des Bewußtseins mit jeder  
dieser Stufen größere Bedeutung (auch als Transformator) erlangt und daß zwi-  
schen der Entwicklung der Produktionsweise und den ökonomischen Grundlaga-  
gen und derjenigen des Bewußtseins und der Ideologie zwar stets das Verhältnis  
von Grundlagen und Überbau, aber ein durch vielfache Widersprüche (und ge-  
schichtliche „Verspätungen“) vermittelter und gebrochener Zusammenhang be-  
steht. Es ist also richtig und verdienstvoll, darauf zu verweisen, zumal (gewisser-  
maßen „natürlich“, weil durch Beharrungstendenzen jeder – auch der sozialisti-  
schen – Bürokratie verstärkt) ständig die Illusion entsteht, das jeweils gerade er-  
reichte Entwicklungsstadium sei bereits das höchste. Es ist endlich richtig, wenn  
Bahro (auch hier, ohne daß er dadurch zur offiziellen Ideologie der sozialisti-  
schen Länder in dem unüberbrückbaren Widerspruch stünde, den er vermutet)  
daran erinnert, daß alle diese Umformungsbedingungen sich dadurch erheblich  
verzögert haben, daß zunächst der Sieg der sozialistischen Revolution nicht in ei-  
nem der damals höchstentwickelten industriekapitalistischen Staaten, sondern  
nach dem ersten Weltkrieg im industriell unterentwickelten Zarenreich und  
nach dem zweiten Weltkrieg in den im militärischen Herrschaftsbereich der So-  
wjet-Union liegenden europäischen Staaten erfolgt ist. Deshalb bedarf es gewiß  
einer Neu- und Weiterentwicklung der Strategie und Theorie dieser Transforma-  
tion. Bahro will in seiner „Alternative“ wenigstens die Grundlage dazu liefern.

Eben das vermag er nicht, sondern er verliert sich in gelegentlich zutreffender,  
aber häufig verzerrter und übersteigerter Kritik der sozialistischen Länder, wie  
sie sich in dem strategischen Fehler spiegelt, der zu Beginn dieser Kritik an sei-  
nem Buch erwähnt worden ist. Warum dieses Unvermögen?

Bahro hat die Fragestellung ausgeklammert (oder doch extrem vernachlässigt),  
in welchem weltgeschichtlichen Zusammenhang dieser reale Sozialismus (und  
also auch seine Entwicklung) steht. Marx und Engels hatten bekanntlich ange-

nommen und gehofft, die proletarische Revolution werde zunächst in den höchst entwickelten industriekapitalistischen Ländern (und das wahrscheinlich international parallel) siegen. Sie siegte jedoch zunächst in einem industriell nur unentwickelten Land mit bedeutenden Resten einerseits feudaler, andererseits auch asiatischer Produktionsverhältnisse. Sie mußte dort den Industrialisierungsprozeß nach einem Bürgerkrieg langwieriger und brutaler (auch hinsichtlich der Zerstörung von Produktionsmitteln gefährlicher) Art gleichsam isoliert nachholen und hat dabei unvermeidlich politische Nebenformen erzeugt, die ihre Konsequenzen auch in manchen einst nicht erwarteten Verhärtungen und inhumanen Verzerrungen hatte. Nur – die Produktionsverhältnisse blieben trotz allem sozialistisch und trotz aller Deformationen (am extremsten unter Stalin) produzierten sie ein Bildungspotential für die Massen, das die Grundlagen für einen steten (wenn auch keineswegs widerspruchsfreien) Demokratisierungsprozeß geschaffen hat und ständig erweitert. Nach dem zweiten Weltkrieg wollte die UdSSR zunächst keineswegs einfach ihr „Modell“ den europäischen höher industrialisierten Staaten aufzwingen, sondern ihnen bei gemeinsamer Kontrolle durch alle Siegerstaaten in Deutschland und Volksfrontpolitik in den westlichen Ländern Europas den Weg zur Entwicklung eigener und daher anderer Übergangsformen zum Sozialismus offenhalten. Diese Politik ist zwar an der Gegenwehr der anderen Seite und der (vorübergehenden) Weltdominanz der monopolkapitalistischen, industriell nicht (wie die UdSSR) durch den Krieg geschädigten, sondern geförderten USA schon bald in der Periode des „kalten Krieges“ gescheitert. So entstand das System der europäischen, von der UdSSR kontrollierten sozialistischen Staaten auf der einen, der Sonderentwicklung (des gesellschaftlich ebenfalls sozialistischen, wenn auch gegenwärtig ähnlich wie einst die UdSSR in der Periode Stalins politisch und im weltpolitischen Verhalten deformierten) China auf der anderen Seite, aber ebenso die revolutionäre Entwicklung wie die Rückschläge in den früher unmittelbar kolonial durch die kapitalistischen Industriestaaten beherrschten Gebieten, in dem wir gegenwärtig existieren. Nur – das starke Gewicht der monopolkapitalistischen Staaten blieb erhalten. In diesem weltpolitischen Gleichgewicht müssen wir leben.

Wir – das heißt aber auch die sozialistischen Staaten einschließlich der DDR und der UdSSR. Beide unterliegen, ob sie wollen oder nicht, den gegenseitigen Einwirkungen dieses Weltsystems und Weltgleichgewichts, innerhalb dessen sich die Auseinandersetzung zwischen der in den „westlichen“ Staaten (inklusive des „östlichen“ Japan) noch herrschenden monopolkapitalistischen Produktionsweise (mit allen ihren Differenzen in ihren politischen Formen je nach Geschichte und Funktion in den einzelnen Ländern) und sozialistischer Produktionsweise (ebenfalls mit allen ihren politischen Ausdrucksformen, die aus historischen Gründen national modifiziert sind) vollzieht. Von hier aus setzen sich notwendig auch in der Fortbewegung von den gegenwärtigen Stufen sozialistischer Produktionsweise zu höheren Stufen der kommunistischen Gesellschaft Grenzen, die in jede wissenschaftliche wie politische Reflexion einbezogen werden müssen. Daraus erklären sich aber auch vielfältige Verhärtungen und Verzerrungen in den sozialistischen Ländern selbst, besonders in der DDR, die nun einmal Grenzland gegenüber einem gleichsprachigen monopolkapitalistischen

Staat (nämlich der BRD) ist, der stärker und ökonomisch weit überlegen ist und durch das Fernsehen ständig erheblich auf das Bevölkerungsbewußtsein in der DDR einwirkt.

Diesen Zusammenhang hätte Bahro, dem es um eine Strategie der Umformung der DDR in eine voll entwickelte kommunistische Gesellschaft geht, an die Spitze seiner Erwägungen stellen und in jede Teiluntersuchung einbeziehen müssen. Weil er darauf generell verzichtet hat, muß er immer wieder zu falschen (und häufig zu gefährlichen) Ergebnissen gelangen. Dadurch verzerren sich vielfach auch seine „an sich“ zutreffenden Darstellungen von Einzelfragen. Deren historische Grundlagen werden häufig schlicht falsch charakterisiert. Eben deshalb ist er uns das Konzept, das er liefern wollte, schuldig geblieben und in die Verirrung hineingestolpert, von der diese Besprechung seines Buches ausgehen mußte.

So taucht ein zentrales Problem, das die Entwicklung zu höheren Formen der sozialistischen Gesellschaft (und dann zum Kommunismus) extrem belastet, bei ihm nur gelegentlich „am Rande“ auf, ohne in seiner Schranken setzenden Wirkung begriffen zu werden: die Frage nach der Rüstungsbelastung (und der Begrenzung freiheitlich-kritischer Denkfähigkeit in der Gesellschaft, die jede Armee notwendig durch ihre bloße Existenz setzt). Aber alle sozialistischen Staaten sind – wenn sie überstehen wollen – gezwungen, einen höheren Prozentsatz ihres Sozialprodukts für Rüstungsaufgaben aufzuwenden, als es die monopolkapitalistischen Staaten tun, weil deren Sozialprodukt bekanntlich (und das noch für eine lange Periode) wesentlich höher ist als das der sozialistischen Staaten. Würden sie auf diese „Fehlleitung“ von produzierten Werten verzichten, so wäre – weil monopolkapitalistische auch tendenziell imperialistische Staaten sind – ihre Existenz bald beendet. Andererseits belastet sie sowohl ihr Konsum-Niveau als auch ihre Produktivitätsentwicklung durch größere Investitionen sehr erheblich, während umgekehrt bekanntlich in den monopolkapitalistischen Staaten Rüstungsinvestitionen sogar ein wichtiges Mittel ökonomischer Entfaltung sind. Aber dürfen UdSSR und DDR helfen, die militärischen Bedingungen dafür entstehen zu lassen, daß die Phantasien gewisser Parteien (und leider auch Richter) von der „Fortexistenz des Deutschen Reiches“ wieder in Realität verwandelt werden? Von hier aus ist zu begreifen, daß der politische Einsatz der sozialistischen Länder für Abrüstungsabkommen ehrlich ist, weil er ihren Interessen (auch denen der Führung) entspricht. Doch davon ist bei Bahro keine Rede. Schon von hier aus sind zahlreiche Verhärtungen in den existierenden sozialistischen Staaten allzu leicht zu verstehen, wenn sie auch dadurch nur teilweise, durchaus nicht alle noch heute gerechtfertigt sind, auch wenn sie in ihrem geschichtlichen Entwicklungszusammenhang begriffen werden können. Auch am Problem der Fehlleitung (und Fehlplanung) des Konsums (und der Konsummittel-Produktion) wird deutlich, daß hier ständig der Druck aus den monopolkapitalistischen Ländern auf das Bewußtsein der Bevölkerung in den sozialistischen Staaten (und vor allem auf die DDR – man sollte die Wirkung der Reklamesendungen der drei westdeutschen Fernsehprogramme nicht unterschätzen) immer wieder zur „Anpassung“ zwingt, auch wenn sie „an sich“ irrational ist. Nicht anders steht es in vielen Fragen der Demokratisierung, die – wenn sie in vollem

Maße funktionieren soll – einen hohen Grad der Informations- und Meinungsfreiheit voraussetzt. Daß sie weithin unterentwickelt ist, auch innerhalb der SED, ist kaum zu bestreiten. Daß es in hohem Maße zu einer Selbstabschließung der „Spitzen“ und ihres engeren Apparats gegenüber der Mitgliedschaft (und den Massen) gekommen ist, wer wüßte es nicht? Aber konnte sich – wenn wir die Überlegungen einmal auf die DDR allein beschränken – in der Periode der ungeheuren materiell-ökonomischen Überlegenheit der BRD und des Sieges der Restauration im westdeutschen Staat, der in vielen Fragen durch den Faschismus erzeugte Mentalitäten umgeformt wiederbeleben konnte, die Entwicklung (von vielen groben Fehlern, die auch gemacht worden sind, einmal abgesehen) in einem in Richtung des Sozialismus zu entwickelnden Land, dessen Bevölkerung zum großen Teil noch eine ähnliche Mentalität hatte, grundsätzlich anders vollziehen? Und ist dabei wirklich Parteisplaltung (abermals mit quasi Monopol-Charakter) ein geeignetes Mittel? Ist die idealistische Überhöhung der tschechoslowakischen Entwicklung von 1968 in dieser Form zutreffend und dann fast ein Modell, das übertragbar ist? Eines sind diese Überlegungen (z. B. über einen künftigen „Bund der Kommunisten“ mit unbedingtem Führungsanspruch) ganz gewiß nicht: ein potentiell Modell für die Klassenkämpfe in den monopolkapitalistischen Industriestaaten mit politischer Vielparteienstruktur, in denen sich auch die demokratische Entwicklung zum Sozialismus (und also auch die Demokratisierung in den ersten Stufen des Sozialismus) unter politisch völlig anderen Formen vollziehen muß.

Insgesamt hat das Buch Bahros viel Material über die Überlegungen geliefert, die sich in den untereinander in vielen Fragen durch zu geringe Diskussionseinbeziehung seitens der SED isolierten jüngeren Angehörigen der Intelligentschichten entwickeln können. Es hat auch Materialien zu einigen Fehlentwicklungen in der DDR gebracht, gewiß z. T. in übersteigerter Weise. Mehr als eine Quelle in diesen beiden Richtungen bietet das Buch nicht. Es bietet – trotz mancher brauchbarer Ansätze und des verdienstlichen Hinweises darauf, daß man an einer Theorie der Umformung der sozialistischen Gesellschaften von heute in eine entwickeltere kommunistische Gesellschaft arbeiten müßte – keine Theorie (und Strategie) dieses Prozesses. Diese Transformation in eine höhere Stufe der kommunistischen Gesellschaft ist allerdings auch erst dann möglich, wenn in allen hochindustriell entwickelten Ländern der Sozialismus gesiegt hat und also die beiden wichtigsten Störungsfaktoren für die kulturelle Entfaltung entfallen, die vom Monopolkapitalismus ausgehen: die Notwendigkeit politischer und militärischer Gewalt und die Entfremdung der Konsumbedürfnisse der Massen. Das alles heißt nicht, daß Bahro subjektiv ein Konterrevolutionär und ein Gegner des Kommunismus wäre. Es wäre falsch, ihn durch brutale Formen der Auseinandersetzung dahin zu treiben, daß er es am Ende wird. Die Fehler, die er gemacht hat, sind vielmehr umgekehrt dadurch entstanden, daß er nicht zu ständiger Diskussion über seine Problemstellungen herangezogen wurde. Es bleibt zu hoffen, daß die DDR aus ihrer ersten falschen Reaktion auf seine falsche Reaktion und seine Irrtümer, nämlich aus der Verhaftung Bahros, lernt und ihn freiläßt. Hoffentlich lernt sie nicht nur in seinem Falle.

Rainer Kawa

## Strategien der Verunsicherung

### Die demokratische Linke im Fadenkreuz der „Suche nach den geistigen Ursachen des Terrorismus“

„Wo sind denn hier Überreaktionen?“  
F.K. Fromme (FAZ v. 21. 9. 77)

#### Innere Anhörung

In 'nem hal'm Jahr is' alles vorbei: wird sich die jetzt gängige Diffamierung kritischen Denkens und Redens gelegt haben. Dies ist zumindest der Begründung für die Absetzung der „Katharina Blum“ am Stadttheater Würzburg zu entnehmen:

Intendant J.v.G. erklärte, das Stück solle *in einer „ruhigeren Atmosphäre“* nachgeholt werden, voraussichtlich im Mai nächsten Jahres. (FAZ vom 26. 10. 77)

Während dieses einen halben Jahres wird man sich allerdings hüten müssen, das Richtige laut zu sagen, da es falsch verstanden oder böswillig umgedreht werden könnte, mithin die Schlechten Zeiten unnötig verlängert werden würden:

v.G. betonte, eine Aufführung des Stückes würde Vorurteile gegenüber Böll noch verstärken, da das Stück fehlinterpretiert und mißbraucht werden könne. (Ebd.)

Wichtig scheint dabei zu sein, daß man es nicht erst darauf ankommen läßt, zum Schweigen gezwungen zu werden, sondern die Freiheit ergreift – zu schweigen:

Die Entscheidung sei *ohne jeglichen Druck von außen* zustande gekommen. (Ebd.)

Hier zeigt sich, wie die Offensive gegen die Linke auf dem Hintergrund der neueren terroristischen Anschläge funktioniert: durch ungenaue, aber desto weiter ausgreifende Identifizierungen und Verdächtigungen wird ein Klima erzeugt, in dem selbst jeder Liberale – oder auch gerade dieser – sich die eigenständige Überprüfung etwa „mißverständlicher“ Positionen nahegelegt sieht: innere Anhörung. Der zutage liegende Zusammenhang zwischen den Terrorakten und der Verschärfung der Jagd gegen die Linke mag manchen zu der Hoffnung verleiten, von einer Zerschlagung des Terrorismus werde notwendig eine „geistige Entspannung“ ausgehen: bis dahin könne man sich eine zeitweise Dispensierung von der so inopportun gewordenen kritischen Praxis gestatten, müsse sie sich vielleicht sogar auferlegen. - Das zynische Echo aus den Spalten der FAZ – unter der Überschrift „Zensur und Selbstzensur“ – :

(...) zu den unveräußerlichen Rechten in einer freien Gesellschaft gehört auch das *Recht auf Ermüdung, Unlust, Drückebergerei und Selbstzensur*. Mit mehr Sinn für die Realität, mit mehr gelassener Einsicht und weniger Wehleidigkeit, die sich von unerfüllbaren Utopien nährt, läßt sich besser kämpfen: auch gegen Zensur und Selbstzensur. (Georg Hensel in FAZ vom 7. 11. 77)

(Im übrigen untertreibt Hensel bei der Bewertung seiner Rezeptur unnötig: es ließe sich nicht nur „besser kämpfen“, folgte man seiner Anweisung und verinnerlichte alle äußeren Widerstände; der Kampf wäre vielmehr mit Sicherheit erfolgreich: nur: der Kampf wofür?)

Gegenüber den Irritationen, die von der Begriffsakrobatik der Meinungsagenturen – insbesondere von dem Sog ihrer bedenkenlos auf „Terrorismus“ gereimten Identifikationsreihen – ausgehen, darf die unmittelbare Gewalt nicht übersehen werden, die in den wie weit immer hergeholtten Anschuldigungen gegen einzelne Personen steckt; aus der gegenwärtigen Hysterie saugen sie sich prall mit jener Gefährlichkeit voll, die Lebenspläne und vielleicht noch Leben selbst zerstört: der Autoren, denen weitere Publikationsmöglichkeiten entzogen werden, der Lehrer, denen wegen eines kritischen Blicks auf Leben und Funktion Schleyers oder wegen der Behandlung eines Gedichts von Erich Fried der Kampf um die berufliche Existenz aufgezwungen wird.

Und vor allem kann man die neuesten Exzesse nicht von dem repressiven Zusammenhang lösen, der schon jahrelang durch Berufsverbote und propagandistische Einschüchterungskampagnen immer dichter geknüpft wird: man wäre sonst in Gefahr, gegenüber der außerordentlichen Infamie, wie sie dieser Tage von Strauß & Dregger im Verein mit den Meinungsagenturen gehandhabt wird, die gewöhnliche Infamie der Einschüchterung durch Berufsverbote und Theoriedenunziation wenn nicht als Liberalität, so vielleicht doch als hinzunehmende Normalität abzutun; und man würde sonst leicht übersehen, daß die gegenwärtige Kampagne ihre besondere Gefährlichkeit daraus zieht, daß sie eben nicht bei Null ansetzt, sondern auf hoher Stufenleiter operiert: es geht mehr und mehr darum, ob die Daumenschrauben in der Tat über einen entscheidenden Punkt hinaus angezogen werden können. Dieser Punkt bezeichnet nicht den Übergang zum Faschismus, aber doch zu einer qualitativ neuen Einschränkung des Aktionsraumes der Linken.

### **Stammtischtragödie?**

Die rechten Meinungsagenturen befinden sich zweifelsfrei, was ihren Aktionsspielraum gegen links betrifft, in Hochstimmung. Dieter Lattmann verkennet dies, wenn er sein Unbehagen über die Hexenjagd in den Ausdruck der Befürchtung kleidet,

daß die politisch Verantwortlichen im Kampf gegen den Terror dem 'Druck des Stammtischs' folgen könnten. (Westfälische Rundschau vom 6. 10. 77)

Die strategische Differenziertheit des Vorgangs ist beileibe keine Leistung des Stammtischs, auch wenn sich die Strategen als Zuschauer eines ihrem Zugriff

enthobenen Prozesses gerieren. Letzteres mag vor allem wundern, wenn es in den Spalten der FAZ begegnet, wo g.r. die Stationen der klassischen Tragödie an sich vorbeiziehen sieht.

*Furcht und Mitleid* dringen in uns ein und zwingen noch die fernsten zuschauenden Mitglieder des Gemeinwesens, als gehörten sie zum Chor der Tragödie, in die Krisis ihrer Empfindungen und Wertsetzungen. Kein Gemeinwesen geht aus solchen Entscheidungsprozessen unverwandelt hervor. Die *Peripetie* ist im Gang, *Katharsis*, Reinigung wird erwartet. (FAZ vom 21. 10. 77)

Daß g.r. mit denen Mitleid hätte, denen heute Furcht eingejagt werden soll, fällt im übrigen schwer zu glauben, und unter *Katharsis* schwebt ihm wohl eher das große Reinemachen vor.

### Der Zahnersatz als Sympathieeindruck

Die mit Stumpfsinn gepaarte Perfidie, die die neuesten Ausfälle kennzeichnet, findet sich schon in der Kampagne gegen den Stuttgarter Schauspielregisseur Peymann vorgezeichnet, wie sie sich in den Stuttgarter Nachrichten spiegelt. Peymann erweist sich als „nicht länger tragbar“ (StN vom 10. 9. 77), weil er für die Zahnbehandlung inhaftierter Terroristen gespendet, mehr noch, einen Spendenaufruf ausgehängt und – dies alles übergipfelnd – diesen „mit einem handschriftlichen Zusatz versehen hat, nach dem Spendengelder bei seiner Sekretärin abgegeben werden könnten“ (StN vom 13. 9. 77). CDU-MdL Späth (seinwollender Nachfolger Filbingers), der die Untragbarkeitserklärung statuiert hat, gestattet dem Leser immerhin, aus dem „nicht länger“ den Schluß zu ziehen, daß er den Genannten eigentlich schon immer für nicht „tragbar“ gehalten habe, die neuen Ereignisse aber dazu zu benutzen gesinnt ist, die ebenfalls schon länger zurückliegende Zahnspende in der rechten Weise auszuschlachten. Des Pudels Kern ist mit einiger Mühe durchaus zu finden:

Mit seinen Aufführungen, vor allem mit seinen Interpretationen, selbst von klassischen Theaterstücken, hat er (Peymann) das Publikum *wiederholt zu historisch-politischen Auseinandersetzungen gezwungen*. (Ebd.)

Ob der Vorstand der Gewerkschaft der Polizei sich nun genau hierauf oder auf die Zahnspende bezieht, bleibt unklar; er will auch „keine Erklärungen mehr hören“ – also wohl auch keine mehr geben –, sondern Taten sehen, gibt sogar selbst das Vorbild: er ruft die Stuttgarter Polizeibediensteten zu einem kulturellen Hungerstreik auf, nämlich „das Schauspielhaus nicht mehr zu besuchen, solange der Schauspielregisseur Peymann heißt“. (Ebd.) Ein solcher Besuch wäre sowieso kein Vergnügen mehr, wenn eintritt, was ein Leserbrief vorausieht:

In Zukunft wird man in Stuttgart die Pferde nicht mehr vor den Apotheken, sondern vor dem Staatstheater kotzen sehen. (Ebd.)

Die erklärungs-müden GdP-Funktionäre mögen sich vielleicht Genüge daran getan haben, für „Erklärungen“ sei die Presse zuständig. Diese erklärt denn auch in hinreichender Undeutlichkeit, daß Peymann „den *Eindruck* von Sympathie erweckt“ habe, was offenbar zum Verdikt genügt, denn das Publikum wird durchaus bestärkt, wenn es „bei seinem *Eindruck* bleibt, Claus Peymann sei ein Sym-

pathisant“. Auf dieses Publikum setzt der Kommentator auch, wenn er vom kurzen Prozeß der Entlassung abrät zugunsten des gründlicheren, Peymann beim Versuch scheitern zu lassen, „das Vertrauen des Publikums zurückzugewinnen“ (Ebd.). Welche Schrecken Peymann dabei zu gewärtigen hat, bleibt dunkel. Wird vorerwähnter Leser recht behalten, der sich die Frage nach dem „Was können wir tun?“ so beantwortet:

Da ist doch gewiß noch ein Platz frei im Flugzeug. An den 100 000 DM soll es nicht scheitern, Stuttgarter Bürger haben noch immer gespendet und gesammelt für einen wirklich guten Zweck. (Ebd.)

### **Böll als „Zumutung“**

Daß Heinrich Böll erneut zum Anstoß rechter Aufräumaktionen werden würde, war abzusehen; verwunderlich ist allenfalls das Maß an Unverfrorenheit, mit dem diese vorgetragen werden. Wenn der niedersächsische CDU-Vorsitzende Hasselmann Böll einen Mann nennt, „der Terroristen jahrelang moralisch unterstützt und sich bis heute nicht eindeutig von ihnen distanziert habe“ (zit. nach FR vom 14. 9. 77), dann ist in dieser Sentenz der argumentative Kern so weit geschrumpft, daß es keinen Ansatzpunkt für Gegenrede mehr gibt: sie könnte nur in dem Verweis auf die auch für Hasselmann zu Tage liegenden Tatsachen bestehen; daß er aber diese nicht zur Kenntnis nehmen will, drückt das Verdikt schon aus.

Nicht nur Böll als Person, sondern auch schon eine Zusammenkunft mit ihm – in diesem Fall war's Willy Brandt – ist von nun an „eine *Zumutung* für die deutsche Bevölkerung“ (zit. nach FR vom 14. 9. 77). Das Lektüerverbot ist präfiguriert; denn wie sollte noch eine Begegnung mit den Schriften zumutbar sein, in denen sich der Geist des Autors wirkungsvoll kristallisiert, wo schon die Privatperson um des Volksganzen willen zum Tabu geworden ist?

### **Keine Widerrede!**

Der Versuch, die Begriffsumdeutungen und fehlerhaften Identifikationen zu analysieren, stößt nicht selten ins Leere, da bereits vielfach das wie immer schon verdrehte Argument noch weiter zum reinen Akt der voluntaristischen Benennung regrediert ist: ein Sympathisant ist ein Sympathisant ist ein Sympathisant. (Der Lump, der lumpige!) Repräsentativ begegnet dies in der „Dokumentation“ der CDU (FR vom 15. und 18. 10. 77). Indem die Dokumentaristen eine ausgreifende Reihe von SPD-Politikern, Schriftstellern und Journalisten unter Überschriften wie „Entschuldigung und Sympathie“ oder „Bekanntnis zur Gewalt“ mit vielfältigen und nach Tiefe der Einsicht wie Sinngehalt recht unterschiedlichen Zitaten in die Dokumentation aufnehmen, *benennen* sie sie eben mit diesen Namen: Heinrich Böll als Sympathisant, Erich Fried als Bekenner zur Gewalt. Wer da Einrede halten will, sieht sich auf verlorenem Posten; denn es hat natürlich niemand behauptet, Heinrich Böll sei ein Sympathisant oder Erich Fried bekenne sich zur Gewalt: es ist nur dokumentiert worden.



## High Noon

Das Kriterium für die Benennung mit dem Sympathisanten-Namen ist schon längst nicht mehr eine angebbare Beziehung zum Geschäft oder Programm der Terroristen, sondern lediglich die politische Mißliebigkeit. Daher denn auch das bunte Durcheinander der verschiedenen Sympathisanten-Listen. Aufschlußreich wird der Vorgang, wo als Sympathisanten Erkannte andere Sympathisanten denunzieren. Wenn der SPIEGEL etwa die Kritische Theorie zum Sündenbock stempelt, nützt ihm das auch nichts mehr, da er schon als derjenige ausgemacht ist, „der eine Generation von jungen Deutschen mit politischem Zynismus vollgetränkt hat“ (NZZ vom 17. /18. 9. 77). Der Sozialdemokrat Rohde, dessen Partei bekanntlich noch längst nicht dem Verdacht des Sympathisantentums entho-ben ist, kann sich trotzdem nicht enthalten, dem Spielchen seinerseits etwas abzugewinnen:

Die Hochschulen und die Hochschulangehörigen dürfen und können sich in der gegenwärtigen Diskussion über die politische und gesellschaftliche Wirkung *man-cher pseudowissenschaftlicher Theorien* und das konkrete Verhalten *bestimmter Grup-pen*, die die Hochschulen zu ihrem Aktionsfeld gewählt haben, nicht passiv und in-differently verhalten. (VORWÄRTS vom 13. 10. 77)

Warum so vornehm-nebulös? Doch nicht etwa, um zu billigen Preisen an der Klarheit, für die die CDU schon gesorgt hat, anzuknüpfen? Da wundert's denn schon gar nicht, wenn der ebenfalls der SPD angehörende Thomas Nipperdey (BuF) in der WELT unter dem Titel „Mitschuld der Universitäten“ darüber orakelt, die „reformerische Politisierung der Institution Hochschule“ sei ein Meilenstein zum Terror, die „Neue Linke“ sei munter dabei, „Sympathisanten zu erzie-hen“, und zwar dadurch, daß sie den Blick auf die „Strukturdefekte unserer Ge-sellschaft“ lenke. (WELT vom 19. 10. 77)

Daß die „Rahmenrichtlinien“ in Hessen und Nordrhein-Westfalen für den Terrorismus zuständig seien, entspricht wieder eher exklusiv dem Blickwinkel der CDU/CSU. Schon 1975 hat Karl Carstens sie als geistigen Nährboden für den Terrorismus ausgemacht. Warum dies? Weil in ihnen behauptet werde, „daß unsere Gesellschaft eine durch Konflikt und Klassenkampf bestimmte Ge-sellschaft sei und daß Konflikt in der Schule, in der Familie, im Betrieb die Form der Auseinandersetzung sein müsse.“ (Zit. nach VORWÄRTS vom 28. 4. 77). Das gilt auch noch 1977, mit dem einzigen Unterschied, daß die Rah-menrichtlinien jetzt vom „Geistigen Nährboden“ (Carstens) zum „ungeistigen Hintergrund“ (Strauß) degradiert worden sind.

Wer in Schulplänen, Rahmenrichtlinien, Ausbildungsleitlinien den Konflikt im El-ternhaus als natürlich vorschreibt, wer Ausbilder und Lehrlinge als Unterdrücker und Unterdrückte kennzeichnet, wer Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Ausbeuter und Lohnsklaven *verleumdet*, wer Geschichte und Gesellschaft als blutige Bühne von Gewalt und Gegengewalt *verzerrt*, der ist ein Feind des inneren Friedens. (F.J. Strauß; zit. nach Welt vom 26. 9. 77)

„Es ist schon zwölf vorbei“, stellt H.A. Griesser hierzu im Rheinischen Merkur fest. Wer aber den Artikel über die „Wurzeln des Terrors“ gelesen hat, der weiß, daß es so nicht gemeint ist und der Vf. eher der Meinung zuneigt, es gehe auf High Noon zu, wenn er fragt:

Wird man wenigstens jetzt, reichlich spät, Erkenntnis, Willen und Entschiedenheit genug aufbringen, Schulbücher aus den Klassenzimmern zu werfen, die den Schüler nicht informieren, sondern emotionalisieren, die ihn nicht bilden, sondern verblöden und wirklichkeitsfremd machen (...)? (Rheinischer Merkur vom 28. 10. 77)

Emotionalisierung, Verblödung, Wirklichkeitsferne als „Wurzeln des Terrors“: das meint die Orientierung „auf 'neue' Verhaltensweisen zur 'Bewältigung von Konflikten'“, auf die „Skepsis“ gegenüber „Ordnung, Staat, Tradition und freier Wirtschaft“, auf die Bewertung des Privateigentums an Produktionsmitteln als Sache einer Minderheit, die aber für die Gesellschaft „oft nicht ohne schwerwiegende Nachteile ist“. Information, Bildung, Kritik, das läuft einerseits aufs Gegenteil hinaus, andererseits insbesondere auf die Herstellung eines „positiven Zusammenhangs zwischen Eigentum und Gesellschaft“. Das monopolistische Eigentum als Garant gegen den Terrorismus? Die Fähigkeit zur Konfliktbewältigung dagegen als Einübung des Terrorismus? Es bleibt Aufgabe, jeden einzelnen – und nicht nur den exemplarischen – Fall von Gedankenverzerrung dieser Art ans Licht zu ziehen, jeden Verleumder – ob er nun Menschen verleumdet oder Gedanken – namhaft zu machen, keine Lüge unwidersprochen zu lassen: auch wenn die erforderlichen Gedanken und Argumente noch so oft gedacht und gesagt worden sind. Denn die Angegriffenen brauchen Schutz, die Noch-nicht-Angegriffenen sollen wissen, daß sie nicht allein sind, wenn sie ihre Gedanken nicht zensieren, die Zweifelnden müssen erfahren, daß die Verbreitung des wohlbedachten Unsinn in den öffentlichen Blättern nicht für den Unwert der vorbehaltlosen Anstrengung des richtigen Denkens spricht.

### **Terrorismus & Erbsünde**

Einen Höhepunkt erklimmt die Suche nach „Ursachen und Anfängen“ des Terrorismus in den entsprechenden Erwägungen der katholischen Bischöfe. Hier schält sich als „Ursache“ in erster Linie die Ansicht heraus, „alles auf dieser Welt sei machbar und erreichbar“, denn sie führe notwendig zur „Unzufriedenheit über vorhandene Mängel, Ungerechtigkeiten und ungelöste Probleme“. Sprengkraft gewinnt diese säkulare Unzufriedenheit, wenn die Mängel nicht mehr dem Bösen, sondern „der bestehenden Ordnung angelastet“ werden (zit. nach FAZ vom 23. 9. 77)

Beim Versuch, die Tragweite dieses Rasonnements zu verdeutlichen, sieht man sich immer schon von der Klarheit des Texts überrundet. Die Erkenntnis, daß hier die Welt seit dem Sündenfall – oder zumindest soweit sie ihre Logik außerhalb des katholischen Dogmas findet – dem Terrorismus zugeschlagen wird, ist nicht Resultat kritischer Interpretation, sondern unverstellt lesbares Angebot des Textes selbst: Versuchsweise Zurücknahme von Jahrhunderten bürgerlicher Geschichte. Vielleicht beruht die Schwierigkeit, sich diesen Aussagen kritisch zu nähern, auch einfach darauf, daß sie schlicht wahr sind: natürlich ist es das Ganze dieser Gesellschaft, das für den Terrorismus verantwortlich ist, und ganz selbstverständlich gäbe es keinen Terrorismus, hätten alle Menschen dem Katholizismus die Treue gehalten, ganz sicher herrschte Ruhe im Land, wenn Mängel nicht mehr für abschaffbar gehalten, sondern als Geißel Gottes hingenommen würden.

## Haltet den Dieb!

Einige Strategen scheinen an dem Gedanken zu nagen, die Globalisierung und weltanschauliche Pauschalisierung des Verdachts der geistigen Urheberschaft könnte das Argument in Unverbindlichkeit abstumpfen. Um ihm seine Schärfe wiederzugeben – ohne doch gleich den Kreis der Angegriffenen erheblich einzuschränken – greifen sie zu dem probaten Mittel, diejenigen als Staatsfeinde auszusprechen, die sich gegen die bedenkenlose Diffamierung kritischen Denkens wenden: der Vorwurf der Hexenjagd wird umgedreht.

Die Diskussion über die ideologische Herkunft des Terrorismus hat kaum begonnen, und schon versuchen die Manager der „Neuen Linken“, sie wieder *abzuwürgen*. Parolen wie „Intellektuellenhatz“, „Hexenjagd“, „Verfolgung kritischer Geister“ dienen diesem Zweck; *lästigen Fragestellern* sollen diese Fluchtworte *die Sprache verschlagen*. Sie sollen, mit einem Wort, *diffamiert* werden: als Feinde des angeblich immer links stehenden Geistes, als Reaktionäre, antidemokratische Volksverhetzer. (Anton Böhm in Rheinischer Merkur vom 14. 10. 77).

Auch sehr schön formuliert dies Kurt Sonthheimer, dem mancher die Umständlichkeit des Beweisgangs als Anstrengung des Gedankens gutzuschreiben geneigt sein dürfte:

(...) die Frage nach der geistigen Verantwortung für die Abwendung zahlreicher, vor allem junger Menschen einschließlich der Terroristen vom demokratischen System der Bundesrepublik wird sogleich als „Intellektuellenjagd“ oder „Intellektuellenhatz“ bezeichnet. (...) In derart maßlosen Wendungen setzt sich derselbe Umgang mit der Sprache fort, der nach meinem Dafürhalten eine wesentliche Ursache für die geistige und politische Verwirrung und Verirrung ist, in die viele unter uns geraten sind. (...) Wer solche Worte für bare Münze nimmt, wer die Wirklichkeit so zu sehen beginnt, wie sie ihm durch die Gewalttäter des Wortes vermittelt wird, der ist für Überreaktionen bis hin zum Terrorismus gewissermaßen programmiert. (DZ vom 14. 10. 77)

Diese Argumentation hat den Vorteil, daß sie durch leichte Akzentverlagerung zum scheinhaften Friedensangebot umstilisiert werden kann.

(...) wer diese kritischen Fragen bereits als Hexenjagd auf Intellektuelle bezeichnet, der betreibe Vernebelung, aus Angst, mit in die Verantwortung gezogen zu werden, erklärte Katzer. (FR vom 17. 10. 77)

Also: wer nicht gegen Hexenjagd aufschreit, zeigt damit, daß er reinen Gewissens und ohne Angst die Frage nach seiner Verantwortung erwarten kann. Und das ist schon der halbe Weg zum Beweis der Unschuld. Oder?

Vom Friedensangebot zum Strafgericht: die Notwendigkeit, die niedersächsischen Professoren aus dem Staatsdienst zu entfernen, die den Buback-Nachruf des Göttinger „Mescalero“ dokumentiert haben, unterstreicht der Oldenburger CDU-Landtagsabgeordnete Dierkes mit dem doch bedenkenswerten Argument:

Deren Äußerungen enthielten unter anderen den Vorwurf, in der Bundesrepublik und insbesondere in Niedersachsen herrsche ein politisches Verfolgungsklima. „Die Professoren“, so Dierkes, „werfen der Landesregierung vor, sie betreibe politische Verfolgung, und sie bezweifeln weiterhin die verfassungsrechtlich gesicherte Unabhängigkeit der Rechtsprechung. (FAZ vom 14. 10. 77)

### Terroristischer Humor

Der „Humor“ – und diesem hier geschieht es vielleicht sogar zu recht – ist schon als Spießgeselle des Terrorismus entlarvt. Die Westfälische Rundschau hatte sich nicht enthalten können, „einen Witz, wie er gelegentlich in Justizkreisen kursiert“, als aktuelle Meldung zu drucken, die Geschichte nämlich von dem Polizeibeamten, der einen falschen Fünfundzwanzigmarschein als corpus delicti seiner vorgesetzten Behörde per Überweisungsauftrag übermittelt. Sie mußte sich daraufhin von dem Pressereferenten des nordrhein-westfälischen Innenministers belehren lassen:

Gewiß gibt es Polizeibeamte, die bei der Lektüre selbst das Lachen nicht verbergen konnten. Es gibt aber auch die, die nach hartem Dienst und vielen *Überstunden durch Terroristen und Demonstranten* gegenwärtig alles andere brauchen, als durch eine solche Geschichte (als Berufsstand) in der Öffentlichkeit vielleicht *pauschal auf den Arm genommen* zu werden. (Westfälische Rundschau vom 26. 10. 77)

### Kleinwild bejagt man mit Schrot

Fragt man sich nach der Funktion der grotesken Ausweitung des Terrorismus-Verdachts, so gelangt man vielleicht zur Vermutung, eine solche Funktion sei gar nicht mehr gegeben, die Beliebigkeit habe den Mechanismus ausgehöhlt. Dabei übersähe man allerdings, daß der Terrorismus-Verdacht gegen intellektuelle und politische Strömungen außerhalb der unmittelbaren Terror-Szene ja von Anfang an keinen irgend vernünftigen Sinn gehabt hat, also auch seine Funktion nicht durch Steigerung des Unsinnns verlieren kann. Die Vagheit des Verdachts, der Verzicht vieler Kommentare, überhaupt noch zu benennen, wer denn gemeint sei, hat seine Bedeutung:

Gerade Vertreter der geistigen Führungsschicht eines Volkes stehen ungern im Hemd da. Es fällt ihnen objektiv schwerer als anderen, sich von Gedankenkonstruktionen zu lösen, die ihnen lange Zeit nicht nur einleuchtend, sondern sogar absolut wahr erschienen. Viel verlangt, vielleicht zu viel, ist es von ihnen, daß sie nun verbrennen sollen, was sie angebetet haben. (FAZ vom 13. 10. 77)

Diese Vagheit setzt doch nur ihre Hoffnung darauf, daß mancher zusammenzuckt und den Kopf einzieht, der (noch) gar nicht speziell gemeint ist, dem man nicht ans Leder gehen zu können glaubt oder in Hinsicht auf den man das Geschäft der Denunziation zu umständlich oder schmutzig fände, ohne auf den Ertrag der Denunziation ganz verzichten zu wollen. Die Hoffnung, noch mehr Leute aufzustöbern, die sich als gemeint verstehen und in sich gehen, als man selbst aneinanderreihen könnte, wird in folgendem Zitat aus der Allgemeinen jüdischen Wochenzeitung deutlich: Kleinwild bejagt man mit Schrot.

In diesem Zusammenhang werden wir an so manche öffentliche Äußerungen erinnert, die in den zurückliegenden Jahren zum Teil prominente Schriftsteller und Professoren getan haben und die besser unterblieben wären. Einige dieser Persönlichkeiten mögen heute über die Entwicklung bestürzt sein, die sie in ihrer Verblendung herbeiführen halfen. Gerade weil sie einen Namen haben, sollten sie eine etwaige bessere Einsicht nicht für sich behalten und es auch nicht bei einem „Das haben wir nicht gewollt“ bewenden lassen, sondern sollten freimütig bekennen, daß und worin sie geirrt haben. (zit. nach FAZ vom 4. 10. 77)

### Das Nadelöhr oder: Liebe deinen Staat!

Der hysterischen Ausweitung des Verdachts treten inzwischen auch konservative Stimmen entgegen. Da berührt manches sogar sympathisch, erinnert an Liberalität. So die Verteidigung Bölls durch Reich-Ranicki (FAZ vom 3. 10. 77) – wobei man allerdings vermuten darf, daß es nicht die Diffamierung der Vernunft oder gar der Linken war, die Reich-Ranicki zum Reden brachte, sondern die Tatsache, daß „sein“ Böll nicht von ihr verschont blieb. Oder das exponierte Auftreten des Stuttgarter CDU-Oberbürgermeisters Rommel für Peymann (StN vom 13. 9. 77). Doch hat der Ruf zur Besonnenheit von rechts auch eine deutlich strategische Seite. Der Verzicht aufs Draufschlagen etwa im FAZ-Kommentar von Joachim Fest markiert schon die nächste Etappe bzw. die Ergänzung von ersterem: da wird gelockt, da werden Auffangpositionen angeboten:

Die Schriftsteller können sich, in der ganz überwiegenden Mehrheit zu Recht, gegen die schrecklichen Vereinfachungen wehren, sie hätten den Terror ermutigt und auf unzulässige Weise bagatellisiert. Es ist ihre legitime Funktion, immer wieder aufs neue die übereilten, kompakten Einverständnisse der Gesellschaft kritisch aufzubrechen. Doch sollte auch begreiflich sein, daß eine wachsende Kritikmüdigkeit viele erfüllt. Unter den anklägerischen Dauergesten, den präzeptoralen Brusttönen, ist vielfach vergessen worden, daß Kritik nicht zuletzt ein Akt der Loyalität ist. Sie bedarf eines normativen Hintergrunds, und noch im schärfsten Angriff muß der Ton der Treue zu der Sache, um die es geht, unüberhörbar sein. (FAZ vom 15. 10. 77)

Ähnliche Lockrufe sind auch in dem mit „Intellektuelle verteidigen die Republik“ überschriebenen Bericht von Ulrich Greiner über eine Terrorismus-Diskussion von Schriftstellern auf der Buchmesse nicht zu überhören. Greiner verkettzt nicht, ist auch weit von den Zynismen Fests entfernt. Doch wenn er (soweit richtig und von ihm mit Befriedigung vermerkt) feststellt, daß es „auch auf diesem Podium Bekenntnisse zum Grundgesetz“ gab (FAZ vom 17. 10. 77), so ist dazu zu bemerken, daß gerade in der FAZ in diesem Punkt von Bekenntnissen gewöhnlich nicht viel gehalten zu werden pflegt. Der Pferdefuß wird sichtbar, wenn Greiner nachhakt:

(...) wengleich nicht durchaus bei allen diesen Äußerungen sicher war, daß sie auch die institutionellen Festlegungen der Verfassung (Parlamentarismus zum Beispiel) meinten. (Ebd.)

Muß man da nicht vermuten, daß das „zum Beispiel“ als Wink mit dem Zaunpfahl gemeint ist, daß da kategorisch noch nach mehreren „institutionellen Festlegungen“ gefragt werden wird, die bislang durchaus als umstritten gelten konnten?

Weniger in Richtung auf verfassungsrechtliche Bekenntnisse, sondern mehr auf Gefühle zielt Thomas Kielinger in der WELT. Nachdem er den Intellektuellen Absolution vom Geruch des Sympathisantentums erteilt hat, fordert er für diese seine Großzügigkeit: Sympathie mit dem Staat.

Wir müssen, das heißt, jeder einzelne muß sich (...) fragen: Wo hast du *diesem* deinem Staat so weit deine Sympathie entzogen, daß sich eine zur mörderischen Aktion entschlossene Minderheit bestätigt fühlen durfte in der Einschätzung, die Bundesrepublik sei ja eigentlich so ungeliebt, daß die Beseitigung ihrer Ordnung geradezu eine Befreiungstat sein müsse. (WELT vom 24. 10. 77)

Die Sympathie ist nicht nur notwendig, sie entspricht auch – wie harmonisch alles aufgeht! – dem ureigensten Bedürfnis der linken Intelligenz:

Wir haben den begründeten Verdacht, daß sich manche unserer geistigen Wortführer nur deshalb so unverwurzelt in unserem Staat fühlen, weil sie ihm allmählich jegliche Sympathie entzogen haben. Wer im Kühlhaus sitzt, sollte nicht über die Eiszeit klagen. (Ebd.)

Grausame Drohung: „Aber wir haben in den letzten Tagen erlebt, daß *da etwas abtaut* im Innern der Republik.“ (Ebd.)

### **Immunsierung der politischen Kultur gegen den Marxismus**

Bei aller scheinbaren Beliebigkeit der Identifikationen und bei aller Differenziertheit der Strategien kann doch kein Zweifel bleiben, daß der Marxismus das vorrangige Ziel der Denunziationen ist. Wer davon ausgeht, es dürfe schwer halten, auch nur im entferntesten die „RAF“ mit dem Marxismus in Verbindung zu bringen, sieht sich getäuscht. Hier wird Schwerstarbeit geleistet, wird geklotzt und getüftelt. Um mit dem Klotzen anzufangen: dafür ist die WELT zuständig. Da begnügt sich Carl G. Ströhm gar nicht erst mit der Überführung des Marxismus, das ist für ihn zu leicht. Hierüber wird nur kurz und knapp festgestellt:

Sie (die Terroristen) sind orthodoxe Kommunisten, nicht etwa Anarchisten oder gar Faschisten. (Welt vom 17. 9. 77)

Der Beweis gilt vielmehr dem Sachverhalt, daß hinter allem die Sowjet-Union stecke. Die Beweisglieder sind zwar etwas wunderlich, etwa die Reflexion „Moskau war in der Wahl seiner Mittel noch niemals zimperlich“ oder der Hinweis auf die frühere Mitarbeiter Ulrike Meinhofs bei „Konkret“; doch zur Denunziation reicht es immerhin aus.

Hertz-Eichenrode zielt – in derselben Zeitung – mehr auf die Theorie, auf den „Stamokap“; solange dieser noch „für diskussions- und damit salonfähig“ gehalten werde, „werden gleitende Übergänge geschaffen zur Entführung eines vermeintlichen Repräsentanten des ‚Staatsmonopolkapitalismus‘ wie Hanns Martin Schleyer.“ (Zit. nach Vorwärts vom 15. 9. 77) Daran ist die Bemühung, Theorie für ‚nicht diskussionsfähig‘ (also was dann?) zu erklären, ebenso bemerkenswert wie die Identifikation von Kritik, die auf Personen zielt, mit Totschlag. Wer diskutiert, schlägt tot.

Hat man solchermaßen einmal gesehen, wie einfach es ist, den Marxismus für den Terrorismus der Sprößlinge der Bourgeoisie zur Verantwortung zu ziehen, empfindet man fast Mitleid mit den schwitzenden Tüfteleien, zu denen sich Kurt Reumann in der FAZ veranlaßt sieht, um zum selben Ziel zu gelangen. Er, der Bedenkliche – man darf die unterschiedlichen Erwartungen des Publikums dieser beiden Zeitungen hinsichtlich der Virtuosität ihrer Vorkauer nicht vergessen –, zieht in einem ersten Durchgang Dutschke ob seiner Rede von „austauschbaren Charaktermasken“ der Argumentationshilfe für diejenigen,

die hinter der angeblich austauschbaren Maske den Menschen nicht mehr sehen und sich einbilden, sie träfen mit ihren Attentaten gar keine menschliche Individualität. (FAZ vom 8. 9. 77)

Und dieses Denken der Terroristen wird nun sachte als das Denken der Kommunisten ausgegeben. Die Überleitung findet mit seiner Qualifizierung als „überspitztes Klassenkampfdenk“ statt, das sich „in der Typik der kommunistischen Karikatur“ ausdrücke. Die schließliche generelle Identifizierung der Kommunisten mit Terroristen erscheint in dem Satz: „(...) Kommunisten neigen nur allzu leicht dazu, in ihren Feinden Karikaturen zu sehen.“ Ohne die Lüge in einem einzigen Satz zu lügen, hat er doch gelogen, was er verstanden wissen will.

Einfacher sagt's da – im gleichen Blatt – Alfred Rapp. Die „Anfänge des Terrorismus“ macht er in der Feststellung aus – er qualifiziert sie schlicht als „Lüge“ –, daß zwanzig Jahre Bundesrepublik die Zeit nicht des großen Aufstiegs aus Trümmern, Armut, aus dem Elend der Katastrophe gewesen seien, sondern Restauration, ja Reaktion gewesen seien. Und weiter in der Auffassung, es gebe „soviel Ausbeutung und Unterdrückung, daß radikaler Wandel unerlässlich sei.“ (FAZ vom 13. 10. 77).

Doch die Denunziationen richten sich nicht nur gegen marxistische Theorie, sondern gegen die Praxis der sozialen Auseinandersetzung, auch gegen gewerkschaftliche Praxis. So führt die Deutsche Zeitung den Terrorismus auf die Benennung der gesellschaftlichen Funktion Schleyers zurück, auf eine gewerkschaftliche Feststellung etwa, Schleyers Strategie im Lohnkampf beruhe auf „einer rigorosen Ausnutzung der Arbeitnehmerangst um die Arbeitsplätze.“ (DZ vom 9. 9. 77; zit. nach Vorwärts vom 15. 9. 77)

Breiter, pauschalisierender kann der Gegner, der angebliche Verursacher des Terrorismus, nicht gefaßt werden – sieht man von den Bischofsverlautbarungen ab; zwar assoziieren die bruchstückhaften Benennungen der angepeilten Position marxistische Analyse Momente, doch nur, soweit diese auch als allgemeinste gemeinsame Überzeugung der i.w. Sinne demokratisch, sozialreformgerichtet gesinnten Teile der politisch artikulierten westdeutschen Öffentlichkeit Geltung haben. Aber gerade die Breite des von Rapp inkriminierten Spektrums qualifiziert diesen Angriff – wenigstens vorläufig noch – als partiell illusionär in Hinsicht auf das tatsächliche Kräfteverhältnis, als weitgespannte Absichtserklärung von beschränktem taktischem Gewicht.

Ganz anders bei Sontheimer: darf ihm zwar nicht unterstellt werden, er wolle sich mit einem halbherzigen Großeinmachen begnügen, so ist doch ersichtlich, daß er das roll-back bewußter kalkuliert, das Machbare in den Vordergrund schiebt. Das heißt hier: er stellt die marxistische Linke – und recht präzise nur sie – an den Pranger:

Zu ihr (der Saat der Gewalt – R. K.) gehört gewiß auch das geistige Saatgut, das dazu dient, diese demokratische Ordnung der Bundesrepublik, ja jede demokratisch organisierte kapitalistische Gesellschaftsordnung in einem völlig negativen Licht erscheinen zu lassen. Nur wo die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik als historisch überständig, als ausbeuterisch und inhuman oder, wie Rudi Dutschke es dieser Tage formulierte, als Ausdruck der „Despotie des Kapitals“ begriffen wird, entsteht das Verlangen nach ihrer Überwindung, und es ist dann *nur mehr eine Frage der Mittel*, die geeignet erscheinen, um diesen Zweck zu erreichen. (In DZ vom 14. 10. 77)

Oder wie es kongenial Hertz-Eichenrode in der Welt zum Ausdruck bringt:

Im Klartext: In dem Maße, wie das Nebelfeld des Sympathisantentums aufgelöst wird, kehren wir zu geordneten Zuständen zurück, an den Universitäten, in den Medien, in den Jugendorganisationen von Parteien. Die „politische Kultur“ ist erst dann immun geworden, wenn (...) die Feinde unseres freiheitlichen demokratischen Staates nicht länger in gute (DKP) und böse (Chaoten) Kommunisten geschieden werden. (Welt vom 13. 10. 77)

Aber kehren wir noch einmal zu Sontheimer zurück: „nur mehr eine Frage der Mittel“, hieß es da. Das ist bedenkenswert. Nicht mehr Gewalt oder nicht Gewalt, nicht mehr Legalität oder Illegalität, nicht mehr demokratisch oder undemokratisch ist hier das Kriterium; die Frage ist nur noch: Erhaltung des Bestehenden oder seine Überwindung, monopolistischer Kapitalismus oder Sozialismus. Das war zu zeigen. Und das ist auch der Punkt, an dem Sontheimers scheinbare Beschränkung auf die marxistische Linke ihre Grenze findet: die *Perspektive* der Kriminalisierung schließt durchaus die sozialistische und sozialreformerische Linke mit ein, all die, die den gegenwärtigen Zustand „inhuman“ finden, und deren Zusammengehen und Erstarken allein ihn grundlegend ändern können.

## ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

### **AS 7 Projektgruppe Automation und Qualifikation: Automation in der BRD**

Inhalt:

- I. Methodische Vorbemerkungen (Begriff und Ermittlungsverfahren, Bedingungen und Schranken von Automation)
  - II. Indikatoren für technischen Fortschritt (Entwicklung der Produktivität, der Arbeitskräftestruktur und der Staatstätigkeit)
  - III. Entwicklung und Ausbreitung von Automation (Genese von Automation, Ausbreitung elektronischer Datenverarbeitung, Automation in Verwaltung, Handel und Bankwesen, Automation in der Produktion)
2. verbesserte, um Register, Literaturverzeichnis und Nachwort erweiterte Auflage 1976

**Argument-Verlag Postf. 210730 7500 Karlsruhe**



## **Bund demokratischer Wissenschaftler: Hochschulpolitischer Kongreß**

**Hamburg, 25.–26. 11. 1977**

Was blieb von der Reformbewegung der 60er Jahre? – Wieviel Abbau an Demokratie kann sich diese Regierung, kann sich dieser Staat noch leisten? Was bedeuten Hochschulrahmengesetz, Regelstudienzeit, Berufsverbote, Arbeitslosigkeit? Unter diesen Fragen tagte mit internationaler Besetzung und unter starker Anteilnahme der Studenten der diesjährige hochschulpolitische Kongreß des BdWi in Hamburg. Ökonomische Analysen enthielten u. a. die Warnung, daß die gegenwärtige Restriktionspolitik des Staates in Fragen der Ausbildung nicht einmal mehr den Systembedarf an akademisch geschultem Nachwuchs auszubilden erlaube – und dies nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ.

Die politischen Restriktionen, die Zerschlagung des ASTA (Allgemeiner Studentenausschuß) in mehreren Bundesländern, die Berufsverbote und eine allgemeine Hetze gegen Demokraten in Teilen der bürgerlichen Presse zwangen zu Fragen nach Zukunft und Vergangenheit dieses Staates wie auch seiner demokratischen Bewegung, zwangen zur Historisierung. Der Blick zurück ist nicht nur entmutigend. Die BRD-Geschichte zeigt keineswegs – wie es dem Beobachter, der ihren Anfang mit dem Beginn der Studentenbewegung gleichsetzt, scheinen mag – eine voll entfaltete Demokratie zur Stunde Null, deren fortwährendem Abbau wir seither beiwohnen. Vielmehr begann die Bundesrepublik umgekehrt seit ihrer Gründung im Jahre 1949 mit der Verfolgung der wenigen demokratischen Kräfte, die den Faschismus überlebt hatten, verhinderte die Entstehung neuen demokratischen Potentials durch die schon bald gleichgeschaltete und monopolisierte Presse und durch die Auslieferung des gesamten Nachwuchses an eben die Lehrer, die sich schon während des Faschismus zu seiner Aufrechterhaltung geeignet erwiesen hatten. Praktisch gab es bis Anfang der 60er Jahre nur eine sehr kleine demokratische Bewegung, deren marxistischer Teil besonders scharfen Restriktionen ausgesetzt war. Ihr kontinuierliches Anwachsen muß deshalb vom Standpunkt der Universitäten als Rückgang erscheinen, weil die Studentenbewegung mit ihrer stürmischen Entwicklung ein noch viel schnelleres Wachstum versprach – ein Versprechen, das überhaupt nicht zu halten war.

So ist eine Seite der jetzigen restriktiven Hochschulpolitik des Staates ohne Zweifel eine Reaktion auf die tatsächlich vorhandene demokratische Bewegung. Ihre Festigung verlangt eine verstärkte Zusammenarbeit von Wissenschaft und Gewerkschaften, die seit der denkwürdigen, auf dem Kongreß häufig zitierten, Rede des DGB-Vorsitzenden Oskar Vetter nicht mehr ausgeschlossen scheint, vielmehr von beiden Seiten zielstrebig angegangen wird und werden muß. Entsprechend befaßten sich die Arbeitsgruppen u. a. mit den Fragen gewerkschaftlicher Orientierung von Wissenschaft wie auch mit ihrem Gegenteil, dem Mißbrauch von Wissenschaft. Überraschend tauchte auch eine Arbeitsgruppe „Frau und Wissenschaft“ auf. Wiewohl ihr Stellenwert innerhalb des BdWi nicht ganz

geklärt war, zeigte ihre Existenz und mehr noch die große Zahl der Teilnehmer dieses Arbeitskreises, daß der BdWi den Anschluß an die sozialen Bewegungen, so auch an die Frauenbewegung, zu finden bereit ist.

Frigga Haug (Berlin/West)

## **„Krise der ökonomischen Theorie – Krise der Wirtschaftspolitik“**

WSI-Forum, Düsseldorf, 5.–6. 12. 1977\*

Einige hundert Wirtschaftswissenschaftler diskutierten auf Einladung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI) – wenige Tage nach Veröffentlichung des Jahresgutachtens 1977/78 des Sachverständigenrates (SVR) zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – in Düsseldorf über den Zusammenhang: Krise der Ökonomie – Krise der ökonomischen Theorie – Krise der Wirtschaftspolitik. Es nahm nicht wunder, daß – bei andauernder Verletzung des wichtigsten Zieles aller Arbeitnehmer und ihrer DGB-Gewerkschaften, der Vollbeschäftigung – die Diskussion anknüpfte an die jüngst veröffentlichten wirtschaftspolitischen Gestaltungsvorschläge des SVR, der empfohlen hatte: „Den Weg der Lohnzurückhaltung zu gehen, halten wir auch dann für angezeigt, wenn es 1978 noch nicht zu der stärkeren Entlastung am Arbeitsmarkt kommen sollte ...“ (Zif. 389, S. 165, Jahresgutachten 77/78 des SVR).

Der aktuellen Problematik entsprachen sowohl die Auswahl der Referenten als auch die vorgegebenen Themenschwerpunkte; so zum Beispiel: Joan Robinson, Cambridge: Zur Krise der ökonomischen Theorie; Werner Meißner, Frankfurt/Main: Zur These der Investitionslücke; Wolfgang Pfaffenberger, Oldenburg: Der Einfluß der Kostenentwicklung auf die Investitionen; Siegfried Katterle, Bielefeld: Konzentrationstendenzen – Auswirkungen auf Inflation, Verteilung und Beschäftigung; Jan Tinbergen, Den Haag: Wirtschaftspolitik in der Krise? Karl Schiller, Hamburg: Wachstums- und Stabilitätsgesetz – ein Instrument der Krisenbewältigung?

Der Diskussionsverlauf war gekennzeichnet durch mehrere Momente:

- auf der einen Seite die Aktualität der Problematik, die relativ große Anzahl von Wissenschaftlern sowie insbesondere die sorgfältig sortierten Themenschwerpunkte;

- auf der anderen Seite die geringe Repräsentanz der Wirtschaftspolitiker, prominenter Gewerkschaftsvertreter, in weiten Teilen das Versäumnis der Diskutanten, die Zusammenhänge der Referate aufzunehmen.

Knüpft man an der Aktualität des Themas an, wertet man also das WSI-Forum als Versuch, die Funktion des SVR samt seines jüngsten Gutachtens auf dem wissenschaftlichen Prüfstand zu wägen, inwieweit der Vollbeschäftigung als dem wichtigsten Ziel aller Arbeitnehmer und ihrer DGB-Gewerkschaften unter Berücksichtigung anderer arbeits- und sozialorientierter Ziele entsprochen wird, so kann festgestellt werden: den Vorschlägen des SVR, die Arbeitslosigkeit und die fehlende Nachfrage über die Kostenfrage, d. h. über niedrigere Löhne zu lö-

sen, wurde die klare Alternative gegenübergestellt, daß den Erscheinungsformen der ökonomischen Krise (Arbeitslosigkeit, fehlende Nachfrage usw.) bei den bisherigen Erfahrungen, unter Anknüpfung an die bestehenden gesetzlichen Grundlagen und Möglichkeiten eine *konsequente Strukturpolitik* entgegengesetzt werden muß.

Dieses Ergebnis kann als Ausdruck des WSI-Forums und gleichzeitig als Bestätigung der Forderungen des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und -sicherung gewertet werden, so im Antrag 59 zur „Strukturpolitik und Investitionslenkung“, 10. Ordentlicher Bundeskongreß des DGB in Hamburg, im Prüfstein Nr. 1 der „Forderungen des DGB zur Bundestagswahl 1976“ und mit den „Vorschlägen des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“ vom Juli 1977.

Dieses Ergebnis blieb jedoch nicht unwidersprochen. Neben einigen Referenten traten insbesondere eine ganze Reihe von Diskutanten mit Argumenten – wenn auch in verschiedenen Variationen – für unternehmerfreundliche Strategien ein, die auch der SVR streckenweise recht deutlich vertritt.

Dagegen wurden wissenschaftlich differenzierte und umsichtige Argumentationen entfaltet, die Ansatzpunkte lieferten, wie zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit beigetragen werden kann. Diese Argumentationen unterstützen in ihrer Summe die schon erwähnten gewerkschaftlichen Forderungen. So sind unter anderem die ursachenanalytischen und gestaltungsgebenden ökonomischen Ausführungen von R. Hickel (Bremen) als Unterstreichung der Erkenntnisse zu werten: daß die Löhne nicht die Beschäftigungskrise verursacht haben, es statt einer Investitionslücke vielmehr eine Nachfragerücke gebe, der Massenarbeitslosigkeit nicht durch die Forderung nach einem Gewinnschub beizukommen sei und schließlich die inneren Zusammenhänge zwischen Konzentration samt deren ökonomischer Folge und Inflation, Verteilung und Nichterfüllung des Vollbeschäftigungszieles zu wenig beachtet würde (vgl. a. „Wirtschaftspolitische Informationen“, Nr. 10/1977, v. 20. 12. 1977, Hrsg.: Abteilung Wirtschaftspolitik des DGB-Bundesvorstandes, Düsseldorf, S. 2 ff).

Dieses Ergebnis des WSI-Forums sollte zur weiteren Bearbeitung von Vorschlägen zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit bzw. zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung führen.

Rainer Hübner (Düsseldorf)

\*Vgl. Rainer Hübner, Bericht über das WSI-Forum. in „Das Mitbestimmungsgespräch“ Nr. 1/1978, Hrsg.: Hans-Böckler-Stiftung, DGB, Düsseldorf.

## „Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse“

Wissenschaftliche Tagung beim Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF), Frankfurt/M., 22.–23. 10. 1977

Viele streiten den westdeutschen organisierten und nichtorganisierten Marxisten den Willen zu offener und kritischer Diskussion ab; bei dieser Tagung konnten sie sich eines Besseren belehren lassen. Resümieren läßt sich eine Viel-

zahl offener grundlegender Fragen für die weitere Diskussion und Forschung. Kulturpraktiker und -theoretiker suchten gemeinsam Ansätze zur Weiterentwicklung der demokratischen Kulturbewegung in der BRD und Westberlin. Neu war die Einbeziehung von Soziologen, die mit Forschungsergebnissen über die Arbeits- und Lebensbedingungen als Bedingungen der Kulturprozesse die Diskussion fundieren sollten. Eine derartige Initiative zur Diskussion kam gerade recht in einer Situation, in der die Wirtschaftskrise die kulturzerstörerischen Tendenzen des alltäglichen Kapitalismus immer deutlicher macht (von der Jugendarbeitslosigkeit bis hin zur Zerstörung der Existenzgrundlagen von kommunalen Kultur- und Freizeiteinrichtungen), in der der Abbau demokratischer Rechte, die Berufs- und Funktionsverbote auch im Bereich der Kultur offenbar auf einen gewissen Konsens der Bevölkerung bauen kann, in der eine „Kultur“ des resignierenden Rückzugs in Innerlichkeit oder Rausch sich abzeichnet. Angesichts der relativ weit entwickelten Bewegung innerhalb der Intelligenz in fast allen kulturellen Bereichen bei gleichzeitig weniger entwickelter Arbeiterbewegung stellt sich die Frage umso dringlicher: Wie ist die kulturelle Hegemonie der herrschenden Klasse zu durchbrechen? Wie sind all die positiven und wichtigen Erfahrungen, die von unterschiedlichsten demokratischen und sozialistischen Gruppen auf den Gebieten der Musik, der Literatur, des Theaters und der bildenden Kunst gemacht wurden, zu verallgemeinern und nutzbar zu machen? Wo sind die Anknüpfungspunkte für eine Verbreiterung der Bewegung?

Auf der IMSF-Tagung suchte man dem Problem mit der Frage nach den „kulturellen Bedürfnissen der Arbeiterklasse“ näherzukommen. Nach zwei theoretischen Hauptreferaten zum Thema „Arbeiterklasse, Reproduktion und Kultur“ (K. Maase) und „Hauptbereiche der Entwicklung kultureller Bedürfnisse und Aktivitäten in der Arbeiterklasse der BRD“ (R. Hillgärtner) wurde versucht, die übergeordnete Fragestellung in Arbeitsgruppen mit folgenden Schwerpunkten konkretisierend zu behandeln: 1. Probleme kommunaler Kulturpolitik, 2. Demokratisierung der Kunstvermittlung, 3. Arbeit und Kultur und 4. die Rolle der Arbeiterorganisationen bei der Entwicklung der Kultur der Arbeiterklasse. Wurde auch dort eine Fülle von konkreten Erfahrungen und Teilanalysen vorgestellt, so blieb die gesamte Anlage der Diskussion unklar, stellten sich theoretische Defizite heraus, deren Aufhebung Voraussetzung einer weiterführenden Diskussion zu sein hätte.

*Was ist eigentlich Kultur?* Diese Frage erwies sich in den Berichten aller Arbeitskreise im abschließenden Plenum als eigentliche Schlüsselfrage. Besonders kraß zeigte sich dies im Arbeitskreis „Arbeit und Kultur“, in dem sich vor allem Industriesoziologen, Designer und einige Kulturwissenschaftler zusammengefunden hatten. Ist die Kenntnis der Bedingungen in der materiellen Produktion gerade im Zuge solch fundamentaler Umwälzungen wie der Automation für alle kulturpolitisch Tätigen notwendig (haben doch Rahmenbedingungen wie z. B. die Schichtarbeit und die Art der Tätigkeiten, die tagtäglich verrichtet werden, großen Einfluß auf die Möglichkeiten und Bedürfnisse der Arbeiter in der arbeitsfreien Zeit), sollten Kulturproduzenten wie -vermittler Sozialwissenschaftler gezielt zu Rate ziehen, so müßten doch Gegenstand und Zuständigkeitsbereich zuvor abgeklärt werden: Nicht nur wird in der Regel von Industriesoziologen keine Klärung des Gegenstandes Kultur zu erwarten sein, auch läßt sich Arbeit und Kultur schlecht ins Verhältnis setzen, in seiner gegenseitigen Wirkung bestimmen, wenn das Unterscheidende unbestimmt bleibt. So wurden unterschiedlichste, disparat erscheinende Aspekte erörtert: Die Auswirkungen gegenwärtig

ablaufender Prozesse der Rationalisierung und der Automatisierung wurden vor allem unter dem Aspekt der Einschränkung der Zeit und Fähigkeiten für kulturelle Freizeitfähigkeit der Arbeiter und Angestellten reflektiert, ferner „kulturelle Elemente“ im Sinne einer Erweiterung der Bedürfnisse der Lohnabhängigen in den Kämpfen der Gewerkschaften um Humanisierung der Arbeitswelt (insbesondere auch innerhalb des Lohnrahmentarifvertrages II. Nord-Württemberg/Nordbaden) aufzudecken gesucht; schließlich wurde auch der Versuch gemacht, aus persönlichkeitsbildenden Momenten der Automationsarbeit und ihrem widersprüchlichen Verhältnis zur Form der Lohnarbeit die doppelt bestimmte Funktion der unternehmerischen Kunstförderung in den Industriebetrieben als Freisetzung und Fesselung kreativer Fähigkeiten herzuleiten. Nicht nur zeigte sich in dem Arbeitskreis deutlich das Dilemma einer nicht hinterfragten Ineinssetzung von Kultur und Bedingungen für die Möglichkeit der Herausbildung von Kultur, sondern auch die Schwierigkeit, zu Aussagen über die Bedingungen für Kultur zu gelangen: Ist die Arbeit in ihren möglichen Auswirkungen ausreichend erfaßt, wenn man sie unter dem Aspekt der restriktiven Faktoren (Schichtarbeit, Formen der Belastung etc.) abbildet? Ist es nicht auch notwendig, die persönlichkeitsbildenden Momente und ihr Verhältnis zur kapitalistischen Formbestimmtheit der Arbeit aufzudecken (dies ist allerdings immer noch eine Forschungsfrage der marxistischen Industriesoziologen).

Scheint der Mangel begrifflich-theoretischer Abgrenzung des Gegenstandsreichs Kultur in diesem ersten Arbeitskreis mit dem Aufeinandertreffen unterschiedlicher Fachrichtungen erklärt werden zu können, so mutet es zunächst unverständlich an, daß kulturpolitisch und -theoretisch Tätige mit ähnlichen Schwierigkeiten der Bestimmung ihres eigentlichen Praxisfeldes zu kämpfen haben. In dem Bericht aus der Arbeitsgruppe „Die Rolle der Arbeiterorganisationen bei der Entwicklung der Kultur der Arbeiterklasse“ und in der daran anschließenden Plenumsdiskussion zeigte sich deutlich, daß hinter der zunächst abstrakt oder längst gelöst scheinenden Frage „Was ist eigentlich Kultur“ praktische Probleme sich verbergen, daß es auch im Streit unter Marxisten um den Begriff um verschiedene Möglichkeiten kultureller und politischer Praxis geht. Im Kern ging es um Sinn und Berechtigung der Eigenständigkeit einer demokratischen Kulturbewegung, oder um das Verhältnis von kultureller und politischer, organisatorischer Praxis, von Kunst und Agitation. Bereits in den beiden Einleitungsreferaten waren kontroverse Vorstellungen zur Kultur formuliert: So umriß Maase das Untersuchungsfeld marxistischer Kulturtheorie als „Zusammenhang der materiellen und geistigen Lebensbedingungen mit der Ausbildung bestimmter Typen von Lebensweise in der aktiven Auseinandersetzung der Menschen mit ihrer Umwelt“, bestimmte also Kultur als Gesamt der gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen und der dadurch bestimmten Sozialisationsbedingungen der Individuen. Kultur der Arbeiterklasse schließlich umfasse „Konsumtionspraktiken, Erziehungsweisen, moralische Normen, Kommunikationsformen, ästhetische Maßstäbe so wie sie heute vorfindbar sind“ ebenso wie „Stand des Klassenbewußtseins, die Beziehung zur fortschrittlichen Kunst oder zu den Klassenorganisationen“. Wesentlicher Inhalt der Kultur der Arbeiterklasse sei schließlich die „Durchsetzung von Bewußtheit in der Lebensweise und Persönlichkeitsentwicklung der Klassenindividuen, vor allem in den Organisationen und Einrichtungen der Klasse“. – Im zweiten Einleitungsreferat betonte Hillgärtner demgegenüber die Besonderheit der Kultur (im Unterschied zu den gesamten gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbedingungen), ohne sie

jedoch von der gesamten Lebenstätigkeit abzusondern: „Jedes menschliche Bedürfnis hat einen kulturellen Aspekt“, den er als „Moment des Genusses in der menschlichen Arbeits- und Lebenstätigkeit“ zu spezifizieren suchte: „Der eigenschafts- und beziehungsreiche Mensch hat viele Sinne ausgebildet, ist vieler Genüsse und Befriedigungen fähig, genießt sich selbst in seiner Entwicklung, tendiert zur universalen Entwicklung.“ Hiermit war nicht nur ein Maßstab der Kritik systemspezifischer Deformierung der Bedürfnisse und der Genußfähigkeit angegeben, sondern zugleich auch die Besonderheit des kulturellen Kampfes in Ansätzen umrissen. Diese Kontroverse erhielt in der Abschlußdiskussion noch schärfere Konturen. So erinnerte T. Metscher daran, daß mit dem Gegensatz „weiter“ und „enger“ Kulturbegriff keineswegs der Gegensatz bürgerlicher und marxistischer Kulturtheorie gefaßt ist, da traditionelle bürgerliche Kulturgeschichte und -theorie sehr wohl das Gesamt der Lebensbedingungen und -formen unter „Kultur“ subsumiere. Ihr spezifisches Dilemma aber sei, daß sie unspezifisch ohne Unterscheidung von kulturellen „Kern-“ und „Randbereichen“ alles empirisch-historisch Vorfindbare umfasse. Damit war von der Gefahr einer einseitig soziologischen Orientierung der Kulturtheorie gewarnt. T. Metscher verwies demgegenüber auf das Spezifikum marxistischer Kulturtheorie: die Bindung der Kultur an das Ziel Humanität. Eine weitere Präzisierung der Spezifik versuchte W. F. Haug zu geben: Er interpretierte Brechts Geschichte vom „Feuermachen der Lai-tu“ (aus „Me-ti“). Lai-tu machte das Feuer an, um etwas anderes machen zu können: „eines geschah fürs andere, aber nichts für sich selber“, „der Augenblick ging verloren“ (Brecht). Der spezifisch kulturelle Aspekt liege in all den Momenten, in denen der Mensch sich selbst Zweck sei, „kultureller Genuß“ sei daher auch nicht im Gegensatz zu Anstrengung zu denken. Unter der Perspektive der Befreiung des Menschlichen zum Selbstzweck, die auf die klassenlose Gesellschaft verweise (damit auf den Standpunkt der Kritik der Verhältnisse, die menschliche Tätigkeit nicht Selbstzweck sein lassen), sei eine Bestimmung der Kulturauffassung (als Selbstbewußtsein einer Kultur) als „System von Vorstellungen“, das die individuelle Lebenstätigkeit steuere, der Sozialisationsprozeß der Individuen reguliere (so D. Mühlberg in Weimarer Beiträge 7/77) zu verwerfen. Nicht nur werde damit Kultur und Ideologie ineingesetzt, darüber hinaus handle es sich dabei um eine Betrachtungsweise, die den Aspekt der Steuerbarkeit zum maßgeblichen mache: sie begreife die vermeintlichen Macher der Ideologie (die „Spezialisierten“, die die Grundaussagen der Ideologie „abgehoben von den Lebensbedingungen der Arbeiter“ arbeitsteilig produzierten (Mühlberg ebd.)) als die eigentlichen Subjekte und degradiere die Massen zum Objekt des Eingreifens. Eine solche Theorie steht nicht nur im Gegensatz zu den Zielen einer sozialistischen Gesellschaft, ihr Nutzen scheint auch gering zur Lösung der Probleme in einem Land wie der BRD. Gehe man dagegen davon aus, so führte Haug die Kritik fort, daß kulturelle Prozesse durch Selbsttätigkeit vermittelt sind, so sei jede Vorstellung und Praxis abzulehnen, in der die Intellektuellen von außen ihre Auffassungen und Normen von „Kultur der Arbeiterklasse“ in die Arbeiterklasse hineinragen. Die Intellektuellen müßten zu „organischen Intellektuellen“ (Gramsci) der Arbeiterklasse werden, die nicht Wertungen dekretieren, sondern in den Kulturprozeß der Massen hineingehen und an ihm unterstützend, verwissenschaftlichend teilnehmen, so daß die Massen befähigt werden, diese Prozesse selbst in die Hand zu nehmen.

Viele der konkreten Erfahrungsberichte, wie sie in den Arbeitskreisen eingebracht worden waren, schienen die den Ausführungen Haugs zugrundeliegende

These zu unterstützen, daß Kultur, durch Spontaneität, Eigenständigkeit konstituiert, einerseits und von außen hereingetragene, damit äußerliche Politisierung, (administrative Vermittlung organisationspolitischer Zielsetzungen) andererseits sich praktisch gegenseitig ausschließen. So berichtete z. B. E. Schöfer über negative Erfahrungen einer Überpolitisierung literarischer Praxis im Werkkreis Literatur der Arbeitswelt; zog T. Lindner aus der Praxis innerhalb gewerkschaftlicher Kulturarbeit die Lehre, daß Kunst nicht als Transportmittel für politische Botschaften verbraucht werden könne, da dies die Passivität in der Kunstrezeptin unweigerlich fortschreibe, Wirkungslosigkeit und Mißerfolg seien das notwendige Resultat derartiger Versuche.

Auf die Notwendigkeit der Unterstützung spontan entstehender kultureller Initiativen innerhalb der Kommunen (wie z. B. Schreibschulen, Schreibwettbewerbe, Stadtteilstefte, Bürgerinitiativen etc.) und ihres Schutzes vor dem reaktionären Zugriff wurde auch im Bericht des Arbeitskreises „Probleme kommunaler Kulturarbeit“ hingewiesen. Es wurde zur Weiterentwicklung solcher Aktivitäten aufgefordert, zum Entwurf „konkreter Utopien“ (so z. B.: Was wäre, wenn unsere Stadt sozialistisch wäre? Wie ließe sich das erarbeitete Sozialprodukt sinnvoll für das kulturelle Leben der Kommune nutzen? und Ähnliches mehr). Die Berichte aus der Praxis machten schließlich auch deutlich, daß noch viele produktive und vorwärtstreibende Kulturarbeit der Auswertung und Verallgemeinerung harzt – dies eine unumgängliche Aufgabe zur Bestimmung der Entwicklungsmöglichkeiten demokratischer Kultur. Sicherlich könnten hier auch Erfahrungen aus anderen westeuropäischen Ländern fruchtbar gemacht werden.

Es stellte sich somit am Ende der Tagung die Frage, ob ihre Schwerpunkte den praktischen Erfordernissen gemäß bestimmt waren. Auf jeden Fall hätte eine strukturierende Vorbereitung, die auch genügend Raum für eine einleitende, klärende Diskussion über den Gegenstand Kultur, über die notwendigen begrifflichen Werkzeuge, eine noch produktivere Diskussion und eine weitere Klärung der offenen und kontroversen Fragen ermöglichen können. Das Ziel des Kennenlernens der jeweiligen Arbeitsgebiete und Standpunkte der Wissenschaftler und Praktiker aus verschiedensten Gebieten der BRD und Westberlin war sicherlich zu kurz gesteckt. Doch es bleibt hoffentlich nicht bei diesem Anfang der Diskussion.

(Die Materialien der Tagung erscheinen voraussichtlich Frühjahr 1978 in der Reihe „Marxistische Ästhetik und Kulturpolitik“ im Damnitz-Verlag München.)  
Silke Wenk (Berlin/West)

## IX. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie

Berlin/West, 28. 9.–1. 10. 1977

Die „Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie“ (dgvT) hat sich die Verwirklichung einer den Interessen der Bevölkerung dienenden psychotherapeutischen Versorgung zur Aufgabe gesetzt sowie die Förderung der Verhaltenstherapie in Lehre, Forschung und Praxis. Als gegenwärtig wichtigster Schritt wird

die gesetzliche Anerkennung zum nicht-ärztlichen Therapeuten angestrebt. Dabei besteht allerdings die Gefahr, daß, indem man sich nicht mit gleicher Intensität für die Verwirklichung der notwendigen institutionellen Voraussetzungen einsetzt, die „private Anarchie“ unseres Gesundheitssystems im Bereich der psychosozialen Versorgung reproduziert wird. Dies wurde auch in einem Grußwort eines Vertreters der CDU deutlich, der zwar die Unterstützung seiner Partei für die Anerkennung zum nicht-ärztlichen Therapeuten versprach, zu allem weiteren aber höflich schwieg. Im Zusammenhang mit diesen Zielen der dgvt bestand die Aufgabe des Kongresses darin, weitere Nachweise über die Effizienz der Verhaltenstherapie anzuführen und zusätzliche Möglichkeiten ihrer Effektivierung durch Einbeziehung „ergänzender“ therapeutischer Ansätze vorzustellen. Diese praktische und nur teilweise versuchte theoretische Integration ergänzender Therapieschulen brachte es mit sich, daß die bisher geführten kontroversen Diskussionen auf psychologischer und wissenschaftstheoretischer Ebene weitgehend ausgeklammert wurden.

In einem Grundsatzreferat leitete H. Keupp den Themenkomplex „Psychosoziale Versorgung“ ein. Ausgehend von den gesundheitspolitischen Forderungen der dgvt (Ersetzung des medizinischen Krankheitsmodells durch einen sozialwissenschaftlichen Krankheitsbegriff, Ausbau von präventiven Maßnahmen, Ausbau einer gemeindenahen Versorgungskette, usw.) warnte er davor, diese Forderungen ohne Berücksichtigung der Bedürfnisse der Betroffenen voreilig umzusetzen. Um den realen Bedarf an psychosozialer Versorgung ermitteln zu können, sollten Belastungsprofile von Individuen verschiedener Schichten erstellt und damit Arbeitsplatz- und sonstige Lebensbedingungen erfaßt werden. Daraus seien dann u. a. – im Sinne der Prävention – Forderungen abzuleiten nach politischen, durch die Therapie nicht erzielbaren Veränderungen der gesellschaftlichen Bedingungen für die Entstehung psychischer Störungen. Einen konkreten Schritt in dieser Richtung unternahm M. Frese. Anhand einer empirischen Untersuchung habe sich herausgestellt: Je geringer die subjektive Kontrolle über die eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen sei (besonders gravierend bei Arbeitslosigkeit), desto höher sei der Grad psychischer Erkrankung. „Erhöhte Nicht-Kontrolle am Arbeitsplatz“ führe außerdem zu „gelernter Hilflosigkeit“ und damit zu einer Generalisierung eingeschränkter Handlungsstrukturen auf andere Lebensbereiche. In Beiträgen von I. Hand u. a. und G. Bartling u. a. wurden die Anwendungsbedingungen verschiedener verhaltenstherapeutischer Methoden der Angstbehandlung untersucht und deren Effizienz demonstriert. Mit Verweis hierauf wurde besonders auf der Pressekonferenz hervorgehoben, daß die Verhaltenstherapie, nicht zuletzt aufgrund der zur Behandlung dieser Störungen entwickelten „Selbsthilfe-Konzepte“, sich als eine der kostensparendsten Therapieformen erwiesen habe, von deren Effizienz sich auch die Krankenkassen überzeugen lassen sollten. Ohne Zweifel sind die bisherigen empirischen Erfolge der Verhaltenstherapie, die in solchen Beiträgen erneut untermauert wurden, nicht zu übersehen. Diese scheinen nicht zuletzt darauf zurückführbar, daß die Verhaltenstherapie mit ihrem Vorgehen, Verhalten durch – der Sache selbst äußerliche – Verstärker zu beeinflussen, an in unserer Gesellschaft üblichen Verhaltensformen anknüpft. Die alltägliche Erfahrung, daß die Anstrengungsbereitschaft steigt, wenn entsprechende Belohnungen winken, daß gelernt wird, der guten Zensuren wegen und gearbeitet um des Lohnes willen, greift sie auf, verdoppelt gewissermaßen diese Erfahrung und effektiviert den ihr zugrundeliegen-



den Mechanismus. Bei all diesen Verhaltensweisen ist die Sache selbst bloßes Mittel zum Zweck.

Um Differenzierungen verhaltenstherapeutischen Vorgehens ging es in Beiträgen von F. Teegen u. a. über „feministische Therapieansätze“. Ausgehend von der Feststellung unterschiedlicher psychischer Erkrankungen bei Männern und Frauen aufgrund geschlechtsspezifischer Sozialisation, zeigte Teegen auf, daß die herkömmlichen Testverfahren und Normen psychischer Gesundheit, die sich alleine am „Mann“ ausrichteten, die Probleme von Frauen oft nicht als solche gelten ließen. Ist die Feststellung dieses Sachverhalts noch in gewisser Weise adäquat, so sind die im weiteren unternommenen Schritte, daraus auch frauenspezifische Therapieziele zu formulieren, äußerst problematisch. Denn die Bestimmung von Therapiezielen kann nur aus der Analyse der allgemeinen, für Mann und Frau aber prinzipiell gleichen menschlichen Möglichkeiten erfolgen. Und zur Erfassung der je spezifischen Störungen wäre zu untersuchen, in welcher Weise bestimmte gesellschaftliche Bedingungen die Entfaltung dieser Möglichkeiten behindern. Allein die Formen der Entwicklungsbeschränkung sind dabei für Mann und Frau, wesentlich aufgrund ihrer unterschiedlichen sozio-ökonomischen Stellung, verschiedene und können deshalb auch zu divergenten Ausprägungen psychischer Störungen führen. Zur weiteren Spezifizierung therapeutischen Vorgehens wurden mit dem Hinweis darauf, daß in der Praxis bereits „additive Konzepte“ angewandt würden, Überlegungen zur Ergänzung der Verhaltenstherapie angestellt. Von Ch. Nentwig wurde die bekannte Hypothese eingebracht, daß meist nicht die bisher theoretisch erfaßten Therapieelemente den Therapieerfolg begründeten, sondern vielmehr allen Therapieformen gemeinsame, noch unbekannte Faktoren. Im Zusammenhang mit der Suche nach solchen Faktoren sprach sich D. Zimmer dafür aus, kommunikationstheoretische Ansätze in ihrer Bedeutung für die Therapeut-Klient-Beziehung zu überprüfen. Während, wie in einem weiteren Referat ausgeführt wurde, die Verhaltenstherapie insbesondere „Neulernprozesse“ strukturiere und ermögliche, könne die Einbeziehung der Kommunikationstheorie eine „strategische Ergänzung“ bilden, die zur Brechung von Widerständen oder zur Motivierung des Patienten eingesetzt werden könne. Ch. Eschenröder verwies auf die Bedeutung von Selbsterfahrungsgruppen für die Verhaltenstherapie, um „Einstellungen und Verhaltensweisen“, die sich in der „zwischenmenschlichen Beziehung“ zum Klienten ungünstig auswirken könnten, zu hinterfragen. – Insgesamt spiegelten die vorgetragenen Konzepte zur Ergänzung der Verhaltenstherapie die zunehmende praktische Unzulänglichkeit dieser therapeutischen Methode. Doch wenn es nun in erhöhtem Maße nötig wird, die Verhaltenstherapie zu erweitern und zu ergänzen, so läßt dies vermuten, daß die von der Verhaltenstherapie lediglich verdoppelten alltäglichen Verhaltensweisen selber auf der Ebene der gesellschaftlichen Praxis nicht mehr hinreichend sind. Offensichtlich erfordert die Entwicklung der materiellen Grundlagen der Gesellschaft von den Individuen, zunehmend auch an der Gebrauchswertseite ihrer Tätigkeit interessiert zu sein und diese nicht nur als Mittel zum Zweck aufzufassen. Um unter diesen veränderten Bedingungen „lebensfähig“ zu sein, reicht es demnach nicht mehr aus, die Auseinandersetzung mit der Sache nur als Durststrecke aufzufassen, die zwischen dem Erreichen der Belohnung liegt. Der wachsenden Notwendigkeit, an der Sache selbst interessiert zu sein, muß auch das verhaltenstherapeutische Vorgehen Rechnung tragen. Dabei besteht jedoch die Schwierigkeit, daß die vorgetragenen Ansätze beziehungslos nebeneinander stehen. Einen ansatzweisen Versuch zur theoretischen Integration

von Aspekten der Therapeut-Klient-Interaktion in das verhaltenstheoretische Grundmodell unternahmen Grawe/Dziewas in ihren Referaten zur „Interaktionellen Verhaltenstherapie“. Verhalten, so ihre These, sei in einer Hierarchie aufeinander bezogener Pläne organisiert und in seiner Funktion zur Durchsetzung eines übergeordneten Plans zu betrachten. Über die Analyse der Interaktion, z. B. der Körpersprache des Patienten, könne herausgefunden werden, von welchen Plänen das Verhalten gesteuert werde. Auf diesen Plan bezogen sei dann bestimmbar, was als Verhaltensverstärker wirke, so daß ein „gröberes Raster des Reiz-Reaktionsmodells“ entstehe.

Betrachtet man die Entwicklung der Verhaltenstherapie, so ist zu bemerken, daß nach einer Phase theoretischer Rechtfertigung und praktischer Etablierung, die Versuche zur Ergänzung und Weiterentwicklung dieser Theorie immer zahlreicher geworden sind. Standen in den letzten Jahren insbesondere Versuche im Vordergrund, kognitive Ansätze in die Verhaltenstherapie zu integrieren, so ist die neue Entwicklung, wie sich auf diesem Kongreß gezeigt hat, durch eine Öffnung der Verhaltenstherapie nach praktisch allen Seiten gekennzeichnet. Man versucht zusammenzutragen und sich darüber Klarheit zu verschaffen, was in der therapeutischen Praxis an Strategien und Methoden angewandt wird, um die immer häufiger und komplexer auftretenden psychischen Leiden anzugehen. Dort, wo nicht ganz – zum Teil geschah dies allerdings explizit – auf die theoretische Fassung der zusammengetragenen Ansätze verzichtet wird, wo man sich also der Realität der Praxis auch auf theoretischer Ebene stellt, wird es zunehmend schwieriger, das verhaltenstheoretische Erklärungsmodell aufrechtzuerhalten, womit aber gleichzeitig auch dessen theoretische Unzulänglichkeit immer deutlicher wird. Die durch das Fehlen eines hinreichenden theoretischen Bezugsrahmens zustande kommenden „Stückwerk-Therapien“ bergen nicht zuletzt die Gefahr in sich, den falschen Schein von Fortschrittlichkeit zu vermitteln, da in ihnen scheinbar alle Ansätze, besonders aber die jeweils modischen Tendenzen zur Geltung kommen können. – Modisch gestaltete sich demnach auch die äußere Atmosphäre des Kongresses: Mit „poster-sessions“ in den Fluren, z. B. zum Unterschied von weiblicher und männlicher Körpersprache, mit peacefood in der Cafeteria – einzig anachronistisch anmutend die ebenfalls angebotenen „Klingelhöschen“ (für Bettnässer).

Als Konsequenz dieses Kongresses kann festgehalten werden, daß die Diskussion um eine den wesentlichen Aspekten menschlicher Lebenstätigkeit gerecht werdende psychologische Theorie immer weniger als bloß theoretische Streitfrage erscheint. Der Druck, in der Praxis handlungsfähig zu sein, macht zunehmend eine solch übergreifende Theorie zwingend. Erst auf der Basis einer solchen psychologischen Grundbegrifflichkeit wird es auch möglich, den realen Aussagewert der vorgetragenen Konzepte therapeutischen Vorgehens zu beurteilen und positiv aufzuheben.

Erika Lufen und Erwin Seyfried (Berlin/West)

## Besprechungen

### Philosophie

**Freier, Hans:** *Die Rückkehr der Götter. Von der ästhetischen Überschreitung der Wissensgrenze zur Mythologie der Moderne.* Metzler Verlag, Stuttgart 1976 (XXII und 297 S., br., 55,- DM).

Gängige Geschichten der Ästhetik bis zum späten Lukács sehen die Ästhetik als eine eigene Disziplin. Freier hingegen schreibt eine Geschichte der Ästhetik im Zusammenhang der Geschichte der Philosophie von Kant über Fichte bis Schelling. – Für Freier ist die Ästhetik im Rahmen der philosophischen Systeme des transzendentalen Idealismus die Antwort auf die Erkenntnisgrenze, an die Kants radikalierter Zweifel stößt: zwar ist die Kausalität der Natur empirisch verifizierbar; ihrer Einrichtung nach den Gesetzen der Vernunft jedoch ist eine Schranke gesetzt durch die Unerkennbarkeit des „Dings an sich“. Die Vermittlung von Natur und Vernunft, die in der Konsequenz des idealistischen Systementwurfs gefordert ist, leistet nun die intellektuelle Anschauung in der Kunst; das Genie hebt die Unvereinbarkeit von Natur und Vernunft imaginativ auf. Diese ästhetische Synthesis ist ein symbolischer Akt, wobei die Kunst in die Nähe der Ethik rückt, denn ihr imaginärer Entwurf zielt postulativ auf praktische Verwirklichung. Die Frage nach der Funktion der Kunst im transzendentalen Idealismus ist für Freier also eine Frage der Praxis.

Das Problem des Systemabschlusses stellt sich gleicherweise wie für Kant auch für Fichte und Schelling; jener löst es durch die Setzung des absoluten Ich; dieser durch den Entwurf einer Mythopoesis, in der der Bruch zwischen Natur und Vernunft geheilt wird durch die Erinnerung an ihre mythische Einheit in der Antike. Die neue Mythologie der Moderne kopiert nicht jene der Antike, sondern nimmt in einem anamnetischen Rückblick alle vorangegangenen Traditionen in sich auf. Der Ort der künftigen Mythologie ist die Naturphilosophie, weil sie die Naturgesetze vergeistigt. – In einem knappen Kapitel wendet sich Freier Marx zu, um dessen geschichtsphilosophisches Modell eines uneinsichtigen Utopismus zu zeihen, demgegenüber Schellings Mythopoesis die größere Wahrheit zukomme, weil sie die Nichterkennbarkeit des Nichterkennbaren eingestehe, während Marx' Utopie eine Aufhebung der Wissensgrenze in der politischen Praxis simuliere. Das Kapitel über Marx hat scheinbar die heuristische Funktion, die philosophische Integrität Schellings darzutun. In Wahrheit macht es Freiers methodischen Ansatz sichtbar: er stellt sich auf die Seite des Kantischen radikalen Zweifels, wenn er dessen Bewahrung als eine Tugend des Schellingschen Systems behauptet. Da Freier aber die Funktion der Kunst im transzendentalen Idealismus als ein Problem der Praxis verstanden wissen will, ist sein geheimer Agnostizismus eine politische Entscheidung. Immerhin kann Freier nicht klarmachen, was denn der Gewinn für die Praxis sei, wenn das idealistische System seinen Abschluß in einer re mythologisierten Kunst findet. Angesichts der großräumig angelegten Darstellung der idealistischen Philosophie ver-

wundert es ohnehin, warum Freier nicht auf andere Lösungsversuche für das Problem des Systemabschlusses eingegangen ist. Hegel zum Beispiel rangiert bei ihm nur am Rande.

Es gibt wenige Bücher, die so konzis in der Entwicklung der Gedanken sind wie dieses, die in so lückenloser Angespanntheit ihr Thema entfalten, die in solcher Präzision, Klarheit und Eleganz geschrieben sind. Bei soviel Souveränität verwundert es um so mehr, wenn man entdecken muß, daß kaum ein Gedanke – und dies gilt für die leitenden Ideen ebenso wie für Detailbeobachtungen – authentisch ist. Das vorherrschende Thema ist Schelling; und dessen Analyse entnimmt Freier Dieter Jähnigs Buch „Schelling. Die Kunst der Philosophie“ (1966). Jähnigs Entdeckung ist die Bedeutung der Rolle der Kunst in Schellings früher Schrift über das „System des transzendentalen Idealismus“ und die Verbindung dieser Position mit seiner späteren Kunstphilosophie. Diesem Ansatz folgt Freier bis ins einzelne. Seine Einsichten über Kant hingegen findet man abgehandelt von Günter Freudenberg, „Die Rolle von Schönheit und Kunst im System der Transzendentalphilosophie“ (1960), der das Problem des Systemabschlusses bei Kant entdeckt und die Verbindung von Natur und Vernunft, von Theorie und Praxis als die Funktion der Urteilskraft behauptet. Während in den beiden genannten Fällen Freier seine Gewährsmänner nur flüchtig nennt, setzt er sich explizit im Marx-Kapitel mit Jürgen Habermas' Aufsatz „Dialektischer Idealismus im Übergang zum Materialismus – Geschichtsphilosophische Folgerungen aus Schellings Idee einer Contraction Gottes“ (in: J. H., „Theorie und Praxis“, 1963) auseinander. – Das Merkwürdige bleibt, daß Freiers Buch spannender zu lesen ist als die Abhandlungen seiner originelleren Vorgänger.

Hannelore Schläffer (Paris)

**Schläffer, Hannelore, und Heinz Schläffer:** Studien zum ästhetischen Historismus. edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1975 (173 S., br., 6,- DM)

Ausgehend von der Genese des bürgerlichen Geschichtsdenkens in der Aufklärung haben sich die Autoren zur Aufgabe gesetzt, „Stillstand und Rückschritt der politischen Entwicklung des 19. Jhdts. in den konservativen oder restaurativen Umbildungen des historischen Bewußtseins wiederzufinden“ (7).

In den einzelnen Aufsätzen des Bandes wird der Umschlag von einer Geschichtsphilosophie, mittels deren sich das Bürgertum der Geschichte als Basis seines Handelns wie des Fortschritts versichert, zu einer Stillstellung der Vergangenheit als Ort tröstlichen Kunstgenusses zunächst an der Entwicklungsreihe Herder-Hegel-Schlegel verfolgt (vgl. 34 f., 49 ff.). Die so gewonnenen Kategorien werden dann in Untersuchungen zu Jacob Burckhardt, Stifter und Hebbel weiterentwickelt und vertieft, wogegen der abschließende Aufsatz zum kulturkonservativen Essay im 20. Jhd, schon wegen der historischen Distanz aus diesem Zusammenhang etwas herausfällt.

Methodisch berufen sich die Autoren auf eine Art ideologiekritischer Hermeneutik: die historisch-gesellschaftliche Bedeutung der untersuchten Texte soll erst im Nachhinein, ausgehend von der Analyse ihrer inneren Widersprüche entwickelt werden (10 f.). Die Studien zeichnen sich denn auch vor allem durch die immanente interpretatorische Genauigkeit aus, mit der die Autoren den Wechsel der Denkformen in der bürgerlichen Geschichtsauffassung herausarbei-

ten. Der Ansatz erweist sich allerdings in der Interpretation als problematisch, da beide Autoren fast durchgängig nun statt mit einem expliziten historisch-gesellschaftlichen Analyserahmen mit einem impliziten, immer wieder in den Text eingebrachten Vorverständnis von der Situation des „nachrevolutionären Bürgertums“ arbeiten (7). Die Annahme von „Stillstand und Rückschritt der politischen Entwicklung“ (s. o.) wird nur in einigen im Text verstreuten Bemerkungen wieder aufgegriffen (z. B. 60 f., 92, 136).

Dieser Mangel einer systematischen Entwicklung des historischen Vorverständnisses der Autoren wird besonders deutlich in dem pauschalen Begriff von „Bürgertum“, mit dem sie arbeiten.

So erscheint ihnen die bürgerliche Beschäftigung mit Geschichte im 19. Jhd. nur als einliniger Prozeß der Restauration.

Hier wäre eine gesellschaftliche Analyse wichtig gewesen, die hätte deutlich machen können, daß es sich hier wohl doch nur um die Position bestimmter Gruppen des Bürgertums handelt, denn wo wäre sonst die Geschichtsauffassung eines Hettner, Gervinus oder auch das ganze Junge Deutschland unterzubringen? So aber erscheint die resignative Position Burckhardts als die paradigmatische Vollendung des Auseinandertretens der Rezeption von Kulturgeschichte und politischer Geschichte (Entwicklung Herder-Hegel-Schlegel).

Das interpretatorische Verfahren verstellt den Verfassern allzuleicht den Blick auf die gesamtgesellschaftliche Einordnung der untersuchten Autoren und Texte. So schlägt die ideologiekritische Intention allzuleicht in eine abstrakte und damit idealistische Argumentation um. Dies wird besonders in dem Hebbel-Aufsatz deutlich.

Hebbels enthistorisierend-überzeitliches Konzept der Tragödie wird hier in einem unerklärlichen Umkehrschluß auf einmal zur Vorbedingung seiner politischen Haltung: „Eher in gattungspoetischen als in politischen Motiven scheint daher Hebbels restaurative Einstellung begründet“ (132). Zwar findet sich auch am Schluß dieses Aufsatzes ein Verweis darauf, daß Hebbel dem Prozeß zuzurechnen sei, in dem ein „gewichtiger Teil der bürgerlichen Kunst und Literatur“, „die geschichtlichen Prinzipien der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich Aufklärung und Vernunft“ verleugnet (136), aber Einfluß auf die Analyse gewinnen solche Hinweise nicht.

Wenn schließlich die Position der konservativen Essayisten nur als Vollendung der im 18. Jhd. angelegten Tendenzen erscheint (165 f.), ist es auch nicht verwunderlich, daß die präfaschistischen Tendenzen dieser Autoren (etwa Jünger, Benn) den Verfassern erst gar nicht in den Blick kommen.

Hartmut Stenzel (Wuppertal)

**Lukács, Georg:** *Heidelberger Philosophie der Kunst* (1912–1914). Aus dem Nachlaß herausgegeben von György Márkus und Frank Benseler. Georg Lukács Werke Band 16. Frühe Schriften zur Ästhetik I. Luchterhand Verlag, Darmstadt-Neuwied 1974 (248 S., Ln., 42.– DM).

Die frühen Kunstphilosophischen Schriften der vormarxistischen Schaffensperiode Lukács' werden mit diesem Buch zugänglich gemacht. Der phänomenologisch orientierte Idealismus von Lukács' Ästhetikbegriff haftet am augenfälligsten an dem das reine Kunstwerk konstituierenden Widerspruch zwischen der Tatsache, daß das Kunstwerk vom Menschen zwar produziert wird, aber dennoch eine vom Menschen radikal getrennte eigene Welt bildet, daß es als „im-

manentes In-sich-Vollendetsein“ (9) vorgestellt wird. Lukács kritisiert alle Versuche, den Bereich des Kunstschönen als Ausdruck einer übergeordneten Wesenheit zu begreifen. Im besonderen trifft seine Kritik Hegel, dem es nicht um das Erklären der Eigenart des Kunstwerkes geht, sondern um die Subsumierung der Kunst unter eine geschichtsphilosophische Metaphysik. Wie Hegel wirft Lukács auch den Romantikern (Schelling und Schopenhauer) eine funktionalistische Kunstbetrachtung vor, die die platonische Einschätzung der Kunst als unwahres Abbild der Ideenwelt reproduziere. In diesen Ansätzen „(ist) die Endgültigkeit und Selbständigkeit der künstlerischen Gestaltung und damit die Autonomie der Ästhetik aufgehoben . . .“ (36) Dagegen setzt Lukács die Kantsche Fragestellung nach den Bedingungen der Möglichkeit der Existenz von Kunstwerken: „es gibt Kunstwerke – wie sind sie möglich?“ (9)

Die Beantwortung der Frage arbeitet Lukács als Kritik an der Produktions- und Rezeptionsästhetik heraus, denn das Kunstwerk läßt sich weder in die Realisation des Künstlerwillens noch in die Summe der Rezipientenerlebnisse auflösen. Von keiner der beiden Seiten „führen Wege zum Werk: immer steht ein Abgrund zwischen ihnen und kann nur durch die rätselvolle, wenn auch notwendige und begreifbare Gnade des Sprunges überwunden werden“ (51). Die Kategorien „Sprung“, „Mißverständnis“, „Paradoxie“ setzt Lukács ein, um die Ablösung der Kunstwirklichkeit, die er später als „utopisch“ charakterisiert, von der dem Menschen gegebenen Wirklichkeit zu kennzeichnen. Aber trotz der prinzipiellen Unerreichbarkeit der Kunstwirklichkeit durch den Menschen erhofft sich Lukács von der Analyse des „schöpferischen und rezeptiven Verhaltens“ „Fingerzeige“ auf das eigentliche Werk, Aufschluß über es, nie aber Verständnis. Aufgrund der „Passivität“ des rezeptiven Verhaltens verspricht sich Lukács von dieser Seite weniger Aufschluß als von der Seite der Kunstproduktion, wo das Genie als Bedingung für die Existenz des reinen Kunstwerks gefordert wird. Das Genie verfällt einerseits nicht in naturalistischen Dilettantismus, indem dort formlose Erlebnisse reproduziert werden, wird also nicht zum „Jakobiner des Erlebnisses“ (72), andererseits nicht in bloße Virtuosität, wird nicht zum „Jakobiner der Technik“ (74). „Wir haben nämlich das Genie als Möglichkeit der Existenz des Werks durch die *harmonia praestabilita* zwischen seinen Erlebnisformen und den technischen Formen definiert . . .“ (80).

Die Homogenität von Erlebnis und technischer Formung ermöglicht ein reines Kunstwerk, das sich vom historischen Moment seiner Produktion und der Psychologie seines Produzenten gelöst hat. Im Kunstwerk realisiert sich so eine immanente „utopische Wirklichkeit“. In diesem Begriff trifft sich die vormarxistische Ästhetik Lukács' mit der ästhetischen Theorie seines späteren Gegners Th. W. Adorno auffallend: „eine vollkommene Welt, die in unabwiesbarer Gegenwartigkeit da ist und dennoch aus einer anderen Region, die der Vergänglichkeit des Moments „Gegenwart“ entrückt ist, herabzusteigen scheint; eine utopische, ewig gewordene Wirklichkeit . . .“ (210): so faßt Lukács die Eigenart der ästhetischen Wirklichkeit.

Die *romantische* Kunsttheorie sei dem Fehler verfallen, die utopische Wirklichkeit des Ästhetischen in das schöpferische Subjekt zu verlegen. Sie leugnet so die das Kunstwerk konstituierende Distanz zwischen Subjekt und Werk; die Kategorie des „Sprunges“ und des „Mißverständnisses“ kommt nicht in Betracht. Entsprechend kritisiert Lukács den *Klassizismus*, indem dort die utopische Wirklichkeit im Kunstwerk thematisiert werden wolle, sich also nicht erst in dem Lösen des Werkes vom Historisch-Subjektiven realisiert. Dem *Naturalismus*

stellt sich das Problem einer utopischen Kunstwirklichkeit gar nicht, weil er die dem Menschen gegebene Wirklichkeit reproduziere.

In Analogie zu der Funktion der Analyse von schöpferischem und rezeptivem Verhalten als „Fingerzeige“ gesteht Lukács der Soziologie der Kunst und der Rezeptionsästhetik nur die Rolle der Klärung von Voraussetzungen für das eigentliche Werk zu: „Die ‚Gesetze‘ dieser Soziologie . . . können nur feststellen, welche Gesinnungen, . . . da sein müssen, damit gewisse Kunstformen realisiert werden können – ob diese aber selbst bei Vorhandensein dieser Gesinnungen sich tatsächlich realisieren werden oder nicht, das kann natürlich in diesen Gesetzen nie ausgesprochen, noch je aus ihnen gefolgert werden“ (183/4). Ebenso kann zwar die Rezeptionsästhetik zu Aussagen darüber gelangen, was zu einem konkreten historischen Moment als „typisch“ oder „neu“ empfunden wurde, berührt damit aber nicht die Eigenart des Ästhetischen.

Die am weitesten reichende Intention der hier veröffentlichten frühen ästhetischen Schriften von Lukács ist wohl die Trennung der ästhetischen Werte von allen anderen Werten, insofern allein die Ästhetik einen angemessenen Bezug zwischen Subjektivität und Wert ermögliche. Denn die *Logik* habe einen Bereich „allgemeiner Normen“ geschaffen, der auf Subjektivität nicht mehr angewiesen ist. Andererseits begreife die *Ethik* Subjektivität ausschließlich unter dem Gesichtspunkt dieser allgemeinen Norm. Gerade das „Mißverständnis“, die Notwendigkeit, den ästhetischen Wert nicht an sich zu verstehen, sondern unter den Bedingungen der jeweiligen Subjektivität, auf Kosten des „objektiven“ Wertverständnisses, zeuge für die Eigenart der ästhetischen Werterfassung.

Reinhard Leusing (Bremen)

**Gebhardt, Peter, u. a.:** Walter Benjamin – Zeitgenosse der Moderne. Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1976 (145 S., br., 19,80 DM).

Bisher scheiterten alle Versuche, das Werk Walter Benjamins in einer systematischen Untersuchung ‚auf den Begriff zu bringen‘ an einem heterogenen Material, das sich sträubte, in ein geschlossenes System eingeordnet zu werden.

In der vorliegenden Schrift wird versucht, das Panorama durch ein Mosaikbild zu ersetzen. Über vereinzelte Bilder und Aspekte soll Zugang zur Vorstellungswelt Walter Benjamins gewonnen, ihr Stellenwert für Denkopoperationen fixiert und ihre Verweisungen festgehalten werden.

Von sechs verschiedenen Aspekten aus wird dies mit unterschiedlichem Erfolg versucht. Im ersten Teil, in dem Benjamins Beziehungen zu einigen Zeitgenossen untersucht wird, behandelt Witte Benjamins Verhältnis zu Brecht. Grundlage dieser zeitweiligen Zusammenarbeit, die im Projekt der gemeinsamen Zeitschrift ‚Kritik und Krise‘ gipfelte, war Brechts literarische Praxis der Lehrstücke, in denen Benjamin wichtige Elemente der von ihm geforderten neuen, experimentellen, operativen Literatur entdeckte, als deren Adressaten er aber im Unterschied zu Brecht ausschließlich die bürgerliche Intelligenz betrachtete.

Rumpf widmet sich in zwei Aufsätzen den Beziehungen Benjamins zu Carl Schmitt und George. Differenziert und Verallgemeinerungen vermeidend, arbeitet er Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen beiden heraus und folgt den vielfältigen Spuren Schmitts in Benjamins Schriften. Schwieriger erweist sich für Rumpf die Erhellung von Benjamins George-Rezeption, dessen weltanschauliche Positionen Benjamin stets ablehnt, dessen artistische Virtuosität ihn aber immer wieder fasziniert hat.

Die Aufsätze des zweiten Teils versuchen, Zugang zur Begriffswelt Walter Benjamins zu finden. Gebhardt unternimmt den Versuch, Licht in den äußerst schillernden Begriff der Kritik zu bringen und dessen Wandlungen im Werk Benjamins nachzuvollziehen.

Schödlbauers Versuch, Benjamins Wahlverwandtschaften-Essay zu begreifen, hätte durch die Kenntnisnahme der Untersuchung Gebhardts oder Rumpfs davor bewahrt werden können, Benjamins Arbeit innerhalb eines falschen Kontextes zu interpretieren. Solange der Wahlverwandtschaften-Essay vornehmlich als philologische Abhandlung gelesen und nach seinem Beitrag zur Goethe-Forschung oder zur aktuellen literaturwissenschaftlichen Methodenauseinandersetzung befragt wird und nicht als eine philosophisch-theologische Arbeit verstanden wird, die das Kritik-Konzept seiner Dissertation weiterführt und den Übergang zur Dialektik des Trauerspielbuches markiert, solange werden auch die Intentionen dieser Arbeit ‚dunkel‘ bleiben.

Der abschließende Aufsatz von Harth/Grzimek zu den Begriffen „Aura“ und „Aktualität“ erfüllt seinen Anspruch einer kommentierenden Beschreibung des Begriffsumfeldes, verfehlt aber seine Stoßrichtung, wenn die Autoren als neues Ergebnis ihrer Arbeit feststellen, daß diese Begriffe keinem systematischen, literaturwissenschaftlichen Konnex entstammen, sondern vornehmlich ästhetisch geprägte, also vieldeutige und begrifflich nicht eindeutig definierbare Ausdrücke darstellen. Benjamin hatte schon früh den Anspruch aufgegeben, die Literaturwissenschaft mit neuen Erkenntnissen zu beglücken, seine Begrifflichkeit ist z. T. gerade gegen die Literaturwissenschaft konzipiert.

Josef Schültke (Berlin-West)

**Gorsen, Peter, und Eberhard Knödler-Bunte:** Proletkult 1. System einer proletarischen Kultur. Dokumentation. Frommann-Holzboog Verlag, Stuttgart-Bad Cannstatt 1974 (269 S., br., DM 28,-);  
**dies.:** Proletkult 2. Zur Praxis und Theorie einer proletarischen Kulturrevolution in Sowjetrußland 1917–1925. Dokumentation. Frommann-Holzboog Verlag, Stuttgart-Bad Cannstatt 1975 (189 S., br., DM 28,-).

Hier liegt die in deutscher Sprache bisher ausführlichste Darstellung und Dokumentation zur Proletkult-Bewegung in den ersten Jahren des nachrevolutionären Rußland vor. In Einleitung und Kommentar werden Entstehung und Entwicklung des Proletkult (PK) sowie seines Programms differenziert untersucht. Die Ausrichtung ist indessen nicht ausschließlich historisch, vielmehr zielen die Vf. unter dem Eindruck der „kulturrevolutionären Prozesse in der Volksrepublik China, der Revolt- und Widerstandsformen der westeuropäischen Studentenbewegung, schließlich der qualitativ veränderten Verlaufsformen von Streiks und anderen Klassenauseinandersetzungen“ (9) auf die „Wiederaufnahme einer Diskussion über kultur- und revolutionstheoretische Probleme“ (10) ab. Es empfiehlt sich, die Einführung als einen entsprechenden Diskussionsbeitrag zu diesem allgemeinen Thema auf der Grundlage der Analyse des PK zu lesen; von häufiger auftretenden pauschalen Urteilen folgender Art sollte man sich nicht abschrecken lassen: daß etwa die angesprochene Diskussion „durch die Konstruktion des Marxismus-Leninismus wie durch die spätere kulturelle Praxis der Sowjetunion gleichermaßen verstellt wurde“ (10), oder daß die Behandlung des



PK in der sowjetischen Wissenschaft allein aus der Perspektive der „Verteidigung revisionistischer Kulturpolitik“ erfolgte (53). Letzteres Argument berücksichtigt zudem nicht die in den 60er Jahren einsetzende intensivere Beschäftigung mit dem PK in der UdSSR.

Gorsen und Knödler-Bunte vermeiden, eine ahistorisch-idealisierte Einschätzung des Programms einer „proletarischen Kultur“, indem sie seine geschichtlichen Entstehungsbedingungen und Grenzen reflektieren; doch erreichen sie letztlich nicht die Konkretionsebene einer kritischen Darstellung des PK und seines Konflikts mit der sowjetischen Kulturpolitik, die eine stringente Wertung ermöglicht oder alternative Formen der kulturellen Entwicklung im nachrevolutionären Rußland aufzeigen könnte (vgl. auch die Rezension von G. Erler in „Ästhetik und Kommunikation“ H. 20, 1975, S. 93–96). Ausdruck dessen ist sowohl die oft gebrauchte, aber höchst unklare Kategorie des (kulturellen) „Emanzipationsanspruchs der russischen Arbeiterklasse“ (33) als auch der trotz aller Bemühungen unaufgelöste Widerspruch in der Bewertung des PK zwischen zumindest ansatzweiser *Einlösung* dieses Anspruchs und der „schlechten Abstraktion“ (113) des Programms. Ebenso wenig kann die Darstellung der Kontroverse zwischen PK und sowjetischer Kulturpolitik überzeugen, in der die Autoren – die der Position des PK im Sinn des vage umschriebenen „Emanzipationsanspruchs“ zu neigen – einerseits auf Schwächen in Programm und Praxis des PK hinweisen, andererseits aber Lenin ein auf elementare Bildungsarbeit „verengtes Verständnis von Kultur und Kulturrevolution“ (75) vorwerfen, was zum Teil schon durch die an verschiedenen Stellen angeführten Lenin-Zitate selbst widerlegt wird (vgl. auch Dok. 11 und 12). Den systematischen Ausgangspunkt dieses Vorwurfs bildet die gewiß anfechtbare These, daß Lenin die „objektive Gewalt der proletarischen Klassenbewegung unterschätzte“, die „in spontanen Massenaktionen, revolutionären Kämpfen und den Bewegungen der Sowjets und der Betriebskomitees zum Ausdruck“ kam (32).

Die Autoren verfolgen zutreffend die zunächst sich widersprüchlich entwickelnde Haltung Lunačarskijs zum PK, vernachlässigen aber einen von dem damaligen Volkskommissar für das Bildungswesen verschiedentlich genannten zentralen Kritikpunkt an der „proletarischen Kultur“, der für das Verständnis der sowjetischen Kulturpolitik unerläßlich ist: die Tatsache, daß im universellen PK-Programm das revolutionäre Bündnis von Arbeitern, Bauern und Intelligenz unberücksichtigt bleibt und damit praktisch in Frage gestellt wird. Eben der von den Autoren selbst beschriebene Anspruch der Schaffung einer „rein“ proletarischen Kultur läßt die Zuordnung der „linken“ künstlerischen Intelligenz (Tret'jakov, Ėjzenštejn u. a.) zum PK höchst fragwürdig erscheinen. Diese Künstler arbeiten zwar in der Moskauer PK-Organisation, aber erst nachdem der Widerstand der an einer „rein“ proletarischen Kultur und eher traditionellen künstlerischen Vorbildern orientierten Mitglieder überwunden war. Die Ausführungen zur kulturellen Praxis des PK beziehen sich u. a. ausführlich auf die Arbeit der „linken“ Künstler, während der Entwicklung der proletarischen Dichtung zu geringe Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Dokumentation ist – nimmt man bereits in deutscher Sprache erschienene Sammlungen hinzu, die in der umfassenden Bibliographie angeführt werden – von einer Vollständigkeit, die es zusammen mit den beiden Bibliographien gestattet, sich kritisch in Geschichte und Programm des PK einzuarbeiten. (Zur Bibliographie der sowjetischen Arbeiten seien unbedingt die ergänzenden Angaben in der Rezension von W. Eismann in „Kritikon Litterarum“ Nr. 4, 1975 empfoh-

len). Die Überschrift des Abschnitts C. ist irreführend, da er nicht Beispiele der „kulturellen Praxis“ selbst, sondern Äußerungen verschiedener Art über sie enthält. Für Dok. 44 bis 52, die sich auf die künstlerische „Linke“ beziehen, gilt der o. a. Vorbehalt; sie hätten, werden sie schon aufgenommen, zumindest deutlich von den übrigen abgesetzt werden müssen. Gerd Wilbert (Marburg)

**Holz, Hans Heinz:** *Logos spermaticos*. Ernst Blochs Philosophie der unfertigen Welt. Luchterhand Verlag, Darmstadt-Neuwied 1975 (249 S., br., 40,- DM).

Logos spermaticos ist das auf den Begriff gebrachte Denken Blochs, mit dem sich Holz kategorial, d. h. auf der erkenntnistheoretischen statt der ideologischen Ebene, auseinandersetzt. Besonders seit „Experimentum Mundi“, dem Blochschen Alterswerk, ist kategoriale Kritik gefordert, die dem nun zusammengefaßten Gesamtwerk axiomatische Würdigung zuteil werden läßt. Zu diesem Zweck untersucht Holz die Kategorien, wie sie das Denken Blochs organisieren (10, 226), und hat damit schon eine Entscheidung getroffen: daß sie nicht das Sein, die gesellschaftliche Wirklichkeit repräsentieren. Der offene unfertige Charakter der Kategorien, welche die Welt als eine vorstellen, deren Gelungensein noch aussteht, steht Holz dafür, daß mit ihnen nicht praktisch zu rechnen ist, weil sie das sachhaft-objektgemäß Mögliche, die Analyse ökonomischer und soziologischer Sachverhalte und Entwicklungen überspringen (220). Holz verifiziert seine Kritik an zwei Grundmotiven: Der Religionsphilosophie aus dem Geiste jüdischer Mystik und dem historisch-dialektischen Materialismus, wie er von Marx und Engels entwickelt wurde. Blochs Philosophie gilt ihm als Resultat aus der Spannung zwischen diesen beiden Polen, wobei der Marxismus dem philosophischen Kern von außen hinzutritt (11). Holz erklärt Blochs Bekenntnis zum Marxismus aus dem chiliastischen Einschlag, den die Idee des Kommunismus enthält, und die – zu weit getrieben – zur Fallgrube des Denkens wird (212). Blochs Philosophie bedeutet für Holz den Inbegriff der Zusammenfassung aller kulturellen Kräfte der Menschheit im Kampf gegen die bisher schärfste und unmenschlichste Form von Ausbeutung und Klassenherrschaft (12), wenn auch nur als ideale Gestalt des objektiven Geistes (11), als utopisches Vor-Bild, das die konkrete Wirklichkeit, sie überfliegend (17), hinter sich läßt. Bloch räume der Zukunft als Zeit zu große Priorität vor dem Sein ein (59). Diese Interpretation des dialektischen Verhältnisses von Wirklichkeit und Möglichkeit in Sein und Zeit muß Erinnerungen an Heidegger hervorrufen. Deshalb wagt Holz den Vergleich von „Noch-Nicht-Sein“ (Bloch) und „Sich-vorweg-sein auf seine je eigenen Möglichkeiten“ (Heidegger), der auf verborgene Quellen beider Philosophen führen könnte (226, 227, 10). Reminiszenzen an den „Jargon der Eigentlichkeit“, wie Adorno über die Heideggersche Sprache urteilte, unterlaufen nur dem oberflächlichen Leser und können Holz nicht unterstellt werden; dennoch zeugt der – wenn auch nur formal gemeinte – Parallelismus von „Sein-zum-Tode“ (Heidegger) und „Utopicum“ (Bloch) von einer Tendenz der Umformung des Prinzips Hoffnung in das der Sorge. Derart durch die existenzialistische Brille betrachtet geht der Blick für die praktische Bedeutung der Hoffnung und der Phantasie, um deren ontologischen und phänomenologischen Nachweis besonders innerhalb des Marxismus sich Bloch bemüht, verloren. Praxis und Telos, Wirklichkeit und Möglichkeit treten so aporetisch auseinander, und das dialekti-

sche Verhältnis von Geschichte und Freiheit erstarrt zur offenen Frage (24). Die Freiheitsidee des Marxismus ist chiliastisch depotenziert, wenn man ihre materialistische Begründung nicht nachweisen kann. Holz fordert Nüchternheit des wissenschaftlichen Sozialismus gegen das Zuviel des Überschwanges einer Philosophie der Zukunft (217). Bloch ist ihm eine Art „Hans-guck-in-die-Luft“, ein utopischer Denker, der zwar zum Vorbild und Propheten des Volkes taugt, aber keine praktische Weltveränderung bewirken kann. Eine Philosophie der Hoffnung soll am sachhaft-objektgemäß Möglichen dingfest gemacht werden können, damit sie nicht zum peinlichen Störungsfaktor wird (217); sie soll am historischen Material im Detail erprobbar sein (68, 69). Aber wie kann etwas Möglichkeit, Zukunft, utopisches Potential sein, wenn es bereits historisch erprobt wurde?

Karin Bruns-Weingartz (Düsseldorf)

**Fetscher, Iring: Der Marxismus. Seine Geschichte in Dokumenten. Band I: Philosophie, Ideologie.** Piper Verlag, München-Zürich 1976 (298 S., br., 26,- DM).

Von der dreibändigen Anthologie (Band I: Philosophie, Ideologie, Band II: Ökonomie, Soziologie, Band III: Politik) liegt dem Rezensenten der Band I in dritter Auflage vor. Ein Marxismus-Digest von zweifelhafter Nützlichkeit. Kanterbunt durcheinander werden neben den Klassikern „Marxisten“ sehr unterschiedlicher Färbung und Rangordnung präsentiert: Marx und Marcuse, Friedrich Engels und Peter v. Struve, Rosa Luxemburg und Heinrich Cunow, Lenin und Eduard Bernstein, Georg Lukács und Max Adler, Gramsci und Otto Bauer, – alles „Marxisten“. Hegel als „Wegbereiter“ geht in Ordnung, aber Hess? Gerade an diesem zeigt sich die Unfruchtbarkeit einer unhistorisch präsentierten Textprobe. Moses Hess, für den Kehrtwendungen charakteristisch sind, wird aus mehreren Schaffensperioden unkommentiert vorgestellt, mit dem Resultat, daß eine verwirrende Vielzahl Hess'scher „Marxismen“ vorliegt ohne Bezugnahme auf irgendeine biographische oder ideologische Deutung. Wer dieses Buch etwa als „Einführung“ oder „Leitfaden“ studiert, wird die Bemühung bald aufgeben. Entschuldigung des Verfassers: „Eine sinnvolle Lektüre der vorliegenden Texte schließt daher ein Hin- und Herblättern zwischen den einzelnen Autoren . . . ein“ (20). Ohne historischen Hintergrund wird das „Hin- und Herblättern“ zum nutzlosen Zeitvertreib. – Anzuerkennen ist Fetschers Bemühen, Äußerungen marxistischer Theoretiker zur Ethik zu sammeln und in diesem Zusammenhang auf die Rolle hinzuweisen, welche die „Idee der Gerechtigkeit“ bei Marx spielt. – Unverständlich die Zitierweise: warum werden Klassiker aus zum Teil schwer erreichbaren Einzelveröffentlichungen zitiert, und nicht, wie üblich, aus den gängigen Werkausgaben?

Bruno Frei (Wien)

## Sprach- und Literaturwissenschaft

**Serébrennikow, B. A. (Hrsg.): Allgemeine Sprachwissenschaft.** Akademie-Verlag, Berlin/DDR und Wilhelm Fink Verlag, München, Band 1: Existenzformen, Funktionen und Geschichte der Sprache, 1973 (533 S., br., 48,- DM). Band 2: Die innere Struktur der Sprache, 1975 (521 S., br., 48,- DM). Band 3: Methoden sprachwissenschaftlicher Forschung, 1976 (296 S., br., 28,- DM).

Eine Gruppe von Mitarbeitern am Institut für Sprachwissenschaft der Akademie der Wissenschaften der UdSSR unter der Leitung von B. A. Serébrennikow hat mit diesem Werk den Versuch gemacht, den Stand der allgemeinen Sprachwissenschaft am Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre (das russische Original erschien 1970 – 1973) im Überblick darzustellen. Dieser Versuch ist für die neuere Sprachwissenschaft insofern außergewöhnlich, als er nicht zu einem Handbuch mit voneinander relativ unabhängigen Artikeln führt, sondern eine fortlaufende, in sich geschlossene Präsentation anstrebt. Ein so umfangreiches und ehrgeiziges Unternehmen dürfte augenblicklich überhaupt nur unter den Arbeitsbedingungen realisierbar sein, wie sie an einer Akademie der Wissenschaften möglich sind und wie es sie bei uns nirgendwo gibt.

Die Stofffülle wird gebändigt, indem Sprachwissenschaft nicht aufgefaßt wird als die Menge der sprachwissenschaftlichen Schulen, sondern als die Lehre von einem bestimmten Gegenstand (I, 1). Wo immer möglich, wird über Sprache selbst geredet. Damit bleibt die Darstellung meistens ziemlich konkret, und die Autoren zwingen sich dazu, auch theoretische Auseinandersetzungen dicht am Gegenstand zu führen. Wie vorteilhaft dieses Vorgehen ist, zeigt sich nicht zuletzt dort, wo davon abgewichen wird, etwa bei dem ermüdenden Literaturbericht über Auffassungen zum sprachlichen Zeichen (I, 79 ff.) oder der im wesentlichen begriffesammelnden Erörterung des Problems der sprachlichen Ebenen (II, 71 ff.).

Der erste Band enthält neben den thematisch weit gespannten Überblickskapiteln zum „Wesen der Sprache“ und zur „Zeichennatur der Sprache“ Einzeldarstellungen zur Sprachgeschichte, Sprachpsychologie, Sprachgeografie, Sprachsoziologie und Sprache der Literatur. Band 2 umfaßt wesentliche Teile von dem, was üblicherweise als Systemlinguistik bezeichnet wird. Behandelt werden neben der Grammatik im weitesten Sinne die Sprachtypologie und das Universalienproblem. Band 3 setzt sich mit den Methoden einiger der Bereiche auseinander, die in den beiden ersten Bänden abgehandelt werden, insbesondere der Sprachgeschichte, der Sprachgeografie, der Sprachtypologie und der strukturellen Sprachwissenschaft. Den Schluß bildet ein übergreifendes Kapitel zur Methodologie der Sprachwissenschaft.

Die Aufteilung des Stoffes auf die drei Bände entspricht äußerlich den auf uns gekommenen Vorstellungen von Sprachwissenschaft, deren Fragwürdigkeit überall in der Linguistik mehr und mehr erkannt wird: auf der einen Seite das System, auf der anderen Seite – mehr oder minder direkt – gesellschaftlich Bedingtes und drittens schließlich das weitgehend vernachlässigte Methodische und Methodologische. Serébrennikow verwahrt sich jedoch gleich im Vorwort zum ersten Band gegen derartige Trennungen von „innerer“ und „äußerer“ Linguistik. Sein Einleitungskapitel dient vornehmlich dem Zweck, die theoretisch wie forschungsorientierend programmatische Forderung, daß der systematische

Aspekt der Sprache funktional gefaßt werden müsse, inhaltlich zu begründen. Den Schlüssel zur Lösung dieser Aufgabe sieht er in der Explikation eines genetischen Sprachbegriffes, also der historischen Herleitung aller – und damit auch der systemgebundenen – Eigenschaften der Sprache (insbesondere I, 12–55).

Eigentlich kritisch für die Verwirklichung dieses Programms ist der zweite Band. Zwar kann auch das vorliegende Werk noch lange nicht für sich beanspruchen, die sprachsystematischen Darstellungen befriedigend mit den sprachfunktionalen integriert zu haben, aber Ansätze und Denkweisen werden vorgeführt, die es niemals zu einer Verselbständigung des systematischen Aspekts kommen lassen. Die theoretisch einsichtig fundierte und weitreichende Darlegung über Sprachsystem und Sprachstruktur entwickelt den Begriff des Systems eines Objektes und entsprechend den des Sprachsystems aus der Korrelation der Existenzbedingungen von Objekten (Substanz, Form, Funktion) mit ihren Erkenntnisaspekten (elementbedingt, strukturbedingt, systembedingt) (II, 16). Die Erkenntnis der Totalität eines Objektes verlangt die Erkenntnis seiner substanzbedingten Strukturiertheit sowie des Zusammenwirkens von Substanz und Struktur als System, wobei „Das System . . . ein funktionales Gebilde darstellt), dessen Ganzheitlichkeit durch die konkrete Art der Übereinstimmung der Struktur mit der Substanz gesichert wird.“ (II, 21). Im Hinblick auf die vielleicht wichtigsten theoretischen Auseinandersetzungen innerhalb der neueren Sprachwissenschaft bedeutet dieser Ausgangspunkt zur Überwindung der Lücke zwischen Systemlinguistik und dem Rest zweierlei: (1) die Erforschung von Struktur und System der Sprache ist anzusehen als die Erforschung von objektiven Eigenschaften der Sprache und damit als Wissenschaft mit empirischem Gehalt. (2) Die Erklärungskraft systemlinguistischer Theorien ist daran zu messen, was sie zur Erfassung der Sprachfunktion beitragen können.

Auf diesem Hintergrund kann etwa die Grammatik (als Theorie über ein Teilsystem) einer Sprache nicht als Regelapparat zur Unterscheidung von richtig und falsch, zur Aufzählung aller und nur der Sätze einer Sprache o. ä. angesehen werden, sondern als Theorie über die sprachliche Form (Substanz und Struktur), die es erlauben muß, die Relation zwischen Form und Bedeutung zu explizieren. Ganz in diesem Sinne wird bei der Erörterung des Gegenstandes der Grammatik verfahren (II, 160 ff., verfaßt von T. W. Bulygina). Gefragt wird nach den Spezifika von Morphem-, Wort- und Satzbedeutungen und den sprachlichen Mitteln zu ihrer Realisierung; nach dem Unterschied zwischen lexikalischen und grammatischen Bedeutungen sowie der kommunikativen und kognitiven Funktion dieses Unterschiedes; nach den Gründen dafür, daß es keine 1 : 1-Entsprechung von Form und Bedeutung gibt; nach der kommunikativen Funktion von Redundanzen in der Form usw. Sicher sind das alles Fragen, die der Sprachwissenschaft schon längst gekommen sind, aber das Studium der Grammatik wurde oft genug unabhängig davon betrieben.

Bedauerlicherweise bleibt ein Bereich ausgespart, der gerade für den angesprochenen Zusammenhang besondere Bedeutung hat. Das Werk enthält praktisch nichts über Ansätze und Methoden der in einem strengeren Sinn formalen Sprachwissenschaft, die in jüngster Zeit auch quantitativ eine große Rolle spielen. Der einzige Hinweis darauf findet sich im Vorwort zum dritten Band, wo es heißt, daß Versuche gescheitert seien, die mathematischen, statistischen, transformationellen und modelltheoretischen Methoden zu beschreiben, „was davon zeugen dürfte, daß die Theorien einiger neuer Methoden der Sprachwissenschaft noch nicht reif genug sind“ (III, 2). Selbst wenn man unterstellt, daß die

Schwierigkeiten in der Sache und nicht bei den Autoren liegen, ist *dies* kein Grund zur Nichtbefassung. Wer sonst sollte wohl in der Lage sein, dringend erforderliche Anstöße zur Durchdringung und Bewertung neuer Verfahren zu geben als der, der für sich in Anspruch nimmt, wissenschafts- und erkenntnistheoretischen Boden unter den Füßen zu haben.

Enttäuschend ist die Behandlung einiger Bereiche, für die die Sprachwissenschaft der UdSSR an sich eine besondere Kompetenz besitzt. Das Kapitel über Sprache und Denken (I, 301 ff.) etwa bleibt angesichts der Tradition, die die kulturhistorische Schule in der sowjetischen Psychologie hat, unverstänlich allgemein. Ganz unzureichend ist der Abschnitt zur sozialen Differenzierung der Sprache (I, 394 ff.). Es wird nicht nur teilweise das Falsche behandelt (nämlich Fachsprachen, Gruppenjargons, Deklassiertenjargons, „Die Geheimsprachen der umherziehenden Gewerbetreibenden, Händler und der ihnen nahestehenden sozialen Gruppen“ und nichts sonst), sondern das auch noch auf wenig erkenntnisfördernde Weise. Der Leser wird mit Erkenntnissen konfrontiert wie der, daß die „Sprache, die die sowjetischen Flieger (in ihrem Kreis und aus beruflichen Bedürfnissen) heute sprechen. . . keineswegs die gleiche (ist), in der sich die Fliegeroffiziere 1912/13 in Sewastopol und Gatschina ausdrückten“ (I, 407). Fragen nach den Gründen, nach der konkreten Erscheinungsform und nach den Auswirkungen der sozialen Differenziertheit von Sprachen werden nicht einmal gestellt, obwohl sie in der Sowjetunion schon früh ausführlich diskutiert worden sind.

Entgegen dem Programm ist die sachliche und terminologische Abstimmung innerhalb des Autorenkollektivs nur teilweise gelungen. Terminologisches Durcheinander besteht insbesondere im Bereich der Grammatik. Wo grammatische Terminologie außerhalb des Grammatikteils des zweiten Bandes gebraucht wird, verwendet jeder seine eigene Begrifflichkeit (vgl. z. B. die Erörterung des Begriffs der grammatischen Kategorie, I, 331 ff.). Schlimmer noch ist die Uneinheitlichkeit im Grammatikteil selbst. Dieser beginnt mit einer sorgfältigen Abgrenzung der Begriffe Morphologie, Lexik, Grammatik und Syntax (III, 160 ff.). Ergebnis ist, daß die Morphologie „die Art und Weise, wie die jeweiligen Bedeutungen ausgedrückt werden“ (III, 167) untersucht, während die Syntax umgreifend als Kombinatorik vom Morphem an aufwärts angesehen wird (III, 162, 167). Aber schon im zweiten Teil des folgenden Kapitels zur Morphologie gilt dies nicht mehr. Morphologie ist wieder die Lehre von den Morphemen. Und das Kapitel zur Syntax (III, 209 ff.) tut so, als wäre noch gar nichts gesagt worden, erörtert in aller Breite den Syntaxbegriff und versteht schließlich unter Syntax die Verbindung von „Syntagmatik“, der Lehre von der Formung des propositionalen Kerns eines Satzes, und „Aktualisierung“, d. i. die Hinzufügung von Tempus, Modus, Topik-Kommentar, Intonation. Dieser Syntaxbegriff ist nicht nur unverträglich mit dem ersten, er zerstört auch viel von den Möglichkeiten, die Untersuchung von Form und Bedeutung analytisch voneinander zu trennen.

Kritik unter dem Stichwort Vereinheitlichung scheint mir weiter an der Art und Weise des Umgangs mit einigen linguistischen Theorien, insbesondere strukturalistischen, notwendig zu sein. An einigen der zahlreichen Stellen des Werkes, an denen man auf die Väter des Strukturalismus Bezugnimmt, sind zwar kritische Bemerkungen zur strukturalistischen Methode und dem zugrundeliegenden Sprachbegriff zu finden, im großen und ganzen geschieht die Berufung auf Saussure, die amerikanischen Strukturalisten und ganz besonders Trubetzkoy und Hjelmslev jedoch auffällig wohlwollend, wenn nicht affirmativ. Das

geht so weit, daß z. B. eine der klassischen distributionalistischen Morphemdefinitionen von Harris mit dem Kommentar versehen wird „Die Prinzipien der strukturellen Analyse sind dabei in vielen Fällen Ausdruck des intuitiv angewandten grammatischen Verfahrens, das weitgehend auf dem Sprachgefühl der Sprachträger beruht. Man könnte offenbar sagen, daß die Entwicklung der strukturellen Methoden darin besteht, diejenigen Merkmale der Sprache zu entdecken und zu explizieren, die die Intuition ihrer Träger erklären“ (III, 143). Wenn es sich so verhielte, daß strukturalistische Methoden und Ergebnisse in Hinsicht auf die Sprachwahrnehmung und -intuition der Sprecher interpretierbar wären, hätte man die Isolierung der Systemlinguistik überwunden. Im Sinne der dargelegten Programmatik des Buches muß aber jeweils gezeigt werden, wie und wieso das möglich ist. Das geschieht – wie gesagt – ansatzweise in den Kapiteln des zweiten Bandes zur Grammatik. Aber es geschieht hier meist nicht über eine Diskussion ausgearbeiteter strukturalistischer Ansätze, sondern indem demonstriert wird, wie man eine funktionalistische Formanalyse durchführen kann. Die Durchdringung strukturalistischer Theorien bleibt in dieser Hinsicht unbefriedigend.

Die explizite Auseinandersetzung mit dem Strukturalismus ist dem methodologischen Grundlagenkapital des dritten Bandes (III, 204 ff.) vorbehalten. Der Strukturalismus wird hier auf der erkenntnistheoretischen Ebene angenommen und scharf kritisiert. Diese Kritik scheint mir keineswegs durchweg berechtigt und hinreichend begründet zu sein. Das schlichte Ineinsetzen von Strukturalismus und Neopositivismus (229 f.) sowie von Neopositivismus und „Konventionalismus“ (243 ff.) etwa führt zu der Behauptung: „Der Zweiebenenbezug des jeweiligen Begriffs – zur objektiven sprachlichen Realität und zum linguistischen Modell – wird durch einen Einebenenbezug ersetzt: In bezug auf die Einheit der Sprache wird nur gefragt, ob sie in das linguistische Modell paßt . . .“ (244). Dabei wird übersehen, daß der „Zweiebenenbezug“ weder dem Neopositivismus noch dem Strukturalismus fremd ist, daß es eine der meisterörterten Fragen neopositivistischer Wissenschaftstheorie ist, wie theoretische Begriffe und Beobachtungsbegriffe zu vermitteln sind und was unter der Interpretation bzw. dem empirischen Gehalt einer Theorie zu verstehen sei. Ebenso bleibt ungesagt, daß sich innerhalb des strukturalistischen Lagers Realisten und Konventionalisten zeitweise unversöhnlich gegenüberstanden. Man geht einer sorgfältigen Bewertung struktureller Verfahren letztlich aus dem Wege, wenn man als Schlußpunkt unter die Diskussion die Bemerkung setzt „Strukturelle Methoden, die neue Eigenschaften der Sprache aufzuhellen vermögen, werden von allein in die Schatzkammer der Sprachwissenschaft eingehen“ (231).

Sachlich unhaltbar ist es auch, wenn mit der allgemeinen Strukturalismuskritik gleich ein Seitenhieb auf eine Gruppe „Berliner Strukturalisten“ (244) gebracht wird. Gemeint sind die Mitarbeiter der ehemaligen Arbeitsstelle strukturelle Grammatik bei der Akademie der Wissenschaften der DDR. Besonders „Bierwisch als führender Ideologe dieser Gruppe“ (ebd.) soll der Ansicht sein, daß das „Analyseobjekt nicht eine real existierende Einheit der Sprache, sondern der betreffende Begriff ist“ (ebd.). Wenn Bierwisch und anderen Mitarbeitern der Arbeitsstelle in dieser Hinsicht ein Vorhalt zu machen war, dann hätte er das genaue Gegenteil zum Inhalt. Die „Berliner Strukturalisten“ waren Anhänger der generativen Grammatik und als solche zum Teil der Ansicht, daß mit linguistisch autonomen Mitteln gefundene Ergebnisse „Realität“ besitzen müßten, genauer: psychische Realität. Damit haben sie sich dem Vorwurf ausgesetzt, das

Verhältnis von Theorie und Realität auf den Kopf gestellt zu haben. Konventionalismus ist das jedoch nicht.

Der sprachwissenschaftliche Nutzen, der aus der umfangreichen Abrechnung mit dem Strukturalismus gezogen werden kann, ist gering, weil die erkenntnistheoretische Diskussion mit der linguistischen Problematik nicht nur nicht zu vermitteln ist, sondern sogar zu gegensätzlichen Schlüssen kommt. Der Widerspruch zwischen Strukturalismuskritik im Grundsätzlichen und der Erörterung strukturalistischer Methoden im engeren linguistischen Sinne (III, 132 ff.) ist so eklatant, daß der Herausgeber sich zu der Bemerkung im Vorwort veranlaßt sieht, der Leser dürfe sich über die abweichenden Ansichten „nicht wundern“ (III, 2). Aber es wird nicht klar, was es heißt, daß etwas „linguistisch richtig“, jedoch „erkenntnistheoretisch falsch“ sein kann. Widersprüchlichkeiten dieser Art werden aus der Methodendiskussion so lange nicht verschwinden, wie man die Bewertung des wissenschaftshistorischen Kontextes, in dem eine Methode sich entwickelt hat, für die Bewertung der Methode selbst nimmt. Strukturalismuskritik – und damit Kritik formaler Methoden allgemein – muß etwas anderes sein als die Kritik von idealistischen Positionen, die innerhalb formaler Theorien vertreten sind. M. E. ist das Hauptproblem dieses Zusammenhangs nach wie vor ungelöst, die *Interpretation* der formalen Methoden nämlich. Wenn nichts darüber bekannt ist, *warum* diese Methoden zu vernünftigen Ergebnissen führen sollten, rechtfertigen sie sich ausschließlich von den Ergebnissen her. Welche systematische Stelle formale Methoden in einer umfassenden Sprachtheorie einnehmen, muß daher weiter als ungeklärt gelten. Peter Eisenberg (Hannover)

**Brackert, Helmut:** Bauernkrieg und Literatur. edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1975 (214 S., br., 8,- DM)

Zum Gedächtnisjahr des Bauernkrieges legt Helmut Brackert eine Studie über dieses Ereignis vor, in dem ein „historisch einmaliger Wechselwirkungszusammenhang“ (46) von politischem Geschehen und literarischer Produktion stattgefunden habe. Zum einen kehrt die politische Situation als Stoff und Thema unmittelbar und eindeutig nachweisbar in der Literatur wieder; zum anderen übernimmt im Zeitalter der Entdeckung des Buchdrucks die Literatur eine führende Rolle bei der Selbstvergewisserung der bislang illiteraten Bauern. In Flugschrift, Streitschrift, Manifest, Predigt, Traktat, Fabel und Satire formulieren sie ihre Ansprüche. Da die Texte leicht reproduzierbar und schnell zu verbreiten sind, werden sie zu Medien einer überlokalen Solidarisierung. Das geschriebene Wort allein soll von nun an alle Verhältnisse und Handlungen legitimieren. Deshalb berufen sich die Schriften der Bauern auf die Heilige Schrift, ihr Schwert ist das göttliche Wort. Den Feudalherrn soll zukünftig die Ausübung von Gewalt nur soweit erlaubt sein, wie Gesetzestexte und Bibel sie verbürgen. Alle Glaubwürdigkeit hängt davon ab, ob etwas schriftlich fixiert ist. Deshalb hat damals Literatur im weitesten Sinne eine direkt politische Wirkung.

Diese Funktionsgeschichte literarischer Texte im Bauernkrieg ergänzt Brackert durch eine Rezeptionsgeschichte des Bauernkrieges in der Dramenliteratur von Goethe bis Karsunke. Den formalen Erfordernissen des Figurendramas folgend, wählen die Dichter ausschließlich die sprachbegabten Führer der Bauern, die Selbsthelfer, die einer höheren Schicht angehören, zum tragischen Helden; die Masse der Bauern ist ohne sie dramatisch nicht handlungsfähig. – Brackerts Dra-



meninterpretationen sollen die Brücke schlagen vom fernen Geschehen des Bauernkrieges zum gegenwärtigen Interesse. Dies könnte nur glücken, wenn nach den politisch und sozialgeschichtlich bedingten Ursachen der literarischen Rezeption ebenso wie nach dem Modus der Bearbeitung des Stoffes oder dem Grund der Abweichung bestimmter poetischer Motive vom historischen Faktum gefragt würde. Brackert begibt sich der Chance, eine solche Rezeptionsgeschichte zu schreiben, obgleich ihm gerade daran gelegen ist, das emanzipatorische Potential der Vergangenheit für die Bildung des gegenwärtigen Bewußtseins nutzbar zu machen. Unschärf sind seine Antworten auf die Frage nach der Bedingung je spezifischer poetischer Rezeptionsweisen; einmal wird sie der literarischen Form, einmal dem Mißverständnis eines Autors, einmal der politischen Dogmatik eines andern angelastet. Hinter dem „positiven Gegenmodell“ (204, Anm. 87) von Karsunkes „Bauernoper“, wo die Bauern endlich selbst, unterstützt durch Brechtsche Verfremdungstechniken, ihre Bedrängnisse und Forderungen auszudrücken vermögen, bleiben alle zeitlich früheren Dramen als negative, weil den Standpunkt der Bauern nicht eindeutig vertretende Beispiele zurück. Eine solche Wertung treibt Entwicklung aus der Geschichte aus.

Nachdem in den vergangenen Jahren die Literatursoziologie durch die Häufung spekulativer Programme und Schlagworte an Glaubwürdigkeit verloren hat, liegt hier ein Beispiel vor, das die Tragfähigkeit der Methode am konkreten Fall erprobt. Dabei verbürgt die geschickte Zuordnung von Faktum und literarischem Detail eine wechselseitige Anschaulichkeit, ohne daß bei der Kleinarbeit der historische Sinn und das gegenwärtige Interesse verlorengingen.

Der letzte Abschnitt des Buches befaßt sich mit der Diskussion über den Bauernkrieg unter den Historikern der Bundesrepublik und der DDR mit der Absicht, der Literatur, da doch ideologische Prozesse in ihr sich niederschlagen, einen Ort zu verschaffen bei der „Erkundung eines historischen Phänomens“ (181). Um einigen Historikern in bislang strittigen Fragen zur Entscheidung zu verhelfen, interpretiert Brackert nochmals Werke aus der Rezeptionsgeschichte des Ereignisses unmittelbar nach 1525.

Das Buch ist eine Kompilation von Forschungsergebnissen aus den verschiedensten Gebieten, der Historik, Publizistik, Literaturwissenschaft, Rezeptionsgeschichte und aus der gegenwärtigen Forschungsgeschichte. Die glückliche Organisation von Stoff und Gedanke könnte dem wissenschaftlichen Werk sogar eine Nutzung eintragen im Schulunterricht, der für diesen Zeitraum bislang schlecht ausgestattet ist mit geschickt ausgewertetem und arrangiertem Material.

Hannelore Schlaffer (Paris)

**Richter, Dieter (Hrsg.): Literatur im Feudalismus.** Literaturwissenschaft und Sozialwissenschaften Bd. 5. J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1975 (345 S., br., 32,- DM).

Den Beginn macht Richters wissenschaftsgeschichtlicher Aufsatz, der schon 1969 geschrieben wurde. Er behandelt die Herkunft des Begriffes „Ritterliche Dichtung“ und seine verschiedenen, von den politischen Verhältnissen der jeweiligen Zeit abhängige Auslegung in der Germanistik. Im Beitrag über die „Ständekritische Predigt des Spätmittelalters am Beispiel Bertholds von Regensburg“ (von der Lühe/Röcke) geht es nicht darum, allein die Abhängigkeit dieser Literatur von der Realität festzustellen, sondern die Art und Weise der Artikulation von kritisierten Mißständen, ihre „gesamtgemeinschaftliche Funktion“ in die-

ser Realität zu erforschen (43). Sie gehen davon aus, daß sich das Bewußtsein im Feudalismus notwendig der „Religion als Vermittlungsinstanz“ (44) bediene. Die zentrale Absicht ist gelungen, der Nachweis nämlich, daß die für ihre Zeit neue Bewertung der Arbeit (hier die städtisch-handwerkliche 54) der Ausgangspunkt und rote Faden der Begründung der ständischen Gliederung ist.

Der Beitrag von Fischer/Völker über „Individuum und feudale Anarchie“ anhand der Erzählung ‚Heinrich von Kempten‘ zeigt auf, es gehe in der Erzählung nicht um einen individuellen Schuld-Sühne-Fall, sondern um die literarische Gestaltung der Widersprüche gesellschaftlichen Handelns im Feudalismus. Dessen Grundlage ist die persönliche Gewalt, auf ihr gründet sich das Standesverhalten – die Tat eines Einzelnen gegen das Standesverhalten löst die labile Ordnung jedoch auf. Das, „was zuerst eine ganz äußerliche Verletzung einer gesellschaftlichen Übereinkunft zu sein schien“, zeige sich als „Ausdruck einer inneren Zerrissenheit dieser Gesellschaft“ (89).

Schindele hat mit ‚Helmbrecht. Bäuerlicher Aufstieg und landesherrliche Gewalt‘ herausgearbeitet, daß die untersuchte Literatur hauptsächlich in der Gestaltung dreier Widersprüche besteht: a) dem Widerspruch zwischen ökonomisch erstarkender Bauernklasse und verarmtem niederen Adel (134 f.), b) dem Konflikt zwischen Landesherrschaft und niederem Adel (148 f.) und c) der raschen Intensivierung der Ware-Geld-Beziehungen (163 f.), die die Lebensverhältnisse sowohl der Bauern, des Adels und der Landesherren änderte.

Die jüngste Literatur untersucht Kartschoke in ‚Weisheit oder Reichtum? Zum Volksbuch von Fortunatus und seinen Söhnen.‘ Das Thema des 1509 gedruckten Werks „ist das Geld, bar Geld, der rechte Umgang damit, (...) sind Armut und Reichtum im materiellen Sinn des frühkapitalistischen Monetarismus“ (214). In Bezug auf die ältere Literatur zeigt Kartschoke, wie die Tugenden sich in Abhängigkeit von der ökonomischen Umwälzung in Untugenden verwandelt haben. Die Freigebigkeit, das Beschenken wird nun als Verschwendung angesehen, der von der älteren Literatur gebrandmarkte Geiz wird zur kaufmännischen Vernunft.

Beutin sucht in seinem Beitrag „Psychoanalytische Kategorien bei der Untersuchung mittelhochdeutscher Texte“ den Sinn psychoanalytischer Literaturkritik als Ergänzung der materialistischen Wissenschaft zu erhärten. Ein besonderer Vorteil für den Leser ist, daß er teilweise dieselbe Literatur behandelt, die im Aufsatz von Fischer/Völker untersucht wurde. Es läßt sich augenscheinlich nachprüfen, daß es sich hierbei nicht um eine Ergänzung, sondern um einen konkurrierenden Ansatz handelt.

Völker versucht die Wichtigkeit der Erkenntnis der spezifischen Ausprägung des europäischen Feudalismus als Voraussetzung für die Herausbildung der kapitalistischen Verkehrsformen anzusprechen.

Für fast alle Autoren ist kennzeichnend, daß sie die Kommentare von Marx und Engels über die feudale Gesellschaftsformation (vor allem in den „Grundrissen“) berücksichtigen. Doch damit ist der Mangel einer umfassenden, begrifflich klaren Darstellung des Feudalismus nicht behoben. Selbst die Darstellungen marxistischer Autoren, die sich mit der Ökonomie des Mittelalters beschäftigen (etwa Mottek und Kaemmel) sind noch eigentümlich begriffslos und unsystematisch. Solange keine befriedigende Vorarbeit der ökonomischen Wissenschaft erbracht wird, bleibt die Literaturwissenschaft auf die notwendig eingeschränkte und einschränkende Selbsterarbeitung der „Basis“ angewiesen.

Ulrich Seelbach (Berlin/West)

**Stephan, Inge:** Literarischer Jakobinismus in Deutschland (1789–1806). J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1976 (202 S., br., 14,80 DM).

**Haasis, Hellmut G.:** Bibliographie zur deutschen linksrheinischen Revolutionsbewegung 1792/93. Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1976 (154 S., br., 65,- DM).

Die bibliographische Erschließung der Schriften deutscher Jakobiner und der einschlägigen Forschungsliteratur für Zwecke eingehenden Studiums und selbständiger Forschung ist Hauptanliegen von Haasis wie von Stephan; letztere bietet zudem eine knappe Einführung in die verschiedenen Ebenen und Aspekte des Forschungsgegenstands. – Für die Jakobinismusforschung sowie für den einzelnen Jakobinismusforscher stellt jede der beiden Arbeiten als Werkzeug von elementarer Nützlichkeit einen kaum zu überschätzenden Gewinn dar; daß sie nicht als anschauliche und selbstgenügsame Abrisse des Wirkens deutscher Jakobiner gelesen werden können, versteht sich im Falle Haasis' durch den Titel von selbst, gilt aber auch für Stephan.

Stephan faßt prägnant und lesbar die wichtigsten Forschungsergebnisse zusammen und führt am Schluß jedes Abschnitts die entsprechenden Literaturangaben auf. Handhabbarkeit des Buches und systematische Bedeutsamkeit der mitgeteilten Literatur haben dabei Vorrang vor akribischer Vollständigkeit; Quellen werden – wo immer möglich – danach ausgewählt, ob sie durch Nachdruck allgemein zugänglich sind. Der Nachschlagecharakter wird verstärkt durch die detaillierte Gliederung.

Breit einbezogen werden die allgemeinen historischen und die spezielleren lokalgeschichtlichen, institutionellen, ideologischen und literarischen Voraussetzungen des deutschen Jakobinismus (Französische Revolution; Rezeption derselben in Deutschland; hiesige soziale und politische Verhältnisse; Charakter der Aufklärung; Kernpunkte der ideologischen Auseinandersetzungen etc.); so taugt die Arbeit auch als Studienanleitung für den Studenten ohne besondere Vorkenntnisse und als Steinbruch für Seminarkonzeptionen. – Die publizistische Tätigkeit einzelner Jakobiner wird im Zusammenhang mit den jeweils besonderen Widersprüchen in den einzelnen Territorien abgehandelt. Eigene Abschnitte sind Forster, Knigge und Rebmann gewidmet. Weitergehend werden literaturgeschichtliche Fragestellungen und Forschungsansätze herausgearbeitet (Funktionsbestimmung jakobinischer Literatur, einzelne Genres etc.) und die Einordnung des Jakobinismus in den Epochenzusammenhang problematisiert.

In Stephans Darstellung gehen eigenständige Gegenstandskonzepte ein. Die Herauslösung der als „Jakobiner“ bezeichneten deutschen Publizisten aus dem durch den Namen suggerierten unmittelbaren Zusammenhang mit dem französischen Jakobinismus erfolgt darin eher zu vorsichtig; überhaupt herrscht noch weitgehend eine unangemessene Überakzentuierung des deutschen Jakobinismus als eigenständiger, programmatisch-selbstbewußter und scharf vom Liberalismus getrennter Bewegung vor. Darin äußert sich die Verpflichtung gegenüber den von Walter Grab vertretenen Ansätzen.

Haasis' Einleitung – eine militante Abrechnung mit der Jakobinismusforschung, die im Falle Walter Grabs vor ungerechter Einseitigkeit nicht zurückschreckt – ist hier am falschen Ort abgedruckt; sie richtet sich mit ihrem Kampf um den angemessenen Platz des deutschen Jakobinismus in einem von den Aufgaben der Gegenwart bestimmten Geschichtsbild an eine breite wissen-

schaftliche Öffentlichkeit, die diese Publikation nicht rezipieren kann: davor steht bereits der stolze Preis, der im übrigen durch Umfang und Ausstattung des Buchs (unübersichtliches Typoskript) nicht gerechtfertigt ist. Zudem ist die Rezipierbarkeit der nur durch die einleitenden Bemerkungen kommentierten Akkumulation von Titeln und Fundstellen auf ein avanciertes, vorinformiertes Forscherinteresse beschränkt. Daß diese Streitschrift im Rahmen einer Bibliographie erscheinen muß, indiziert das Fehlen eines Forums, auf dem sich die Jakobinismusforschung mit sich selbst und der Öffentlichkeit aussprechen könnte.

Den Kern von Haasis' Publikation bildet eine mit nur irgend gegenwärtig möglicher Vollständigkeit betriebene Bibliographie der „Gedruckte(n) Schriften deutscher und französischer Republikaner aus der deutschen linksrheinischen Revolutionsbewegung in den Jahren 1792/1793“ (38–61). Wenn die Verzeichnisse republikanischer Schriften aus anderen Gebieten wie zeitgenössischer Darstellungen und Berichte und die Aufstellung der Forschungsliteratur Vollständigkeit auch nicht beanspruchen, so sind sie nichtsdestoweniger das Vollständigste, was es zur Zeit gibt. Von besonderem Interesse für eine Vertiefung des Verständnisses vom deutschen Jakobinismus ist die Liste der gegen die Republikaner gerichteten Schriften; ihre Auswertung dürfte vermutlich zeigen – insbesondere, wenn auch die antijakobinischen Schriften aus anderen Gebieten erfaßt sein werden –, wie das gegenwärtige Verständnis des Jakobinismus vielfach weit mehr von den Befürchtungen und Unterstellungen der Reaktion geprägt ist als durch die wirklichen Auffassungen der darunter begriffenen Schriftsteller. Zudem dürfte daraus hervorgehen, daß die Entwicklung einzelner deutscher Jakobiner durch die Invektiven der Konterrevolution erst so recht vorangetrieben worden ist. – Beide Arbeiten tragen – ihrem trocken-philologischen Äußeren zum Trotz – zu der eminent politischen Aufgabe bei, dem gemeinen Vergessen die Wirklichkeit demokratischer Traditionen in Deutschland abzurufen und für die sozialistische Bewegung fruchtbar zu machen.

Rainer Kawa (Dortmund)

**Brauneck, Manfred:** *Literatur und Öffentlichkeit im ausgehenden 19. Jahrhundert. Studien zur Rezeption des naturalistischen Theaters in Deutschland.* J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1974 (330 S., br., 38,- DM).

Dem rein historischen Interesse am naturalistischen Kunstwerk ist das theoretische einer kritischen Literaturgeschichte, die Produktion und Konsumtion von Kunstwerken „in das Ganze der gesellschaftlichen Produktion“ verweben sieht, vorgeordnet. Brauneck will daher die Reduzierung der Rezeptionsproblematik auf ein „dialogisches Verhältnis von Literatur und Leser“, wie es H. R. Jauß im Begriff des „Erwartungshorizontes“ gefaßt hat, ausräumen, da in Jauß' Ansatz Rezeption ausschließlich unter ästhetischen Kategorien analysiert wird, denn „der Ansatz der Rezeptionsästhetik umgeht die Frage nach einer Theorie des allgemeinen gesellschaftlichen Prozesses, seiner Struktur und Elemente, in dem literarische Rezeption immer ein integratives Moment ist“ (3). Der dialogischen Reduzierung setzt Brauneck den Versuch entgegen, die Dialektik von Produktion und Konsumtion in der politischen Ökonomie für die Literaturgeschichte fruchtbar zu machen.

Folgerichtig setzt Brauneck eine Analyse der materiellen Produktionsbedingungen des deutschen Theaters in den neunziger Jahren an den Anfang: Der

Kapitaleinfluß hatte bereits in einem Maße sich auch im kulturellen Bereich verfestigt, so daß die bürgerliche Ideologie vom Theater als „moralischer Anstalt“ als Schein bewußt zu werden drohte und sich eine Politisierung des Theaters abzeichnete, die durch die Auswirkungen mehrerer wirtschaftlicher Krisen zusätzlich aufgeladen wurde. Die verschärfte Anwendung des preußischen Theaterzensurrechts von 1851 als Schutzmaßnahme durch die Behörden belegt Brauneck am historischen Beispiel des „Weber-Prozesses“ (Verbot der Aufführung von Hauptmanns „Weber“ im Deutschen Theater Berlin im März 1892). Konnten Aufführungen der „Weber“ später z. T. mit Hilfe von Kompromissen mit den Behörden erschlichen werden (durch Erhöhung der Eintrittspreise z. B.), was in allen Fällen die Ausklammerung von Arbeitern und Arbeitslosen aus dem Rezipientenkreis zur Folge hatte, so wertet Brauneck die entstehende Volksbühnenbewegung z. T. als echte Anfänge einer proletarischen Öffentlichkeit. Die Aufführungspraxis, indem sie durch einleitende politische Referate usw. einen Lernprozeß organisierte, muß gegenüber den meist sterilen Dramen als Kernstück der antibürgerlichen Theaterkonzeption begriffen werden. Braunecks Buch beinhaltet eine intensive Diskussion der SPD-Kulturpolitik, die sich in der durch die Parteiführung vertretenen Position nicht abgrenzen konnte vom bürgerlichen Ideologem einer allgemeinen Volksbildung, die eine Gesellschaft autonomer Individuen anstrebe. „Für unseren Zusammenhang ist daraus festzuhalten, daß sich Theorie und Praxis proletarisch-politischer Literatur und des Theaters im ausgehenden 19. Jhd. nur in Opposition zur Kulturpolitik der sozialdemokratischen Parteiführung durchzusetzen vermochte“ (27).

Die Kritik an wesentlichen Stilmerkmalen des naturalistischen Theaters resultiert für Brauneck aus deren passiver Grundeinstellung zu jener politisch-organisierten proletarischen Öffentlichkeit, der die Theaterpraxis weit mehr Rechnung trug. Zwar thematisieren viele naturalistische Dramen das Proletariat, doch nur als Produkt seiner „Umwelt“, nur im Horizont seines „Milieus“, nicht als geschichtlich handelndes Subjekt. Das Photographische schien dem Naturalismus die geeignete Weise, objektiv zu sein; das Einbeziehen der Rezipienten in das Kunstwerk selbst wurde als Störfaktor empfunden. Der Naturalismus begriff sich, durchaus analog zur idealistischen Ästhetik, als autonom, parteilos.

Reinhard Leusing (Bremen)

**Bollenbeck, Georg:** *Zur Theorie und Geschichte der frühen Arbeiterlebenserinnerungen.* Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1976 (372 S., br., 46,- DM).

Die vorliegende Studie zentriert – anders als die jüngsten Arbeiten von W. Emmerich und U. Münchow (DDR) – ihre Fragestellung auf den Vermittlungszusammenhang zwischen erfahrenem Leben, gewonnener Klassenidentität und literarischer Gestalt des Erinnerungswerks. Dies schließt ein, die proletarischen Lebensläufe nicht nur gegenüber bürgerlicher Autobiographik abzugrenzen, sondern an ihnen, da sie Produkt und Dokument des Klassenkampfes in einem sind, Existenz und Wirksamkeit einer Zweiten Kultur nachzuweisen. Da kein Genrebegriff zur Hand ist, gewinnt Bollenbeck die nötigen Kategorien, indem er eine Theorie des Gegenstandes historisch und die Geschichte des Gegenstandes theoretisch entwickelt. Dabei bricht er mit Ansätzen, die Arbeiterlebens-

erinnerungen aus der Sicht der Milieu- und Rollentheorie oder des Proletkults interpretieren: „Die Arbeiterlebenserinnerungen illustrieren weder ein buntes Potpourri beliebiger Lebenslösungen noch die markante Entelechie eines proletarischen Standardtyps“ (21).

Klassenanalytisch erläutert B. die für das Verständnis der Lebensläufe wichtige Einsicht, die erzählte Geschichte des je einmaligen Arbeiters als typische und besondere zugleich zu sehen, dem ein durch gesellschaftliche Individualität und konkrete Persönlichkeit doppelbestimmtes Bewußtsein entspreche (40/41). So entwickelt die Arbeit triftig, wie die Gestalt des Erinnerungsdokuments jeweils aus Lebenslauf, Standpunkt und Bekanntschaft mit und Engagement in der Arbeiterbewegung herauswächst. Zumal anhand des letztgenannten Hinweises demonstriert B. die Strukturierung des erinnerten Lebens durch „Entwicklungsknoten“, die der Vita des erzählenden Subjekts in unterschiedlichem Maße „Kohärenz“ und „Repräsentanz“ verleihen.

Bollenbeck begutachtet die frühen Arbeiterlebenserinnerungen bis 1917 nach dokumentarischen, didaktischen und ästhetischen Gesichtspunkten und reiht sie in eine vom historischen Prozeß bestimmte Typologie. Neben Rehbein werden v. a. Carl und Franz Louis Fischer, Bromme, Holek, Bergg, Krille, Bebel sowie die Frauen Popp und Baader breiter besprochen.

Bollenbeck unterscheidet insgesamt vier Typen erinnerten Arbeiterlebens. In der spontanen Dokumentation dominiert eindeutig die Erfahrung der kapitalistischen Lohnarbeit (C. und F. L. Fischer): Eine geschichtslos durchlebte Alltagswelt mit ihrem reflexhaften Ökonomismus mündet beim Schreiber in einer pseudoobjektiven Fixation des unmittelbar Erfahrenen.

Dagegen wird nachgewiesen, daß erst die – zumindest zeitweise – Begegnung mit der organisierten Arbeiterbewegung das Potential für eine wertende Dokumentation des eigenen Lebens freisetzt (Bromme, Holek, Bergg, Krille), wenn auch die enge Bindung an die widersprüchliche Personalgeschichte bestehen bleibt. Ein dritter Typus erhebt in den Erinnerungen sozialdemokratischer Arbeiterfunktionäre (Popp, Baader, Bebel), die sich gestalterisch durch bewußte Pointierung auf politisierende „Knotenpunkte“ unterscheiden. Sie stellen ihr Leben als politischen Lernprozeß dar und erreichen insofern eine operative Wirkungsebene, als sie ihren „Fall“ exemplarisch verstehen. Den Abschluß innerhalb dieses Entwicklungsbogens bildet eine Variante der Arbeiterlebenserinnerung, in der der gestaltete Alltag als sinnhaftes Bewährungsfeld erscheint und dem Rückblickenden (Rehbein) der „Übergang vom sich Erinnernden zum sich erinnernden Erzähler“ (334) gelingt. An der verdichtenden Reinterpretation seines Lebens demonstriert B. die nachvollziehbare Vermittlung von objektiven Konflikten und subjektivem Verhalten und verdeutlicht, wie mit wachsender Klassenidentität in Rehbeins Leben die Kongruenz von kollektiver Emanzipation und individueller Entwicklung hergestellt wird.

Wohlthuend ist die gewitzt-stilsichere Sprache, der ein Tui-Jargon stets fremd bleibt.  
Heribert Blondiau (Bonn)

**Beck, Johannes, Klaus Bergmann und Heiner Boehncke (Hrsg.): Das B. Traven Buch.** Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1976 (430 S., br., 10,80 DM).

Vierzig Jahre nach dem Erscheinen der ersten Romane B. Travens liegt nun die erste Buchveröffentlichung über diesen Autor vor, dessen mysteriöse Biographie bisher lediglich die Sensationspresse reizte. Die Aufgabe ihrer Arbeit sehen die Herausgeber denn auch folgerichtig darin, „den Traven-Mythos zu zerstören, um die Aufmerksamkeit der Leser auf den Inhalt seiner Bücher zu lenken“ (17 f.). So richtig diese Aufgabenstellung auch ist, so zeigt doch schon das erste Kapitel, das dennoch der immer noch ungeklärten Identität Travens gewidmet ist, mit seiner Fülle von referierten Spekulationen und sich widersprechender „Tatsachen“, daß mit dieser endlos scheinenden Aneinanderreihung von Textauszügen, Aufsätzen und Statements von den Herausgebern wohl die Schließung sämtlicher Forschungslücken im Werk B. Travens intendiert ist. Dadurch jedoch treten im einzelnen die notwendige Konkretion und schlüssige Argumentation zugunsten unausgeführter Thesen und apodiktischer Vermutungen zurück. Im nächsten Kapitel geht es um ein Unterrichtsmodell: Formal auf Schulstundenlänge und inhaltlich auf die unmittelbare Schilderung sozialer Zustände zurechtgestutzte Traven-Texte werden mit ergänzenden Daten und Fakten zur mexikanischen Revolution, zur Lage der Landarbeiter etc. versehen und mit „Materialien“ zu den Romanen „Das Totenschiff“, „Die Rebellion der Gehenkten“, „Die Baumwollpflücker“ und „Der Schatz der Sierra Madre“ sowie zur Situation der Indianer in Mexiko progressiv-sozialwissenschaftlich angeboten. So wichtig gerade in der derzeitigen Situation das Insistieren auf einen sozialwissenschaftlich orientierten Ansatz bei der Behandlung von Literatur in der Schule zu sein scheint, so vermißt der pädagogisch interessierte Leser sowohl bei den Materialien, als auch bei den beiden Erfahrungsberichten über die Behandlung von Traven-Texten in der Schule die didaktischen und methodischen Überlegungen. Diese müßten über ein naiv-unmittelbares Instrumentalisieren von Literatur hinausgehen und nicht ausschließlich die spannende und dabei partielle Literatur Travens auf einen willkommenen Anlaß zur Diskussion des amerikanischen Imperialismus in Mexiko, der Formen der Ausbeutung der Dritten Welt oder der Unterdrückung der Frau reduzieren. Bezeichnend ist, daß die Frage nach der Motivation der Schüler für die Verfasser mit dem Hinweis auf die packende Schreibart schon beantwortet ist. Diese Faszination, die von Literatur ausgeht, bleibt aber unproblematisiert, da sie ja in diesem Fall zur Diskussion der „wesentlichen“ Fakten führt. Selbst Fragen nach den Gründen für die Unruhe und Rebellion, die Travens Romane auslösen, wie nach der Qualität der emotionalen und gnoseologischen Gehalte haben sich so erledigt. Hier fehlt eine fundierte literaturwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Traven, die auch in den beiden abschließenden Kapiteln (Die Schreibweise Travens und die Traven-Lektüre; Kultur, Politik und Gesellschaft) nicht geleistet wird. Der Beitrag von Boehncke/Kluge (Die Rebellion des Stoffs gegen die Form und der Form gegen den Stoff), der Entsprechendes wohl liefern sollte, kann aber nur mühevoll ein grundsätzliches Mißtrauen und Unverständnis dieser Art von Literatur unter einer elitär-konfusen Terminologie kaschieren. – Bei all dieser Kritik kann das Buch allerdings für sich in Anspruch nehmen, den aktuellen Stand der Traven-Forschung zu repräsentieren und damit auf ein anderes Dilemma zu verweisen: auf eine am konkreten literarischen Gegenstand hilflose Reformpädagogik und

vor allem auf die selektive Forschung einer Literaturwissenschaft, die diese Romane bis heute ‚links‘ liegen gelassen hat. Als Ansätze zu einer adäquaten An eignung der spannend-fortschrittlichen Romane B. Travens sind in diesem Buch neben der wegweisenden Besprechung Tucholskys vornehmlich die Beiträge von Eric Ertl (Heimatlose unterwegs: eine Welt zu gewinnen?) und Wolfgang Eßbach (Das Prinzip der namenlosen Differenz. Gesellschafts- und Kulturkritik bei B. Traven) anzusehen, die Travens Prosa auch als Literatur ernst nehmen und dadurch den Weg zu den wesentlichen Aspekten des vielschichtigen Werkes B. Travens aufzeigen können. Josef Schültke (Berlin/West)

## Soziologie

**Eisermann, Gottfried (Hrsg.): Die Krise der Soziologie.** Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1976 (104 S., br., 28,- DM).

Die Beiträge des vorliegenden Bandes sind zum allergrößten Teil selbst Symptom einer von den Autoren als faktisch vorausgesetzten Krise der Soziologie. Jedoch ist die naheliegende Frage nach dem Zusammenhang von gesellschaftlicher Krisenentwicklung und ihren Auswirkungen auf die Wissenschaft von der Gesellschaft für die zu Wort kommenden bürgerlichen Professoren meist konservativer Prägung abwegig. Einzig der Herausgeber Eisermann stellt mit einem Ausdruck der Überraschung fest, daß ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel zur Verunsicherung der Soziologie geführt habe. Die Frage aber, wieso die Gesellschaftswissenschaften auf Veränderungen ihres Wissenschaftsobjekts mit Desorganisationen anstatt mit einem analytischen Vorgehen reagiert, wird nicht gestellt. Zwar wird, wie Tommissen betont, die Soziologie „von außen her“ bedroht (22). Diese Bedrohungen stellen aber nach seiner Meinung vornehmlich jene Theoretiker dar, die von einer gesellschaftlichen Krise sprechen. Das Stichwort wird auch von C. Mongardini gegeben: Die gegenwärtige Krise der Soziologie ist eine Folge ihrer ideologischen Durchdringung und Bedrängung (59 ff.). Ideologen zerstören wie Julien Freund meint, die gesellschaftliche Harmonie und tragen dazu bei, daß die „Gesellschaft immer mehr in eine Konfliktgesellschaft umschlägt“ (20). Nach dieser Weltsicht haben wir es mit einer „Entwürdigung der Soziologie in eine politische praktische Demagogie, die sich betrügerisch auf die Wissenschaft beruft“, (15) zu tun. Auch in Silbermanns Beitrag findet sich die Suche nach einer „ideologischen Durchdringung“ der Soziologie. Für ihn liegen die „Ursachen der gegenwärtigen Krise der Soziologie“ im „potenten Negativismus“ jener „Denkstuben-Kritiker“ (57), die versuchen, im Fach Soziologie den „von regierenden Parteien (!) und linksorientierten Studenten gewünschten Marxismus unterzubringen, ohne diesen direkt zu einem Lehrfach zu erheben“ (56). Konflikte sind also nicht, wie es die „subversiven Ideologen des Marxismus“ betonen, Ausdruck gesellschaftlich produzierter Widersprüche sondern, ebenso wie die „Bedrohung“ der soziologischen Wissenschaft, Produkte des geistigen Streites (21).

Die widerspruchslose Hinnahme gegebener gesellschaftlicher Verhältnisse muß notwendigerweise jeden Anspruch auf Veränderung und Selbstbestimmung als „ideologische Optionen“ (59) und „gefährliche Illusionen“ (60) (dis-)qualifizieren, die dadurch entstehen, daß die Menschen die Relativität ihrer eigenen



Existenz vergessen. Diese besagte „Relativität der Existenz“ definiert sich, wie Arnold Gehlen betont, durch eine vom Verfall bedrohte Wirklichkeit. Soziologie muß nach seiner Meinung angesichts der Strukturverschiebungen und einer Bedrohung des Institutionsgefüges der Gesellschaft ihren Erkenntnisanspruch beschränken. Es ist ja auch (für das faschistoid-konservative Denken) schon ein gefährlicher Zustand, „wenn wie bei uns zwei unkontrollierte und unverantwortliche Mächte, ... die Gewerkschaften und die Massenmedien, ihren Druck ausüben“ (4). Für Gehlen bedeutet das, „der Untergrund wird legitim“ (4). Den „Angriffen der Ideologen“ auf die Wissenschaft (20) müsse in einer angemessenen Weise entgegnet werden! Als Rezepte werden Denkverbote und Reglementierungen angeboten. Gegen die „Verdummung“, die sich darin ausdrückt, daß „heute auf den Universitäten hunderte von Stümpfern ihr soziologisches Genie herumtragen, ohne daß sie die geringste Ahnung von wissenschaftlicher Arbeit haben“ (11), muß die „echte Soziologie“ ihre institutionelle Macht entgegensetzen und dem Wissenschaftsbetrieb „einheitliche Definitionen aufzwingen“ (12). In den wissenschaftlichen Alltag übersetzt heißt das, das Bekenntnis zu einer sprachlichen – und das heißt inhaltlichen – Norm soll zur unumgänglichen Teilnahmevoraussetzung des „wissenschaftlichen Diskurses“ erhoben werden. Ähnlich inquisitorisch konsequent ist auch der Vorschlag Gehlens für den Zugang zur gesellschaftlichen Erkenntnis: „Sie sollte überhaupt an junge Leute nicht herausgebracht werden, weil sie zu viel an Weltkenntnis voraussetzt, sie sollte eine Wissenschaft der zweiten Etage sein, d. h. erst nach dem Studium von alten und durchgearbeiteten Wissenschaften betrieben werden, ich denke da etwa an die Volkswirtschaftslehre, Geschichtswissenschaft, Jurisprudenz oder Philosophie.“ (7)

Aussagen dieser Art erwecken den Eindruck als ob die bürgerliche Soziologie, die sich ja seit ihrer Entstehung als Krisenwissenschaft definiert, ihre gesellschaftliche Stabilisierungsfunktion zu erfüllen nicht mehr in der Lage wäre. Doch sollte nicht vergessen werden, daß auch die Herrschaftswissen produzierenden Disziplinen einem Prozeß der Arbeitsteilung unterliegen. Der präzise Begriff gesellschaftlicher Wirklichkeit (in der Form von Informationen über gesellschaftliche Teilbereiche) als Entscheidungsgrundlage für die politischen Herrschafts- und Steuerungsprozesse begründen sich weitgehend getrennt von ideologischen Systemen mit Weltanschauungsfunktionen wie jenen, die in diesem Band vertreten sind. Solche weltanschaulichen Positionen ergeben mit ihren normativen Aussagen, etwa der präjudizierenden Unterscheidung zwischen „Wissenschaft“ und „Ideologie“, aber erst den legitimatorischen Rahmen für ein administratives Vorgehen gegen kritische Wissenschaft. Die Ideologiefunktion des bürgerlichen Methodenverständnisses wird in dem Beitrag von Kofler, der in diesem Sammelband eine positive Ausnahme bildet, analysiert. Er bezeichnet das Razonieren über Teilbereiche der sozialen Wirklichkeit, die nicht im Zusammenhang der gesellschaftlichen Konstitutionsbedingungen begriffen werden, als methodologische Ursache der Krise der bürgerlichen Soziologie. Einzelne Wirklichkeitselemente werden von der arbeitsteilig operierenden Soziologie herausgehoben und als absoluter Bezugspunkt, aus dem das jeweilige System der Gesellschaftserkenntnis denunziert wird, gesetzt. Auf der Ebene scheinbar abstrakter erkenntnistheoretischer und methodologischer Auseinandersetzungen spiegeln sich reale gesellschaftliche Konfliktkonstellationen wider. Die Auseinandersetzung erhält ihren objektiven Sinn durch die Frage nach der Möglichkeit oder Unmöglichkeit gesellschaftsverändernder Erkenntnis. Auf Praxis sich bezie-

hendes Denken bedeutet für Kofler – durch die Analyse der Arbeit als grundlegendem Moment der gesellschaftlichen Wirklichkeit, – die Realitäts- und Bewußtseinsstruktur in einem geschichtlichen Vermittlungszusammenhang zu begreifen. Ausgeklammert bleibt in Koflers Beitrag allerdings der ideologiekritische Nachweis der gesellschaftlichen Präformation bürgerlicher Soziologie. Dies ist um so bedauerlicher, weil so die Überlegenheit marxistisch-dialektischer Gesellschaftstheorie bloß programmatisch bleibt.

Das aus einem reduzierten Verständnis der Grundbedingungen des Gesellschaftsprozesses resultierende Dilemma wird in dem abschließenden Beitrag von Eisermann über „Die deutsche Sozialstruktur unter dem Einfluß des sozialen Wandels“ (72 ff.) deutlich. Als Gesellschaft wird dem ratlosen Leser die Summe aller habhaften Einzelfakten präsentiert. Von gesellschaftlichem Zusammenhang ist sinnvoll an keiner Stelle die Rede. Die Sozialstruktur stellt sich als ein Sammelsurium numerischer Informationen dar. Werner Seppmann (Gelsenkirchen)

**Weingart, Peter:** Wissensproduktion und soziale Struktur. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1976 (241 S., br., 10,- DM).

Der Autor präsentiert das gestellte Problem des Verhältnisses von kognitiven und sozialen Bedingungsfaktoren von Wissenschaftsprozessen (10) zunächst modelltheoretisch, um es im zweiten Teil an sukzessive eingeführten, empirisch festgemachten sozialen Handlungsebenen verifizierend zu illustrieren. Das erste Kapitel („Sozialstruktur und Strukturen des Wissens . . .“, 12–32) beinhaltet eine knappe theoriegeschichtliche Exposition der Bestimmung von Wissen und Wissenschaft. Dabei werden paradigmatisch die Positionen von Marx/Engels, M. Weber und der deutschen Wissenssoziologie (vor allem Mannheim und Schler) behandelt. Nach Weingart sind diese Theorien in eine inhärente Traditionslinie zu stellen (13 f.). Die in dieser Tradition aufgeworfenen Auseinandersetzungen seien durch die moderne Wissenschaftssoziologie verschüttet worden, neuerdings aber wieder zu erheblicher Relevanz gekommen (14). Im Anschluß entwickelt Weingart sein spezifisch „handlungstheoretisches Modell wissenschaftlichen Wandels“ (Kap. II: „Paradigmastruktur und wissenschaftliche Gemeinschaft . . .“, 33–92). Er will die prinzipielle Vermitteltheit von kognitiven und sozialen Prozeßstrukturen von Wissen und Wissenschaft erkennbar machen, wobei der Primat der kognitiven Handlungsebene hervorgehoben wird; diese habe jedoch den Charakter von „sozial wirksamen ‚Orientierungskomplexen‘“ erhalten, die die Wissenschaft reziprok als soziale Institution konfigurieren (40 u. 52). Als einen weiteren Schritt identifiziert Weingart bestimmte Abfolgen kognitiver Orientierungselemente (Glaube an eine Naturordnung; metaphysische Paradigmen; soziologische Paradigmen; das „klassische“ Werk; die „conceptual schemes“, 47 ff.) sowie unterschiedliche Ebenen sozialer Institutionalisierung (52 ff.). Solche Klassifizierungen haben für Weingart heuristischen Wert, die zur Abstützung seines handlungstheoretischen Modells von Nutzen sind. Sein Postulat lautet, daß die Kategorie „Wissen“ nicht rein intrinsisch zu deuten ist, sondern eine primär soziale Vermittlung enthält (75 u. 240). Daraus resultieren bestimmte funktional definierte Handlungsbedingungen und Prozesse von Wissen. Ein anderer Bezugspunkt liege in der „respektiven Eigendynamik“ beider Ebenen begründet (77): kognitive Systeme verlaufen objektbezogen und besitzen eine „innere Logik“; soziale Systeme sind mit anderen sozialen Subsystemen verbunden

und bilden ausdifferenzierte Handlungsbereiche (80). Für Weingart erhellt daraus, daß es kein eindeutiges unilineares Abhängigkeitsverhältnis kognitiver Strukturen von gesellschaftlichen Bedingungen geben kann, da die soziale Organisation der Wissenschaft als „Scharnier“ dazwischen stehe (83). Lediglich der Rückgiff auf institutionelle Aspekte könne zur Erklärung kognitiver Prozesse herangezogen werden (85). Es geht also um die alte Internalismus-/Externalismus-Problematik bei der Wissenschaftsentwicklung (9 u. 82 sowie passim). Sein Modell appliziert nun der Autor auf verschiedene „empirische“ Gegebenheiten. Kap. III schildert das „Verhältnis von Wissenschaft und Technik . . .“ (93–133). Das IV. Kap. behandelt den Komplex „Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsplanung“ (134–163): die gesellschaftliche Nutzung von Wissenschaft erscheint nicht nur als Reflex soziopolitischer Faktoren, sondern auch bestimmt durch den jeweiligen Stand der Wissenschaft und des jeweilig vorherrschenden Wissenschaftsbegriffs (134). Am Beispiel des Umweltprogramms in der BRD elaboriert Weingart in Kap. V „Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsentwicklung . . .“ (166–204) die Problematik der Autonomie bzw. Heteronomie von Wissenschaft. Der Autor gelangt dabei zu keiner definitiven Feststellung, welcher der beiden Abhängigkeitspotentiale die Wissenschaft zu vindizieren ist (200). Im VI. Kap. „Wissensproduktion und Bildungsnachfrage . . .“ (205–234) beleuchtet der Autor die Defizienzen von Bildungsprogrammen, wenn sie nicht entsprechend den jeweilig sie konstituierenden Wissenschaftskonzepten formuliert werden (207 f., 226, 230). Formale Lernprozesse erwachsen für Weingart demnach nicht ausschließlich aus interessengebundenen sozio-ökonomischen Zwängen; sondern sie bestimmen sich nach dem Verhältnis wissenschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlicher Praxis (209). Man kann dem Buch einige Anregungen abgewinnen.

Arno Mohr (Heidelberg)

**Berger, Hartwig:** *Erfahrung und Gesellschaftsform. Methodologische Probleme wissenschaftlicher Beobachtung.* W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1972 (151 S., br., 26.– DM).

Nicht weniger als die Begründung einer neuen Wissenschaftstheorie ist das Ziel dieser Arbeit. Die Notwendigkeit und die Richtung einer solchen Neubegründung werden in kritischer Auseinandersetzung mit den Hauptströmungen analytischer Wissenschaftstheorie aufgewiesen: mit Carnap als dem Hauptvertreter des Empirismus, mit Sellars als dem differenziertesten Protagonisten eines „Szientismus“, schließlich mit Poppers kritischem Rationalismus. Keinem dieser methodologischen Systeme ist es gelungen, die wissenschaftlichen Erkenntnisprozessen zugrundeliegende Logik als von sozialen und historischen Zusammenhängen unabhängig und so ein für allemal als ideologiefrei zu erweisen. Insbesondere die Regeln zur Identifizierung der Gegenstände wissenschaftlicher Beobachtung und die Kriterien zu deren Überprüfung basieren auf stillschweigend in der Forschergemeinschaft akzeptierten Voraussetzungen. Daß die stark komprimierte Aufarbeitung dieser höchst komplexen und umfangreichen Basisproblematik im Vorwege der Entwicklung eines eigenen Ansatzes erfolgt, macht das Buch als Einführung in die Zusammenhänge von wissenschaftlicher Erkenntnis und Gesellschaftsform gänzlich ungeeignet: Ohne sehr gute Kenntnis der kritisierten Positionen bleibt es unverständlich.

Bergers Vorschlag zu einer soziolinguistischen Basistheorie nun knüpft ausdrücklich an die unsystematischen Ideen des späten Wittgenstein über die Einheit von Sprache und Lebensform an. Die wissenschaftliche, speziell die sozialwissenschaftliche Forschung habe sich bis in die Begriffsbildung und Methodenkonzepktion hinein am Selbstverständnis der Untersuchungsobjekte, an ihren Interpretationsregeln zu orientieren. Ein Großteil der Schwächen der Arbeit resultiert aus der Ungenauigkeit im Umgang mit diesem Begriff der Interpretationsregeln, in dem die Bedeutungen von semantischen Regeln, kategorialen Scheidungen, die das je spezifische Weltverständnis einer Kultur ausmachen, ja sogar von ganzen Alltagstheorien ununterschieden zusammenfließen. Zu spät, zehn Seiten vor Schluß, gibt der Verfasser zu erkennen, daß er die Paradoxie seines Ansatzes durchaus selbst sieht: Wissenschaft läßt sich im Anschluß an Wittgenstein überhaupt nicht begründen, anstelle von Objektivität und Intersubjektivität treten zwangsläufig die prinzipielle Gleichwertigkeit und Inkommensurabilität unterschiedlicher Lebensformen und Weltperspektiven. Wie vor ihm der Wittgensteinschüler Winch, der wissenschaftliche und mythische Denkweisen als gleichwertig setzte, gelangt Berger zur Gleichsetzung von Funktionalismus und kosmologischen Gesellschaftsbildern hinsichtlich der Objektivität ihrer Erklärungen (129), ohne auch nur zu bemerken, daß er sich beim Vergleich nicht nur wissenschaftlicher, sondern sogar strukturell-funktionaler Denkformen bedient. Die „Lösung“ des Dilemmas gelingt nur durch eine haltlos dezisionistische Anbändelung der soziolinguistischen Basistheorie an die marxistische Gesellschaftstheorie: In Klassengesellschaften seien die Interpretationsregeln der unterdrückten verglichen mit denen der herrschenden Klasse per se adäquater (136). Punktum. Wie aber, wenn diese Regeln in sich uneinheitlich, widersprüchlich sind oder gar – nach marxistischer Theorie – von falschem Bewußtsein zeugen? Ist nicht Klassenanalyse, wenn diese überhaupt erst die Voraussetzungen von Wissenschaftlichkeit schaffen muß, zwangsläufig vor- und also unwissenschaftlich? Schließlich macht der Verfasser aus seiner Not, den Begriff der Interpretationsregeln nicht präzise fassen zu können, eine zum methodischen Prinzip erhobene Tugend: wissenschaftliche Begriffe müßten sich der „Flexibilität“, sprich: Unschärfe, umgangssprachlicher Begriffe annähern, ja er versteigt sich zur Forderung nach Abschaffung des wissenschaftlichen Objektivitätsanspruchs überhaupt (143) und nach langfristiger Aufhebung der Sozialwissenschaften (147).

Es ist bedauerlich, daß die Arbeit – vielleicht wegen des zu hohen Anspruchs, unter dem sie konzipiert wurde – in dermaßen abstraktem Radikalismus endet. Über weite Strecken bietet sie eine Fülle konkreter, zumindest aber zur Konkretisierung anregender Vermutungen über die Beeinflussung wissenschaftlicher Interpretationsregeln durch bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse. Die vielleicht interessantesten Anregungen finden sich im Abschnitt über Empfindungen als sozialorientiertes Verhalten (38–50), wo postuliert wird, daß das Sprechen über unmittelbare Erfahrungen gesellschaftlich und historisch variablen Standards von Solidarität, persönlicher Disponibilität und sozial zuerkannter Kompetenz folgt.

Wolfgang Wurm (Hamburg)

**Weingarten, Elmar, Fritz Sack und Jim Schenkein (Hrsg.): Ethnomethodologie.** Beiträge zu einer Soziologie des Alltagshandelns. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1976 (458 S., br., 14,- DM).

Ethnomethodologie ist der jüngste Zweig der phänomenologisch orientierten Richtung innerhalb der amerikanischen Soziologie. Die ersten ethnomethodologischen Arbeiten von H. Garfinkel, der als ihr Begründer gilt, erschienen erst 1967. Der hier zu besprechende Sammelband enthält nun sehr aktuell größtenteils bereits (Original-)Beiträge einer zweiten Generation von Ethnomethodologen. Insofern stellt er keinen Ersatz sondern eine Ergänzung zu den beiden 1973 erschienenen Readern dar, in denen grundlegende Standardtexte der Ethnomethodologie und des eng verwandten symbolischen Interaktionismus versammelt sind („Symbolischer Interaktionismus“, hrsg. v. H. Steinert, Stuttgart (Klett) und „Alltagswissen und gesellschaftliche Wirklichkeit“, Band I: Symbolischer Interaktionismus und Ethnomethodologie, Hrsg.: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen, Reinbek (Rowohlt). Der bekannteste und wohl auch umstrittenste Vertreter dieser neuen sich möglicherweise gut als Mode eignenden Richtung ist der berühmt-berüchtigte Carlos Castaneda mit seinen Drogenreisen in „eine andere Wirklichkeit“ (Ffm, 1971 und: Die Lehren des Don Juan, Ffm 1974 (Fischer), dessen akademische Anerkennung in der FAZ als „Schande für die amerikanische Wissenschaft“ bezeichnet wurde. In diesem neuen Sammelband wird er in einigen Aufsätzen zustimmend erwähnt.

Das grundlegende „Neue“ und für traditionelle Soziologen wie Marxisten gleichermaßen Skandalöse an der Ethnomethodologie ist ihr Konstatieren einer „grundsätzlichen Konvergenz“ von professioneller soziologischer Forschung und den Erklärungen, die sich Laien von ihren alltäglichen Situationen machen. „Die Liste soziologischer Gegenstände ist grundsätzlich deckungsgleich mit der Liste der Alltagsorgen der Gesellschaftsmitglieder“ (93). Ethnomethodologie zielt also nicht auf die Begründung neuer sozialwissenschaftlicher Forschungsmethoden, sondern auf die „Dokumentation“ der alltäglichen Handlungsmethoden der Gesellschaftsmitglieder selbst. Dabei wird von der These ausgegangen, daß die subjektiven Vorstellungen, auch wenn es sich um Einbildungen handelt, welche die Alltagsagenten von ihrer Situation haben, entscheidend sind für ihr Handeln. Das bekannte Thomas-Theorem („Wenn Menschen ihre Situationen als real definieren, sind auch ihre Folgen real“) ist ein Eckpfeiler dieses Ansatzes. Damit bietet sich ein unmittelbarer Zugang zu alltäglichen subjektiven Erfahrungs- und Erlebnisweisen und das Problem der Vermittlung von Theorie und Empirie kommt gar nicht erst auf den Tisch. Dieser „Vorteil“ wird freilich erkauft durch die Ausklammerung eines jeden historisch-gesellschaftlichen Totalitätsbezugs. Oder anders gesagt: Dieser Ansatz eliminiert schon von seinem Ausgangspunkt her jede Möglichkeit der Analyse der objektiven historischen Determinanten sozialer Prozesse, die sich „hinter dem Rücken der Individuen“ vollziehen.

Trotz oder auch gerade wegen ihres gewollt ideologischen Ausgangspunkts, der stark an die von Marx kritisierte, das Alltagsbewußtsein nur verdoppelnde Vulgärökonomie erinnert, dürfte es für Marxisten, die sich mit der kapitalistischen Formbestimmtheit unmittelbarer subjektiver Erlebnisweisen beschäftigen, also etwa an einer materialistischen Sozialpsychologie arbeiten, kein Fehler sein, sich mit der Ethnomethodologie auseinanderzusetzen. Produktiv eignen sich dazu vielleicht neben dem einzigen Aufsatz von Garfinkel und Sack „über formale Strukturen praktischer Handlungen“ (130 ff.) die von Pollner und Zimmer-

man verfaßten Arbeiten (64 ff., 105 ff., 295 ff.), die z. T. auch schon selbst an die Grenzen dieses Konzepts zu stoßen scheinen. Hier werden auch die Differenzen zur traditionellen soziologischen Forschung plastisch. (Die wohl wichtigere Auseinandersetzung mit dem „normativen Paradigma“ [113] einer naturwissenschaftlich orientierten Soziologie findet sich allerdings nach wie vor in dem im erwähnten Bielefelder Reader abgedruckten Aufsatz von Wilson [„Theorien der Interaktion und Modelle sozialwissenschaftlicher Erklärung“].) Zu diesen mehr grundlegenden Beiträgen gehört auch noch der Aufsatz von Schwartz (327 ff.), der ähnlich wie Pollner (295 ff.) „selbstverständliche“, den Alltag strukturierende „allgemeine Merkmale“ aufzeigt und dabei sehr detailliert zur Beschreibung sozialer Mechanismen kommt, die einen „Horrortrip“ nach Drogenkonsum begleiten können. Drogenprobleme werden exemplarisch u. a. auch in den Beiträgen von Adato (179 ff.) sowie von Mehan und Wood (38 ff.) vorgeführt. Dabei ist der Aufsatz von Mehan und Wood („die Bezeichnung seiner akademischen Position lautet: Mauka Professor of Alchemy am White Mountain Center auf Hawaii“ [446]) der kurioseste des Bandes und ganz auf der Linie Castanedas, mit Hilfe dessen und vergleichbarer anderer Darstellungen „fünf (entscheidende) Merkmale der Realität“ entwickelt werden. Dabei wird auch der Nachweis versucht, daß unser Glaube an die Wissenschaft durch den gleichen „Aberglauben“ ermöglicht wird, der die Azande in Afrika allen Widersprüchen zum Trotz unbeirrbar an der Richtigkeit ihres Orakels festhalten läßt (29 ff.). Für Leser, die sich zum Beispiel für die soziologische Schizophrenieforschung interessieren, könnten neben den Aufsätzen von Pollner und Schwartz noch die von Narens über „Vorstellungssysteme von Geisteskranken“ (272 ff.) und von Dorothy Smith (367 ff.) interessant sein, die sich damit beschäftigt, wie „Normale“ dazukommen, jemanden als geisteskrank zu definieren.

Carl G. Hegemann (Frankfurt/M.)

**Touraine, Alain:** Briefe an eine Studentin. Verfall und Wiederaufbau der Gesellschaft. Paul List Verlag, München 1976 (347 S., br., 28,- DM).

Angeregt durch eine Tagung nach dem Sturz der Allende-Volksfront-Regierung in Chile und verwickelt in politische Diskussionen mit kritischen Studenten versucht Touraine eine diskursive Selbst- und Fremdaufklärung über eine Vielzahl ihn interessierender Thematiken zu geben: er redet schreibend über die postindustrielle Gesellschaft, soziale Bewegungen, tages- und wahlpolitische Tendenzen, über sein Selbstverständnis als Intellektueller, Politiker, Soziologe und Hochschullehrer. Dies alles in einer Art intellektuellem Tagebuch, niedergeschrieben in der Zeit vom 4. 6. – 29. 10. 1974. Die Tagebuch- bzw. Briefform bringt eine gewisse Unsystematik mit sich, die noch verstärkt wird durch die Lektüreempfehlung, die Kapitel je nach Lust und Interesse und in willkürlicher Reihenfolge zu lesen. In diesen Briefen an eine Studentin will Touraine sich von der Theorie erholen und als Pragmatiker und Lehrer äußern und damit in einen Dialog mit der jungen Generation eintreten. Seine Ausführungen haben daher den Charakter lebensphilosophischer Deutungen und entsprechender Rechtfertigungen für seine soziologischen Analysen und politische Haltungen.

Touraine ist bekannt geworden mit arbeitssoziologischen Veröffentlichungen und mit seiner These von der Postindustriellen Gesellschaft, basierend auf der Annahme, daß die Produktivkräfte in eine neue Phase eintreten werden, nämlich das Zeitalter der Informatik und Kommunikation. Die gegenwärtige Übergangsphase von der Industriellen zur Postindustriellen Gesellschaft wird durch zwei Problemkreise bestimmt: die Modernisierung und die sozialen Bewegungen. Die Agenten hierfür sind der Staat als Akteur der Modernisierung und die sozialen Bewegungen als Kontestationen, d. h. oppositionelle Basisbewegungen. Zur Beschreibung der Postindustriellen Gesellschaft verwendet Touraine ein Konglomerat verschiedenartiger Theoriestücke sowohl aus der Systemtheorie („die Gesellschaft muß als ein sich selbst organisierendes System begriffen werden“, 133) als auch aus der marxistischen Theorie („Ich suche die Klassenkämpfe und die gleichzeitig kreative und destruktive Aneignung neuer Produktivkräfte durch eine neue herrschende Klasse“, 79). Die Postindustrielle Gesellschaft bedarf ihm zufolge einer eigenen soziologischen Theorie und neuer Begriffe. Z. B. an Stelle von Werten verwendet er ‚Orientierungspunkte‘, statt ‚Widersprüche‘ setzt er ‚Konflikte‘, statt von Unternehmen spricht er von Organisationen. Der Vorteil dieser Umbenennungen ist nicht einsehbar.

Die geschichtliche Entwicklung wird nach Touraine vorangetrieben durch die sozialen kontestatorischen Bewegungen, die Aktionsformen sozialer Klassen. Sie sind die Gegengewalt zu Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Die Probleme der Gesellschaft beherrschen den Staat, damit ist er kein politischer Agent, vielmehr schützt der französische Staat nur das Kleinbürgertum, während die Organisation der Wirtschaft und Gesellschaft die herrschende Elite stellen. „Man muß die Organisation der Wirtschaft und die der Gesellschaft dissoziieren, einen Dualismus und eine ständige Spannung zwischen beiden Ebenen akzeptieren. Dagegen sind staatliche und ökonomische Macht eng assoziiert. Man muß sie trennen, um die Demokratie zu etablieren (vgl. 55). „Die sozialen Bewegungen manifestieren Klassenbeziehungen und Klassenkämpfe“ (63). Hierbei bezieht sich Touraine verbal zwar auf eine Klassenstruktur der französischen Gesellschaft, erwartet aber die Veränderungen einerseits vom Staat und einem schöpferischen Nationalismus, andererseits von nicht in Parteien und Arbeiterverbänden organisierten Volksbewegungen, ohne letztere genauer zu benennen. Politisch bezeichnet er sich als einen demokratischen Sozialisten vom Schlage Mitterand und als Gegner der dogmatischen Kommunisten. Trotz seiner politischen Sympathisierungen spricht er für keine Schule und keine Partei, der Vorstellung vom freien Intellektuellen entsprechend. Gleichwohl beklagt er immer wieder die Schwäche und geringe Anerkennung wie Wirksamkeit der Sozialwissenschaften, die sich ihm zufolge zuwenig für multinationale Konzerne, urbane Politik, die Frauenbewegung und die Lage der Gastarbeiter interessieren. „Die Soziologen haben den Platz der Moralisten eingenommen“ (109).  
Sigrid Metz-Göckel (Dortmund)

**Linnhof, Ursula:** *Weibliche Homosexualität zwischen Anpassung und Emanzipation.* Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln 1976 (141 S., br., 10,- DM).

Weibliche Homosexualität hat innerhalb der neuen Frauenbewegung (bzw. Teilen von ihr) eine strategische Bedeutung als Ideologie gewonnen (vgl. hierzu: Frauenliebe. Texte aus der amerikanischen Lesbierinnenbewegung, Berlin 1975).

Von radikalen Feministinnen wird eine generelle Homosexualität als positive Frauen-Identität entwickelt und der Heterosexualität als einem normativen System zur Unterdrückung von Frauen gegenübergestellt (Lesbianismus). Um die ganze Vielfalt wissenschaftlicher Erkenntnisse und die persönliche Betroffenheit weiblicher Homosexueller zur Sprache zu bringen, gibt die Autorin kurze, kaum problemorientierte Aneinanderreihungen (scheinbar) wissenschaftlicher Positionen zur Homosexualität: Kirchengeschichtlich kommt lesbische Liebe als Sünde vor, in der Psychoanalyse als Psychopathologie, in der Medizin als Disposition, in der Hormonforschung als Ausprägung der Bisexualität des Menschen. Aus der Psychologie/Psychoanalyse werden einige Erklärungen herangeholt: Die falsche psychische Identifikation: das kleine Mädchen identifiziert sich mit dem vollkommenen Vater (Freud); – Die Fixierung an die erste narzißtische Objektwahl: das Mädchen gibt die erste libidinöse Objektwahl (die Mutter) nicht mehr auf; – Homosexuelle Objektwahl als maskuliner Protest: Die Homosexualität ist eine soziale Auflehnung gegen den Mann und sein Dominieren (C. G. Jung).

Von den zeitgenössischen Psychoanalytikern zitiert die Autorin ausschließlich negative Abgrenzungen zur Homosexualität im Sinne von *Therapiebedürftigkeit*, von den Sexualforschern berichtet sie die Annahme einer Disposition zur Heterosexualität. Sonst scheinen die Sexualforscher nicht sehr viel zu sagen zu haben. Nach den kurzen wissenschaftlichen Abrissen werden politische Positionen der Lesbenbewegung, der Frauenbewegung und des Feminismus gestreift: *Feminismus ist die Theorie, Lesbianismus ist die Praxis*, dieses vielzitierte Motto aus der Lesben-Frauen-Bewegung wird ohne Stellungnahme wiederholt. Auf die Geschichte wird nicht näher eingegangen. So bleibt der Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung (einige ihrer Führer verhinderten die Ausdehnung des § 175 auf die Frauen) unerwähnt, ebenso die Unterdrückung und Verfolgung von Homosexuellen im Faschismus (vgl. Rosa Winkel, in: Annette Dröge: Sexualität und Herrschaft, Münster 1976). Wie im Titel (zwischen Anpassung und Emanzipation) schon anklingt, wird auch bei der politischen Perspektive der Homosexuellenbewegung nur auf das Rollenverständnis, selten auf die Arbeitsbedingungen eingegangen. Hier einige zentrale Thesen: Die Lesben haben sich von latent Kriminellen zur politischen Avantgarde der Frauenbewegung entwickelt (dies bedroht allerdings viele heterosexuelle Frauen in ihrer Identität); – Lesbianismus ist ein sexualpolitisches Konzept und eine Lebensform, mit dem Anspruch, revolutionäre Alternativen zum heterosexuellen Normen- und Institutionensystem zu finden; – Die Lesbierin ist frauenidentifiziert, aber vom sexual-patriarchalischen Normensystem nicht direkt-persönlich unterdrückt, weil außerhalb stehend. Sie hat daher die Möglichkeit, solche Beziehungen und Verkehrsformen zu Männern zu entwickeln, die nicht auf Abhängigkeit und Unterdrückung beruhen.

Die meisten homosexuellen Frauen haben auch heterosexuelle Erfahrungen. Dies ergibt sowohl die Untersuchung von Siegfried Schäfer (vgl. Psychologie heute, H. 7, 1977) als auch der Interviewteil des Buches. Stellvertretend werden relativ bezugslos und unvermittelt Interviews von nichtorganisierten und organisierten Lesben angeschlossen. Fragenkomplexe sind: Soziale Situation und Kindheitserfahrungen, Vergleich und Erfahrung mit heterosexuellen Beziehungen, Bewertung des Einflusses der Homosexualität auf die persönliche Entwicklung, Offenheit gegenüber der Umwelt, Bedeutung der Psychoanalyse und Psychotherapie, Einschätzung von persönlichen Problemen, gesellschaftlichen und politischen Gruppen, Schwierigkeiten am Arbeitsplatz u. a. m.



Die Differenziertheit der Lesbengruppen belegt, daß die Ähnlichkeit im Sexualverhalten nicht allzuviel besagt, es ist ein sekundäres Merkmal. Es gibt ähnliche Probleme innerhalb und zwischen Lesbengruppen wie innerhalb und zwischen heterosexuellen Frauen und Frau-Mann-Gruppen. Die Probleme der Lesbierin, besonders diejenigen am Arbeitsplatz, werden mehr durch die gesellschaftliche Stellung der Frau allgemein als durch die besondere Sexualbeziehung bestimmt. Insofern haben die Lesben gerade wegen ihres eindeutigen Angewiesenseins auf ökonomische Unabhängigkeit ein objektives und subjektives Interesse an einer Verbesserung der ökonomischen und politischen Situation der Frau. Die Solidaritätsbasis bleibt daher die materielle Reproduktion. Aber politische Perspektiven in dieser Richtung bleiben von Linnhof ausgespart.

Sigrid Metz-Göckel (Dortmund)

**Donner-Reichle, Carola:** *Die Last der Unterentwicklung. Frauen in Kenya.* R. Sperber Verlag, Berlin/West 1977 (108 S., br., 9,80 DM).

Die Studie gibt eine neue Sicht der Situation der Frau in unterentwickelten Gesellschaften, die sich nicht mehr nur am bloßen Faktum der Unterprivilegierung festmacht. Aufgrund einer systematischen Auswertung vorliegender Literatur vollzieht Carola Donner-Reichle eine historische Analyse, die die Fragen der geschlechts-spezifischen Arbeitsteilung und der Herausbildung struktureller Heterogenität durch Kolonialismus und Neokolonialismus zu Angelpunkten macht, immer aber die Menschen in ihrer sozialen und psychischen Betroffenheit mit einbezieht. Denn sie schreibt mit Engagement, dem Polemik oder Dogma fernbleiben. Manches ist allerdings etwas kurz formuliert. Die Frauen erscheinen hier nicht als die „Hälfte des Himmels“, sondern als die Mittlerinnen zur Erde, auf deren Schultern das ungeheure Gewicht von Abhängigkeit und Ausbeutung in letzter Instanz lastet, da sie die Produktions- und Reproduktionsarbeit innerhalb des „marginalisierten“ landwirtschaftlichen Subsistenzsektors leisten. Die zentralen Thesen seien kurz wiedergegeben: Die vorkolonialen, Ackerbau treibenden Stammesgesellschaften, in denen Produktion und Reproduktion im wesentlichen integriert waren, wiesen den Männern das Eigentumsrecht an Boden, den Frauen dagegen die kontinuierliche agrarische Produktion zu, wodurch sich beide in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis mit spezifischen, jedoch zusammenwirkenden Tätigkeiten befanden, das den Frauen eine gewisse Anerkennung zubilligte. Als nun die Kolonialherrschaft dies System in mehrfacher Weise in die Zange nahm – durch den Raub eines Großteils des fruchtbaren Landes, durch den Zwang zu Lohnarbeit und Warenproduktion durch Geldsteuern, schließlich durch Bildung kapitalistischer exportorientierter Sektoren – wanderten in Reaktion darauf Männer als Arbeiter oder Diener in die „modernen“ Sektoren, während die Frauen nun allein die Subsistenzproduktion und die Garantie der Reproduktion, d. h. Altersversorgung der Männer und Aufzucht der Kinder leisten mußten. So boten sie mit ihrer Arbeit und Psyche dem Zerfall der herkömmlichen Reproduktionsmöglichkeiten Halt und produzierten gleichzeitig mit für die billigen Arbeitskräfte in den modernen Sektoren. Bei dieser Rollenzuweisung wirkten der patriarchalische Charakter der herkömmlichen und der fremden kapitalistischen Produktionsweise zusammen. Der Weg in den „modernen“ Sektor bleibt der Frau weitgehend versperrt. Die Autorin legt dar, wie Frauen in ihrer Teilnahme am antikolonialen Kampf von sich aus gegen die Zerstörung der

minimalen Subistenz und *zugleich* gegen patriarchalische Ideologien und männliches Chief-Verhalten vorgingen. Reproduktionskämpfe von Frauen in Europa im 17. und 18. Jh. und heute in Chile oder Indien verweisen auf die politische Bedeutung dieser in den Ursachen autonomen Frauenkämpfe, die sich aber gleichzeitig auf allgemeine gesellschaftliche Befreiung richten.

Ilse Lenz (Berlin/West)

**Macciocchi, Maria-Antonietta: Jungfrauen, Mütter und ein Führer.** Frauen im Faschismus. Wagenbach Verlag, Berlin/West 1976 (108 S., br., 7,50 DM).

Es ist die zentrale, wiewohl unausgeführt gebliebene These des Buches, „daß der Faschismus mehr als die Klassenunterschiede . . . die Geschlechtsunterschiede ausbeutet“ (79). Konsequenter wird der ökonomischen Analyse eine via Reich politisierte Psychoanalyse an die Seite gestellt: Allein durch eine der Analyse der politischen und ökonomischen Zusammenhänge zu Hilfe eilende Psychologie kann, so scheint es, die Anhänglichkeit der Frauen an ein System, das sie politisch und ökonomisch entmündigt, erklärt werden.

Theoretisch ist das Buch daher nur ein unzureichender Versuch mehr, dem Faschismus, und speziell dem italienischen, mit Hilfe eines Sammelsuriums anthropologischer Wissenschaften, von der Psychoanalyse bis zur Verhaltensforschung, beizukommen. Es ist schade, daß die zweideutige Stellung der Frau zum gesellschaftlichen und ökonomischen Prozeß dazu verführt, dem Faschismus eine in Kategorien des ökonomischen Privatinteresses offenbar nicht mehr aufgehende ideologische Zweideutigkeit zu vindizieren mit dem Resultat, daß in diesem von einem engagiert feministischen Standpunkt geschriebenen Buch die Frau einmal mehr mit der finstersten Reaktion zusammengeschlossen erscheint.

Daß es sich bei der Autorin um eine Augenzeugin des italienischen Faschismus und aktive Widerstandskämpferin handelt, die „durch den Faschismus hindurchgegangen“ (102, im Text gesperrt) ist und in der alltäglichen Auseinandersetzung mit ihm alltägliche Formen der Distanzierung entwickelt hat, wirkt auf den Leser, der von der praktischen Erfahrung des Faschismus ausgeschlossen ist und am theoretischen Verständnis seiner eher verhindert wird, zusätzlich mystifizierend: Das Lächerliche etwa des faschistischen Systems und seines Heros Mussolini, das die Autorin mit dem unbekümmerten Triumph dessen ausstellt, der seinen tödlichen Konsequenzen entronnen ist, macht uns eher Angst. Wer das lächerlich findet, denken wir, der kann es nicht erlebt haben. Und doch ist es genau umgekehrt. Nur daß diese Erfahrung offenbar ein schlechter Leitfaden für die Analyse ist und die Darstellung aus ihr nur eine falsche, abstrakte Unmittelbarkeit gewinnt.

Ilse Bindseil (Berlin/West)

## Erziehungswissenschaften

**Bronfenbrenner, Urie:** Ökologische Sozialisationsforschung.  
Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1976 (234 S., br., 24,- DM).

Im ersten dieser zwischen 1961 und 1975 entstandenen acht Aufsätze setzt sich der Autor mit der These Jensens auseinander, „daß 80 Prozent der Streuung der Intelligenz durch Vererbung festgelegt“ seien, und weist auf den für sozialpolitische Maßnahmen ungleich wichtigeren Stellenwert der Umweltbedingungen für die Entwicklung des Kindes hin. In drei weiteren, empirischen Arbeiten zeigt der Autor, „daß Kinder sich hinsichtlich ihrer Regeln des sozialen Verhaltens unterscheiden, und zwar nicht nur von Gesellschaft zu Gesellschaft, sondern auch nach Alter, Geschlecht, sozialer Herkunft und anderen gesellschaftlichen Faktoren“ (77).

Zwei Aufsätze beschäftigen sich mit der gegenwärtigen, zunehmend desolaten Situation der Kindeserziehung in den USA, die sich unter anderem in steigenden Kriminalitätsdelikten und Selbstmordraten ausdrückt, sowie mit deren Ursachen. Zwei weitere Aufsätze sind mehr konzeptionell-methodischen Überlegungen zur Forschungsstrategie empirischer Sozialisationsforschung gewidmet. In Abgrenzung zur traditionellen empirisch-statistischen Sozialforschung einerseits, auf deren Instrumentarium er gleichwohl nicht verzichten will, und zur Aktionsforschung andererseits stellt der Autor sein Konzept der „ökologischen Sozialisationsforschung“ vor, das sich am ehesten, wengleich etwas verkürzt, als pragmatisch (im positiven Sinn) und an der Feldtheorie Lewins orientiert bezeichnen läßt. In den herkömmlichen, durch experimentelle Untersuchungen charakterisierten Forschungsmodellen bleiben, so Bronfenbrenner, die für die kindliche Entwicklung entscheidenden Besonderheiten der alltäglichen Umwelt gerade ausgeklammert (202). Wichtig sei aber, die Struktur dieser alltäglichen Umwelt und ihrer wichtigsten Bestimmungsgrößen, die er als „soziale Ökologie menschlicher Entwicklung“ bezeichnet, unter die Lupe zu nehmen (203). Empirische Forschung sollte nicht bei dem losgelösten Beitrag einzelner Variablen ansetzen, sondern ihren Ausgangspunkt in der spezifischen Wirkung integrierter Systeme und komplexer Beziehungsgeflechte haben (207). Der zeitliche und räumliche Kontext, in dem menschliches Handeln und Verhalten steht, die subjektiven Sinngebungen der beobachteten Menschen sowie der strukturelle und historische Zusammenhang zwischen Person und Gesellschaft werden also bei Bronfenbrenner zum zentralen Problem empirischer Sozialisationsforschung. Damit liefert er einen eigenständigen Beitrag zur Kritik an den herkömmlichen Verfahren empirischer Sozialforschung.

Arno Bammé (Berlin/West)

**Roth, Jürgen:** Eltern erziehen Kinder – Kinder erziehen Eltern. Elterninitiativen nach der Kinderladenbewegung. Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln 1976 (152 S., br., 10,- DM).

Vor knapp zehn Jahren noch galt sie als Keimzelle individueller wie gesellschaftlicher Befreiung, als Vehikel zur Überwindung anachronistischer Familien- und Erziehungsstrukturen und als Vermittlungsinstanz von Selbstverwirklichung und Ich-Identität; heute, nach abgewürigter Bildungsreform und politischer Re-

aktion, wird die „emanzipatorische Kollektiverziehung“ von „links und rechts“ gleichermaßen in Frage gestellt, teilweise verpönt, jedenfalls kaum mehr praktiziert. Existierten zu Beginn der 70er Jahre mehr als tausend Kinderläden in der Bundesrepublik, die meisten davon in Westberlin, so ist ihre Zahl mittlerweile auf die Hälfte zusammengeschrumpft. (SPIEGEL 19/77).

Gegen solcherart Resignation und Kritik zieht der Autor beredt zu Felde. Es geht um Dokumentation und Kommentar eigener und Erfahrung anderer mit der kollektiven Kindererziehung, um ein Plädoyer, weniger um eine Analyse. Nach einem flüchtigen und etwas oberflächlichen Streifblick auf die Entstehung der Kinderladenbewegung („Im Februar 1968 fand der Vietnam-Kongreß in der Berliner Technischen Universität statt. Die Frauen der Genossen . . . hatten ihre Kinder einfach mitgebracht . . . Mitglieder des Aktionsrates und Eltern wechselten sich in der Betreuung der Kinder ab . . . Durch diese erste, ohne lange Vorbereitung entstandene Selbsthilfeaktion in der Öffentlichkeit wurde vielen Eltern und besonders Frauen die Möglichkeit bewußt, ihre Kinderprobleme, und nicht nur diese, gemeinsam zu lösen . . .“ S. 9f.) und einer ebenso knappen Darstellung der Statistik über die Lage der Kinder und ihrer formellen Erziehung in der BRD werden anhand von Papers, Protokollen, Erfahrungs- und Zeitungsberichten einzelne Modelle der kollektiven Kindererziehung (relativ unverbunden) abgehandelt: eine Frankfurter Kleinkindergruppe, an deren Schicksal der Autor beteiligt war; Ziele und (differierende) Praxis eines Frankfurter und eines Berliner Kinderladens sowie zwei vielversprechende Kontrastversuche: ein multinationaler Betriebskindergarten in Westberlin, wo ausländische Kinder und Eltern mit deutschen erstmals zusammen pädagogisch arbeiten, und die sozial homogene Universitäts-Kindertagesstätte in Frankfurt, die vom Land Hessen und der Stadt Frankfurt finanziell gefördert wurde.

Roth möchte auf „weitschweifige theoretische Interpretationen kollektiver und emanzipatorischer Erziehung“ verzichten und stattdessen „die praktischen Erfahrungen der Kollektiverziehung und die daraus abzuleitenden Konsequenzen“ (S. 16 f.) darstellen. Er handelt sich mit dieser Zielsetzung bekannte Vor- und Nachteile der dokumentarischen Methode ein: Authentizität, Verständlichkeit und Anschaulichkeit, mancherorts den Eindruck unmittelbaren Betroffenseins auf der einen, mangelnde begrifflich-theoretische Präzision, fehlende Erklärungen übergeordneter Zusammenhänge, materialer Strukturen und Gesetzmäßigkeiten auf der anderen Seite. Das fängt damit an, daß nicht immer ersichtlich ist, wo Dokumente in Kommentare des Autors bzw. anderer Beteiligten übergehen. Auch werden deren unterschiedliche Rollen, Interessen und Zielsetzungen ungenügend thematisiert, schon gar nicht gegeneinander abgegrenzt. Problematischer noch, daß zentrale Begriffe wie Emanzipation, Autonomie und was dergleichen Lernziele mehr, nirgendwo definiert oder auch nur grob abgeklärt sind. Aus augenscheinlich konträren pädagogischen Konzepten werden sie unbefragt extrahiert und (scheinbar) widerspruchlos nebeneinandergestellt. Aber Emanzipation bedeutet für ein türkisches Kind in Berlin-Kreuzberg nun einmal etwas anderes als für das Kind einer Akademikerfamilie – und wenn es infolge der generellen Unterprivilegierung der Kinder in der Bundesrepublik gemeinsame und solidarisch aufzugreifende Aktionsfelder gibt, hätten diese analytisch herausgearbeitet werden müssen. Hier rächt sich die ausschließlich auf Konkrete und subjektive Erfahrungen bedachte Perspektive. Nicht ohne Grund verfällt die Dokumentation gegen Ende fast in den Tonfall eines moralisierenden Traktats: Man solle doch an Veränderungen des Bildungssystems weiterarbeiten, „wo immer (es)

möglich (sei)“ (147) – ohne systematisch aufgezeigt zu haben, wodurch sich die „emanzipatorische Erziehungspraxis“ als „alternative Erziehung“ (146) auszeichnet und wie sie sich von den zahlreichen anderen Konzepten *praktisch* unterscheidet. Nicht mehr verwunderlich ist es schließlich, daß die zuletzt aufgeführten zwölf „Regeln“ (!) zur „emanzipatorischen Kollektiverziehung“ sich vornehmlich in institutionellen und formalen Hinweisen erschöpfen. Wie sie eine Garantie oder auch nur Hilfe für den Erfolg dieser Erziehung sein sollen – den inhaltlichen Beweis dafür bleibt der Autor schuldig.

Hans-Dieter Kübler (Bielefeld)

**Hüser, Karl, Wilhelm Beckers und Ferdinand Küpper: Politische Bildung in Deutschland im 20. Jahrhundert. Bedingungen und Elemente ausgewählter Konzeptionen.** Luchterhand Verlag, Neuwied und Darmstadt 1976 (146 S., br., 19,80 DM).

Zielgruppe des vorliegenden Buches sind Lehrerstudenten, die sich bilden, und Lehrer, die sich weiterbilden wollen. Die Autoren suchen einen Überblick zu vermitteln über die didaktischen Konzeptionen politischer Bildung von Kerschesteiner, Oetinger, K. G. Fischer und Giesecke sowie über einige Probleme der Curriculumforschung. Das Buch bietet – wie die Autoren selbst einräumen – „nichts oder doch kaum etwas Neues“ (1), nichts, was nicht in vielen anderen Büchern zu diesem Thema auch schon dargestellt worden wäre, einmal abgesehen von dem sicher verdienstlichen Versuch, durch Unterrichtsskizzen die praktische Relevanz und Tragweite der jeweiligen didaktischen Ansätze sowohl anschaulich zu machen als auch „Material und Anregung“ zu bieten für „eigene Versuche in der Schule und in didaktischen Seminaren“ (1). Der Anspruch der Autoren, die verschiedenen Theorien „auf ihrem historisch-politischen Hintergrund und unter Einbeziehung der jeweiligen wissenschaftstheoretischen Grundlagen“ (1) darzustellen, verspricht mehr als er hält. Zwar werden die didaktischen Konzeptionen einigermaßen prägnant dargestellt – wenn auch das letzte Kapitel über die neuen Ansprüche an Theorie und Praxis der politischen Bildung durch die Curriculumforschung ziemlich abstrakt ausgefallen ist –, von einer historisch-kritischen Einordnung der unterschiedlichen Konzepte in ihren sozio-ökonomischen Kontext kann jedoch kaum die Rede sein. Statt einer materialistischen Analyse oder zumindest der Untersuchung der wichtigsten ökonomischen und politischen Grundstrukturen wird dem Leser oft nur ein Sammelsurium von verschiedensten Erscheinungen sowie fragwürdigen Interpretationen dargeboten. So wird z. B. das imperialistische Deutsche Reich um die Jahrhundertwende wie folgt „analysiert“: „Die ‚wilhelminische Ära‘ steht uns in der Rückschau vor Augen als die Zeit einer sich geradezu explosionsartig steigenden Wirtschaftskraft des Reiches, als die Zeit der Weltpolitik und des Flottenbaus, des Wettlaufs mit England, Rußland und Frankreich zum ‚Platz an der Sonne‘. Inzwischen wissen wir aber auch um die tiefe Unsicherheit der deutschen Außenpolitik, die sich hinter falschem Kraftgefühl und lauter Geste verbarg und gerade dadurch das Reich in die verhängnisvolle Isolierung getrieben hat. Ebenso sehen wir die innere Entwicklung Deutschlands nach 1890 in einer halbherzigen und widersprüchlichen Sozial- und Kulturpolitik, als ein Jahrzehnt der versäumten Gelegenheiten an.“ (12) – Wettlauf zum Platz an der Sonne, tiefe Unsicherheit, falsches Kraftgefühl, laute Gesten, versäumte Gelegenheit – damit ist man wirk-

lich hinreichend über den historisch-politischen Hintergrund informiert? Anderenorts, z. B. bei der Würdigung der sozialen Marktwirtschaft, wird in bester pluralistischer Manier die Stillfigur des Einerseits-Andererseits = die Wahrheit liegt in der Mitte gepflogen: „Ohne Zweifel fördert dieses Programm vorwiegend die wirtschaftlich starken, die dynamischen Unternehmer. . . Ebenso richtig ist jedoch auch Alfred Grossers Erkenntnis, eben diese Gewinnsucht sei zugleich der Motor des Wiederaufbaus geworden. . .“ (26) Zwar wird auf dem Hintergrund der von den Autoren gelieferten diffusen und zum Teil stark ideologie-trächtigen Beschreibungen meist gerade noch deutlich, auf welche politischen Situationen die jeweiligen Theorien bezogen waren, aber die diesen zugrundeliegende Wesensebene der historischen Erscheinungen bleibt allemal unbegriffen. Als ebenso fragwürdig ist die Methode der Autoren zu bezeichnen, „die eigene Meinung zurückzuhalten“ (1) und bei der Kritik und Bewertung der verschiedenen Theorien auf deren systematische Einschätzung aufgrund einer zuvor ausgewiesenen eigenen Position zu verzichten. Stattdessen konfrontieren sie den Leser mit häufig auf zwei oder drei Sätze komprimierten kritischen Statements unterschiedlichster Theoretiker, aus denen in dieser Kürze allerdings oft nur noch die Tatsache der Kritik, kaum aber mehr ihr Inhalt differenziert hervorgeht.

Diethelm Damm (Wiesbaden)

**Susteck, Herbert:** Lehrer zwischen Tradition und Fortschritt. Empirische Untersuchungen über die Innovationsbereitschaft der Pädagogen. Georg Westermann Verlag, Braunschweig 1975 (225 S., br., 24,- DM).

**Mack, Bernhard, und Helmut Volk:** Handlungsforschung in der Lehrerbildung. Entwicklung eines offenen Curriculums zur Vermittlung politischer Handlungskompetenz in der Eingangsphase. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1976 (471 S., br., 38,- DM).

Keine Schulreform kann mit Aussicht auf Erfolg ohne die aktive Mitarbeit oder gar gegen den Widerstand der betroffenen Lehrer durchgeführt werden. Gegenwärtig kann in der BRD diese notwendige Bereitschaft zur Mitarbeit an ‚Innovationen‘ im Schulsystem nur bei einem geringeren Teil der Lehrer vorausgesetzt werden, besonders wenn durch Veränderungen auch traditionelle Privilegien und Illusionen in Frage gestellt werden. Dafür, daß gerade an Gymnasien und bei älteren Lehrern nur wenig Bereitschaft besteht, die vorgegebenen Zustände zu verändern, liefert Sustecks Untersuchung den Beleg. Seine Fragebogenaktion, an der fast 700 nordrhein-westfälische Lehrer und Lehrerinnen an Gymnasien, Haupt- und Gesamtschulen teilnahmen, fand 1972 statt, zu einer Zeit also, als die Reform euphorie noch nicht in ihr Gegenteil umgeschlagen war und viele noch an eine Veränderung der Gesellschaft durch Bildungsreform glaubten. Allerdings geht dieser aktuelle politisch-bildungspolitische Zusammenhang in Sustecks Diskussion der Rolle des Lehrers unter dem Aspekt innovativen Verhaltens und der diesem entgegenstehenden Zwänge (9-33) in keiner Weise ein, obwohl gerade unter diesem Gesichtspunkt die Ergebnisse der Untersuchung erst konkret historisch hätten interpretiert werden können. Der abstrakt gehaltenen Einleitung entspricht Sustecks Instrumentarium, dessen Elemente (Tätigkeitszuordnungen, Ausbildungsbewertung, Persönlichkeitsprofil, Statements zur Schulsituation) weder systematisch zusammenhängen noch in einem

mehr als plausiblen Verhältnis zu den aus der Einleitung gewonnenen Hypothesen stehen, was auch die mageren Ergebnisse der Befragung auf den Gebieten der Tätigkeitsmerkmale (70–85) und des Profils des ‚guten Lehrers‘ (86–105) erklären mag.

Wichtigstes und die pessimistischen Hypothesen bestätigendes Ergebnis ist das der Einstellungsuntersuchung (106–155), in der neben teilweise gravierenden Unterschieden in den Einstellungen zwischen Gymnasial- und Gesamtschullehrern und zwischen Berufsanfängern und älteren Lehrern einzig eine relevante Übereinstimmung auftaucht: in der ablehnenden Haltung gegen die unzureichende Selbstbestimmung der Lehrer (132 und 143). Dies ist ein Ansatzpunkt für demokratische Veränderungen aber nur dann, wenn diese Haltung nicht – wie oft vermutet werden kann – Ausfluß des reaktionären Standpunkts der ‚autonomen Lehrerpersönlichkeit‘ ist. Interessant ist weiter auch die Einschätzung der eigenen Ausbildung und die daraus folgenden Forderungen an die Lehreraus- und -fortbildung (49–69). Jeweils mehr als 70% aller befragten Lehrer schätzten ihre Ausbildung in beiden Phasen für Bereiche wie Auswertung von Lernergebnissen, Gruppendynamik, familiäre und schulische Sozialisation (!) und Eltern- und Schülerberatung als ‚unzureichend‘ oder ‚gar nicht‘ ein. Diesem erkannten Mangel entspricht nur bedingt der Wunsch nach Weiterbildung auf diesen, für den Schulalltag eminent wichtigen Gebieten: hier steht die fachwissenschaftliche Weiterbildung an der Spitze. Das von Susteck in seinem Resümee angesprochene Resultat der Untersuchung ist die Forderung nach verstärktem Ausbau der Lehrerfortbildung und natürlich nach einer grundlegenden Veränderung der bisherigen Lehrerausbildung.

Ein Modell für eine solche Veränderung stellen Mack/Volk in ihrem mit einem irreführenden Titel versehenen Buch auf. Zwar ist Handlungsforschung ihr Instrument, ihr Gegenstand aber ist der detailliert geschilderte Ablauf eines u. a. von ihnen geleiteten dreisemestrigen Eingangsprojekts ‚zur Vermittlung politischer Handlungskompetenz‘ (Untertitel) für Lehrerstudenten an der Uni Hamburg (1973/74). Zeitlich parallel etwa zu den Versuchen in Bremen und Oldenburg wollten die Autoren durch das Projektstudium „die Studenten . . . befähigen, Handlungsspielräume für Demokratisierung der Gesellschaft und speziell der beruflichen Bedingungen zu nutzen, zu erhalten und zu erweitern“ (19). Das Ziel des Projekts war, unter Anknüpfung an die von den Studenten mitgebrachten Lernbestände und an deren bisherige Sozialisierungserfahrungen anhand bestimmter Probleme der Schule, des Unterrichts und der Erziehung theoretische, arbeitsmethodische und soziale Kompetenz geplant zu vermitteln. Die Arbeit selbst ist ein weitgespannter Versuch, die Planung und Durchführung des Projekts detailliert und nachvollziehbar darzustellen und an allen Knotenpunkten kritisch zu hinterfragen. Diese Ausführlichkeit ist ein großes Plus: sie ermöglicht erst den Transfer auf die Ebene der Erfahrungen und Handlungen des Lesers. Insofern sollte jeder in der Lehrerausbildung Tätige dieses Buch aufmerksam durcharbeiten, auch wenn er die Grobstruktur des Projektes nicht auf seinen Bereich übertragen kann und will. Zum Beispiel die Diskussion des Verfahrens zur Tutorenauswahl (69–76) und die Beschreibung und Analyse unsozialer Verhaltensformen an der Universität (in Kapitel 8) sollten jedem demokratischen Hochschullehrer (und Studenten) zu denken geben. Diese Ausführlichkeit birgt aber auch einen wesentlichen Mangel: trotz starker Gliederung ist der Text wenig überschaubar; man verzettelt sich leicht in der Vielzahl der beiherspielenden Probleme. Zudem ist der zu Anfang gegebene Überblick über den Verlauf des

Projektes nur ungenügend und zu sehr auf die Planung zentriert. So erfährt der Leser etwa über die für die ‚politische Handlungskompetenz‘ der Studenten wohl wichtige politische Aktion zum Sozialpraktikum erst auf den Seiten 370 ff.! Es ist zu wünschen, daß die Autoren auch in Anbetracht des Preises eine Kurzfassung der Arbeit veröffentlichen, in denen sie ihre Erfahrungen praxisanleitend zusammenfassen. Der Schwerpunkt des Buches liegt in der genauen Darstellung der Ziele, Vermittlungskonzeptionen und Erfahrungen der Lernbereiche ‚arbeitsmethodische Kompetenz‘ und ‚soziale Kompetenz‘ (154–272; 273–400), die ja hochschuldidaktisch besonders relevant, weil unterentwickelt, sind. Dabei kommt leider – wie die Autoren schon im Vorwort erwähnen – der Bereich der ‚theoretischen Kompetenz‘ weitaus zu kurz (136–153). Gerade hier interessiert doch, wie weit veränderte Arbeitsmethoden und gruppenspezifische Reflexionen in eine Verbesserung des ‚Theorielernens‘ eingehen. Ein weiterer Mangel ist, daß ebenso wie bei Susteck die bildungspolitischen Rahmenbedingungen des Projekts, die hochschulpolitische Situation in Hamburg etwa, nicht mitdiskutiert werden. Unterhalb dieser Ebene aber ist das Buch eine auch in den Details wichtige Anregung zu einer kommenden Reform der Lehrerbildung als wichtiger Bestandteil jeder Schulreform.

Wilfried Kunstmann (Göttingen)

**Muck, Karl-Heinz:** Die zweite Phase der Lehrerbildung für das berufliche Schulwesen. Situation, Analyse, Perspektiven. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1975 (255 S., br., 24,- DM).

Obwohl Klappentext und Titel den Eindruck erwecken, handelt es sich nicht um eine Analyse der Realität der zweiten Ausbildungsphase für Berufsschullehrer, sondern um eine Aufarbeitung und Dokumentation der relevanten Gesetze, Verordnungen, Erlasse etc. über Form und Inhalt der zweiten Phase in den einzelnen Bundesländern (einschließlich West-Berlin). Dokumentiert werden Bestimmungen über die Länge der zweiten Phase, über die Aufteilung von Theorie und Praxis, über die Rekrutierung der Ausbilder etc. Immerhin ist es dem Autor gelungen – durch eine sicher mühevollen Analyse von Gesetzes- und Verordnungsblättern sowie durch ergänzende informelle Befragungen von Studienseminaren über die praktische Handhabung solcher Vorschriften – einen Überblick über Organisation und Ablauf der zweiten Phase zu geben sowie Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Bestimmungen der einzelnen Bundesländer deutlich zu machen. Gemessen an der Sprödigkeit des Inhalts, muß man diesem Buch sogar eine erstaunlich gute Lesbarkeit bescheinigen. Da diese Bestimmungen nur den Rahmen der zweiten Phase widerspiegeln, die gesellschaftliche Funktion sowie die realen Probleme der Betroffenen dieser Ausbildungsphase nicht analysiert werden, erhalten die perspektivischen Überlegungen am Ende dieses Buches einen Charakter von Beliebigkeit. Eggert Hoiling (Berlin/West)



**Psychologie**

**Piaget, Jean:** Die Äquilibration der kognitiven Strukturen. Klett Verlag, Stuttgart 1976 (182 S., br., 22,- DM).

„Piaget“ steht für eine große Menge von Beobachtungen über die kognitive Entwicklung von Kindern und den Versuch, diese als Übergang von Zuständen geringeren Gleichgewichts in Zustände höheren Gleichgewichts zu erklären. „Piaget“ steht ebenso für den Versuch einer genetischen Erkenntnistheorie, die das Prozeßhafte wissenschaftlicher Erkenntnis, deren psychologische Aspekte, hervorhebt. Das vorliegende Buch paßt in beide Piaget-Schubladen. Anhand von Beispielen aus verschiedenen Stadien der kognitiven Entwicklung geht Piaget ausführlich dem Wie des Äquilibrationsprozesses nach. Dessen Resultat stellt immer einen Fortschritt dar, die neu entstandenen Schemata sind differenzierter, funktionstüchtiger. Piaget spricht von majorierenden Äquilibrationen, von einem Marsch in Richtung auf ein besseres Gleichgewicht. Diese Vorstellung, der in Bezug auf Beispiele aus frühen ontogenetischen Phasen sicher kaum widersprochen wird, wird von Piaget auf den wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß im allgemeinen übertragen: „Die zentrale Idee, die sich unserer Meinung nach für die Erklärung der kognitiven Entwicklung (ob es sich um die Geschichte der Wissenschaften oder die Psychogenese handelt) aufdrängt, ist deshalb eine Verbesserung der Gleichgewichtsformen, anders gesagt eine ‚majorierende Äquilibration‘“ (165 f). Dieser Transport psychologischer Ergebnisse aus der Erforschung individueller kognitiver Entwicklungen auf eine allgemeine erkenntnistheoretische Ebene wird nicht weiter ausgewiesen. Angesichts radikaler bürgerlicher Kritik à la Paul Feyerabend an der Wissenschafts- und Fortschrittsgläubigkeit und den praktischen Ergebnissen der Fortschrittsideologie wirkt er auch nicht besonders überzeugend. *Zielgruppe:* Lesern, die mit dem Piagetschen entwicklungspsychologischen Ansatz in Grundzügen vertraut sind, wird dieses Buch mit seinem Versuch, die Bestandteile des Äquilibrationsprozesses in allen Einzelheiten zu charakterisieren, Neues bringen. Als Einführungstext zum Querlesen ist es ungeeignet.

Dietmar Rösler (Berlin/West)

**Hommage à Jean Piaget zum achtzigsten Geburtstag.** Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1976 (137 S., br., 3,- DM).

Im ersten Teil (9–48) geben 22 vom Verlag eingeholte und zum Teil sehr persönlich gehaltene Grußbotschaften von bekannten Psychologen, Psychoanalytikern, Pädagogen, Soziologen und Anthropologen einen flüchtigen Einblick in die kurze, aber vielfältige und eindringliche Rezeptions- und Wirkungsgeschichte des Genfer strukturalistischen Psychologen, wobei allerdings die philosophischen, logisch-mathematischen und biologischen Seiten seines Werkes etwas zu kurz kommen. Gerhard Steiners wohlinformiertes Überblicksreferat zur Wirkungs- und Problemgeschichte Piagets (49–114) gleicht diesen Mangel nur zum Teil aus. Dem nichtssagenden tabellarischen Lebenslauf (115–117) folgen zwei Werkeverzeichnisse (119–137), deren erstes lediglich Buchpublikationen und deren zweites nur die im selben Verlag erschienenen Bücher von und zu Piaget anführt. Eine vollständige Bibliographie seiner Schriften bis zum Jahre 1974 findet man in der auch insgesamt ambitionierteren französischen Festschrift zum

70. Geburtstag, die neuerdings auch in deutscher Sprache vorliegt (München 1976). Leider nutzen derartige Hommages kaum die Chance, den Gefeierte(n) auch durch kritische Weiterentwicklung seiner Gedanken zu ehren. Im Falle Piagets böte sich insbesondere eine Interpretation seiner stark naturwissenschaftlich und systemtheoretisch orientierten Entwicklungspsychologie im Lichte des gesellschaftswissenschaftlichen Paradigmas der kulturhistorischen Schule der sowjetischen Psychologie an, zu der die ein halbes Jahrhundert zurückliegende Piaget-Wygotski-Kontroverse (vgl. 56–58) erst ungenaue und heute teils überholte Wegweiser aufgestellt hat.

Ulrich Schmitz (Duisburg)

**Miller, Max:** Zur Logik der frühkindlichen Sprachentwicklung. Empirische Untersuchungen und Theoriediskussion. Klett Verlag, Stuttgart 1977 (512 S., br., 38,- DM).

Es handelt sich um einen Zwischenbericht zu einem Forschungsprojekt „Kognition und soziale Determinanten des Spracherwerbs“, das angesiedelt ist im Rahmen des Projekts „Elternhaus und Schule“ und von Oevermann, Krappmann und Kreppner geleitet wird. Der Gegenstand der Arbeit liegt in der Untersuchung der frühkindlichen Sprachentwicklung, der Ein- bis Vierwortäußerungen und dabei vor allem des Übergangs von den Ein- zu den Mehrwortäußerungen. Sie stützt sich dabei auf empirisches Material, das gewonnen wurde in einer Langzeituntersuchung des Sprachgebrauchs zweier Mittelschichtkinder bis etwa zum zweiten Lebensjahr; punktuell wird vergleichbares Material eines Unterschichtkindes herangezogen. Es geht also um die Untersuchung jener Phase des Spracherwerbs, der in der Literatur häufig „telegraphic speech“ genannt wird und „in der die Äußerungen des Kindes extrem handlungsgebunden sind“ (21).

In seinen theoretischen Überlegungen setzt Miller sich auseinander mit verschiedenen transformationellen Ansätzen zur Beschreibung von Kindersprache, in deren Kritik er jene Momente herauszuarbeiten versucht, an die er anknüpfen kann. Dabei weist er die Notwendigkeit nach, bereits bei der Analyse frühkindlichen Sprachgebrauchs zu unterscheiden zwischen „Oberflächenstrukturen und zugrundeliegenden Strukturen“ (73). Ein wichtiges Argument für diese These ist die Beobachtung, daß die Wortstellungsregeln des kindlichen Sprachgebrauchs nicht beliebig sind gegenüber den semantischen Beziehungen, die ein Kind ausdrücken will; deshalb sind auch semantische Analysen unerlässlich. Miller knüpft bei der Bearbeitung seines Materials an die Methode der „rich interpretation“ an, die versucht, implizite semantische Intentionen kindlicher Äußerungen herauszuarbeiten mit dem Ziel, die Systematik in der sprachlichen Realisierung zu erkennen, ohne daß damit unterstellt würde, solche Systeme seien denen Erwachsener äquivalent. Er zeigt, daß die kommunikativen Intentionen des Kindes sich realisieren in verschiedenen kommunikativen Akten, die sich in rudimentärer Form in dem untersuchten Zeitraum herausbilden. So vollziehen die Kinder mit Hilfe von Intonation und wenigen Indikativwörtern den illokutiven Akt (Biten, Zustimmen etc.), können mit Hilfe variierender Wortstellung semantische Strukturen abbilden (propositionaler Akt) und stellen schließlich auch – vor allem durch Deixis – im Rahmen ihres kommunikativen Egozentrismus die Angemessenheit ihrer Äußerungen sicher (kontextreferenzieller Akt).

Die Ergebnisse rechtfertigen die weitere Arbeit an einer Alternative zum reifungstheoretischen Ansatz nach Chomsky und stützen zumindest die Annahme, „daß sich auch die Logik des Syntaxerwerbs von Sprache als einem System kognitiver und kommunikativer Fähigkeiten hinreichend beschreiben und erklären läßt“ (27). Von dem vorliegenden Buch könnten aufgrund dieser entwickelten Perspektive und ihrer Absicherung durch die gründliche theoretische Reflexion und durch die empirischen Untersuchungen wegweisende Impulse für die weitere Entwicklung einer Theorie des frühkindlichen Spracherwerbs ausgehen.

Heinz W. Giese (Oldenburg)

**Lindesmith, Alfred R., und Anselm L. Strauss:** *Symbolische Bedingungen der Sozialisation*. Eine Sozialpsychologie. Teil I und II, Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1974 und 1975 (302 und 245 S., br., je 26,- DM).

Lindesmith und Strauss wurden bekannt mit Arbeiten über „abweichendes Verhalten“ und mit neuen Interpretationen der klassischen Konzepte des „Symbolischen Interaktionismus“ (C. H. Cooley, W. I. Thomas, G. H. Mead). In ihrer 1968 in dritter Auflage erschienenen „Social Psychology“, die für den deutschen Markt verkaufsträchtig neu betitelt wurde, erheben sie den umfassenden Anspruch, sozialpsychologische und Sozialisationstheorien auf der Basis „symbolischer Bedingungen“ neu zu fundieren. Sie möchten nachweisen, daß sich symbolisch-interaktionistische Theorie nicht in einer Scholastik der Zentralbegriffe „Rolle“, „Referenzgruppe“ und „Selbstkonzept“ erschöpft (I, 264). Das Inhaltsverzeichnis liest sich deshalb wie ein Katalog: In Teil I werden Grundlagen einer Zuordnung sprachlicher Strukturen zu Evolution und Sozialstruktur und differenzierende Bedingungen des Symbolgebrauchs wie soziale Isolation, Wahrnehmung, Denken, Sprechen, Gefühle und Selbstkontrolle angeboten. Teil II präsentiert sich als Konkretisierung anhand der üblichen sozialisations- und devianz-theoretischen Themen.

Trotz des enormen Umfangs ist dieses Kompendium recht inhaltsleer. Die Autoren halten sich nirgendwo lang mit Einzelfragen auf, sondern konzentrieren sich nach Reader's-Digest-Manier auf angebliche Grundprobleme. So ist zwischen den Zusammenfassungen und den jeweils vorhergehenden Kapiteln kaum eine Differenz im Informationsgehalt festzustellen. Das Resümee der Autoren zum Thema „lebenslange Sozialisation“ mag ihre Arbeitsweise vorstellen:

„Erwachsene wie auch Kinder sind Sozialisationsprozessen unterworfen, wenn sie sich von einer Position zu einer anderen bewegen, neuen Gruppen und Organisationen beitreten und neue Rollen annehmen. Die Bezugsrahmen, die Standards und Werte, die wir benutzen, um andere und uns selbst zu bewerten, leiten sich aus den Gruppen her. Die Mitgliedschaft in einer Gruppe ist eine symbolische Angelegenheit, weniger verbunden mit formeller oder physischer Zugehörigkeit als damit, wie das Individuum mit anderen kommuniziert und wie es denkt. Bezugsgruppen üben signifikant positive oder negative Einflüsse auf eine Person aus, gleichzeitig (sic!) ob sie wirklich zu ihnen gehört. Die großen Gesamtansichten oder Perspektiven, die manche Gruppen entwickeln, heißen Ideologien. Politische oder Berufsideologie sind Beispiele. Da alle Perspektiven, philosophischen oder kognitiven Systeme Gruppenprodukte sind, kann man fragen, wie Objektivität und Wahrheit erreicht werden können oder wie die jeder Grup-

pe oder jedem kulturellen Rahmen inhärente Voreingenommenheit neutralisiert werden kann. Entfremdung besteht aus dem Mangel an tiefgreifenden und befriedigenden Gruppenbindungen und Loyalitäten.“ (II, 163).

Die Verfasser entziehen sich der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Sie zitieren Autoren meist ohne Angabe ihres theoretischen Standorts und bedenken sie gelegentlich mit freihändigen Zensuren (II, 51). Von anderen – zum Beispiel behavioristischen und physiologischen – Positionen setzen sie sich ab, indem sie ihnen die Vernachlässigung der symbolischen Dimension vorwerfen (I, 233 ff.). Sie harmonisieren mehr als erträglich: „Obwohl die Schizophrenie eine weiträumige Kategorie darstellt, stimmen die Psychiater darin überein, daß Schizophrenie an einer Beeinträchtigung ihrer Denkprozesse und an Störungen ihrer sozialen Beziehungen leiden . . .“ (I, 151). Nicht einmal in den Abschnitten, die von sozialer Differenzierung handeln, wird die Oberfläche der Deskription unterschiedlicher Definition von Welt durchstoßen. Indem sie global über Differenzen kindlichen und erwachsenen sowie „normalen“ und „abweichenden“ Denkens und Sprechens plaudern (II, 9–35, 107), präsentieren die Autoren eine recht verstaubte Vorstellung von „Sozialisation“. Unerträglich ist auch die Anordnung empirischen Materials zu einem Kaleidoskop der bunten Welt (I, 197 f.).

So ist das oft schlampig übersetzte (I, 226, 266; II, 163) Werk ein uninteressanter Versuch, Symbole als Motive sozialen Handelns zu beschreiben, ohne dessen Ursachen identifizieren zu wollen. Da ein Begriffsindex fehlt, bieten fast alle sozialpsychologischen Standardwerke mehr – auch bibliographisch, da die jedem Kapitel zugeordneten Literaturangaben mit dem Jahr 1967 enden.

Traugott Schöfthaler (Berlin/West)

**Bast, Heinrich, u. a. (Arbeitsgruppe Kinderschutz) (Hrsg): Gewalt gegen Kinder.** Kindesmißhandlungen und ihre Ursachen. Rowohlt Taschenbuch-Verlag, Reinbek bei Hamburg 1975 (381 S., br., 9,80 DM).

Das „Handbuch für Diskussion und Aktion“ ist Ergebnis eines Seminars. Die fünf Herausgeber des Bandes – außer R. Wolff Student der Soziologie – haben mit der praxisanleitenden Funktion der Wissenschaft Ernst gemacht. Sie bemühen sich zur Zeit als „Arbeitsgruppe Kinderschutz“ um den Aufbau eines Kinderschutzzentrums in Berlin (West). Dieses Zentrum wäre das erste in der BRD und soll analog entsprechenden Einrichtungen in Holland Aufgaben der Beratung und Therapie bei Kindesmißhandlungen einschließlich einer systematischen Forschung über dieses sozial-medizinische Syndrom übernehmen. Die Herausgeber sind sich dessen bewußt, daß die hier zu leistende Hilfe nur symptomkurierenden Charakter haben kann und allgemeine gesellschaftliche Verhältnisse geschaffen werden müßten, die diese Form der Gewalt gegen Kinder und ihre Behandlung erübrigen würden.

Dieser kritische Standort bestimmt zugleich den Diskussionsansatz. Kindesmißhandlung wird hier nicht begriffen als das Versagen einzelner, als der Ausdruck allein von deren individueller Psychopathologie, sondern als ein sehr komplexes psychosoziales Phänomen im Bedingungsgefüge individueller und gesellschaftlicher Faktoren. Es ist wohl kein Zufall, daß dieser Ansatz, der ein erweiterndes Verständnis des Mißhandlungssyndroms vorbereiten soll, von Soziologen vorgetragen wird. Die verschiedenen medizinischen Disziplinen, die am ehe-

sten mit den konkreten Auswirkungen dieses Syndroms befaßt sind (forensische Psychiatrie, Pädiatrie, Kinder- und Jugendpsychiatrie und die Psychoanalyse), haben bisher diesen Ansatz aus ihren Erklärungsversuchen nahezu vollständig ausgeklammert.

Hier werden dagegen die Kindesmißhandlungen in einen allgemeinen Zusammenhang von familiärer und gesellschaftlicher Gewalt gegen Kinder gestellt. Eigene Analysen werden durch zahlreiche in den Band aufgenommene Beiträge zum Problem der Gewalt und der Kindesmißhandlung ergänzt; besonders hervorzuheben sind die Beiträge von P. Brückner und W. J. Goode über Gewalt in der Familie, W. Hochheimer über die Reproduktion der autoritären Persönlichkeit und von D. G. Gil. Weitere Beiträge über Gewalt in der Schule, der authentische Lebensbericht einer Mutter, die ihr Kind mißhandelte, und zwei Aufsätze über Möglichkeiten des Kinderschutzes liefern konkrete Aspekte zur Phänomenologie und Therapie der Gewalttätigkeit gegen Kinder. Ausführliche Materialien (Presseberichte, Kriminalstatistiken und Rechtsgrundlagen bei Kindesmißhandlung, der neue Sorgerechtsentwurf zum Familienrecht der Bundesregierung, ein ausführlicher Unterrichtsplan für eine soziologische Anfängerübung zum Thema und eine breite Bibliographie) stellen brauchbare Arbeitsgrundlagen bereit.

Das Spektrum der Arbeiten zeigt den inneren Zusammenhang zwischen latenter und manifester Gewalt gegen Kinder; es zeigt weiterhin, daß dieser Zusammenhang aus den gewaltförmigen Bedingungen unserer Gesellschaft ableitbar ist, und daß sich familiäre Gewalt (bis zur Mißhandlung) diesen Bedingungen verdankt. Daß der Band außer einer kritischen Reflexion dieses Zusammenhanges auch Handlungsanweisungen zur Veränderung der bestehenden Verhältnisse gibt und die Agitation durch konkrete Planung eines – wenn auch lokalen – Hilfsangebotes für die am schwersten Betroffenen ersetzt, macht ihn zu einem Beispiel engagierter Wissenschaft.

Horst Petri (Berlin/West)

## Geschichte

**Hahn, Manfred:** Historiker und Klassen. Zur Grundlegung einer Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Campus Verlag, Frankfurt/M. – New York 1976 (183 S., br., 15,- DM).

Am Beispiel klassischer und moderner Sozialhistoriker, deren Untersuchungsgegenstand die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft ist, soll die Konzeption einer „Gesellschaftsgeschichte“ entwickelt werden, in der wissenschaftliche „Gegenstandssicherheit“ und politische „Absicht auf Befreiung“ eine Symbiose eingehen – Ansprüche, die Hahn erst in wenigen Ansätzen *gleichzeitig* eingelöst sieht. „Gesellschaftsgeschichte“ bedeutet für ihn mehr als „aus Laune umbenannte Sozialgeschichte“ (9). Letztere werde nicht selten, wenn auch in wohlmeinend-„sozialfürsorglicher“ Absicht, auf eine „Geschichte der ‚sozialen Frage‘ ... als Bewegung der Abhängigen und Erniedrigten“ reduziert, andererseits häufig mißverstanden als eine mit gesellschaftlichen Daten versetzte und „durch modischen Gebrauch gesellschaftswissenschaftlicher Begriffe (scheinbar ‚verjüngte‘)“ Personen- und Staatengeschichte (36). „Gesellschaftsgeschichte“ hingegen umfasse die Bewegung der bürgerlichen Gesellschaft total: als „Geschichte eines

geteilten und gegliederten Ganzen, gegliedert in Klassen, die sich im Ganzen zueinander verhalten“ (77). Eine erste derartige Gesellschaftsgeschichtsschreibung erblickt Hahn in Fergusons „History of civil society“ (1767), wo, trotz einer noch fehlenden expliziten Klassen(kampf)theorie, die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft nicht nur „gegenstandssicher“ in ihrer widersprüchlichen Totalität und als materieller Prozeß begriffen, sondern auch in konsequent aufklärerischer Absicht als Fortschrittsgeschichte interpretiert werde (14 ff.). Während Fergusons Emanzipationsinteresse noch der politischen Perspektive des aufstrebenden Bürgertums verhaftet bleibe, sei die „Befreiungsabsicht“ des Frühsozialismus in den Werken Saint-Simons und Fouriers (bei im übrigen gleicher „Gegenstandssicherheit“) schon „nicht mehr nur bürgerlich“, allerdings, da das Proletariat eher als leidende, noch nicht als aktive Klasse erscheine, auch „noch nicht uneingeschränkt proletarisch-revolutionär“ (69), münde jedoch bei Fourier bereits in eine dezidiert „antikapitalistische Konsequenz“ (75), die Hahn dann durch Marx und Engels zur vollen Entfaltung gebracht sieht: die „Absicht wirklicher Befreiung“ äußere sich ab „jetzt notwendig *antikapitalistisch*“ (76). Wie Geschichtsschreibung durch den Verlust der „Gegenstandssicherheit“ oder der „Befreiungsabsicht“ hinter den von Marx und Engels gesetzten Standard zurückfallen müsse, versucht Hahn am Beispiel Wittfogels, L. v. Steins und der bundesrepublikanischen Sozialgeschichtsschreibung zu zeigen. Wittfogel, damals noch KPD-Mitglied, veröffentlichte 1924 eine „Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“. Unverkennbar sei zwar einerseits Wittfogels Parteilichkeit (56), aber andererseits habe er seinen „Gegenstand verwirrt“ (47): trotz seines marxistischen Anspruchs habe er die Entwicklung der Gesamtgesellschaft undialektisch auf die Darstellung der Geschichte der kapitalistischen Bourgeoisie verkürzt: „Klasse“ statt „Gesellschaft“ – Gegenstandsunsicherheit durch Identifikation des Ganzen mit einem seiner Teile. Umgekehrt L. v. Stein: seine „Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich“ (1850) erweise sich in der Berücksichtigung der gesamtgesellschaftlichen Widersprüche zwar als bemerkenswert gegenstandssicher, politisch aber verfolge der Autor gerade nicht die „Absicht der Befreiung“, sondern der Bewahrung. Sein Ziel sei die Rettung des „proletarisch angegriffenen“ (69) Kapitalismus über den Weg von Reformen, und so sei es die Furcht des in die soziale Defensive gedrängten bürgerlichen Konservativen, aus der sich die scharfsichtige Gegenstandssicherheit erklären lasse.

Wo die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, zuerst unter prospektivem Blickwinkel, später dann im Bewußtsein ihres transitorischen Charakters noch als großer Gesamtentwurf konzipiert *und auch dargestellt* werden konnte, erscheinen Hahns Bewertungskriterien als angemessen und seine Konklusionen als plausibel. Wenn er allerdings glaubt, sein Modell nunmehr auch auf das „bundesrepublikanisch gängige Sozialgeschichte-Verständnis“ (75) übertragen zu können, muß seine Kritik fehlgehen; denn welcher Sozialhistoriker würde sich heute schon anheischig machen können, *in praxi* eine ernstzunehmende, d. h. sowohl theoretisch stringente als auch alle relevanten empirischen Forschungsergebnisse des Zeitraums vom Früh- bis zum Spätkapitalismus integrierende Gesamtdarstellung der bürgerlichen Gesellschaft großen Stils auch nur in Angriff zu nehmen? Hahn macht es sich zu leicht, wenn er einer Geschichtswissenschaft, die schon angesichts der heute akkumulierten Stoffmassen nicht nur ihre Untersuchungsgegenstände stark eingrenzen, sondern auch unter strengen Selektionskriterien bearbeiten muß, einfach einen Mangel an wirklicher „Gegenstandssicherheit“ attestiert (76 f.). Beizupflichten ist ihm freilich, wenn er in dem von der

„modernen“ Sozialhistorie häufig propagierten „dritten“ Weg jenseits traditioneller bürgerlicher und marxistischer Geschichtswissenschaft, dessen Apostrophierung zumeist mit „Verpflichtungen auf die sozial-rechtsstaatlich verfaßte Industriegesellschaft“ (63) einherzugehen pflegt, ein antikapitalistisches Interesse nicht recht erkennen kann; wie schon bei L. v. Stein werde hier „die Absicht wirklicher Befreiung nicht offenkundig“ (63, 75). Im zweiten Teil des Buches versucht Hahn, am Beispiel des Konservatismus die Überlegenheit einer gesellschaftsgeschichtlich „geschärften“ Begrifflichkeit (83 ff.) über wissenssoziologische, ideographische u. a. Betrachtungsweisen zu demonstrieren. Konservatismus sei stets auf die *bürgerliche* Gesellschaft *bezogen*: entweder, im Altkonservatismus, als „Widerstand gegen ihre Freisetzung“ oder später, im bürgerlichen Konservatismus, als „Widerstand gegen ihre revolutionäre Aufhebung“ (107). So verdienstvoll Hahns Herausarbeitung der Kontinuitätslinie bürgerlicher systemstabilisierender Ideologien seit der um 1850 sich vollziehenden Loslösung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie bis zur Gegenwart ist, so fragwürdig ist es, trotz der von ihm selbst vorgenommenen Relativierungen (169), nahezu unterschiedslos, vom Kathedersozialismus bis zum sozialdemokratischen Revisionismus-Reformismus, von der faschistischen Sozialideologie bis zur „Formierten Gesellschaft“, alle antisozialistischen Konzeptionen dem Begriff des „bürgerlichen Konservatismus“ zu subsumieren, der auf diese Weise zu einem Kautschukbegriff wird, dem sich alles „Bürgerliche“ einfügen läßt. Eine konsequenter Vermittlung des ideologiegeschichtlichen Zusammenhangs mit seinem sozioökonomischen und politischen Hintergrund – dies gilt mutatis mutandis auch für den ersten Teil des Buches – hätte es Hahn ermöglicht, die in der Realität durchaus nicht unwichtigen Divergenzen zwischen reformorientierten, sozial-liberal-integrationistischen und antireformistischen, autoritär-restaurativen bis hin zu offen terroristischen Formen bürgerlicher Krisenbewältigungs- und Revolutionsvermeidungsstrategien noch stärker herauszuarbeiten. Doch liegt der Wert von Hahns Untersuchung vielleicht gerade darin, daß sie den Blick fürs Wesentliche öffnet, statt ihn durch allzu weitgehende Differenzierungen, wie sie von interessierter Seite häufig vorgenommen werden, zu trüben.

Arnold Bormann (Hamburg)

**Wehler, Hans-Ulrich:** *Modernisierungstheorie und Geschichte*. Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1975 (85 S., br., 6,80 DM).

Wehler skizziert zunächst die Grundzüge der Modernisierungstheorie, die Ende der 1950er und Anfang der 60er Jahre vor allem in den USA von einer breiten sozialwissenschaftlichen, politisch recht einflußreichen Schule entwickelt wurde. Bei der Fülle der einschlägigen Arbeiten kann diese Einführung wirklich nur kursorisch sein. Nicht aus Wehlers, aber aus des Rezensenten Sicht ist diese praktisch erzwungene Beschränkung auf die Darstellung und Kritik weniger Punkte, die allen Theorievarianten eigen sind, eher vorteilhaft, da sie mit dem Umstand zusammenstimmt, daß die Modernisierungstheorie bei aller formalen Komplexität sachlich doch relativ simpel ist. Besonders der im Umgang mit sozialwissenschaftlichen Theorien weniger geübte Historiker wird davon profitieren, in Kürze zu erfahren, daß die Modernisierungstheorien sich letztlich zur „großen Dichotomie“ zwischen traditionaler und moderner Gesellschaft zuspitzen. Im Resümee besagen sie, daß sich die einstmals statischen okzidentalischen Ge-

sellschaften durch wirtschaftliches Wachstum, strukturelle Differenzierung, Wertewandel, Mobilisierung, Partizipation und Institutionalisierung von Konflikten (16 f) auf quasi gesetzmäßige Weise und mit irreversiblen Resultaten in moderne Gesellschaften verwandelt haben. Wehlers durchweg stichhaltige Kritik schließt auch den besonders gravierenden Einwand ein, daß die Modernisierungstheorie den historischen Transitionsprozeß „zum Überbleibsel von Tradition vor dem endgültigen Erreichen der Moderne“ degradiere (19). Ferner bringt er in diesem Zusammenhang den evolutionstheoretischen Fehler, daß sie ohne empirische Umschweife einen linearen Übergang zwischen den beiden Entwicklungsstadien unterstellt, zur Sprache (23). Außerdem moniert er die leerformelhafte Beliebigkeit, mit der systemtheoretisch eingestellte Modernisierungstheoretiker die Interdependenz von allem und jedem behaupten (27). Und schließlich macht er auf den wissenschaftsgeschichtlichen Makel aufmerksam, daß der normativ-ideologische Gehalt der Modernisierungstheorie, nämlich die westlich-parlamentarisch verfaßte Industriegesellschaft als Nonplusultra der Geschichte auszugeben, in funktionalem Zusammenhang zur amerikanischen Politik stand (11, 18).

Darin, daß Wehler dieses Problem nicht weiter diskutiert, liegt der Schlüssel zum Verständnis seines beredten Plädoyers für eine Modernisierung der Modernisierungstheorie, das auf die kritischen Passagen folgt. Denn anders als unter Abstraktion vom entstehungsgeschichtlichen Kontext und seinen wissenschaftstheoretischen Implikationen schiene es unmöglich, zur Historisierung der Modernisierungstheorie im Sinne Historischer Sozialwissenschaft in der Hoffnung aufzurufen, daß aus diesen Korrekturen der längerfristig einzig adäquate „approach“ zur Makroebene historischer Gesellschaftsanalyse resultieren wird. Es ist hier interessant, daß Wehler im Bemühen, die wissenschaftstheoretischen Alternativen abzuwägen, den Marxismus als Alternative zur Modernisierungstheorie in die Diskussion einführt (51). Wie wenn nicht umgekehrt einer ihrer „Väter“, W. W. Rostow, ausdrücklich und andere Vertreter implizit die Modernisierungstheorie im doppelten Sinne des Wortes als Alternative zum historischen Materialismus begründet hätten. Da die Modernisierungstheorie vom Titel angefangen bis hin zu der beinahe schon phänomenologischen Kurzsichtigkeit, daß ihr nur die technisch-ökonomischen Kennziffern und institutionssoziologischen Erscheinungen gesellschaftlichen Wandels, wenn sie ihn denn überhaupt thematisiert, in den Blick geraten, die Apologie der kapitalistischen Produktionsweise bezweckt, genügt es nicht, ihr mehr und breiter gestreute empirische Daten einzuspeisen. Weil sie auch dann noch keine Auskunft darüber geben wird, was denn die Systeme der verschiedenen Entwicklungsstadien ökonomisch, politisch und sozial im Kern zusammenhält oder sprengt, wird sie wohl nur an die Stelle einer falsch verstandenen marxistischen Theorie treten können. Es wäre bei Wehlers prinzipieller Aufgeschlossenheit für verschiedene wissenschaftliche Ansätze sicherlich ergiebig, zu diskutieren, ob denn nicht der Charakter der Marxschen Kapitalismustheorie als Methode es verbietet, ihre Anwendung für historisch überholt zu halten, und ob es nicht sinnvoller wäre, brauchbare modernisierungstheoretische Raster in die materialistische Analyse einzuführen, statt eine auf gesellschaftlichen Status quo festgelegte Theorie mit recht geringen Erfolgsaussichten gleichsam neutralisieren zu wollen.

Frank Niess (Heidelberg)



**Rüsen, Jörn:** Für eine erneuerte Historik. Studien zur Theorie der Geschichtswissenschaft. Frommann-Holzboog Verlag, Stuttgart-Bad Cannstatt 1976 (251 S., br., 42,- DM).

In der Sammlung durchweg bereits publizierter Aufsätze „wird in verschiedenen Perspektiven ein Konzept für eine einheitliche Theorie der Geschichtswissenschaft vorgeschlagen“ (5), die letztere als ‚historische Sozialwissenschaft‘ definieren soll; dabei ist die *durchgängige* Perspektive eine wissenschaftsgeschichtliche, mittels welcher Rüsen seine Historik kontrastiv und so historisch angemessen konzipieren will. ‚Historik‘ wird verstanden als „systematische Selbstreflexion der Geschichtswissenschaft“ (186); sie begreift sich als ‚disziplinäre Matrix‘, die als Einheit dreier stets zusammenwirkender Faktoren firmiert: Geschichtstheoretische Grundannahmen legen einen *Bezugsrahmen* fest, der mit seiner Entscheidung darüber, „was eigentlich Geschichte ist“ (47), auf den zweiten, den methodologischen Faktor einwirkt, welcher ein *Regelsystem* zur Konkretisierung der allgemeinen Annahmen anhand von Überlieferung entwirft (Quellenkritik etc.). Beide Faktoren durchwirkt der dritte *praktische* – „lebensweltliche Voraussetzungen und Absichten“ (47) –, der ihren Einfluß auf die „fachspezifische Logik der Forschung“ (48) betrifft. Gemäß dem wissenschaftshistorischen Impetus und dem Vorhaben, gegenüber der des Historismus, speziell Droysens, eine ‚erneuerte‘ Historik zu entwerfen, analysiert Rüsen historistische Geschichtswissenschaft als Matrix und entwickelt daran kritisch seine Forderungen. Geschichtstheoretisch (in der Regel unreflektiert) leitend für den Historismus ist sonach der Begriff von Geschichte als einem „kontinuierlichen Prozeß kultureller Selbsthervorbringung des gattungsspezifischen menschlichen Geistes“ (49), dem methodologisch das „Sinnverstehen aus der empirischen Überlieferung menschlicher Vergangenheit“ (49) entspricht, die Bemühung um die Erhellung der „Intentionalität des Handelns“ (49). Revision dieses Modells ist nötig in Ansehung „des sich industriell entfaltenden Kapitalismus, der sich den bewährten hermeneutischen Interpretationsmechanismen der Geschichtswissenschaft nicht mehr fügt“ (50 f.); die Erkenntnis insonders der „Dominanz nicht-intentionaler Faktoren im gesellschaftlichen Leben“ (23) desavouiert die Methode des Sinnverstehens. Zudem heischen die Erfolge systematischer Sozialwissenschaft und die Ansprüche der Wissenschaftstheorie (generalisierende Verfahren also) Beachtung. Geschichtstheoretische Momente des Marxismus (eines freilich auf Ideologiekritik reduzierten ‚Marxismus‘) sollen Rüsen helfen, Historik zu renovieren: die Erkenntnis der „Bedingtheit“ aller „Intentionalität durch naturwüchsige, dem Bewußtsein verschlossene materielle Lebensverhältnisse“ (29) ist ihm die wichtigste Einsicht; was das ‚Materielle‘ hier sei und *was es wie* ‚bedinge‘, sagt Rüsen indes nicht (mahnt allerdings, sich vor „Marxismus als dogmatisierter Weltanschauung“ zu hüten (29). Marxismus also als Retter in der Not, zugelassen nur in der sehr vagen Form des ‚es-ist-allerhand-irgendwie-materiell-bedingt‘. Wird geschichtstheoretisch der Intentionalität keine Priorität mehr vindiziert, dann wird’s auf der methodologischen Ebene möglich, „generalisierend-erklärende Verfahren“ (51) aufzunehmen; freilich dürften diese nur in der Verbindung mit Hermeneutik Anwendung finden, wenn Historie sich als eigenständiges Fach behaupten wolle (27). Zur *praktischen* Seite spricht Rüsen von „durchaus vorhandenen emanzipatorischen Faktoren des Historismus“ (127); dieser habe, im Bestreben, Gegenwart als geworden (und damit veränderbar) zu begreifen, immerhin potentialiter Anteil genommen an der „Selbsttranszendierung so-

zialer und politischer Verhältnisse durch sinnbestimmtes Handeln“ (126). Hier wird Historismus offensichtlich überschätzt – Rüsen muß auch einräumen, die ‚emanzipatorischen Faktoren‘ hätten „nicht den Ausschlag für seine politische Wirkung gegeben“ (127). Gleichwohl gelte es, unter dem Gesichtspunkt der ‚lebensweltlichen Voraussetzungen‘ den ‚Bildungsanspruch‘ des Historismus beizubehalten: „am Erkenntnisobjekt ‚Geschichte‘ müsse *diskursiv* der Geist ausgemacht werden, der sich im Erkenntnisinteresse des Historikers an einer ‚grundlegenden Verbesserung der menschlichen Existenz‘ (Wehler) manifestiert“ (123). Emanzipatorische Absicht müsse es sein, „zwangshafte Handlungsbedingungen durch Handeln zu überwinden“ (163). Führt Rüsen die Möglichkeit der politischen Pervertierung des im Historismus angelegten ‚emanzipatorischen‘ Gedankenguts auf dessen unzulängliche geschichtstheoretische Reflektiertheit zurück, so ist zu fragen, ob nicht seiner Konzeption Ähnliches drohe: – ob nicht seine praktischen Absichten, die sehr viel Habermas: also Vagheit zeigen, ihrer Unverbindlichkeit, *d. i.* unzulänglichen Reflektiertheit wegen von *allen* politischen Richtungen, und zumal von der radikalen Affirmation des Status quo, aufs Papier geschrieben werden können?

Man wird aber, diesen Einwänden zum Trotz, die stellvertretende Lektüre des letzten Aufsatzes der Sammlung („Ursprung und Aufgabe der Historik“) empfehlen. Dessen, die Argumente zusammenfassende Analyse traditioneller Geschichtswissenschaft (der Rüsen's Beitrag selbst noch zurechnet, wiewohl er abweichend die Notwendigkeit von „Geschichtsphilosophie für die Lösung auch rein methodologischer Probleme“ –104– behauptet) ist auch für marxistische Historik *durchaus* anregend. Lektüre des ganzen Buches wird man widerraten: Ist man für eine Weile geneigt, einer Aufsatzsammlung Redundanz nachzusehen, so wird das Ausmaß der Wiederholungen von Thesen und Zitaten hier doch unerträglich lästig – auch wenn sie dartun, daß der Autor von ihnen *wirklich* überzeugt ist.

Michael Schneider (Kirchen/Sieg)

**Oelmlücker, Willi (Hrsg.): Wozu noch Geschichte?** Wilhelm Fink Verlag, München 1977 (340 S., br., 19,80 DM).

Spätestens seit 1970, als Koselleck mit der Frage „Wozu noch Historie?“ die seit langem schwebende Legitimationskrise der bürgerlichen Geschichtswissenschaft auf den Begriff brachte, steht die Auseinandersetzung um Funktionen dieses Faches auf der Tagesordnung geschichtstheoretischer Grundlagendiskussionen. Die Konfrontation mit neopositivistischen, präsentistischen und strukturalistischen Ansätzen und die Angriffe des Marxismus auf das ideologische wie methodologische Selbstverständnis des überkommenen Historismus haben zur Erosion langgültiger Paradigmen und zur mehr oder weniger konsequenten Revision auch der praktischen Geschichtsschreibung beigetragen. Der Zwang zur konzeptionellen Integration sozialwissenschaftlicher Methoden und zur permanenten Reflexion sowohl auf ihre theoretischen Prämissen als auch auf ihre gesellschaftliche Relevanz haben die „nachhistoristische“ Geschichtswissenschaft (Rüsen, 128) vor ihrer mancherorts schon befürchteten akademischen Stigmatisierung bewahrt, ja in jüngster Zeit scheint, wie nicht nur die Bemühungen der übrigen Sozialwissenschaften um ihre methodologische „Rehistorisierung“ (Buttler, 74 ff. für die Wirtschaftswissenschaft, Luhmann, 203 ff. für die Soziologie), sondern auch das steigende außerakademische Interesse an Geschichte in-

dizieren, die Historie einen neuen Aufschwung zu erleben. Kocka (11 ff.) und Oelmüller (7 ff.; 267 ff.) erklären dieses neuerwachte Geschichtsinteresse aus dem wachsenden Bedürfnis nach sozialen und politischen Langzeitorientierungen und -perspektiven in einer Gesellschaft, die sich durch immer schnellere „lebensweltliche“ Strukturveränderungen und angesichts ihrer heute möglich gewordenen Selbstzerstörung nicht nur in ihrer historisch-sozialen, sondern auch in ihrer ökologisch-biologischen Identität zunehmend bedroht sieht (Oelmüller, 298 ff.). Da es die Aufgabe der Geschichtswissenschaft ist, Antworten auf das „Woher?“ und auf das „Wohin?“ nicht nur „vergängerer Gegenwarten“ (Luhmann, 227), sondern auch der heutigen Gegenwart zu geben, erscheint sie als besonders geeignet, zur Identitätsbildung und -stabilisierung orientierungsverunsicherter nationaler oder sozialer Gruppen/Klassen etc. beizutragen. Kocka begegnet dem Topos von der „identitätsstiftenden“ Rolle der Historiographie jedoch mit Skepsis (31): zu Recht sieht er mit einer Verpflichtung der Historie auf „Herstellung von Identität“ (ohne gleichzeitige Einübung von „Selbst-Distanz“) die Gefahr ihres affirmativen Mißbrauchs gegeben (30) – eine Gefahr, der andererseits auch jede sich als „unpolitisch“ verstehende, ihren Praxisbezug leugnende Geschichtswissenschaft ausgeliefert sei (31). Wohl aber sei eine (ideologie-)kritische, gegen Herrschafts-, aber auch gegen gewisse Formen der Protestlegitimation gewappnete Geschichtsschreibung geeignet, „reflektierte“ Identität zu begründen, indem sie durch Präsentation vergangener, gegenwärtiger, zukünftiger Alternativen zum jeweils Gewordenen das Bewußtsein von der prinzipiellen Veränderbarkeit und Relativität des Gegebenen vermittele: „Im Lichte historischer Alternativen gerät die gegenwärtige Wirklichkeit unter Legitimationszwang und gegebenenfalls in die Auseinandersetzung mit auf Veränderung drängender Kritik“ (27).

Im Gegensatz zu Kocka, der den politisch-normativen Anspruch historischer Aufklärung auf Emanzipation (Abbau überflüssiger Herrschaft, Sicherung der Menschenrechte, Herstellung der Bedingungen gewaltlos-rationaler Konfliktaustragung in einer mündigen Öffentlichkeit etc.), den engen Vermittlungszusammenhang von Theorie und Praxis also, nie in Frage stellt (22 f.) fordert Lübke rigoros die „geschützte institutionelle Distanz (der Geschichtswissenschaft, A.B.) von der politischen Praxis“ und „– etlichen Rahmenrichtlinien zum Trotz – die Ablösbarkeit des Interesses an der Geschichte von den gesellschaftlichen Problemen der Gegenwart“ (320). Mit seiner lapidaren Feststellung: „Handeln erzeugt stets Aufklärungsresistenz“ (319), mit seiner Polemik gegen die These, „die Erfahrung der geschichtlichen Veränderung sei geeignet, unsere Selbst- und Mitbestimmungssubjektivität zu stärken“ (323) und mit seinem Postulat schroffer Trennung „geschichtswissenschaftlicher Urteilsbildung einerseits und politischer Entscheidung andererseits“ (319) fällt er letztlich zurück in einen strikten Deziisionismus, demzufolge es eine „hyperbolische Vorstellung“ sein muß, daß von Wissenschaft noch „mehr zu erwarten (sei) als Befriedigung theoretischer Neugier einerseits und Steigerung der technologischen Rationalität unseres Handelns andererseits“ (313). Der Historiker schreibt gelehrte Bücher, der Politiker entscheidet und handelt; „Zielreflektionsexperten“ (ebd.) haben in der Wissenschaft nichts zu suchen und vice versa: jeder bleibe bei seinen Leisten. In der Tat: Wozu dann überhaupt noch Historie?

Die übrigen Abhandlungen konzentrieren sich weniger auf die gesellschaftlichen als vielmehr auf wissenschaftstheoretische und geschichtsphilosophische Implikationen der Geschichtswissenschaft, wie z.B. Stachowiaks „neopragmati-

stischer Modellismus“ (186 ff.) und Kosellecks, Benselers sowie Staudingers Beiträge zum Säkularisierungsprozeß des geschichtlichen Denkens und der historischen Begrifflichkeit. In unausdrücklicher, doch deutlicher Anlehnung an E. Bloch sowie an strukturalistische Konzepte (Braudel) verweisen Koselleck (255) und Benseler (70 f.) in diesem Zusammenhang auf die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ im Medium geschichtlicher Zeit. Es fehlen aber leider jegliche Hinweise darauf, wie ihre an sich einleuchtenden, doch hochabstrakten Postulate (z. B. das Aufspüren multidimensionaler Kausalitäten und inhomogener Zeitschichten) in der historiographischen Praxis einzulösen sein sollen. Bedürfte es dazu nicht einer radikalen Modifikation traditioneller historischer Begrifflichkeit? Und wie müßte diese neue Semantik aussehen? Rösen und Schmidt plädieren für die Erneuerung einer „Historik“ in emanzipatorischer Absicht. Der Historik als „Subdisziplin der Geschichtswissenschaft“ (Rösen, 126) obliege es, unter Vermittlung von hermeneutischen, erklärend-generalisierenden, idealtypisierenden und ideologie-kritischen Verfahrensweisen, unter Aufdeckung unkritisch übernommener, quasi naturwüchsiger historistischer Traditionen, die „Bildungsanstrengung des Historismus“ (Rösen, 129) mit anderen Mitteln fortzusetzen. Schmidt schließlich zeigt einige überraschende, teilweise auch etwas weithergeholte Parallelen der materialistischen Geschichtskonzeption zu „historistischer Aufklärung“ (142), vor allem zu Droysens hermeneutischem, „entmetaphysizierten“ (146) Geschichtsbegriff, zu seinem Wahrheitsbegriff, Kontinuitätsbegriff etc. auf, verkennt allerdings nicht die eklatante Verschiedenartigkeit beider Ansätze. Trotz zahlreicher Differenzierungen vermittelt Schmidt hier und da den Eindruck, daß sein eigentliches Anliegen eine Rehabilitation von Elementen des nachhegelianischen deutschen Historismus sei. Er hätte sonst auf die spezifische Klassengebundenheit und -begrenztheit gerade auch der in Droysens Werk höchstreflektierten bürgerlichen Geschichtsphilosophie und auf die Gefahr der Verwässerung des historischen Materialismus durch eine zu bereitwillige Integration idealistischer Versatzstücke hinweisen müssen.

Insgesamt führt dieser Aufsatzband nur stellenweise über den bisher erreichten Diskussionsstand hinaus, fällt sogar sehr häufig dahinter zurück, ist aber dennoch als Überblick über die Problematik, auch für Nichthistoriker, recht gut zu verwenden.

Arnold Bormann (Hamburg)

## Soziale Bewegung und Politik

- Günther, Klaus, und Kurt Thomas Schmitz:** Parteien und Gewerkschaften als Forschungsfeld. Einführung in die Material- und Methodendiskussion an ausgewählten Beispielen. Droste Verlag, Düsseldorf 1977 (107 S., br., 19,80 DM).
- Dies.:** SPD, KPD/DKP, DGB in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1973. Eine Bibliographie. Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 6. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1976 (176 S., br., 20,- DM).
- Emig, Dieter, und Rüdiger Zimmermann:** Arbeiterbewegung in Deutschland. Ein Dissertationsverzeichnis. (= Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. 13. Jg. 1977, Heft 3) Historische Kommission zu Berlin. Berlin/West 1977 (192 S., br., 15,- DM).

Die ursprünglich als Einleitung zur Bibliographie geplante Einführung versucht, anhand von Literatur zur Nachkriegsentwicklung von SPD, KPD bzw. DKP und DGB für Studenten und interessierte Laien Orientierungshilfen in der Parteien- und Gewerkschaftsforschung zu geben. Ausgehend von der zentralen Kategorie der „Forschungsperspektive“ (10 ff.) wird eine „stabilitätsorientierte“ auf restriktiver Grundgesetzinterpretation basierende Literaturgruppe von einer bestandskritischen unterschieden, die sich auf ein extensives Grundgesetzverständnis und weitergehende verschüttete Systemvarianten der ersten Nachkriegsjahre stützt. Dieser zweiten von den Verfassern favorisierten Hauptgruppe werden u. a. die staatsrechtlich argumentierende „Abendroth-Linie“ und die DDR-Literatur zugeordnet. An zahlreichen Beispielen wird die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Ansätze diskutiert und befunden, daß die im Verhältnis zur angelsächsischen Wissenschaft verspätete Parteien- und Gewerkschaftsforschung in BRD und DDR noch zahlreiche methodische und materiale Schwachstellen aufweist. Ansätze zur Überwindung „parzellierter Forschung“ (91) werden in einer „sozioökonomisch fundierten Verklammerung von Programm/Praxis-, Organisations- und auch historischer Analyse“ (102) gesehen. Die Einführung erscheint geeignet, dem Geschichts- und Politikstudenten kritische Distanz und analytische Instrumente zur Verarbeitung der einschlägigen Literatur zu vermitteln. Anleitung zu eigener Forschung wird darüber hinaus nicht geboten. Auf Literatur zu CDU/CSU und FDP läßt sich das vorgelegte Raster wohl nicht problemlos übertragen. Eine systematische Einführung kann der Band nicht ersetzen. Der Leser erfährt z. B. zwar, daß Michels' „Gesetz der Oligarchie“ in der Parteienliteratur eine entscheidende Rolle spielt, eine knappe Erörterung des Für und Wider dieser These fehlt jedoch.

Die Bibliographie erfaßt unter ca. 1800 Titeln die wichtigen Darstellungen zu den angegebenen Organisationen. Besonders hervorzuheben ist die breite Auswertung politischer und wissenschaftlicher Zeitschriften aus BRD und DDR und der wichtigsten englisch- und französischsprachigen. Sehr nützlich ist die Hinzuziehung der zahlreichen marxistisch-leninistischen Darstellungen. Nach eigenen Angaben wurden „im engeren Sinne propagandistisch-polemisch akzentuierte Literatur ... journalistisch angelegte Reportagen ... Memoiren und Quellenpublikationen sowie ... juristische Spezialliteratur“, ferner „Studien zu Mitbestimmungsproblemen“ ausgeklammert (7). Tatsächlich sind weitere Literaturgattun-

gen unberücksichtigt. Durchweg nicht verzeichnet sind die Protokolle der Partei- und Gewerkschaftstage und politische Broschüren; wünschenswert wäre eine systematische Zusammenstellung der bedeutendsten Periodika von DGB, SPD, KPD und DKP. Kaum bibliographiert sind die zahlreichen Publikationen der Parteiführer: unter Kurt Schumacher findet man lediglich die Dissertation eines gleichnamigen DDR-Autors, unter Willy Brandt nur seine Reuter-Biographie, unter Ollenhauer und Max Reimann je einen Aufsatz. Leistet die Bibliographie beim Auffinden von Darstellungen und Beiträgen der politischen Publizistik – auch durch übersichtlichen Aufbau, Verfasser- und Herausgeberregister – gute Dienste, so ist sie zur Ermittlung von Quellen kaum brauchbar.

Ein bisher fehlendes Hilfsmittel für die gesamte Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung liegt nun mit dem Dissertationsverzeichnis von Emig und Zimmermann vor. Es erfaßt über 2000 deutschsprachige, englische und US-amerikanische Dissertationen von den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts bis 1977 einschließlich. Alte Dissertationen sind vor allem dann wertvoll, wenn sie eigene Erhebungen etwa über soziale Lage enthalten oder inzwischen verlorengegangenes Quellenmaterial auswerten. Das Werk ist übersichtlich in sieben zeitliche Hauptabschnitte aufgeteilt, die je nach historisch spezifischen systematischen Gesichtspunkten untergliedert sind; das thematische Spektrum umfaßt auch relativ selbständige Spezialgebiete wie utopischen Sozialismus, Marx-Engels-Forschung, Novemberrevolution und die Entwicklung von SBZ und DDR. Die Auffindung der Titel ist ebenfalls über ein Autorenregister möglich. Für einige Aspekte, z. B. Marx-Engels-Forschung, wäre die Einbeziehung sowjetischer Dissertationen wünschenswert gewesen. Von den zahlreichen Dissertationen zur Rechtsstellung der Arbeiterorganisationen, Mitbestimmung und Betriebsverfassung wurden nur die wichtigsten sozialgeschichtlichen Untersuchungen aufgenommen. Ein Großteil der Arbeiten liegt nur maschinenschriftlich vor, daher sind für Fernleihbestellungen zuverlässige bibliographische Angaben erforderlich; diese gewährleisteten die Herausgeber damit, daß sie fast alle Titel direkt eingesehen bzw. nicht geprüfte Arbeiten gekennzeichnet haben. Die Bibliographie erleichtert wesentlich die Einarbeitung in den Forschungsstand einzelner Gebiete der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und zugleich eine kritische Prüfung neuer Veröffentlichungen.

Wolf-Dietrich Schmidt (Hamburg)

**Lösche, Peter:** *Industriegewerkschaften im organisierten Kapitalismus. Der CIO in der Roosevelt-Ära.* Westdeutscher Verlag, Opladen 1974 (259 S., br., 32,- DM).

Lösche behandelt die Entstehung des CIO (Congress of Industrial Organization) während der 30er Jahre: Die Depression hatte eine bis dahin nie aufgetretene Radikalisierung der Arbeiterklasse zur Folge und der CIO erfaßte gerade den radikalsten Teil der Arbeiter, nämlich jene un- und angelernten Arbeiter der hochkonzentrierten Massengüterindustrie, die bis dahin von den voll in den „Wohlfahrtskapitalismus“ der 20er Jahre integrierten Berufsgewerkschaften der alten AFL (American Federation of Labour) systematisch von gewerkschaftlicher Organisation ausgeschlossen waren. Die wegen ihrer leichten Austauschbarkeit schwache Position der Massenindustriearbeiter zwang den CIO, massiv in die Arbeits- und Sozialpolitik der Bundesregierung einzugreifen. Wenn die

amerikanische Arbeiterbewegung trotzdem nicht zu klassenkämpferischen Positionen gelangte, stellt sich die Frage nach der Funktion der Gewerkschaften im Monopolkapitalismus unter dem Aspekt der Fähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft, Herausforderungen durch Integration zu beantworten. Lösche zufolge besteht der entscheidende Integrationsmechanismus im staatlich legalisierten System der Beziehungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften (36). Die Planbarkeit monopolistischer Produktion und langfristige Sicherung von Profiten gewährleistende Verschränkung von staatlicher und ökonomischer Sphäre, im New Deal erstmals auf hoher organisatorischer Ebene praktiziert, faßt Lösche im Begriff des „organisierten Kapitalismus“. Funktionsfähig wird dieser erst durch das System der Arbeitsbeziehungen, in dem die Klassenkonflikte der bisher nicht erfaßten Industriearbeiterschaft mit Hilfe der Gewerkschaften kanalisiert werden: Die staatlichen Rahmenregelungen sparen einen „privaten“, durch gewohnheitsrechtliche Beziehungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften auszufüllenden Tarifbereich auf betrieblicher Ebene aus. Als Repräsentant einer solchen Tarifeinheit (und nicht, wie in der BRD: ihrer Mitglieder), handelt die von den Arbeitern des Betriebs gewählte Gewerkschaft neben den unmittelbaren Lohn- und Arbeitsbedingungen Regelungen mit den Unternehmern aus, die den „Besitzstand“ der Gewerkschaft im Betrieb betreffen („union security“). Dadurch werden die Gewerkschaften in kleine funktionale Einheiten fragmentiert, ihr politisches Potential atomisiert. Arbeitskämpfe können nun mit größter Militanz geführt werden, ohne daß dabei das kapitalistische System in Frage gestellt zu werden braucht.

Die Frage, weshalb die Gewerkschaften sich freiwillig für diese Form der „labour relations“ statt für die von der Basis geforderten gesellschaftlichen Veränderungen entschieden, behandelt Lösche abschließend. Die Gewerkschaftsführung steuerte bewußt die vollständige Integration der Gewerkschaften in den „organisierten Kapitalismus“ an: um politische Prozesse gewerkschaftlich zu beeinflussen, schuf sich der CIO Organe, die von vornherein auch die Bildung einer von der Gewerkschaftsbasis immer wieder geforderten Arbeiterpartei boykottieren und das in den Gewerkschaften vorhandene politische Potential in Wahlkampfkampagnen für Roosevelt und gewerkschaftsfreundliche Abgeordnete absorbieren sollten. Die Analyse dieser politischen Organe des CIO offenbart den grundlegenden Mangel der Arbeit Lösches: sie faßt die Integration der Industriegewerkschaften als mehr oder minder automatischen Prozeß, – geradlinig scheint die Gewerkschaftsbewegung durch die reale Kapitalbewegung vorgezeichnet. Die bruchlose Ableitung gewerkschaftlicher Praxis aus dem Begriff des „organisierten Kapitalismus“ drängt sich Lösche deshalb auf, weil er fast ausschließlich die Politik der Führungsorgane des CIO und deren Techniken, die Gewerkschaftsbasis politisch zu neutralisieren, zur Kenntnis nimmt. (Die Quellengrundlage der Arbeit beschränkt sich auf gedruckte, offizielle Verlautbarungen der CIO-Gewerkschaften (11), schließt mithin eine Analyse der Gewerkschaftsbasis aus). Zwar geht Lösche auf die politischen Fraktionen innerhalb des CIO ein – weder Sozialisten noch Kommunisten formulierten gesellschaftspolitische Alternativen und beschleunigten durch ihre lediglich innerhalb des Systems der Arbeitsbeziehungen entfaltete Militanz noch den Prozeß der Integration des CIO –, aber auch die Untersuchung dieser Fraktionen bleibt auf die Gewerkschaftsführung beschränkt, da Kommunisten und Sozialisten in großem Umfang auf der Ebene mittlerer und höherer Kader integriert worden waren. Lösches Ausgangsfrage, weshalb die Industriegewerkschaften in den „organisierten Kapitalismus“ einbe-

zogen werden konnten, läuft solange auf die tautologische Beantwortung: „weil zum ‚organisierten Kapitalismus‘ integrierte Gewerkschaften konstitutiv dazugehören“, hinaus, wie sie sich lediglich auf die von vornherein korrumpierte und integrationsbereite Gewerkschaftsführung richtet. Erst die Analyse der konkreten Kämpfe, der Mentalität der Gewerkschaftsbasis und vor allem der Beziehung zwischen Basis und Führung würde aus dieser Tautologie führen. So aber steht eine Beantwortung der Frage, „weshalb es in den USA keinen Sozialismus gibt“ (68), nach wie vor aus.

Peter Meisenberg (Köln)

**Institut für marxistische Studien und Forschungen (IMSF) (Hrsg.): Politische Disziplinierung und Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb.** Informationsbericht Nr. 26 des IMSF, Frankfurt/M. 1976 (107 S., br., 6,- DM).

Das Unangenehme an der Dokumentation ist die Doppelerkenntnis, daß einerseits die Phantasie hinter der Realität zurückbleibt, wenn es um die Erfindung und Durchführung von – im weitesten Sinne – politischen Repressionen im Betrieb geht, und daß andererseits die Maßnahmen der Unternehmensleitungen als geradezu naheliegend und zwingend erscheinen, wenn der Kapitalverwertungsgesichtspunkt regiert. Das Wichtige an ihr ist die dringend notwendige Information über die berufliche und politische Disziplinierung im Bereich der sog. Privatwirtschaft. Trotz vielfältiger Behinderung ist die im öffentlichen Sektor geübte Verbotspraxis wenigstens zum Problem, wenn auch noch nicht zum Skandal geworden, während der tägliche Kleinkrieg um die Grundrechte in den Wirtschaftsbetrieben nur in Gestalt ganz weniger Spitzenfälle in die Medien kommt und auch dann nicht mit einer adäquat-kritischen Kommentierung rechnen kann.

In der Einleitung wird knapp versucht, die freiheitsbeschneidenden Eingriffe im öffentlichen und privaten Anstellungsbereich in den Kontext der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zu stellen. So wichtig und richtig dies ist, sollten doch Pauschalierungen vermieden werden, die zu verfehlten Einschätzungen führen könnten, z. B. die undifferenzierte Verurteilung der Arbeitsrechtsprechung (4, 10). Am konstatierten Tatbestand der Wechselwirkung zwischen Krise und Repression allerdings besteht kein Zweifel. – Ein 2. Abschnitt behandelt und belegt offen politisch begründete Disziplinierungen, wobei der bekannte „Fall“ des Bankkaufmanns Wolfgang Sch. aus Augsburg (11–13) und das darauf bezogene BAG-Urteil im Zentrum stehen: auch die Gewerkschaft HBV hat zum Kampf gegen „diesen schleichenden Umbau unserer Rechtsordnung“ (12) aufgerufen, denn es soll nicht auch das Grundrecht der freien Meinungsäußerung wie manches andere Elementarrecht der Beschäftigten am Werkstor abgegeben bzw. den Arbeitgeberinteressen untergeordnet werden. Eine auch in der arbeitsrechtlichen Diskussion viel zu wenig beachtete Tatsache beleuchtet die Arbeitsgruppe, wenn sie im Zusammenhang des § 74 BetrVerfG (Arbeitgeber und Betriebsrat haben jede parteipolitische Betätigung im Betrieb zu unterlassen) darauf verweist, daß Verstöße durch Arbeitgeber faktisch sanktionslos bleiben (10). Von besonderem Interesse ist auch die Information, daß schon die SPD-Mitgliedschaft für eine Kündigung genügen kann (17 f., 33).



Im 3. Abschnitt werden Fälle gewerkschaftlich und politisch engagierter Betriebsfunktionäre vorgestellt, bei denen vor allem kollektive Gegenmaßnahmen der Belegschaften, aber auch Möglichkeiten arbeitsgerichtlicher Gegenwehr dokumentiert werden. Stellvertretend für den gesamten Berichtsgegenstand findet sich hier ein Verweis auf die vermutlich enorme Dunkelziffer von Repressionsmaßnahmen (41). Gegen die Forderung nach stärkerer *rechtlicher*, d. h. gesetzlicher oder tarifvertraglicher Absicherung gewerkschaftlicher Vertrauensleute (53 f., 70–72) ist solange nichts einzuwenden, wie der instrumentelle Charakter solcher Festschreibungen von durchgesetzten Fortschritten nicht vergessen wird. Problematisch erscheint eine immer weitergehende Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen allerdings unter dem Aspekt des Verhältnisses von solidarischer (Kampf-)Aktion und juristischer Auseinandersetzung. Bei aller Legitimität jedes Rechtsfortschritts für die abhängig Beschäftigten sollte die Tatsache im Bewußtsein bleiben, daß Erfolge zunächst aus unmittelbarem, kollektivem Handeln von gewerkschaftlich organisierten Belegschaften, Bürgern, Parteien etc. resultieren und dann erst u. U. rechtsförmig institutionalisiert werden (müssen). Dies zeigen die dokumentierten Fälle in aller Deutlichkeit.

Nach Hinweisen auf besonders krasse Willkürakte in sog. Tendenzbetrieben i. S. § 118 BetrVerfG (73–83) geht der letzte Abschnitt auf einige bekannte Instrumente betrieblicher Unterdrückung ein: Werkschutz, Betriebsjustiz, Schwarze Listen, Kooperation mit der Polizei. Für die Betriebsjustiz hätte darauf hingewiesen werden müssen, daß es sich um eine echte Mitbestimmungsangelegenheit i. S. des § 87 Abs. 1 Ziff. 1 BetrVerfG handelt, daß somit „die Strafzumessung“ *nicht* „völlig der Willkür der Unternehmer unterworfen ist“ (89). Desgleichen hätten in diesem Zusammenhang die beachtenswerten Gründe der Gewerkschaften gegen einen Legalisierungsversuch der „Betriebsjustiz“ durch die Bundesregierung Erwähnung verdient und nicht nur die Ablehnung als solche (89). – Fast makabres Interesse wecken die Auszüge aus dem „Werkschutzhandbuch für Ausbildung und Praxis“, hrsg. von W. Baak, Köln 1975 (97–99), das in kaum variierter Weise den Unternehmer vor Saboteuren, Extremisten, Radikalen, Linken, Agitatoren etc. warnt. Die technologisch modernsten und von den Betroffenen und ihren Gewerkschaften nahezu unerkannten Gefahren liegen im Speichern und Nutzen von allen möglichen Daten in EDV-Anlagen auf betrieblicher, nationaler und internationaler Ebene (91 f). Schwarze Listen z. B., verborgen in „Integrierten Personalinformations-Systemen“, funktionieren nicht nur sekundenschnell und zuverlässig, sondern sind faktisch (wenn auch juristisch evtl. als Personalakten i. S. von § 83 BetrVerfG) nicht zugänglich. – Die Dokumentation ist also brandaktuell, sowohl im Hinblick auf neue Repressionstechniken, als auch hinsichtlich Umfang und Tragweite der Disziplinierungen, wie kürzlich ein Personalrat in einer niedersächsischen Gemeindeverwaltung erfahren mußte, als er seines Amtes enthoben wurde, weil er angeblich einer neuen Kollegin die Vorzüge gewerkschaftlicher Organisation erläutert haben soll.

Joachim Heilmann (Hannover)

**Niedenhoff, Horst-Udo:** Jetzt muß etwas getan werden... Die Basisarbeit linksextremer Gruppen im Betrieb. Deutscher Instituts-Verlag, Köln 1976 (192 S., br., 15,80 DM).

Es ist beabsichtigt, die Agitation „linker Gruppen“ im Betrieb dem Management so zu verdeutlichen, daß sie bekämpft werden kann; das Buch will „für die

Unternehmensleitungen Mahnung und Aufforderung sein, den Bestrebungen linker Gruppen entgegenzuwirken und aktiv zu werden im Kampf gegen den Kommunismus und in der Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft“ (11). Nach einer knappen, an den Verfassungsschutzbericht angelehnten Typologie und Bestandsaufnahme „linker Gruppen“ werden die Agitationsformen in den Betrieben untersucht. Durchgehend wird zwischen der „Alten“ und der „Neuen Linken“ unterschieden. Niedenhoff arbeitet klar die jeweiligen unterschiedlichen Strategien und Taktiken heraus, auch die politischen Grundpositionen, die Agitations- und Kampfformen, die Bündnispolitik und Publikationsorgane werden dargestellt, letztere im Anhang faksimiliert. Dabei kommt es trotz plausibler Unterscheidung vieler z. T. gegensätzlicher Merkmale im Verhalten der „Alten“ und der „Neuen Linken“ nicht zu einer eigentlich politischen Kennzeichnung der Geschichte, sozialen Basis und Funktion der Maoisten und Studentensekten im Betrieb. Er verschafft sich keine Klarheit über die objektive politisch-funktionelle Differenz beider „linken Gruppen“ und ihrer Strategien. So bleibt für ihn eine bloß formale Differenz, daß die einen das sozialistische Vorbild in Albanien verwirklicht sähen und die anderen in der DDR, daß die einen „die Zeit für die Beseitigung des gesellschaftlichen Systems in der Bundesrepublik Deutschland auf dem Wege der Revolution für gekommen“ halten und die anderen „eine Phase der demokratischen Bündnispolitik“ voranschalten wollen (13 f). Zwar unterscheidet Niedenhoff die Politik beider „linken Gruppen“ an derlei Merkmalen voneinander, aber er verzichtet auf die Ermittlung der entgegengesetzten Politik der von ihm so genannten „Alten“ und eines Teils der heutigen „Neuen Linken“ in den Betrieben, obschon aus dem dargestellten Material leicht ersichtlich ist, daß die sog. „Neue Linke“ vom Standpunkt und im Interesse des Managements gesehen auch eine durchaus nützliche Spaltungsfunktion gegen die gewerkschaftliche Einheit erfüllt und überdies zuweilen die Rolle des agent provocateur übernimmt. Ganz im Sinne dieser Funktion scheint Niedenhoff an einer Gleichsetzung und Verwechslung der Politik der „Neuen“ mit der „Alten Linken“ gelegen zu sein. Den Gegensatz zwischen ihnen erkennt man deutlich in der Chronik des Streiks bei Ford in Köln 1973. An diesem Beispiel wird schrittweise gezeigt, welche Methoden der Agitation die „linken Betriebsgruppen“ einsetzen: „Dramatisierung betrieblicher Mißstände, Anprangerung der betrieblichen Hierarchie, von Ausbeutungsmethoden und von Kumpanei, Erzeugung von Krisenstimmung“ (71–83). Niedenhoff macht sich keine Gedanken darüber, ob nun tatsächlich ein Mißstand oder eine Krise vorliegt, ob es eine Hierarchie oder Ausbeutung gibt; ihre Kennzeichnung als Agitationsmethoden erlaubt ihm, über sie als bloß ideologisch hinwegzugehen. Zugleich macht er warnend auf die „Selbstdarstellung“ der Linken aufmerksam: sie würden sich als der „gute Kollege“, als „bester Informator“ und „bester Interessenvertreter“, auch als „guter Gewerkschafter“ darstellen, sie hätten permanent Kontakt mit der Belegschaft. Daß die Linken vielleicht nicht nur so tun, als ob sie all dies wären, sondern es wirklich sind oder sein wollen, kommt Niedenhoff nicht in den Sinn; da er dem politischen Inhalt der Linken fremd gegenübersteht, kann er sie nur als „public relations“-Strategen begreifen.

Um einen Eindruck von der Wirksamkeit, vom Niederschlag aller dieser vorgestellten Agitationsmethoden im Bewußtsein der Belegschaft zu geben, befragt Niedenhoff rund 200 Arbeiter mit verschiedenen Methoden. Beabsichtigt ist natürlich der Nachweis sehr nachhaltiger Agitationswirkungen, so daß am Ende eine ernste Mahnung erhoben werden kann: „Jetzt muß etwas getan werden...“

Der Nachweis gelingt leicht. Die Arbeiter erweisen sich als sehr gut informiert und zeigen durchaus Verständnis, also „Anfälligkeit“ für linke Agitation. Dies insbesondere bei folgenden Situationen: „schlechte Arbeitsbedingungen, Tarifauseinandersetzungen, Gefährdung der Vollbeschäftigung, allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage, schlechtes Betriebsklima, Kürzung der freiwilligen und zusätzlichen Leistungen, Branchen-Krise“ usw. usf. (109). – „Wie positiv oder negativ Mitglieder der linken Gruppen im Meinungsbild der Arbeitnehmer verankert sind, zeigt das nachfolgende Psychogramm. Aus ihm ist zu entnehmen, daß die Eigenschaften: kampfbereit, radikal, fordernd, erneuernd, freundlich, subjektiv (selbstbezogen), diktatorisch von den befragten Arbeitnehmern als Hauptcharakteristika eines typisch linksradikalen Vertreters im Betrieb angesehen werden. Diese vermuteten Eigenschaften lassen auf eine hohe Aktionsbereitschaft schließen.“ (94 f.) Dieser Befund wirft ein bemerkenswertes Schlaglicht, obschon er in seiner hemdsärmeligen Methodik äußerst brüchig ist. Die ganze Umfrage ist – nach den Kriterien empirischer Forschung – eine Farce. Es wird nach Informiertheit statt politischem Bewußtsein gefragt; die Versuchspersonen haben Gelegenheit, den vorgelegten Listen mit linken Agitationsmethoden ein Echo zu bieten. Eine politische Analyse der Betriebsratswahlen oder die Untersuchung des Verhaltens der Arbeiterklasse oder auch nur einer Belegschaft im Lohnkampf, im Streik, einer Stilllegung oder Rationalisierungswelle hätte ungleich tiefere Einsichten gewährt.

Niederhoff rät zu „folgenden – in gewissem Sinne vorbeugenden – Maßnahmen: – ständige Information über betriebliche Belange und über gesellschaftliche und politische Zusammenhänge, – rechtzeitige Beseitigung aller Faktoren, die zu Konflikten im Betrieb führen können, – umfassende Sicherheitsvorkehrungen sowohl für den Betrieb als auch für das Eigentum der Mitarbeiter. Nur wenn eine Unternehmensleitung diese Aufgaben konsequent wahrnimmt, entzieht sie linker Agitation den Nährboden.“ (124 f.) Dieser Rat wird wie folgt konkretisiert: „Die Identifikation des einzelnen Mitarbeiters mit dem Unternehmen hängt in entscheidendem Maße von den Arbeitsbedingungen ab. Ist der Arbeitsplatz sicher oder unsicher, ist er isoliert oder nicht, besteht die Arbeit aus Routine oder bietet sie Entfaltungsmöglichkeiten. herrschen gute oder schlechte Arbeitsumwelt-Bedingungen, steht das entsprechende Werkzeug zur Verfügung? Mit diesen Fragen ist angedeutet, wo die Ansätze für Konflikte zu suchen sind, beziehungsweise wie Zufriedenheit des einzelnen Mitarbeiters mit seinem Arbeitsplatz, die ihn gegenüber linken Parolen weniger anfällig macht, erreicht werden kann.“ (127 f.) Man fragt sich, ob diese auf Humanisierung und Mitbestimmung am Arbeitsplatz gerichtete Gegenstrategie wirklich geeignet sein wird, die Arbeiterklasse politisch zu immunisieren; dies ist jedoch nicht *unser* Problem. Wer ein wenig die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung kennt und weiß, mit welchen Methoden das Kapital die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter zerschlug, wundert sich über die gestellte Arglosigkeit oder wertfreie sozialwissenschaftliche Naivität, mit der dem Kapital zum Informieren geraten wird. Das Problem des Managements dürfte vielmehr gerade darin bestehen, einerseits seine Pläne auf keinen Fall veröffentlichen zu wollen und andererseits sich schon mit viel zu viel Wissen auf Seiten der Arbeiter konfrontiert zu sehen.

Holm Gottschalch (Berlin/West)

**Blüm, Norbert, Anton Jaumann und Dieter Schröder:** Die Grenzen des Sozialstaates. Seewald Verlag, Stuttgart 1976 (102 S., br., 9,80 DM).

Die Autoren konstatieren, daß „wir mit den gegenwärtigen Sozialansprüchen über unsere Verhältnisse leben“ (91) und daß eine Krise des Sozialstaates bestehe (59). Die sozio-ökonomischen Grundlagen für die Sozialpolitik hätten sich verändert (7). Sie gehen aber den Ursachen dieser gesellschaftlichen Krisensituation nicht auf den Grund, sondern konstatieren lediglich, Sozialpolitik sei ein Kind ihrer Zeit und danach müsse man sich richten (61). Damit ist der Rahmen für ihre Lösungsvorschläge abgesteckt. Was zu machen sei, könne nicht durch ideologische Konzepte bestimmt werden (61), noch gebe es die Alternative des Krisenmanagements, da „die Macher ... im Grunde nur eine Alternative (haben): weitermachen“ (62). Vielmehr gelte es, da nun einmal der Zwang von sparsamen Haushalten bestehe, die Situation der wirklichen Not festzustellen: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß organisierte Gruppen ihre Interessen besser behaupten als andere. Die größte Not findet sich deshalb heute auch bei Menschen, für die sich trotz eines berechtigten Anliegens kein mächtiger Verband einsetzt“ (96). Ausgehend von diesem Theorem der „Neuen Sozialen Frage“ versuchen die Autoren, Mittel und Wege zu finden, bei denen ein Eingriff in das System der sozialen Sicherung auf den geringsten Widerstand stößt. Es gilt, „eine Art ‚Gleichgewichtspfad‘ der Sozialpolitik (zu finden), von der nach ‚oben‘ abzuweichen die Finanzierungswilligkeit der Betroffenen überfordern, von der nach ‚unten‘ abzuweichen, politische Instabilität zur Folge haben würde“ (11). Denn da das Problem unserer Gesellschaft ein Integrationsproblem sei (75), bestehe bei zu großen Eingriffen die Gefahr der politischen Radikalisierung, „weil der Grad sozialer Sicherung und die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit von entscheidendem Einfluß auf die politische Stabilität einer Gesellschaft ist und substantielle Minderung beider Postulate politische Verunsicherung zur Folge haben könnte“ (10). – Die Grenzen des Gleichgewichtspfades ergeben sich daraus, daß „die Postulate der ‚sozialen Sicherung‘ und der ‚sozialen Gerechtigkeit‘ ... in der Regel mit der Umverteilung von Einkommen verbunden (sind), die primär am Markt erzielt wurden, also ‚Einkommen aus unselbständiger Arbeit‘ (Löhne und Gehälter) und ‚Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen‘ (Gewinne und Zinsen), um die gängigen Termini der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu benutzen“ (13). Mit diesen Kategorien, die sich allein auf das Ergebnis des Warenaustausches, den erzielten Geldbetrag, beziehen und somit an der formalen Gleichheit anknüpfen, ist es möglich, von der antagonistischen sozialen Lage von Lohnabhängigen und Produktionsmittelbesitzern zu abstrahieren und beide gemeinsam als „Produzenten“ zu bezeichnen; zum anderen einen Gegensatz zwischen „Produzenten“ und „Nicht-Produzenten“ zu konstruieren, wobei „Nicht-Produzenten“ Arme, Kranke, Alte und Kinder sind, die nichts zum Volkseinkommen beitragen. Die Umverteilung erfolgte in der Vergangenheit stets von den „Produzenten“ zu den „Nicht-Produzenten“ (14). Da jetzt aber einerseits das „Vertrauen der Anleger“ durch weitere Belastungen nicht zerstört werden darf (91), andererseits die wachsende Umverteilung in den letzten zweieinhalb Jahren hauptsächlich zu Lasten der Arbeitnehmer ging und hier auf sehr enge Grenzen stößt, muß sich die Umverteilung in Zukunft zwischen den verschiedenen Gruppen der „Nicht-Produzenten“ abspielen: „Wir müssen für einzelne Gruppen von ‚Nicht-Produzenten‘ Grenzen des Sozialstaates konstatieren ...“ (52). Nachdem so der Begriff des Lohnabhängigen auf jene verkürzt wur-

de, die unmittelbar im Arbeitsprozeß stehen, und nun die verschiedenen Lebenslagen der nicht unmittelbar im Arbeitsprozeß Stehenden gegeneinander ausgespielt werden können, ist es möglich, Forderungen zu begründen, die organisierten Widerstand vermeiden und die Politik des „Teile und Herrsche“ konsequent ermöglichen. So wird z. B. zur Rechtfertigung der Selbstbeteiligung an Behandlungskosten zwischen Normal- und Schwerkranken unterschieden (43 f.). Rentner sollen nach Möglichkeit über Teilzeitarbeit wieder zu „Produzenten“ gemacht werden, um den Rentenhaushalt zu entlasten (95). Weiter wird unterschieden zwischen schuldlos langjährig Arbeitslosen und solchen Arbeitslosen, die nur kurzfristig arbeitslos sind oder sein müßten, denen zur Förderung ihrer Mobilität nicht so sehr geholfen werden muß (48). – Insgesamt stellt das Programm der „Neuen Sozialen Frage“ mit seinen keineswegs neuen, aber systematisierten und begründeten Forderungen eine spezifische konservative und reaktionäre Verarbeitung der bestehenden Krisensituation dar; unter dem Mantel des Postulats der sozialen Gerechtigkeit ist es ein ernst zu nehmender Angriff auf erreichte Positionen der Lohnabhängigen. Peter Dippoldsmann (Marburg)

**Bethge, Horst, u. a.:** Die Zerstörung der Demokratie durch Berufsverbote. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1976 (396 S., br., 9,80 DM).

Klare Gliederung und umfassende Verarbeitung der gegebenen Problematik machen die Publikation zum verlässlichen Handbuch. „Die Bewegung argumentativ zu unterstützen, die ganze Breite der Argumente der Berufsverbote-Gegner zu zeigen – das ist die Aufgabe dieses Bandes“ (30).

Dargestellt werden zunächst die Positionen der Befürworter von Berufsverboten (33 ff.): Für den Christdemokraten Hans Dichgans gibt es keine Berufsverbote, sondern nur eine unvermeidliche Auswahl der Bewerber (43), und ein verfassungs„treuer“ bürgerlicher Verfassungsrechtler namens Klaus Stern beruft sich langatmig auf Staatstreue, wehrhafte Demokratie und verlangt Verfassungstreue selbst im äußerlich erkennbaren Verhalten (33 ff.). Ausmaß und Umfang der Berufsverbote (44 ff.) beweisen die Entwicklung der BRD zum Überwachungsstaat. Berufsverbote stellen somit eine Gefahr für sämtliche Errungenschaften von Demokratie und Humanität dar (54 ff.). Die Praxis der Berufsverbote (120 ff.) erweist sich als Verletzung der Grundrechte (97 ff.) und des internationalen Rechts (131 ff.). Berufsverbote und Angriffe auf Gewerkschaften (167 ff.) stehen nicht zufällig im innigen Zusammenhang. Einschränkungen demokratischer Rechte im Betrieb und Berufsausübungsverbote im öffentlichen Dienst sind zwei Seiten derselben Medaille. Den Versuchen der Rechten, das GG an die eigene politische Vorstellungswelt anzupassen, ist der Kampf gegen die Berufsverbote (197 ff.) und somit für die Freiheit der politischen Betätigung auch von antikapitalistischen Demokraten entgegenzusetzen. Dieser Kampf findet auch auf internationaler Ebene Beachtung und Unterstützung (187 ff.). Die Reaktionen im Ausland erstrecken sich über das ganze kapitalistische Westeuropa (221 ff.).

Instruktiv ist die verfassungsrechtliche Analyse der Berufsverbotsurteile von BVwG und BVerfG; das Urteil des BVwG in Sachen Lenhart (100 ff.) zeigt, wie mit verfassungsfremden Begriffen („extremistische Partei“) und Argumenten (Krankheit, geistige Unfähigkeit, Mitgliedschaft in einer „extremen Partei“) als

vom BVwG kreierte Dreieinigkeit für die mangelnde Eignung zum Beamten) werden verfassungswidrige Schranken errichtet, um den nicht genehmen politischen und weltanschaulichen Konkurrenten zu eliminieren.

Wichtigstes Ergebnis der politischen Justiz ist: Die innerstaatliche Feindeinkreisung durch das BVwG deklariert nicht nur „freiwillige“ Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei zu Verfassungs„feinden“, sondern verallgemeinert den Adressatenkreis dadurch, daß der marxistischen Wissenschaft die Legitimität abgesprochen wird. Damit ist die Möglichkeit sanktioniert, jeden Marxisten, ob einer Partei bzw. Organisation angehörig oder nicht, als Verfassungs„feind“ zu behandeln. Stuby zeigt am Urteil des BVfG den reaktionären Kahlschlag (12) grundgesetzlich verbürgter Rechte (231 ff.): Es geht schlechthin um die Niederhaltung jeglicher Gesellschaftskritik, die zu realen Veränderungen führen könnte (249). – Der Dokumententeil (über 130 Seiten umfassend) reicht von einer UNO-Anfrage, von Beschlüssen der SPD, des DGB und der GEW sowie anderer Einzelgewerkschaften, Stellungnahmen von Jungdemokraten und Jungsozialisten, der DFU und der DKP, Erklärungen von Hochschullehrern und Schriftstellern über Auszüge aus Bundestagsdebatten und Anhörungsprotokollen, Erklärungen ausländischer Berufsverbots-Gegner bis zu Auszügen aus der Friedenspreisrede Alfred Grossers.

Der Band erfüllt im großen und ganzen seine Aufgabe; zu kritisieren ist allerdings der insbesondere in den juristischen und verfassungsrechtlichen Aufsätzen wenig gemeinverständliche Stil, der einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit entgegensteht; und zu fordern ist von der Bewegung gegen die Berufsverbote die positive Beantwortung der „Grundfrage“ der Auseinandersetzung um die Berufsverbote, „ob nämlich Kommunisten zum demokratischen Spektrum gehören – oder andersherum: ob eine Demokratie antikommunistisch sein kann und muß“ (25).  
Erwin Reichmann (Schwerte)

**Rosenbaum, Petra:** Neofaschismus in Italien. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. – Köln 1975 (117 S., br., 14,- DM).

Das Buch bringt eine chronologische Darstellung der Entwicklung des italienischen Neofaschismus. Dieser formierte sich unmittelbar nach dem Ende des faschistischen Regimes als nur notdürftig getarnte Fortsetzung des sozialdemagogischen „linken“ Faschismus der Italienischen Sozialen Republik (Mussolinis Reststaat der Jahre 1943–45, der faktisch von der deutschen Militärverwaltung regiert wurde). Schon bei den ersten Nachkriegswahlen konnten die Neofaschisten vor allem in Süditalien – dem ökonomisch wie politisch zurückgebliebensten Teil des Landes – beträchtliche Erfolge verzeichnen. Schon früh paktierten sie mit der regierenden Christlich-Demokratischen Partei und dem Vatikan. Unbehelligt von Regierung oder Justiz konnte der Neofaschismus seine Massenbasis ausbauen – die verschiedenen neofaschistischen Organisationen (darunter der Gewerkschaftsbund CISNAL) hatten zeitweise über eine Million Mitglieder. Von Anfang an typisch für den italienischen Neofaschismus war das Nebeneinander von terroristischen Aktivitäten und legalistischem Auftreten im Parlament, wo sich in den 50er Jahren mehrere christdemokratische Regierungen auf die neofaschistischen Stimmen stützten. Unter dem Eindruck der antifaschistischen Massenmobilisierung mußten die Christdemokraten 1960 diese Bündnispolitik aufgeben (in der Folge koalitierten sie mit den Sozialisten). Die betont gemäßigte Poli-

tik des neofaschistischen Parteiführers Michellini in den folgenden Jahren half der Partei nicht aus der Isolation. Sein Nachfolger Almirante setzte auf die „Strategie der Spannung“. Ab 1969 kam es – als Antwort auf die Verschärfung der Klassenkämpfe 1968/69 – zu einer Eskalation des rechten Terrors, dem Tausende Menschen zum Opfer fielen. Im süditalienischen Reggio nutzten die Neofaschisten die verbreitete Proteststimmung gegen die verfehlte Regionalpolitik der Regierung, um bürgerkriegsähnliche Unruhen zu inszenieren. Mehrfach wurden Staatsstreichpläne aufgedeckt. Dabei kamen skandalöse Verbindungen zwischen Neofaschisten und Militär sowie in- und ausländischen Geheimdiensten ans Licht. Bei den Parlamentswahlen von 1972 erreichten die Neofaschisten fast 10 % der Stimmen. Ihre Basis fanden sie vor allem unter Beamten, Soldaten, dem Subproletariat und von der Proletarisierung akut bedrohten Mittelschichten vor allem in den Städten Südtaliens. Erst unter dem Druck der demokratischen Öffentlichkeit waren Regierung und Justiz bereit, gegen den Neofaschismus vorzugehen. Die antifaschistische Massenmobilisierung brachte einen Rückgang des neofaschistischen Einflusses. Das Bündnis von Christdemokraten und Neofaschisten anlässlich des Scheidungs-Referendums 1974 erlitt eine eindeutige Niederlage.

In Rosenbaums Darstellung dieser Entwicklung wird freilich oft Wichtiges (etwa das Verhältnis herrschende Klasse – Neofaschismus) nur gestreift. Vor allem im letzten Drittel des Buches überwiegt das Anekdotische mitunter die politische Analyse. Zwar wird die allgemeine politische Entwicklung in Italien ausführlich dargestellt, aber nicht immer wird ihre Relevanz für die Entwicklung des Neofaschismus deutlich genug. Auch die gelegentlichen Hinweise auf die wirtschaftliche Entwicklung wirken eher beziehungslos. Störender als einige Ungenauigkeiten, der mitunter etwas holprige Stil und eine gewisse theoretische Anspruchslosigkeit sind der desolatte Zustand des Anmerkungssteils und das Fehlen eines Registers. Gegenüber den vorliegenden (freilich sehr verstreuten) deutschsprachigen Veröffentlichungen zum italienischen Neofaschismus bringt Rosenbaums Buch nicht allzuviel Neues, ist aber als Überblick nützlich.

Winfried Roth (Berlin/West)

**Wallraff, Günter, und Eckart Spoo:** *Unser Faschismus nebenan. Griechenland gestern – ein Lehrstück für morgen.* Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln 1975 (224 S., br., 14,- DM).

Die zahlreichen Beiträge dieses Bandes stellen ein Mosaik geschichtlicher Dokumentation dar, das Auskunft über politische, ideologische und wirtschaftliche Aspekte der griechischen Wirklichkeit in der Zeit der Militärherrschaft zwischen den Jahren 1967 und 1974 geben will.

Darüberhinaus steht das Postulat: „Wenn wir jetzt die Erfahrungen aus den sieben Jahren des griechischen Faschismus auswerten, wird es möglich sein, Lehren daraus zu ziehen, die weiterwirken und sich unmittelbar auf die Verhältnisse zu Chile anwenden lassen“ (12). Welche sind aber die Lehren, die Wallraff zieht? - Ist der deutsche Faschismus der NS-Zeit identisch mit dem der griechischen Obristen? Ist also die Militärdiktatur in Griechenland, Chile usw., aus einem griechischen, chilenischen usw. Faschismus entstanden, oder handelt es sich um eine andere, wenn auch nicht minder brutale Form faschistischer Herr-

schaft, die im Teufelskreis der Abfolge autoritärer und militärfaschistischer Regierungsvarianten in den Ländern der kapitalistischen Peripherie den Normalfall darstellt? — Für Wallraff besteht kaum ein Zweifel, daß der griechische Faschismus „die offene Diktatur des ganz großen Geldes (war), der Haudegen Papadopoulos sein gehorsamer Lakai“ (93).

Die griechische Militärjunta, die sich öffentlich als die „Polizei Europas“ (61) bekannt hatte, weise alle Züge des deutschen Faschismus auf, ihre Verbindungen zum „Bayernkurier“ des F.J. Strauß und anderen CSU-Kreisen seien nicht von der Hand zu weisen. „Die gleichen Strukturen (der griechischen Junta-E.S.) sind auch und gerade in der Bundesrepublik latent vorhanden. Der Faschismus des Dritten Reiches (...) besteht in einflußreichen Offizierseliquen der Bundeswehr als Schwelbrand weiter“ (Ebd.). — Nach Herstellung dieser Parallelen zwischen griechischen und bundesrepublikanischen sozialökonomischen Verhältnissen und der dazugehörigen Ideologeme, fällt es Wallraff nicht mehr schwer, eine allgemeingültige Definition des Faschismus zu konstruieren, die für beide Länder von Relevanz sei. Danach ist Faschismus „eine Staatsform des Spät- oder Monopolkapitalismus, und zwar die Staatsform brutalster Diktatur der größten Monopole“ (78f.). Dies mag für entwickelte kapitalistische Länder zutreffen, ob damit aber auch der viel später in Erscheinung getretene Militärfaschismus lateinamerikanischer Form begrifflich erfaßt ist, muß angezweifelt werden. Man muß schlicht staunen über die von Wallraff festgestellte politisch-ökonomische Macht der griechischen Monopole, der bismarckschen Stärke und Organisation seiner Armee und der allgemeinen Gleichsetzung bundesrepublikanischer Verhältnisse mit griechischen. Bei jeder genaueren Betrachtung der sozialökonomischen Situation des Landes hätten sich die mächtigen griechischen Monopole als bloße juristische Strohmannen metropolitaner Kapitalien und Interessen entpuppt; die Großindustriellen, Großbankiers, Großreeder usw. wären auf ihre richtige Dimension geschrumpft; die griechische Armee wäre als eine willenlose Figur auf dem NATO-Schachbrett erkennbar geworden.

Eine derart verunglückte Analyse der sozialökonomischen Situation Griechenlands bedingt unvermeidlich eine Reihe fehlerhafter politischer Schlußfolgerungen: Da die Ausgangsposition, das „demokratische“ Griechenland vor dem Militärputsch, als eine parlamentarische Demokratie westeuropäischen Zuschnitts gesehen wird, konzentriert sich das Bestreben Wallraffs lediglich darauf, ebendiese wiederherzustellen. Westeuropäische Länder wie die Niederlande, Schweden u.a., „deren demokratische Traditionen und Strukturen bekanntlich etwas ausgeprägter und weiterentwickelt sind als in der BRD“ (61), aber selbst die Bundesrepublik, sofern sie durch die SPD repräsentiert werde, sollen mit ihren Solidaritätsaktionen vorbildhaft den Weg weisen, den Griechenland nach seiner Befreiung von den Obristen zu gehen habe. — Objektiv droht damit aber die Restauration derjenigen Verhältnisse, die vor dem Putsch geherrscht und gerade das Obristen-Regime hervorgebracht haben; diese spezifische Spielart von Demokratie ist mittlerweile tatsächlich zurückgekehrt. Es muß freilich bezweifelt werden, ob sie den Wünschen und Intentionen der gegen Imperialismus und Abhängigkeit kämpfenden Griechen entspricht, auch ob sie von Dauer sein kann. Da sie jedoch aus dem Ausland „zurückkehrte“ und auf das Maß ihres reaktionären Verkörperers Karamanlis zugeschnitten ist, droht sie mit ihrem Chef zu stehen und zu fallen. Nach seinem Fall wäre eine neue Militärjunta das Nächstmögliche, was Griechenland zu erwarten hätte.

Emmanuel Saridis (Berlin/West)



## Jura

**Mayer, Udo, und Gerhard Stuby (Hrsg.):** Das lädierte Grundgesetz. Beiträge und Dokumente zur Verfassungsgeschichte 1949–1976. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1977 (357 S., br., 14,80 DM).

Der Band knüpft an „Die Entstehung des Grundgesetzes“ der Herausgeber (Besprechung Argument 99) zeitlich und thematisch an. Sein Dokumententeil umfaßt wichtige, zum Teil leider vergessene programmatische Erklärungen der Gewerkschaften sowie völkerrechtliche Verträge und außenpolitische Schriftstücke, besonders solche, die das Verhältnis der Bundesrepublik zu den sozialistischen Ländern betreffen. Der Band will „die wichtigsten legislativen und judikativen Deformationen des Grundgesetzes sowie den gesellschaftlichen Auseinandersetzungsprozeß um die Veränderungen aufzeigen“ (S. 5). Mit diesem Programm wird die Verfassungsentwicklung gegliedert anhand der Rechtsfragen, die im Mittelpunkt der jeweils aktuellen Klassenausinandersetzungen gestanden haben; die einzelnen Beiträge liefern in der Regel zunächst eine – notwendig recht summarische – Darstellung dieser Klassenkämpfe und erörtern dann die jeweils umstrittenen Rechtsfragen juristisch. Ein Thema, als Abschnitt 2 unter der Überschrift „Grundgesetz und wirtschaftliche Restauration“ behandelt, mußte aus diesem methodischen Rahmen fallen: Die Grundfragen der Wirtschaftsverfassung standen bekanntlich niemals im Zentrum der Klassenkämpfe in diesem Land. So referiert Mayer längsschnittartig die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Arbeitskämpfe im Zusammenhang mit der einschlägigen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und nimmt zu den zentralen Fragen des Arbeitskampfrechts Stellung. „Die verfassungsrechtlichen Instrumente zur Globalsteuerung der Wirtschaft“ werden von den Ökonominen Jahnke und Krüer-Buchholz beschrieben; dabei kommt verständlicherweise die verfassungsrechtliche Problematik etwas kurz, so daß es an dem Beitrag von K. und W. Schielek „Privateigentum und Grundgesetz“ wäre, die Vielfalt des verfassungs„rechtlichen“ Instrumentariums zur Absicherung der wirtschaftlichen Restauration zu zeigen. Leider beschränken sich die Verfasser dabei fast vollständig auf die Rechtsprechung zu Art. 14 GG, und auf eine Kritik, die schon immanent manche Bedenken weckt. Nicht einmal ins Blickfeld gerät, daß das Bundesverfassungsgericht, wenn es auch die „wirtschaftspolitische Neutralität“ des Grundgesetzes verkündete, faktisch niemals „Neutralität in Bezug auf das Wirtschaftssystem“ meinte, sondern mit der Erfindung eines prinzipiell schrankenlosen Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, eines den Gesetzgeber bindenden Gleichheitssatzes, des Übermaßverbots, der Rechtsprechung zur „Berufsfreiheit“ (Art. 12 GG) von allem Anfang an ein Instrumentarium gegen jeden konkreten Schritt zur Veränderung der wirtschaftlichen Struktur geschaffen hatte.

Im Gegensatz zur Wirtschaftsverfassung war der Prozeß politischer Willensbildung in der Bundesrepublik stets von bestimmten Inhalten klar beherrscht, so daß hier die Methode der Herausgeber ohne weiteres Anwendung finden kann. „Die bestimmende Frage in den ersten 10 Jahren der Bundesrepublik war das Ob und Wie der Wiederbewaffnung“ (S. 7). Für diese Epoche zeichnet Mayer den Verlauf des politischen und juristischen „Kampfs um den Wehrbeitrag“ nach und prüft die Rechtslage. Kutscha liefert eine Darstellung der Repression gegen oppositionelle Kräfte, in deren Mittelpunkt die Kritik des KPD-Verbotsurteils

steht. Die Kämpfe der „zweiten Welle antimilitaristischer Opposition“ (S. 7) schildert wiederum Mayer im Zusammenhang mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Volksbefragung in Hamburg und Bremen über die Atombewaffnung. Man vermißt dagegen eine Erwähnung anderer für die Entwicklung des politischen Willensbildungsprozesses bedeutsamer Entscheidungen, die nicht in direktem Zusammenhang zu den offenen Klassenkämpfen standen: Der gesamte Komplex der Parteienrechtsprechung (5%-Klausel, Parteienfinanzierung, die einschlägigen Passagen des KPD-Urteils, Sendezeiten), die später im Parteiengesetz „kodifiziert“ wurde, fehlt ebenso wie eine Auseinandersetzung mit dem für das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung (Art. 5 GG) zentralen Lüth-Urteil. Aufgrund dieser Mängel wird nicht ganz klar, daß am Ende der „Phase der Remilitarisierung“ nicht bloß eine neue Institution, die Bundeswehr, stand, sondern wesentliche Änderungen im politischen System insgesamt; daß die „Solidarität aller Demokraten“ jetzt einer Fundamentalopposition, die Grundrechte gegen die „freiheitliche Ordnung“ „mißbraucht“, prinzipiell keinen Platz mehr bot, und daß dies als Grundrechtsanwendung ausgegeben wurde.

Kennzeichen der folgenden Phase war die in den 60er Jahren zunächst wenig bemerkte, zuletzt aber heftig umkämpfte Notstandsgesetzgebung. Ihr ist der dritte Abschnitt gewidmet, wo in einem Beitrag von Hartmann, Stuth und Werner die Notstandsgesetze dargestellt werden. Nur kurz wird dabei die Abhörentscheidung des Bundesverfassungsgerichts gestreift, obwohl hier zum ersten Mal der „Staatsraison“ offen ein originärer, öffentlicher Kontrolle unzugänglicher Bereich zugestanden wird. Dieser Bereich hat sich, wie die öffentlichen Diskussionen um die jüngsten Abhörraffären und die Schleyerentführung gezeigt haben, inzwischen soweit vergrößert, daß selbst im Normalzustand Grundrechtseinschränkungen für rechtens erklärt werden, die nach den Notstandsgesetzen nicht einmal für den Notstand vorgesehen sind. Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage, ob die Verfasser zu Recht die eher schwerfälligen Institutionen der Notstandsgesetze in den Mittelpunkt ihrer Darstellung jener Epoche stellen.

Den letzten Abschnitt bilden Aufsätze zum Berufsverbot und zur „Einwirkung des Systems der Ostverträge auf das Grundgesetz“; auch hier stehen also die zentralen tagespolitischen Fragen im Mittelpunkt. In dem Aufsatz zum Berufsverbot ist für Stuby der Begriff der fdGO ein „unbestimmter Rechtsbegriff“, der eindeutig und zwar antifaschistisch interpretierbar sei. Das Parteiverbot (Art. 21 Abs. 2 GG) hält er demzufolge für einen Akt juristischer Subsumtion, der dem Bundesverfassungsgericht zugewiesen ist. Folglich erscheint ihm als verfassungsrechtlicher „Springpunkt“ der Berufsverbote die Verletzung des „Parteienprivilegs“, d.h. die Verlagerung eines Erkenntnisakts von der staatlichen Bürokratie „Bundesverfassungsgericht“ auf die jeweilige Einstellungsbehörde, eine andere staatliche Bürokratie. Angesichts der auch vom Verfasser konstatierten fatalen Folgen des Berufsverbots für den demokratischen Prozeß (S. 235) leuchtet dies nicht recht ein, wird damit doch das Funktionieren dieses demokratischen Prozesses wesentlich von einer weisen Kompetenzverteilung zwischen den, offenbar im Sinne der Gewaltenteilungslehre einander entgegenstehend gedachten, staatlichen Behörden, abhängig gemacht. Die Zweifel werden noch dadurch verstärkt, daß Stuby zwar die Unterschiede in der politischen Funktion der Berufsverbote in den 50er Jahren und heute konstatiert, nicht aber die Widerspiegelung dieser Unterschiede in der politischen Durchsetzung und juristischen Darstellung: Während der Adenauer-Erlaß ganz im Sinne der aus dem Konstitutionalismus überkommenen Verwaltungsrechtslehre für verfassungs-

rechtlich irrelevant gehalten wurde, weswegen er niemals ein westdeutsches Gericht beschäftigt hat, wurde der Radikalenerlaß alsbald vor das Bundesverfassungsgericht gebracht und von diesem ganz im Sinne der herrschenden Lehre als Anwendung des in den einschlägigen Normen unveränderten Grundgesetzes erklärt. Wenn staatsrechtliche Ideologien nicht bloß wahnhaftige Trugbilder in den Köpfen von Richtern und Professoren sind, dann muß Verfassungsgeschichte einen Beitrag zur Erklärung dieser Unterschiede liefern. Daß dem Band dies nur höchst unzureichend gelingt, daß er außerdem wesentliche Punkte der Verfassungsentwicklung gar nicht ins Blickfeld bekommt, daß er die qualitativen Veränderungen in der politischen Funktion der Staatsorgane, insbesondere des Bundesverfassungsgerichts nicht erfaßt, scheint mir an der Methode zu liegen: Wer die rechtliche Ausformung derjenigen Fragen, die jeweils im Zentrum der offenen Klassenkämpfe standen, für die entscheidenden Rechtsprobleme der Verfassungsgeschichte hält, muß die Frage, welcher Partei das Gericht recht gegeben hat, die wichtigste Frage für die konkrete Bewegung also, auch für das verfassungsgeschichtlich Entscheidende halten. Daß Urteilsbegründungen Fernwirkungen entfalten können, die für die Rechtsentwicklung schwerwiegender sind als das Ergebnis im Einzelfall, daß diese Fernwirkungen dem Ergebnis im Einzelfall sogar konträr sein können, daß sie so Veränderungen im politischen System ausdrücken und vorantreiben können, all dies bleibt leicht unbeachtet; die Einwirkung von Recht und juristischen Apparaten auf die gesellschaftliche Entwicklung geht unter solcher Perspektive nicht weiter als die Rechtskraft der einzelnen Judikate.

Hartmut Geil (Lahn-Gießen)

**de With, Hans (Hrsg.): Deutsche Rechtspolitik. Entwicklungen und Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949.** C. F. Müller Verlag, Karlsruhe-Heidelberg 1976 (270 S., br., 22,- DM).

Der Band verfolgt das Ziel, die seit 1949 in der Bundesrepublik verabschiedeten Gesetze „abrißartig darzustellen, die verschiedenen Regelungsbereiche herauszuarbeiten und die allgemein-politischen Entwicklungen und Strömungen einzuordnen“ (S. 7). Dieses im Vorwort vom Herausgeber formulierte Programm weckt nicht nur aus der Sache heraus Interesse: Der Herausgeber ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjustizministerium, die Verfasser der Einzelbeiträge sind oder waren Mitarbeiter in demselben Ministerium; man darf also eine offiziöse Selbstdarstellung der Rechtspolitik der sozial-liberalen Koalition erwarten. Schon die Lektüre des Inhaltsverzeichnisses enttäuscht allerdings, die Stichworte lauten: „Verfassungsrecht“ (W. Birke), „Strafrecht und Kriminalpolitik“ (D. von Bülow), „Bürgerliches Recht“ (P. Macke), „Handels- und Wirtschaftsrecht“ (F.-J. Kurtenbach) sowie „Gerichtsverfassungs- und -verfahrensrecht“ (V. Wache). Das gesamte Verwaltungsrecht mit gerade in den letzten Jahren besonders wichtig gewordenen Materien wie Recht der Raumordnung, Umweltrecht oder Verkehrsrecht fehlt vollständig. Gänzlich unberücksichtigt bleibt auch die Entwicklung des Arbeits- und Sozialrechts, jener Rechtsgebiete also, die die Existenzgrundlage von etwa 80 % der Bundesbürger betreffen. Als Grund denkbar dafür ist nur die Tatsache, daß diese Gebiete nicht in das Ressort des Justizministers fallen. Ob nun die historisch weitgehend zufällige Ressortverteilung unter den staatlichen Behörden das richtige Kriterium für eine Darstellung von

Rechtspolitik ist, die sich „vornehmlich an den rechtspolitisch interessierten Laien“ (Klappentext) wendet, mag füglich bezweifelt werden. Schlimmer als die Unvollständigkeit sind die strukturellen Mängel, die aus dieser bornierten Herangehensweise resultieren: Rechtspolitik wird reduziert auf Geschichte der Gesetzgebung, die Rechtsentwicklung, die der Veränderung der Rechtsprechung geschuldet ist, bleibt ganz außerhalb der Betrachtung. Vom Standpunkt des einzelnen Bürokraten aus mag dies sinnvoll erscheinen – er ist für die Rechtsprechung tatsächlich nicht „zuständig“ – eine auch nur immanente Einschätzung der gesetzgeberischen Tätigkeit wird dem Leser dadurch aber nicht ermöglicht. Wie soll er die verfassungsrechtliche Entwicklung in der Bundesrepublik beurteilen können, wenn ihm die Veränderungen der Verfassungspraxis durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unbekannt bleibt? Wie soll er die Rechtspolitik als Teil der politischen Entwicklung verstehen können, wenn er nur einen Überblick über die Normen neuerer Gesetze erhält, aber nicht einmal erfährt, daß etwa das Wahlgesetz, das Eherecht, das Sanktionensystem des Strafgesetzbuchs durchaus neue Entwicklungen, allerdings mit unterschiedlicher Zielrichtung miteingeleitet haben, während Parteiengesetz, Gesetz über Allgemeine Geschäftsbedingungen oder das materielle Recht des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuchs nicht mehr sind als Kodifikationen der Rechtsprechung der zuständigen Gerichte? Wer sich nun gar ein Bild darüber machen will, welche gesellschaftlichen Interessen die Gesetzesänderungen bewirkt haben und in sie eingegangen sind, welche Auswirkungen diese Gesetze auf die gesellschaftliche Wirklichkeit hatten, wie also die Menschen ihre Geschichte machen, sieht sich vollends enttäuscht: Da sind keine Menschen am Werk, sondern „liberale Zeitströmungen“ (S. 10) und „autoritäre Ordnungsvorstellungen“ (S. 11), bzw. „rechtsstaatliches Gedankengut“ (S. 11), das „Bedürfnis nach einer Atempause“ (S. 107) und das „Bestreben nach einer Beruhigung der Entwicklung“ (ebenda); für gewisse Reformen ist „die Zeit noch nicht gekommen“ (S. 74, 133) bis der Ozean der Weltgeschichte sie in einer neuen „Welle geistiger und gesellschaftlicher Entwicklung“ an Land spült, wo sie sich dann „bewähren“ oder auch nicht. Diese Metaphorik verschleiert die Triebkräfte der Geschichte und offenbart nur das Dilemma sozialliberaler Regierungspropaganda: Nicht einmal die eigenen Erfolge können ins rechte Licht gerückt werden, weil Geschichte als Naturereignis erscheint. So mag das Buch von gewissem Interesse für den Spezialisten sein, der sich auf relativ knappem Raum über die Veränderungen der geschriebenen Normen en détail informieren will, dem „rechtspolitisch interessierten Laien“ kann nur geraten werden, sich die stellenweise recht ermüdende Lektüre zu schenken: Über die Triebkräfte von Gesetzgebung erfährt er nichts, mit den Detailinformationen kann er nichts anfangen, weil jegliche Darstellung der Rechtspraxis fehlt.

Hartmut Geil (Lahn-Gießen)

**Lange, Erhard H. M.:** Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1975 (883 S., br., 145,- DM).

Die ambivalente Bedeutung des in Deutschland erstmals mit dem Entstehen der Weimarer Republik durch die Arbeiterbewegung erkämpften *allgemeinen* Wahlrechts liegt darin, daß es die Möglichkeit eröffnet, (auch) auf parlamentari-

schem Weg den status quo des politischen und ökonomischen Systems in Frage zu stellen, während die Bourgeoisie im Interesse der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Demokratie als dem normalen politischen Teilsystem der kapitalistischen Ökonomie gerade dies zu verhindern versuchen muß. Dann liegt „die Funktion des Verfahrens der politischen Wahl (...) nicht genau in der Richtung der offiziellen Zielangabe, die besten Repräsentanten des Volkes für politische Ämter auszulesen.“ (N. Luhmann, *Legitimation durch Verfahren*, S. 173) Vielmehr handelt es sich bei dieser Zielangabe dann nur um den Vorwand für einen Prozeß, dessen tatsächliche Funktionen darin bestehen, die in ihn eingehenden Konfliktmotive zu Null zu addieren bzw. von den politischen Parteien „umzuformen oder ins politische Irrelevante abzuleiten“ (163), der Abreaktion oder der Absorption von Protesten (171/173) zu dienen. – Unter anderem auch aus Gründen des Zweifels an der Zuverlässigkeit des parlamentarischen Gesetzgebers (auf strukturelle Gründe, die mit den Veränderungen der Staatstätigkeit zusammenhängen, kann hier nicht eingegangen werden), sind schon in Weimar Schranken für den Gesetzgeber konstruiert worden. Zu nennen sind nur u.a. der sogenannte allgemeine Gleichheitssatz, der angeblich auch den Gesetzgeber binde, das sogenannte richterliche Prüfungsrecht, welches in neuer Form im Bundesverfassungsgericht institutionalisiert ist, sowie auch die Ausgestaltung des Wahlrechts (Parteibegriff etc.). Nur im Kontext dieser auch in der Bundesrepublik virulenten Faktoren ist die Debatte um die Ausgestaltung des Wahlrechts zu verstehen.

Lange beschränkt sich in seiner Untersuchung auf die Zeit von 1945 bis 1956. Dies ist aus verschiedenen Gründen sinnvoll: Erstens ermöglicht es dem Verfasser, den behandelten Zeitraum sehr sorgfältig anhand von zum Teil bisher nicht ausgewertetem Quellenmaterial zu erschließen, zweitens fallen in den behandelten Zeitraum die wesentlichen, noch heute grundsätzlich gültigen Entscheidungen über das Wahlrecht (das BWG von 1956). Angesichts des eminenten Umfangs der Arbeit Langes empfiehlt es sich für den Leser, das auch gesondert verständliche fünfte Schlußkapitel (761–810) vorzuziehen (und gegebenenfalls auf die Detailbehandlung in den vorderen Teilen zurückzugreifen), da dort der Versuch einer Zusammenfassung geliefert wird. – Der Verfasser geht zutreffend davon aus, daß die Frage nach dem Wahlrecht zu den zentralen Problemen der Demokratie gehört (2), um so mehr als gerade die in der Bundesrepublik herrschende staatsrechtliche Doktrin mittels ihrer These vom Grundgesetz als einer repräsentativen Verfassung den politischen Prozeß auf den einzelnen Akt der Wahl zu reduzieren sucht. Nur in diesem ideologischen Klima (in dem beispielsweise ein politischer Streik mit dem Argument, er beeinträchtige die durch Art. 38 GG geschützte Gewissensfreiheit der Abgeordneten, zurückgewiesen werden kann) kann auch die Frage nach dem Dominanzverhältnis von Wahlsystem und Parteiensystem auftauchen, deren Zurückweisung bzw. Klarstellung der Verfasser verdienstvollerweise einigen Platz widmet; ist doch diese Scheinproblematik, die einem institutionell verkürzten Politikverständnis geschuldet ist, von nicht unbeachtlicher Virulenz. Gegen die These nämlich, daß das Wahlsystem über das Parteiensystem dominiere, das Wahlsystem also die entscheidende Rolle in der Erklärung bestimmter politischer Entwicklungsprozesse spiele, sowie gegen die spezifische Konkretisierung dieser These bei F.A. Hermens, der aus einer Analyse der Stimmenverhältnisse bei den Reichstagswahlen anfangs der dreißiger Jahre gefolgert hatte, daß bei einem Mehrheitswahlrecht die Nationalsozialisten nicht die Mehrheit hätten erreichen können – eine Untersuchung, die die ökonomischen und politischen Faktoren zum Entstehen des Faschismus voll-

kommen vernachlässigt –, weist Lange auf den instrumentalistischen Charakter des Wahlrechts, welches primär natürlich von den Strukturen des Parteiensystems als Ausdruck der politischen Kräftelinien bestimmt wird, während es nur sekundär auch Einfluß auf die Veränderung des politischen Spektrums gewinnen kann (5%-Sperrklausel/Mehrheitswahlrecht-kleine Parteien), hin. (181 ff.) Er differenziert die Positionen zum Wahlrecht in drei große Gruppen (767 ff.): Neben den Theorien, die die Wahl in Anlehnung an M. Weber als „Führerauslese“ begreifen, eine Position, die in klerikaler Variation auch als „Persönlichkeitsauslese“ in Erscheinung tritt, nennt er eine zweite Gruppe, die das Wahlrecht nach dem Kriterium der Regierungsstabilität auszuwählen sucht. (In diesem Gedankenbereich bewegt sich die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur 5%-Klausel, E 1, 208 ff.) Schließlich nennt er als dritte Gruppe, deren Position er selbst zuzuneigen scheint, diejenige, der zufolge das Wahlrecht „Formgebung des demokratischen Willensbildungsprozesses“ sei. – Daß sich die verschiedenen Momente in den Argumentationen der politischen Kräfte vermischen, wird im weiteren herausgearbeitet. Als Faktoren für erste Wahlgestaltungen in den Ländern nennt Lange neben der Besatzungspolitik der Westmächte, die durch die Etablierung von „Vielparteiensystemen“ bereits die parteipolitischen Strukturen, die eine „interessenmäßige Affinität zum Proporzsystem aufwiesen“ geschaffen hätte (764), den Regionalismus sowie die Ungewißheit über die Perspektiven bei den „neuen deutschen Kräften“.

Insbesondere werden die internen Querelen innerhalb des „Bürgerblocks“ in den 50er Jahren herausgearbeitet, die schließlich in dem von Lange zu Recht als dilettantisch bezeichneten Vorschlag aus Kreisen der CDU/CSU von 1955 kulminierten, ein „Graben-Wahlsystem“ zu normieren, das nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern auch und gerade gegen die kleinen Parteien zielte. Mit der in Konsequenz dieses Vorschlags geschehenen Auflösung der Koalition von CDU und FDP in NRW war ein Keim für eine mittelfristige Umorientierung innerhalb des politischen Lagers der Bundesrepublik gelegt. Mit dem schließlich durch Einigung zwischen CDU, SPD und FDP zustandekommenden Bundeswahlgesetz von 1956, welches im wesentlichen bis heute Gültigkeit behalten hat, beendet Lange seine Analyse.

Kritisch anzumerken ist neben kleineren – vielleicht für den Ansatz des Autors symptomatischen – „Ungenauigkeiten“, wie etwa der Rede von „menschlichen Schwächen“ im Zusammenhang mit der Frage nach dem Untergang der Weimarer Republik (772), die sicherlich nicht zur Erklärung tauglich sind, vor allem der beschränkte methodische Ansatz des Verfassers. Abgesehen von einem gewissen analogisierenden Verfahren, das auf den „Vergleich mit politischen Situationen, in welchen ähnliche Faktoren eine Rolle spielen“ (764), abstellt, beschränkt Lange seine Erkenntnismöglichkeit, indem er „nur“ den Anspruch erhebt, die Zielvorstellungen der Beteiligten sowie die Mittel, derer sie sich bedienen (763), ausfindig zu machen. Damit verstellt er sich selbst die Möglichkeit, hinter die Zielvorstellungen der Beteiligten zu leuchten, d. h. die Struktur der Interessen und Strategien (oder anders formuliert: das Kräfteverhältnis) der Klassen zueinander und intern zu analysieren. Im Zusammenhang damit fällt auch als Manko auf, daß Lange seine Analyse der beteiligten politischen Kräfte auf die institutionellen Parteigruppierungen beschränkt und damit zumindest dem gegenwärtigen Forschungsstand, der die Parteigrenzen hinter übergreifenden Faktoren zurücktreten läßt (vgl. beispielsweise die Untersuchungen von R. Opitz, *Der deutsche Sozialliberalismus*; G. Fülberth/J. Harrer, *Die deutsche*

Sozialdemokratie; oder auch neuerdings Schmollinger/Stöss, Bundestagswahlen und soziale Basis der politischen Parteien in der BRD, I u. II, in: Prokla 25 u. 26) nicht gerecht wird. Hans-Albert Lennartz (Lahn-Gießen)

**Fahl, Gundolf:** Internationales Recht der Rüstungsbeschränkung/International Law of Arms Control. Loseblatt-Kommentar. Berlin-Verlag, Berlin/West 1975 ff. (2. Lfg. 536 S., 122,- DM)

Anzuzeigen ist die 2. Lieferung des hier schon früher besprochenen Grundwerks (Argument 98, S. 721). Sie bringt das Werk auf den Stand vom Juli 1976; die aufgenommenen Texte werden — soweit nicht schon geschehen — um den englischen Originalwortlaut ergänzt. Neben den einschlägigen Resolutionen der 30. U.N.-Generalversammlung dürften die im Anhang zum Nichtverbreitungsvertrag aufgenommenen Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Brasilien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie vom 27. Juni 1975 sowie über die Anwendung von Sicherungsmaßnahmen vom 26. Februar 1976 auf aktuelles Interesse stoßen. Im Hinblick auf die geplante Lieferung von Kernkraftwerken an Brasilien sollen diese Abkommen die Lücke füllen, die dadurch entstanden ist, daß Brasilien den Nichtverbreitungsvertrag nicht unterzeichnet hat und das Abkommen von Tlatelolco nicht für Brasilien in Kraft getreten ist. Hervorzuheben ist neben dem neu aufgenommenen Vertrag über friedliche Kernexplosionen vom 28. Mai 1976 die überarbeitete Kommentierung des Antarktisvertrages sowie des Teststopvertrages. Autor und Verlag sind mit dieser Lieferung der Verwirklichung ihres Ziels ein gutes Stück näher gekommen. Jochen Brauns (Berlin/West)

## Ökonomie

**Butterwegge, Christoph:** Alternativen der Wirtschaftslenkung. Zur Begründung eines Konzepts gesamtgesellschaftlicher demokratischer Planung. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1976 (155 S., br., 9,80 DM).

Dies ist mehr als eine „erste Zwischenbilanz der Auseinandersetzungen um den Themenkomplex ‚Investitionskontrolle und -lenkung‘ wie sie im ersten Teil versucht wird“ (11). Es ist eine materialreiche und theoretisch durchdachte Reflexion über (vornehmlich staatliche) Wirtschaftsplanung im staatsmonopolistischen Kapitalismus und über die Möglichkeiten fortschrittlicher Alternativstrategien. Im 2. Teil („Planung im Kapitalismus – staatsmonopolistische Regulierung als Beitrag zur Systemstabilisierung“) behandelt Butterwegge die objektiven Grundlagen der Versuche staatlicher Wirtschaftsplanung. Sie liegen zum einen in dem hohen Vergesellschaftungsgrad der Produktion, der Planung in gesellschaftlichen Dimensionen erfordert; ferner in der Verflechtung von Monopolen und Staatsapparat, die Planung immer zugunsten der Interessen der Monopole konkret werden läßt (und insofern natürlich auch immer widersprüchlich und unsystematisch werden läßt). Auslöser neuer Planungsschübe ist – so die These des Verfassers – jeweils eine ökonomische Krise: die Weltwirtschaftskrise, die Rezession 1966/67 und die jüngste Krise in der BRD. Keynesianismus und Neoklassizismus (Globalsteuerung) sind die ideologischen und wirtschaftspoliti-

schen Reaktionen der Bourgeoisie auf die beiden ersten Krisen; der jüngste Einbruch in der BRD produziert die Investitionslenkungsdebatte. Aus der Sicht des Jahres 1977 ist diese Zuordnung wohl etwas zu relativieren oder zumindest zu ergänzen: Die jüngste Krise hat *einerseits* die Frage der Wirtschaftslenkung aktualisiert, *andererseits* aber – und letztlich mit mehr Erfolg – die monetaristische Stabilisierungsstrategie und -ideologie in den Vordergrund gespielt, die im Gegensatz zur Investitionslenkungsdebatte frei von allen klassenmäßigen Zweideutigkeiten und Schwankungen ist. – Im 3. Teil („Typologien der Planung“) werden prägnant die wichtigsten Vorschläge zur Investitionslenkung, die die Diskussion in der BRD bestimmt haben, skizziert und vom marxistischen Standpunkt aus kritisiert. Dabei stehen als Prototyp der „indirekten Investitionslenkung“ das Ehrenberg-Modell der „vorausschauenden Strukturpolitik“ ohne Eingriffe in die privatkapitalistische Dispositionsautonomie und als Prototyp der „direkten Investitionslenkung“ das Meissner-Zinn-Wieczorek-Modell der Investitionskontrolle im Vordergrund.

Im 4. Teil schließlich („Gesamtgesellschaftliche demokratische Planung als wirtschaftspolitische Alternative“) skizziert der Verfasser zum einen den Kern sozialistischer Wirtschaftsplanung, die als „umfassende und demokratische Steuerung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses allein auf der Basis des Gemeineigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln stattfinden kann“ (111). Um dorthin zu gelangen, bedürfe es des „antimonopolistischen Dreiklangs von Mitbestimmung, Vergesellschaftung und Investitionslenkung“ (114). Mitbestimmung wird hierbei verstanden als Aufbau und Ausnutzung von Gegenmachtpositionen; die Vergesellschaftung müsse, solle sie nicht „mehr Schwierigkeiten aufwerfen, als sie zu beseitigen jemals imstande“ ist (120), eine bestimmte Mindestschwelle von Anfang an überschreiten (die zu entwickeln freilich auch nach der Meinung des Autors als Aufgabe fortschrittlicher Ökonomen noch aussteht); bei der Investitionslenkung als Zentrum der Planung schließlich komme es entscheidend auf das Zusammenwirken zentraler und dezentraler Instanzen sowie die Beteiligung der Gewerkschaften in den Wirtschafts- und Sozialräten an. Derartige Planungsvorstellungen widersprechen entschieden den Interessen des Großkapitals und den Intentionen der an diesen Interessen orientierten politischen Parteien; sie können also nur gegen sie durchgesetzt werden. Dazu bedarf es der Mobilisierung der arbeitenden Menschen und der Gewerkschaften, des konsequenten Klassenkampfes. Butterwegge entwickelt auf den letzten 10 Seiten seines Buches jenen Aspekt der Wirtschaftsplanung, den er in seiner historischen Nachzeichnung der deutschen Entwicklung m.E. zu Unrecht ausgelassen hat, und der sich vor allem in der Zeit von 1945 bis 1949 schon einmal in konkreter Bewegung ausgedrückt hatte: Auf der Basis der objektiven Vergesellschaftung des Reproduktionsprozesses und tiefer Krise des Kapitals, ist Wirtschaftsplanung nicht nur Stabilisierungsstrategie der Bourgeoisie; Vergesellschaftung und demokratische Wirtschaftsplanung werden vielmehr zur wichtigen Kampfforderung der Arbeiterbewegung gegen das Kapital. – Die reaktionären und integrativen Seiten kapitalistischer Wirtschaftsplanung theoretisch und historisch herausgearbeitet zu haben, ist das große Verdienst des Buches (das zudem eine sehr brauchbare Bibliographie enthält). In Zukunft wird es verstärkt darauf ankommen, die klassenkämpferische Perspektive der Planungsforderung ebenfalls auf die eigene Geschichte anzuwenden und zu untersuchen, wo es da etwas aufzugreifen, zu lernen und weiterzuentwickeln gibt.

Jörg Huffschild (Bremen)



**Kebbschull, Dietrich, und Otto G. Mayer (Hrsg.):** *Multinationale Unternehmen. Anfang oder Ende der Weltwirtschaft?* Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1974 (246 S., br., 12,80 DM).

Die globale Bedeutung des Problems der multinationalen Unternehmen wird von Krägenau durch detaillierte Daten über quantitative Entwicklung und Struktur ihrer Investitionen belegt: Allein zwischen 1967 und 1971 hat sich das Volumen der Direktinvestitionen mehr als verdoppelt (35). Nachdem in einem Aufsatz von Koopmann verschiedene Ansätze zur Erklärung dieses Phänomens skizziert worden sind (Ausnutzung höherer Zinsraten in anderen Ländern, technologische und Massenproduktionsvorteile von Multis, Erhaltung von Marktpositionen u. a.), entwickelt Mayer die zentrale Fragestellung des Readers. Er geht davon aus, daß die Multis, die in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg als Vermittler von Kapital und Technologie zunächst überall begrüßt worden waren, seit Ende der 60er Jahre zunehmend mit den krisenhaften Entwicklungen der Weltwirtschaft in Verbindung gebracht wurden (53). Die Frage der Souveränität des Nationalstaates trat zunehmend in den Mittelpunkt einer Diskussion, die von den Auswirkungen der Auslandsinvestitionen auf nationale Zahlungsbilanzen, auf die Entstehung und Verteilung von Einkommen und auf die Sicherheit der Arbeitsplätze ausging und sich u. a. mit dem über die Multis vermittelten Einfluß der US-Gesetzgebung auf die europäischen Länder sowie mit der wachsenden wirtschaftlichen und technologischen Abhängigkeit von den USA beschäftigte. Im ganzen Aufsatz – wie auch in den meisten anderen des Sammelbandes – wird allerdings von einer fiktiven Identität von „Nationalstaat“ und „nationalem Interesse“ im Sinne des Interesses aller Bürger ausgegangen, was das Problem der Multis auf die Frage ihrer Kontrollierbarkeit durch nationale Staatsapparate reduziert. Die Rolle der Multis als Träger des Internationalisierungsprozesses kapitalistischer Gesellschaftsformationen kann damit ebensowenig erfaßt werden wie die tatsächliche Rolle des Staatsapparates im Verhältnis zu seiner ökonomischen Basis.

Angesichts dieser ideologischen Perspektive der bürgerlichen Ökonomie sind diejenigen Aufsätze am interessantesten, die konkrete Problemfelder untersuchen. Scharrer arbeitet das finanzielle und organisatorische Potential von Multis heraus, nationale Währungspolitiken zu unterlaufen; er zeigt, daß sie i. a. kein Interesse haben, das Währungsgefüge zu destabilisieren, da das ihre eigenen Aktivitäten beeinträchtigen würde. Matthies zeigt die Schwierigkeiten der Gewerkschaften auf, ebenfalls internationale Organisationsformen zu entwickeln – vor allem angesichts der Tatsache, daß der Nationalstaat weiterhin der entscheidende Austragungsort politischer Konflikte bleibt. Die Aufsätze von Quinn über Technologietransfer und Harry G. Johnson über multinationale Unternehmen als Träger der Entwicklung machen klar, daß es das zentrale Interesse der Multis ist, langfristig ihren Profit zu maximieren. Da diese Unternehmen jedoch Technologie, Kapital und langfristiges Wachstum ins Land brächten, entspräche dies auch grundsätzlich den Entwicklungsinteressen einer Gesellschaft. Quinn weist zwar auf mögliche Konflikte zwischen nationalen Regierungen und Multis hin, langfristig hätten letztere jedoch ein Interesse daran, die Bedürfnisse des Anlagelandes zu berücksichtigen. Ein solcher Ansatz fällt hinter die Einsichten der Weltbank zurück, daß eine rein wachstumsorientierte Politik die strukturellen Ungleichheiten in Entwicklungsländern noch verschärft. Daß multinationale Konzerne durch die Verwendung kapitalintensiver Technologien Beschäfti-

gungsprobleme verstärken statt lösen, durch restriktive Geschäftspraktiken eine Diversifizierung des Exports verhindern und durch ihre Ansiedlung in den wenigen Industriezentren die Ballungsprobleme noch vergrößern, wird demgegenüber von Kebschull im folgenden Aufsatz betont. Er hängt jedoch der Illusion an, daß eine politische Kontrolle der Multis ihre negativen Seiten ausschalten kann, ohne daß man auf ihre möglichen positiven Auswirkungen (Kapital, Technologie) zu verzichten braucht. Daß beide Aspekte mit der widersprüchlichen Natur des kapitalistischen Akkumulationsprozesses zusammenhängen und daher kaum voneinander zu trennen sind, wird übersehen.

Angesichts der fehlenden Einordnung des Phänomens „Multis“ in ein Konzept der historischen Entwicklung des Kapitalismus ist es nicht verwunderlich, daß der Teil „Zukunftsperspektiven“ mit den Arbeiten von Vernon und Perlmutter sehr vage bleibt. Letzterer nimmt an, daß sich in den nächsten dreißig Jahren ein Wertesystem herausbilden wird, das wohl seinen eigenen normativen Vorstellungen entspricht – wie allerdings auf der Basis heutiger multinationaler Unternehmen (auch nach ihrer Transformation in „geozentrische Unternehmen“) das „Recht aller Mitglieder der menschlichen Gesellschaft auf schöpferische Tätigkeit“ und die „breiteste Verteilung des Wohlstandes“ erreicht werden soll, bleibt schleierhaft (vgl. 198 f.). Solange das Problem von Internationalisierung und Nationalstaat nicht genauer untersucht worden ist, müssen Analysen über die mögliche Kontrolle von Multis entweder oberflächlich bleiben (so bei Behrman) oder sich auf formale Fragen der Kontrolle beschränken (so bei Langer). An der Frage der Schwierigkeiten eines „GATT for Investment“ wird jedoch immerhin deutlich, wie die Struktur der ökonomischen Basis selbst eine effektivere politische Kontrolle verhindert („Konkurrenzkampf zwischen Staaten um Auslandsinvestitionen“, 241).

Im Ganzen gesehen bietet das Buch einen brauchbaren Überblick über die bürgerliche Diskussion Anfang der 70er Jahre mit recht guten Informationen über quantitative Aspekte der Expansion internationaler Unternehmen sowie über einzelne Teilzusammenhänge. Es fehlt jedoch ein theoretischer Ansatz, der das Verhältnis von Kapitalakkumulation, Multis und Internationalisierungsprozeß verständlich machen könnte. Leider bleiben einige neuere Ansätze selbst der bürgerlichen Diskussion unberücksichtigt (etwa Vernons Produktzyklustheorie, die Kritik an wachstumsorientierten Entwicklungstheorien).

Wolfgang Hein (Brighton/England)

**Toffler, Alvin:** Die Grenzen der Krise (Titel der Originalausgabe: The Eco-Spasm Report). Scherz Verlag, Bern und München 1975 (160 S., br., 14,80 DM).

Nicht nur multinationale Konzerne verdienen in der Krise. Der Medienmarkt bietet Absatzchancen für Wanderprediger und Wundheiler der Krise. Toffler zeigt uns, wie man einen Krisenbestseller schreibt. *Die Verlagsanpreisung:* „Alvin Toffler, der Autor des Zukunftsschocks, gibt einen umfassenden Überblick über die Ursachen der weltweiten Wirtschaftskrise. . . . Überzeugend vermag Toffler auch die Grenzen der Krise sichtbar zu machen. . ..“ (Umschlag) *Der Inhalt:* Unser „veraltete Wirtschaftsordnung“ (3. Kap.) ist ein „globales Spielkasino“ (1. Kap.) unter „Energie-Streß“ (2. Kap.). Es drohen „Superinflation“ und „Wirtschaftsinfarkt“ (4.–5. Kap.). Folgen wir aber Tofflers „Übergangsstrate-

gien“, dann bewältigen wir die Krise (8.–9. Kap.). Diese Übergangsstrategien sind: „Neuetabilisierung der Weltwirtschaft“ durch gleichzeitige Förderung und Kontrolle der multinationalen Konzerne (109 ff.), Schaffung von „superindustriellen Stabilisatoren“; vor allem muß „mehr mit weniger“ produziert werden (114 ff.); Beschleunigung des Trends zur „vorausschauenden oder Zukunfts-Demokratie“, d. h. man sollte lieber Krisen vorausschauen, anstatt auf sie zu reagieren . . . (138). *Die Verpackung*: Toffler schafft Sprechblasen nach Comic-strip Manier: Zukunftsschock, Wirtschaftsinfarkt, Superindustrialismus, Volkswirtschaft à la Maginot, eco-spasm. „Eurodollars wuchern oder entarten übrigens nicht nur schnell, sie wechseln auch mit elektronischer Geschwindigkeit ihren Standort.“ *Die Vermittlungstechnik*: Toffler schafft eine Katastrophenstimmung. „Unsere Probleme sind global und entschieden explosiv.“ (7) Ist der Leser genügend verwirrt und depressiv, richtet Toffler ihn mit seinen Rezepten wieder auf. „Ich glaube, meine Übergangsstrategien können die Krise nicht nur lindern, sondern auch dazu beitragen, uns in eine gerechtere und vernünftige Zukunft zu führen“ (ebenda). Ein unseriöses Buch. Reimer Eilers (Hamburg)

**Kiera, Hans-Georg:** Partei und Staat im Planungssystem der DDR. Die Planung in der Ära Ulbricht. Droste Verlag, Düsseldorf 1975 (230 S., br., 52,- DM).

Ziel der Arbeit ist Darstellung und Analyse des Planungssystems der DDR als Grundlage einer Einschätzung der Rolle von Partei und Staat. Ihre Methode ist die „Kremlastrologie“, die Beobachtung von politischen Karrieren und Sprachregelungen mit dem Ziel, aus deren Veränderungen Schlüsse auf tieferliegende soziale Strukturen zu ziehen. Ob hier Kremlastrologie das Niveau verschuldet oder umgekehrt, bleibt offen, jedenfalls gelingt dem Autor nicht mehr als der Nachweis von Trivialitäten, die Forschungsergebnisse vortäuschen müssen, wie etwa der folgenden: „Der Wechsel verschiedener Funktionäre aus dem Partei- und Staatsapparat sollte die nötige politische Durchsetzung der wirtschaftlichen Ziele garantieren. Damit zeigte die SED offen, daß sie willens war, den Primat der Politik gegenüber der Ökonomie auch in ihrer Personalpolitik durchzusetzen.“ (75) Zwar zitiert Kiera zustimmend, daß es „an einem differenzierenden, die tatsächlichen Verhältnisse in der DDR erfassenden framework (Kategoriensystem) fehlt“ (12), verzichtet aber auf den Versuch, den begrifflichen Rahmen selbst zu entwickeln. Analyse muß deshalb durch gespreizte Wissenschaftlichkeit ersetzt werden. So z. B. beim Begriff *System*, hier offensichtlich von zentraler Bedeutung, der mit einer gestelzten Fußnote erschlagen wird, nach dem Muster: „Zum Begriff ‚System‘ vergleiche denselben . . .“ (154). Die Pflichtarbeit (eine Dissertation, für deren Betreuung es dem Autor eine „angenehme Pflicht“ (8) ist, Prof. Herrmann Weber zu danken) muß den Autor derart angeödet haben, daß er sich zu einem nochmaligen Durchlesen nicht mehr durchringen konnte. Folge: ständige Wiederholungen. (Vgl. z. B. S. 72 u. 74 die Passagen über Leuschner). Die Arbeit offenbart die totale Ohnmacht der traditionellen Ostforschung und ist allenfalls deshalb von methodologischem Interesse.

Michael Masuch (Amsterdam)

**Lob, Reinhold E., und Hans-Werner Wehling (Hrsg.):** *Geographie und Umwelt. Forschung, Planung, Bewußtseinsbildung.* Festschrift für Peter Schneider. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1977 (230 S., br., 24,-DM).

Mit acht Einzelbeiträgen, hauptsächlich von Geographen, einer thematisch gegliederten Bibliographie sowie Hinweisen auf Arbeiten von P. Schneider, z. Zt. Mitarbeiter an einer UNESCO-Studiengruppe über Umweltfragen, versuchen die Herausgeber, Möglichkeiten einer Beteiligung von Geographen an praxisnaher Umweltforschung aufzuweisen. Diesen Anspruch erreichen am ehesten die Beiträge von Leser, Finke und Wehling. – Unter dem Gesichtspunkt von Landschaftsökologie entwickelt Hartmut Leser (Basel) die Notwendigkeit, die erdgeschichtlich-genetische Darstellung der Entwicklung von Formen der Erdoberfläche in Großräumen (Geomorphologie) durch eine aktuelle Funktionsanalyse von Reliefformen in mittleren und kleinen Räumen zu ergänzen. Systematisch und praktisch relevant ließen sich auf diese Weise erforschen: Dispositionen zur Bodenerosion, die reliefgeregelte Auswirkung von Umweltbelastungen, der bei der Bauplanung zu berücksichtigende Zusammenhang von Relief und Geländeklima sowie die rekreative Bedeutung von Reliefformen. Diesem Ansatz, den Leser innerhalb des DFG-Schwerpunktprogramms „Geomorphologische Detailkartierung in der BRD“ verfolgt, dürfte die Bedeutung einer potentiellen Produktivkraftentwicklung zukommen, was auch die Anknüpfung an entsprechende Arbeiten von DDR-Geographen indiziert.

Lothar Finke (Dortmund) skizziert, ausgehend von seiner gutachterlichen Tätigkeit zur Unterstützung von Bürgerinitiativen im Ruhrgebiet, die der Abwehr profitorientierter Umnutzung innerstädtischer Grünflächen galten, einen möglichen Beitrag der Geographie zur Umweltgüteplanung. Die Bedingung dieser Möglichkeit sieht er im Übergreifen der Geographie über die Grenze von Natur- und Sozialwissenschaft. Zu realisieren ist sie in der planungsvorbereitenden Integration natur- und sozialwissenschaftlicher Aspekte zur Humanökologie: „Wo Fakten, z. B. bioökologische Erkenntnisse, zielorientiert zu bewerten sind, wird dieser Zusammenhang evident“ (95 f). So kombinierte Finke auch in seiner eigenen Arbeit die nüchterne Konstatierung nur geringer regenerativer Auswirkung von Grünflächen auf den Lufthaushalt im großen mit der Anerkennung ihrer Notwendigkeit – besonders in der Nähe von Arbeiterquartieren der Innenstädte – eine Bewertung, welche die Nutzer übrigens im Maß ihrer aktiven Nutzung selber vollziehen.

Einen wissenschaftlich fundierten Beitrag zur Innenstadtplanung beansprucht auch Hans-Werner Wehling (Essen) liefern zu können, und zwar durch eine Analyse der innerstädtischen Umweltperzeption. Deren Vorgehensweise wird am Material einer Straßen- und Hausbefragung in der Essener Innenstadt unterbreitet, aufgrund deren sich Orientierungsareal, in dem man sich eben zurechtfindet, Stimulanzareal, innerhalb dessen man Anregungen erfährt, und Identifikationsareal, mit dem der Städter sich als solcher identifiziert, unterscheiden und kartographisch abbilden ließen. Dies ergibt planerische Anhaltspunkte für einen mehr konzentrierten Mitteleinsatz zur Schaffung „urbaner Atmosphäre“, der sich zudem der Bürgernähe rühmen kann. Dieser analytische Ansatz, der die praktisch-tätigen Menschen auf perzipierende Individuen reduziert, paßt insofern gut zum „Planungs“-Job, als, wie Wehling zynisch erklärt, „Planung der städtischen Umwelt generell nicht die Aufgabe des einzelnen Städters ist, er kann

städtische Umwelt lediglich wahrnehmen, erfahren, erleben, erleiden, deuten, ablehnen oder akzeptieren“ (148). Wie man es jedoch von diesem Ansatz her bewerkstelligen kann, die aus der Umweltperzeption der Bevölkerung gewonnenen Planungsperspektiven mit den ökonomischen, funktionalen und ökologischen Perspektiven zu einer – nicht reduktiv verkürzten – Synthese zu verschmelzen (vgl. 153), das bleibt bei W. notwendig offen und bloßes Versprechen.

In einem weiteren Beispiel moderner geographischer Feldarbeit untersucht Reinhold E. Lob (Essen) zwei Dortmunder Verflechtungsgebiete von Schwerindustrie und Wohnbebauung im Hinblick auf sozialräumliche Aspekte von Umweltbelastungen. Deren besondere Stärke in Wohngebieten niedrigerer Sozialschichten, die im „Belastungsmodell Dortmund“ als genereller Trend konstatiert wurde, zeigte sich auch in der Umgebung des Hösch-Werkes Phönix, nicht jedoch bei der Westfalen-Hütte, deren spätere, weitläufigere Anlage nicht Ansatzpunkt für sukzessiv ringförmig entstandene Wohnbebauung war. Statt aus diesen genetischen Unterschieden zieht Lob planerische Konsequenzen eher aus der Verteilung der Wohnqualität, da deren Optimalität Umweltbelastungen „völlig wirkungslos“ (175) machen könne. Daß auch die Umgebung der Westfalenhütte Arbeiterwohngegend und realen Belastungen ausgesetzt ist, gilt ihm weniger als die innere Differenzierung nach Schichtenkriterien.

Die in den genannten Beiträgen der Herausgeber deutliche mangelhafte Integration natur- und sozialwissenschaftlicher Aspekte erweist sich auch als Problem in Gerhard Henkels (Essen) „Gedanken zu einer neuen Aufgabe“, nämlich der Orientierung angewandter Geographie auf Landschaftsplanung. Durch den Erlaß mehrerer Ländergesetze sowie eines Bundesgesetzes von Ende 1976, das das bloß konservatorische Reichsnaturschutzgesetz von 1935 ablöste, ist diese planerische Aufgabe auch für Geographen aktualisiert worden. Vorgehensweisen für deren Beteiligung an der Planung wurden bislang jedoch nur aus der Sicht der physischen Geographie, und zwar von Leser (1976) in seiner „Landschaftsökologie“, ausgearbeitet. Henkel benennt den Mangel der Sozialgeographie in dieser Hinsicht, sieht Abhilfe aber eher in einer strikteren Praxis-Orientierung als in „überproportionierter Theoriediskussion“ (54).

Wohl kaum überproportioniert, finden sich zwei Beiträge zu einer Theoriediskussion in vorliegendem Band. Überwiegend naturwissenschaftlich orientiert und darin sehr qualifiziert, entwickelt Georg Masuch (Paderborn) einige Grundkategorien zur „biologischen Existenz des Menschen in geökologischer Sicht“. Er springt jedoch von der Darstellung allgemeiner Populationsdynamik unvermittelt über auf das Wachstum der menschlichen Weltbevölkerung, um schließlich die Belastung der Biosphäre mit Schadstoffen „unserer industriellen Gesellschaft“ nur als neuen begrenzenden Faktor darzustellen. Solch kurzschlüssige Kombination von Natur- und Gesellschaftswissenschaft bringt ein beklagenswertes Defizit an Theorie und Forschung zum Ausdruck.

Der vorangestellte Beitrag des Naturphilosophen Klaus M. Meyer-Abich (Essen) zur Frage „Was ist ein Umweltproblem?“ ändert daran auch nur wenig. Indem er Umweltprobleme in erster Linie von der cartesischen Verunmöglichung ganzheitlicher Wahrnehmung der Natur, erst in zweiter Linie von der Entfaltung der Industriesysteme und gar nicht von deren kapitalistischer Formbestimmung herleitet, hält er sich trotz gegenteiliger Intention doch methodisch innerhalb spezifisch geisteswissenschaftlicher Tradition.

Angesichts dieser ungelösten Problemlage erstaunt es nicht, daß die Theoreme des Club of Rome auch im zunehmend ausgebauten Unterricht zu Umweltproblemen, den Wulf Habrich (Neuss) beschreibt, nicht kritisch aufgehoben sind. Wie im gesamten übrigen Band, sind auch hier ökonomische Probleme eher ausgeblendet. (Vgl. dagegen Hans Roos, „Natürliche Umweltbedingungen und volkswirtschaftlicher Reproduktionsprozeß“, in: Geographische Berichte 3/1976).  
Rolf Czeskleba-Dupont (Kopenhagen)

## ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

### AS 17 Jahrbuch für kritische Medizin Band 2

Fortsetzung der in Band 1 begonnenen breiten Diskussion möglicher Verbesserungen im Gesundheitswesen. Wieder kommen vor allem diejenigen zu Wort, die in der medizinischen Praxis tätig sind. Fallberichte sollen dazu beitragen, die Erfahrungen einzelner zu verallgemeinern. Zur vergleichenden Orientierung bringt der Band Informationen über das Gesundheitswesen anderer, vorwiegend westeuropäischer Länder.

H.-H. Abholz, W. Bichmann, H.-U. Deppe, F. Elgeti, U. Gerhardt, D. Hall, R. Hartog, R. Höh, W. W. Holland, W. Karmaus, B. Lemmer, G. Marxen, D. C. Morrell, B. Nemitz, H. Pauli, J. Pelikan, M. Pflanz, J. Ricke, R. Robson, U. Schagen, U. Schultz, F. Tennstedt, Th. Thiemeyer schreiben über  
Gesundheitswesen und Sozialpolitik  
Grundlagen gesundheitspolitischer Entscheidungen  
Ausbildung  
Medizinische Primärversorgung  
Gesundheitliche Versorgung und soziale Lage  
Medizin in der Dritten Welt

Mit einer Beilage

**Volkmar Sigusch: Medizinische Experimente am Menschen.  
Das Beispiel Psychochirurgie**

**Argument-Verlag Postf. 210730 7500 Karlsruhe**



# Demokratische Erziehung

---

## 12 '77

- I. Ljubetic: Militärfrage im Fall Chiles  
Rotterdammer Chilekonferenz SI-UP  
J. Rodriguez/M. U. Rodrigues: Rechts-  
entwicklung und Widerstand in Peru  
F. Werkmeister: Partisanen Cu Chis  
R. Falk: „Friedlicher Wandel“ im südli-  
chen Afrika?  
8. Jg. 1977

## 1 '78

- M. Kamil/M. Kamel: Sadats Separatpo-  
litik und der Palästinastaat  
Erklärungen der Fatah, PLO und der  
Tripoliskonferenz  
G. Polikeit: Die Eritreafrage  
J. v. Freyberg: Panamakanalvertrag

## 2 '78

- R. Arismendi: Trotz Teilniederlagen –  
revolutionäres Lateinamerika  
Erklärungen der Unidad Popular und der  
Frente Amplio  
Interview mit Yassir Arafat  
I. MPLA-Parteitag: Bericht Netos  
Grenzkonflikt Vietnam–Kampuchea  
9. Jg. 1978

---

Herausgeber: D. Boris, W. Breuer, W. Bröner, J.  
v. Freyberg, W. Gehrcke, M. Jansen, G. Kwiatowski,  
H. Lederer, S. Lehdorff, E. Rudolf, P. Tanzmeier, F.  
Werkmeister, E. Wulff. – Erscheint monatlich. –  
Einzelheft 1,50 DM; Jahresabo 15.– DM. – AIB,  
Liebigstr. 46, 3550 Marburg/L.

---

## 1 '78

- G. Cogniot: Die „Reform Haby“ von  
1977  
A. Palma: Die Menschenrechte im chile-  
nischen Erziehungswesen  
R. Meinhardt: Die Kritik der Vertriebe-  
nenverbände an den deutsch-polnischen  
Schulbuchempfehlungen  
E. Seidlitz: Ich suche mir meine Lehrer  
immer selber aus!  
V. Briese: Schulforschung am Gängel-  
band der Schulaufsicht  
U. Müller: Schulversagen  
D. Danckwerts: Wo die Armut aus dem  
Überfluß selbst entspringt  
W. Böttcher: Arbeitswelt und Arbeiter-  
interessen im Schulbuch  
U. Ries: Arbeitslehre für zukünftige Ar-  
beitslose?  
P. Faulstich/H. Faulstich-Wieland: Bil-  
dungsansätze für Jugendliche ohne Aus-  
bildungsvertrag  
P. Enck: An der Realität vorbei: Arbeits-  
lehre à la Bad Harzburg  
H. Bethge: Unterricht in einer Haupt-  
schulabschlußklasse  
M. Mende: Literatur zum Thema „Ar-  
beitslehre“

### Diskussion

- R. Winkel: Die subjektive Komponente  
pädagogischer Prozesse

4. Jg. 1978

---

Redaktion: K.-H. Heinemann, W. Rügemer. – Alle  
zwei Monate. – Einzelheft 5.– DM, im Jahresabo 3,50  
DM, für Studenten 3.– DM. – Pahl-Rugenstein Verlag,  
Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

# Blätter für deutsche und internationale Politik

---

## 12 '77

### *Kommentare und Berichte*

E. Wulff: Sympathisanten des Terrors – Strauß und Dregger in Chile und Südafrika

H. Geil: Legalität erster und zweiter Klasse? Berufsverbote und Bürgerrechte

G. Grünewald: 85 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft

### *Hauptaufsätze*

H. Adamo: Vorgebliche und tatsächliche Ursachen des Terrorismus

K. Holzkamp: Die gegenwärtige Situation an den Hochschulen und die Notwendigkeit einer Wende in der Hochschulgesetzgebung und Hochschulfinanzierung

K. Krusewitz: Der Energie-Kompromiß oder Die trinitarische Atom-Formel. Zu den jüngsten energiepolitischen Gewerkschafts- und Parteibeschlüssen

M. Boni/B. Geissler: Die italienischen Gewerkschaften, der Historische Kompromiß und die Krise des Landes

F. Deppe: „Der Rubikon ist noch nicht überschritten.“ Zu einem Gespräch zwischen Heinz Oskar Vetter und Christian Götze über gewerkschaftspolitische Grundsatzfragen

### *Medienkritik*

G. Giesenfeld: „Herr Filbinger hier ist keine Gremie“

### *Bücher*

R. Albrecht/E. Reidegeld: Sozialpolitik in der Krise. Ein Literaturbericht

22. Jg. 1977

## 1 '78

### *Kommentare und Berichte*

K. Bechert: Wer will die Neutronenwaffe?

M. Kumil: Hintergründe der Nahost-Politik Sadats

E. Ferlemann: Ist Gutenbergs Ära zu Ende?

B. Jentzsch: Bergarbeiter-Streik in den USA

### *Glosse*

B. Engelmann: Zensur tut not!

### *Hauptaufsätze*

B. Booß: Cruise Missiles: Billige Wunderwaffe oder teurer Wahnsinn?

R. Gössner: Die Vereinten Nationen und die Menschenrechte

H. Schmidtendorf: Zum „Umfeld“ der CDU/CSU und ihrer Jugendorganisationen

E. Beining/C. Butterwegge/D. Ehrig/H. D. Keil: Die Jungsozialisten und der „Stamokap“-Streit in der SPD

H. Enderlein: Anmerkungen zur Verfaßten Studentenschaft

G. Meyer: Aufgaben der sowjetischen Gewerkschaften

---

Hg.: Frhr. v. Bredow, H. Deppe-Wolfinger, J. Huffscheid, U. Jaeggli, G. Kade, R. Kühnl, J. Menschik, R. Opitz, M. Pahl-Rugenstein, H. Rauschnig, H. Ridder, F. Straßmann, G. Stuby – Red.: K. Bayerz, K. D. Bredthauer, P. Neuhöffer, J. Weidenheim. – Erscheint monatlich. – Einzelheft 5,30 DM, im Jahresabo 3,80 DM, für Studenten 3,30 DM. – Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

Die bei den „Blättern . . .“ in Das Argument 106 angegebenen Heftnummern sind zu korrigieren. Es handelt sich um die Heft 10 '77 und 11 '77.



# Demokratie und Recht

# dialectiques

---

**4 '77**

R. Gärtner: Soziales Mietrecht?

A. Krölls: Wehrdienstnovelle im Verfassungskonflikt

W. Holtfort: § 34 StGB – eine Notstandsverfassung?

D. Hensche: Arbeitskampf, weiße Flecken und Staatsanwalt

*Entscheidungen:*

„Buback-Nachruf“; Studentenstreik  
5. Jg. 1977

**1 '78**

voraussichtlich:

S. Wendt: Die Betriebsbesetzungen in Frankreich

U. Mende: Das Relikt der „gesamtdeutschen“ Staatsangehörigkeit

Sumida/Wahsner: Gewerkschaften und Arbeitsrecht in Japan

H. Schäfer: Die „boutique de droit“ in Paris

*Entscheidungen:*

Berufsverbote; § 90 a StGB; „Politisches Mandat“

*Dokumentation:*

FKP-Freiheitserklärung

6. Jg. 1978

---

**22**

**Democratie**

*Interventions – Débats*

Jaques Attali, Georges Labica, Jean-Pierre Delilez, Henri Weber, Lucien Sfez

*Enquêtes*

Démocratie de base, vie associative, auto-gestion

*Bibliographie – Notes de lecture*

Poulantzas, Elleinstein, Carillo, Claudin, Julliard, Guattari

7. Jg. 1978

# Medien

**Forum für aktuelle Probleme  
der Kommunikationspolitik  
und Medienpädagogik**

# NEUES FORVM

**INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT  
ENGAGIERTER CHRISTEN  
UND SOZIALISTEN**

## 1

### Thema Ausgewogenheit

*Hrsgg. von J. Aufermann/K. Renckstorf*

M. Stock: „Ausgewogenheit, Sachlichkeit“ – das umstrittene Grundgesetz des westdeutschen Integrationsrundfunks

J. Aufermann: „Programmausgewogenheit“ als rundfunkpolitisches Schibboleth

H. Bessler: Zum Stand der empirischen „Ausgewogenheitsforschung“

D. Schwarzkopf: Ein Baustein-System von Fairness-Regeln

A. Rathke: Die Waage im Hirn

G. Börnsen: Wider die Strategie der Entmündigung

D. Roß: „Ausgewogenheit“ und die Aufgabe der Massenmedien. Zum Beispiel Brokdorf.

E. Heinsen: Die Ausgewogenheit von Rundfunksendungen für das Ausland.

C. Eurich: Gegen die Dogmatisierung einer Leerformel.

J. Simon: Programmausgewogenheit. Auswahlbibliographie 1970–77.

### Rezensionen – Tagungen – Termine

1. Jg. 1977

## 288

G. Nennung: Baaders Bankrott

Forum-Dokumentation: Sicherheit

M. Hopp: Maofiosi. Psychologie der K-Gruppen

M. Siegert: Hundebasis. Slowene Warasch vor Gericht

H. Sperling: Der träumende Riese. Gewerkschaftstag der IG Metall

R. Oberlercher: Gewerkschaften als Kartelle. Eine marxistische Gewerkschaftstheorie I

A. Dallinger: Klassenkampf mit Beton. Mitbestimmung beim Bürobau

E. Dittrich/U. Neumann: Die gespaltene Klasse. Zur Soziologie der westdeutschen Arbeitslosigkeit

F. Geyrhofer: Fetisch Mitbestimmung. Großkapital, Gewerkschaften, Atomkraftwerke

H. Pataki: Krisenkasperl. Karl Valentins Leben und Filme

24. Jg. 1977

# MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME  
DER GESELLSCHAFT, WIRT-  
SCHAFT UND POLITIK

# MATERIALES

Revista de información y crítica cultural

---

## 1/78

### Rechtsentwicklung in der BRD

H. Mies: Zum Programmwurf der DKP

L. Müller: Zur Lohnrunde 1978

G. Matthiessen: Neue Vorschläge der Sowjetunion zur Beendigung des Wettrennens

H. Adamo: CDU/CSU auf verschärftem Rechtskurs

G. Siebert: Roll-back-Strategie der Unternehmensverbände

R. Steigerwald: Konservatismus heute

H. Stein: Die Justiz – traditioneller und aktiver Faktor der Rechtsentwicklung in der BRD

J. Büscher: Traditionspflege in der Bundeswehr

M. Oppenheimer: Nostalgie oder politisches Kalkül?

K. Erlebach: Terrorismus und Reaktion

E. Gärtner: Der lange Arm Bonns und der Kampf gegen ein „Europa der Polizei“

F. Krause: Wurde die faschistische Vergangenheit in Deutschland bewältigt?

R. Opitz: Joachim C. Fest's Rehabilitation des Faschismus

16. Jg. 1978

---

## 6

M. Sacristán: A propósito des „eurocomunismo“

W. Harich: Europa, el comunismo español actual y la revolución ecológico-social

L. Colletti: El marxismo después de la segunda guerra mundial

P. P. i Sagrera: Por una dialéctica revolucionaria: consejos-sindicatos

M. L. Salvadori: Qué es una crisis revolucionaria?

### Sueltos

Democracia, demagogía y demopausa

### Controversias

M. Candel: La escuela pública: control social y gestión democrática

### Documentos

Documentos de la revolución Saharaui

### Bibliografía

R. Garrabou: Un llibre important sobre la història de la classe treballadora: Les actes de la U. G. T.

Manifiesto contra la represión en la República Federal Alemana

1. Jg. 1977

---

Hg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer, W. Oreczykowski, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Steigerwald, O. Wagner. – Red.: F. Krause. – Alle zwei Monate. – Einzelpreis 4,- DM, Jahresabo 18,- DM, Studenten 20 % Ermäßigung. – Vlg. Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstr. 67 a, 6000 Frankfurt/M. 50.

---

Redaktion: R. Argullol, M.-J. Aubet, J. Clavera, A. Domènech, P. F. Buey, R. Garrabou, J. Muñoz, M. Sacristán. – Sechsmal im Jahr. – Einzelheft: 180 Pts., Jahresabo: 1.000 Pts. – Materiales, Escipión 21/ático, Barcelona 6, Spanien. Auslieferung für BRD und Westberlin: Argument-Verlag, Postfach 21 0730, 7500 Karlsruhe 21.

# 3. WELT MAGAZIN

## 11/12 '77

W. Biermann: Perspektiven der Befreiung – Rhodesien

A. Hürter/B. Sommer: Waffenembargo gegen Südafrika?

F. Heilmann: Südlibanon: Am Rande des 5. Nahostkrieges

B. Sommer: Ägypten und Israel auf dem Weg zu einem Separatabkommen

P. Klein: Brasilien im Zeichen demokratischer Öffnung?

K. Funke: Der neue Panamakanal-Vertrag

Sozialistische Entwicklung in der Karibik – Kuba

Aufbau des Sozialismus und internationale Politik – Vietnam

K. Anders: Gewerkschaftliche Solidarität? Zur Kreditpolitik der BfG in Lateinamerika

Gruppe Rheinische Zeitung: Menschenrechtsverletzungen in der BRD. Zum III. Russell-Tribunal

*Magazin – Verschiedenes – Rezensionen – Leserbrief*

3. Jg. 1977

Redaktion: D. Habicht-Benthin, D. Haude, A. Hürter, N. Paech, B. Sommer, U. Stewen, D. Ziegert (Bildredaktion) D. u. K. Kierzkowski. – Einzelheft 4 DM, Jahresabo 48 DM, vergünstigt 32 DM – pdw, Boschstraße 20, 5300 Bonn.

# KULTUR MAGAZIN

Demokratische  
Kunst und  
Kulturpolitik

## 6

P. Eichenberger: 'Uf däm länge, länge Wäg..' Kulturzentrum Gaskessel Bern

B. Ensner: Max Kämpf – Kunst kommt von nicht anders können

G. Magnaguagno: Der Steinbildhauer Roland Hotz

A. Stüssi: 'lebendig sein wollen' Fragen an Gertrud Leutenegger

**Antonio Gramsci, Aspekte einer Kulturtheorie:**

B. Wyss: Dialektik beim Wort genommen

P. Hössli: Dem Humanismus entgegen

H. Helfenstein: Die Intellektuellen, Funktionäre der Hegemonie

A. Isenschmid: Leninismus, Amerikanismus und Kulturrevolution

'Pour Gramsci', zusammengestellt von R. Dindo

R. Hoffmann: Songs gegen Slums

1. Jg. 1977

Redaktion: Th. Adank, L. Balmer, U. Bircher, P. Eichenberger, I. Hammer, K. Keller, F. van der Kooij, G. Magnaguagno, F. Rueb, L. Rüschi, B. Wyss. – Erscheint alle zwei Monate. – Einzelheft 4,50 sfr / 5,50 DM, Jahresabo sfr 22.–/Ausland sfr 30.–, Kulturmagazin, Postfach 3188, CH-3000 Bern 7.

# Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie  
und sozialistische Politik ★

# psychologie heute

---

## 29

H. Apel/J. Heidorn: Subjektivität und Öffentlichkeit. Kritik der theoretischen Positionen Oskar Negts

H. Minssen/W. Sauerborn: Zur Kritik des Technikbegriffs in der Theorie der „wissenschaftlich-technischen Revolution“

L. Hieber: Sohn-Rethels Bedeutung für die Selbstreflexion naturwissenschaftlicher Arbeit

W. Olle/W. Schoeller: Auslandsproduktion und strukturelle Arbeitslosigkeit – Zur Entwicklung der westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland (1975 – 1976)

O. Kallscheuer/T. Rafalski/G. Wenzel: Italien – Gratwanderung zwischen Stabilisierung und Übergangsprozeß (I): Die Offensive des herrschenden Blocks

### *Diskussion*

H. Lessing: Gewerkschaftsspaltung und Einheitsgewerkschaft. Einwände gegen den GEW-Beitrag von Isensee/Neusüß

7. Jg. 1977

---

## 11 '77

G. Clanton/L. Smith: Eifersucht – die Angst, den Partner zu verlieren.

O. Pocs: Sex über 40 – gibts den?

N. Hoffmann: Zeitkrankheit Depression  
Sonderteil: Elternschule

## 12 '77

B. Kroner: Kriegsspielzeug

K. Horn: Otto Muehl und die Linken

C. Buchetmann/R. Ostermann: Frauentherapie

D. Kamper: Kunstpsychologie

Sonderteil: Leserpsychologie

4. Jg. 1977

## 1 '78

R. Krieger: Keine Angst vor neugierigen Kindern

E. M. Hetherington: Scheidung auf männlich

C. Mayer: Der Vampir oder die Faszination des Todes

Terror: Psychologie der Täter und der Opfer

Sonderteil: Berufsverbote und ihre Folgen

5. Jg. 1978

# rote blätter

# tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

## 12 '77

Bundesweiter Streik der Studenten

A. Engelhardt: Demokratische Gegenhochschule

D. Gerhard: Die Neofaschisten (2)

E. Walch: Die Gewerkschaftstage

G. Zipfel: Bericht aus Kuba

F. Kohring: Heinrich Böll zum 60. Geburtstag

U. Maske: 5 Jahre Udo Lindenberg

7. Jg. 1977

## 1 '78

B. Landefeld: Auswertung des Streiks

Streikberichte aus den Hochschulen

F. Sommerfeld: Strauß in Chile

D. Gerhard: Die Neofaschisten (3)

Umfrage zum Angriff auf die Meinungsfreiheit

Südafrika. Protokolle des Aufstands

R. Booß: Raddatz – ein deutscher Fälscher

K. Werk: Rock, Punk und Sumpfbüten

K.-H. Lüneburg: Hannes Wader

8. Jg. 1978

Hrsg.: Bundesvorstand des MSB Spartakus. – Redaktion: F. Sommerfeld, K. Deiritz, H. Ferber, D. Riechert. – Erscheint monatlich. Einzelheft 1,50 DM, Jahresabo 14,80 DM. – Bestellungen über Weltkreis-Verlag, Brüderweg 16, 4600 Dortmund

## 116

**Kunst in der Öffentlichkeit**

Beiträge von H. K. Bast, S. Neuenhausen, J. Petsch, C. Nissen, W. Marschall und R. Grübling

M. u. F. Knilli: Das amerikanische Mural-Movement

Kf. Günther: Chilenische Wandmalerei am Rande der documenta

G. Sprigath: Beaubourg – ein Zerrspiegel im Herzen von Paris

**Ausstellungen**

B. Manns, J. Nawrath, C. G. Philipp, R. Rosinski: documenta – Versuch einer politischen und ideologischen Analyse ihrer Geschichte (2)

N. Stratmann: Montieren kann jeder! Kann jeder montieren?

18. Jg. 1977

## 117

**Kunst in der Sowjetunion**

Was heißt Freiheit der Kunst? Interview mit P. Demitschew

W. Marschall: Der sowjetische Künstlerverband

H. Erhart: Sowjetische Künstlerportraits

U. Kuhirt: Wege zum sozialistischen Realismus

**Ausstellungen – Künstlerportraits**

Lea Grundig zum Gedenken

Bernd Temming zum Fünfundsechzigsten

R. Hiepe: W. Mattheuer-Ausstellung

19. Jg. 1978

Redaktion: H. v. Damnitz, H. Erhardt, R. Hiepe, Th. Liebner, H. Kopp, K. Maase, W. Marschall, C. Nissen, C. Schellemann, J. Scherkamp, G. Sprigath, G. Zingerl. – Erscheint alle zwei Monate. – Einzelheft 6,50 DM. Jahresabo 35,- DM. (Stud. 27,- DM). – Damnitz Verlag, Hohenzollernstraße 144, 8000 München 40

# Neu Frühjahr '78

Joseph Belli  
**Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz**  
Mit einer Einleitung: Erinnerungen aus meinen Lehr- und Wanderjahren  
9. Auflage 1978 (1. Auflage 1912)  
Hrsg. und eingeleitet von Hans J. Schütz  
Ca. 180 Seiten, ca. 16 Seiten Abbildungen.  
Hardcover ca. 16,- DM  
ISBN 3-8012-0029-9

Bertrand Russell  
**Die deutsche Sozialdemokratie**  
Mit einem Anhang von Alys Russell: Sozialdemokratie und Frauenfrage in Deutschland  
Hrsg. und übersetzt von Achim von Borries (Internationale Bibliothek, Band 115)  
Ca. 200 Seiten. Broschur ca. 20,- DM  
ISBN 3-8012-1115-0

Georg Lührs/Thilo Sarrazin/Friühjof Spreer/Manfred Tietzel (Hrsg.)  
**Theorie und Politik aus kritisch-rationaler Sicht**  
(Internationale Bibliothek, Band 111)  
Ca. 200 Seiten. Broschur ca. 20,- DM  
ISBN 3-8012-1111-8

Peter Lübbecke  
**Kommunismus und Sozialdemokratie**  
Eine Streitschrift  
(Internationale Bibliothek, Band 113)  
Ca. 320 Seiten. Broschur ca. 25,- DM  
ISBN 3-8012-1113-4

Horst Heimann/  
Thomas Meyer (Hrsg.)  
**Bernstein und der Demokratische Sozialismus**  
Bericht über den wissenschaftlichen Kongress „Die historische Leistung und aktuelle Bedeutung Eduard Bernsteins“  
(Internationale Bibliothek, Band 114)  
Ca. 400 Seiten. Broschur ca. 30,- DM  
ISBN 3-8012-1114-2

Julius Braunthal  
**Geschichte der Internationale**  
Band I: 3. Auflage 1978 (1. Auflage 1961)  
Internationale Bibliothek, Band 108  
401 Seiten. Broschur 20,- DM  
ISBN 3-8012-1108-8

Band II: 3. Auflage 1978 (1. Auflage 1963)  
(Internationale Bibliothek, Band 109)  
613 Seiten. Broschur 25,- DM  
ISBN 3-8012-1109-6

Band III: 2. Auflage 1978 (1. Auflage 1971)  
(Internationale Bibliothek, Band 110)  
723 Seiten. Broschur 25,- DM  
ISBN 3-8012-1110-X

Gesamtwerk in Kassette 58,- DM  
ISBN 3-8012-0028-0

Jaroslav Krejčí (Hrsg.)  
**Sozialdemokratie und Systemwandel**  
Hundert Jahre tschechoslowakische Erfahrung  
(Internationale Bibliothek, Band 112)  
Ca. 200 Seiten. Broschur ca. 25,- DM  
ISBN 3-8012-1112-6

**Agitator**  
Verantwortl. Redakteur und Verleger: W. Grüewel  
Berlin, Jg. 1 und 2,  
1. 4. 1870 - 24. 6. 1871,  
einmal wöchentlich  
Neudruck 1978

Mit einer Einleitung von Wolfgang Renschsch SV, 256 Seiten. Leinen 70,- DM  
ISBN 3-8012-2079-6

Hermann Müller  
**Die Organisationen der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Berufe**  
1. Band: 1. Allgemeine Gewerkschaftsgeschichte, 2. Unsere Organisationen und Kämpfe bis zum Jahre 1891  
Berlin 1917.  
Neudruck 1978

Mit einer Einleitung von Willy Albrecht XIV, 674 Seiten. Leinen 170,- DM  
ISBN 3-8012-2078-8

Bernhard Becker  
**Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdinand Lassalle's**  
Nach authentischen Aktenstücken  
Braunschweig 1878.  
Neudruck 1978

Mit einer Einleitung von Toni Offermann VII, 312 Seiten. Leinen 80,- DM  
ISBN 3-8012-2077-X

Eugen Prager  
**Geschichte der U.S.P.D.**  
Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
Berlin 1921.  
Neudruck 1978  
240 Seiten. Leinen 60,- DM  
ISBN 3-8012-2080-X

**Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit (I)**  
Organ des Arbeitervereins  
Verleger P.G. Röser  
Verantwortlicher Redakteur: W. Prinz  
Köln, Nr. 1-20,  
26. 10. - 31. 12. 1848

**Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit (II)**  
Organ des Arbeitervereins  
Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Chr. Josef Esser  
Köln, Nr. 1-32,  
8. 2. - 24. 6. 1849  
Neudruck 1978  
210 Seiten. Leinen 60,- DM  
ISBN 3-8012-2076-1

**Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH**  
Godesberger Allee 143  
3300 Bonn 2



# ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

## AS 14 Humanisierung der Lohnarbeit?

Editorial: A. Oppolzer: Humanisierung der Lohnarbeit? Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen

### **I. Geschichtliche und gesellschaftliche Entstehungsbedingungen der „Humanisierung der Arbeit“**

H. Lange: Gesellschaftliche und stoffliche Determinanten der Humanisierung der Arbeit

A. Oppolzer: Protestation gegen die Arbeitsbedingungen, verdinglichtes Bewußtsein und Entfremdung

P. Hinrichs: Humanisierung der Arbeit oder Menschenökonomie? Zur Konstituierung der industriellen Psychotechnik in Deutschland

B. Kiefer: Der Taylorismus, seine Weiterentwicklung und deren Einfluß auf die Humanisierung der Arbeit

### **II. Gegenwärtige Ansätze einer „Humanisierung“ der industriellen Arbeitsorganisation**

K. Gülden: Neuere Konzeptionen zu einer Humanisierung der Arbeit

S. Roth: Bemerkungen zur Funktion des staatlichen Humanisierungsprogramms

J. Hund: Produktivkraftentwicklung, Qualifikationsanforderungen und neue Formen der Arbeitsorganisation

F. Naschold/B. Tietze: Arbeitsgestaltungspolitik durch rechtliche Normierung. Zum Entwurf der DIN 33405: Psychische Belastung und Beanspruchung

### **III. „Humanisierung der Arbeit“ als Gegenstand von Klassenauseinandersetzungen**

H. Milz/H. Meier: Zum Stellenwert der Humanisierung der Arbeit in der arbeitsorientierten Einzelwirtschaftslehre

K. Priester: „Humanisierung der Arbeit“ und Kapitalverwertungsinteresse. Ökonomische und ideologische Aspekte unternehmerischer „Humanisierungs“-Konzeptionen

### **IV. Diskussion zum politischen Stellenwert der Humanisierungsdebatte für die Gewerkschaften**

M. Helfert: „Humanisierung der Arbeit“ in der ökonomischen Krise

E. Dähne/K. Pickshaus/K. Priester: Thesen zum politischen Stellenwert der „Humanisierungs“-Debatte für die Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik

B. Kündig/W. Müller-Jentsch/Z. Papadimitriou/R. Schmiede: „Humanisierung der Arbeit“ – Verbesserung der Kapitalverwertung oder Emanzipation der Arbeiterklasse?

H. Funke/E. Hildebrandt: Betriebsnahe Rationalisierungsabwehr als Element einer gewerkschaftlichen Humanisierungsstrategie

### **V. Literaturbericht**

H. Hoyer/M. Knuth: Neuere Arbeiten zur „Humanisierung“ der Arbeitsorganisation

**Argument-Verlag Postf. 21 0730 7500 Karlsruhe**



F. Deppe  
G. Fülberth  
H.-J. Harrer  
u. a.

**Geschichte  
der  
deutschen  
Gewerkschafts-  
bewegung**

*Metallarbeiter-Gewerkschaften.*



**Mitgliedsbuch.**

**Kleine Pahl-  
Bibliothek Rugenstein**

## „Geschichte – konkrete Anleitung zum Handeln“

So empfiehlt die Zeitschrift der Gewerkschaft  
HBV ihren Mitgliedern die Neuerscheinung

F. Deppe/G. Fülberth/J. Harrer u. a.

### **Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung**

Die erste Gesamtdarstellung der deutschen  
Gewerkschaftsgeschichte in einem Band  
475 Seiten, DM 12,80.

Das Buch liefert zuverlässige Grundlagen für die Weiterbeschäftigung mit einzelnen Etappen und Problemen der Gewerkschaftsentwicklung in Deutschland bzw. der Bundesrepublik. Stets ist der sozialgeschichtliche Hintergrund in die Darstellung der Organisationsgeschichte mit einbezogen. Besonderes Gewicht liegt auf den Zeiträumen und Problemen, die in anderen Geschichtsdarstellungen vernachlässigt oder übergangen werden. Die Darstellung in diesem Buch reicht von den Anfängen der deutschen Gewerkschaftsbewegung bis zu den aktuellen Problemen der Gewerkschaftsbewegung der jüngsten Gegenwart.

Fordern Sie bitte unser Gesamtverzeichnis  
sowie die Vorschau 1. Halbjahr '78 an.

# Pahl-Rugenstein Verlag

Gottesweg 54 · 5 Köln 51

# DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie  
und Sozialwissenschaften

## 104 Staat und Krise

*Editorial*

### 1. Staat und Krise in der Bundesrepublik

Wolfgang Abendroth: Die Entwicklung der BRD und die Perspektive der Linken  
Michael Krätke: Krise der Krisentheorie  
Wolfgang Pfaffenberger: Monopolisierung in der Energiewirtschaft der BRD  
J. Breddemann, P. Higer, D. Löber: Sozialliberale Gesundheitspolitik in der Krise

### 2. Allgemeine Staatstheorie

Karin Priester: Zur Staatstheorie bei Antonio Gramsci  
Helmut Schütte: Resultate und Kritik der neueren staats-theoretischen Diskussion

\*\*\*

Diskussionsbeitrag zu Niekisch (A. Klönne)

*Kongreßbericht:* Theoretische Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus

*Besprechungen*

*Zeitschriftenschau*

**Argument-Verlag Postf. 21 0730 7500 Karlsruhe**

# ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

- AS 1/1 Argument-Reprint 1-17
- AS 1/2 Argument-Reprint 18-21
- AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa
- AS 3 Vom Faustus bis Karl Valentin / Der Bürger in Geschichte und Literatur
- AS 4 Entwicklung und Struktur des Gesundheitswesens / Argumente für eine soziale Medizin (V)
- AS 5 Hanns Eisler
- AS 6 Zur Theorie des Monopols / Staat und Monopole (I)
- AS 7 Projekt Automation und Qualifikation: Automation in der BRD
- AS 8 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 1
- AS 9 Gulliver. Deutsch-Englische Jahrbücher, Band 1
- AS 10 Massen / Medien / Politik
- AS 11 Brechts Tui-Kritik
- AS 12 Lohnarbeit, Staat, Gesundheitswesen
- AS 13 Kritik der Frankreichforschung. Handbuch
- AS 14 Humanisierung der Lohnarbeit? Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen
- AS 15 Kritische Psychologie (II)
- AS 16 Staat und Monopole (II) / Probleme der materialistischen Staatstheorie
- AS 17 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 2
- AS 18 Gulliver. Deutsch-Englische Jahrbücher, Band 2
- AS 19 Projekt Automation und Qualifikation. Bd. II: Entwicklung der Arbeitstätigkeiten und die Methode ihrer Erfassung
- AS 24 Angewandte Musik 20er Jahre

## *Programm 1978*

- AS 20 Argument-Register 56-100
- AS 21 Schule und Erziehung (VI): Reformpädagogik und Berufspädagogik
- AS 22 Gulliver. Deutsch-Englische Jahrbücher, Bd. 3: USA im Jahre 201
- AS 23 Massen / Kultur / Politik
- AS 25/26 Habermas - Darstellung und Kritik seiner Theorie von Burkhard Tuschling, Doppelband
- AS 27 Jahrbuch für Kritische Medizin 3
- AS 28 Forum Kritische Psychologie 1
- AS 29 Gulliver. Deutsch-Englische Jahrbücher, Bd. 4
- AS 30 Soziale Medizin (VIII)
- AS 31 Projektgruppe Automation und Qualifikation. Bd. III: Theorien über Automationsarbeit
- AS 32 Gesellschaftsformationen in der Geschichte

**Argument-Verlag Postf. 210730 7500 Karlsruhe**

Otto Jacobi/Walther Müller-Jentsch/ Eberhard Schmidt (Hg.)

Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch



1977/78

# Gewerkschafts- politik in der Krise

224 Seiten, DM 9 (Abo 8) Rotbuch 1978

Berichte und Analysen über: Rationalisierung / Arbeitslosigkeit / Betriebskämpfe / Gewerkschaftsausschlüsse / Atomenergie / Dokumentation

von folgenden Autoren: U. Kadritzke / D. Ostendorp / P. Ochs / SB-Saarbrücken / A. Safer / W. Müller-Jentsch / H. Funke / R. Jendis / T. Dückert / K. Becker / E. Hildebrandt / E. Schmidt / M. Weber / W. Wild / Kollegen des „Weser-Kurier“ / W. Britscho / Saarländische Hüttenarbeiter / R. Kalbitz / R. Erd / A. D. Timm / V. Brandes / plakat-Gruppe Daimler-Benz

## Neu im Rotbuch Verlag

## ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

Soeben erschienen:

**AS 22 Gulliver**

**Deutsch-Englische Jahrbücher, Bd. 3**

„USA 201“

darin u. a.:

Kritische Aufarbeitung von Aspekten des Bicentennial und der Geschichte der Unabhängigkeitserklärung;

Paul M. Sweezy zur US-Ökonomie; Frank Niess zur US-Außenpolitik

Situationsberichte: Indianer, Studentenbewegungen;

Kulturelle Erscheinungen der Gegenwart: Black Autobiography, San Francisco Mime Troupe, die Erfolgsromane *Ragtime* und *Roots*

Konferenz- und Ausstellungsberichte

Einzelpreis: 15,50 DM, im Abo 13,- DM

Schüler und Studenten 12,- DM, im Abo 10,- DM

**Argument-Verlag Postf. 21 0730 7500 Karlsruhe**

## IX

<i>Schlaffer, Hannelore, und Heinz Schlaffer: Studien zum ästhetischen Historismus (H. Stenzel)</i>	90
<i>Lukács, Georg: Heidelberger Philosophie der Kunst (1912–1914) (R. Leusing)</i>	91
<i>Gebhardt, Peter, u. a.: Walter Benjamin – Zeitgenosse der Moderne (J. Schültke)</i>	93
<i>Gorsen, Peter, und Eberhard Knödler-Bunte: Proletkult 1 (G. Wilbert)</i>	94
<i>Gorsen, Peter, und Eberhard Knödler-Bunte: Proletkult 2 (G. Wilbert)</i>	94
<i>Holz, Hans Heinz: Logos spermatikos. Ernst Blochs Philosophie der unfertigen Welt (K. Bruns-Weingartz)</i>	96
<i>Fetscher, Iring: Der Marxismus. Seine Geschichte in Dokumenten. Bd. 1 (B. Frei)</i>	97

### Sprach- und Literaturwissenschaften

<i>Serëbrennikow, B. A. (Hrsg.): Allgemeine Sprachwissenschaft, Bd. 1–3 (P. Eisenberg)</i>	98
<i>Brackert, Helmut: Bauernkrieg und Literatur (H. Schlaffer)</i>	102
<i>Richter, Dieter (Hrsg.): Literatur im Feudalismus (U. Seelbach)</i>	103
<i>Stephan, Inge: Literarischer Jakobinismus in Deutschland (R. Kawa)</i>	105
<i>Haasis, Helmut G.: Bibliographie zur deutschen linksrheinischen Revolutionsbewegung 1792/93 (R. Kawa)</i>	105
<i>Brauneck, Manfred: Literatur und Öffentlichkeit im ausgehenden 19. Jahrhundert (R. Leusing)</i>	106
<i>Bollenbeck, Georg: Zur Theorie und Geschichte der frühen Arbeiterlebenserinnerungen (H. Blondiau)</i>	107
<i>Beck, Johannes, Klaus Bergmann und Heiner Boehncke (Hrsg.): Das B. Traven Buch (J. Schültke)</i>	109

### Soziologie

<i>Eisermann, Gottfried (Hrsg.): Die Krise der Soziologie (W. Seppmann)</i>	110
<i>Weingart, Peter: Wissensproduktion und soziale Struktur (A. Mohr)</i>	112
<i>Berger, Hartwig: Erfahrung und Gesellschaftsform (W. Wurm)</i>	113
<i>Weingarten, Elmar, Fritz Sack und Jim Schenkein (Hrsg.): Ethnomethodologie (C. Hegemann)</i>	115
<i>Touraine, Alain: Briefe an eine Studentin. Verfall und Wiederaufbau der Gesellschaft (S. Metz-Göckel)</i>	116
<i>Linnhoff, Ursula: Homosexualität zwischen Anpassung und Emanzipation (S. Metz-Göckel)</i>	117
<i>Donner-Reichle, Carola: Die Last der Unterentwicklung – Frauen in Kenya (I. Lenz)</i>	119
<i>Macciocchi, Maria-Antonietta: Jungfrauen, Mütter und ein Führer. Frauen im Faschismus (I. Bindseil)</i>	120

## Erziehungswissenschaften

<i>Bronfenbrenner, Urie</i> : Ökologische Sozialisationsforschung ( <i>A. Bammé</i> )	121
<i>Roth, Jürgen</i> : Eltern erziehen Kinder. Kinder erziehen Eltern. Elterninitiativen nach der Kinderladenbewegung ( <i>H.-D. Kübler</i> )	121
<i>Hüser, Karl, Wilhelm Beckers und Ferdinand Küpper</i> : Politische Bildung in Deutschland im 20. Jahrhundert ( <i>D. Damm</i> )	123
<i>Susteck, Herbert</i> : Lehrer zwischen Tradition und Fortschritt ( <i>W. Kunstmann</i> )	124
<i>Mack, Bernhard, und Helmut Volk</i> : Handlungsforschung in der Lehrerausbildung ( <i>W. Kunstmann</i> )	124
<i>Muck, Karl-Heinz</i> : Die zweite Phase der Lehrerausbildung für das berufliche Schulwesen ( <i>E. Holling</i> )	126

## Psychologie

<i>Piaget, Jean</i> : Die Äquilibration der kognitiven Strukturen ( <i>D. Rösler</i> ) Hommage à Jean Piaget ( <i>U. Schmitz</i> )	127
<i>Müller, Max</i> : Zur Logik der frühkindlichen Sprachentwicklung ( <i>H. W. Giese</i> )	128
<i>Lindesmith, Alfred R., und Anselm L. Strauss</i> : Symbolische Bedingungen der Sozialisation. Eine Sozialpsychologie. Teil I und II. ( <i>T. Schöfthaler</i> )	129
<i>Bast, Heinrich, u. a. (Arbeitsgruppe Kinderschutz) (Hrsg.)</i> : Gewalt gegen Kinder ( <i>H. Petri</i> )	130

## Geschichte

<i>Hahn, Manfred</i> : Historiker und Klassen ( <i>A. Bormann</i> )	131
<i>Wehler, Hans-Ulrich</i> : Modernisierungstheorie und Geschichte ( <i>F. Niess</i> )	133
<i>Rüsen, Jörn</i> : Für eine erneuerte Historik. Studien zur Theorie der Geschichtswissenschaft ( <i>M. Schneider</i> )	135
<i>Oelmüller, Willi (Hrsg.)</i> : Wozu noch Geschichte? ( <i>A. Bormann</i> )	136

## Soziale Bewegung und Politik

Projekt Klassenanalyse: Marxistische Gewerkschaftstheorie ( <i>W. Müller-Jentsch</i> )	17
<i>Roth, Karl-Heinz</i> : Die „andere“ Arbeiterbewegung ( <i>W. Müller-Jentsch</i> )	17
<i>Zoll, Rainer</i> : Der Doppelcharakter der Gewerkschaften ( <i>W. Müller-Jentsch</i> )	17
<i>Günther, Klaus, und Kurt Thomas Schmitz</i> : Parteien und Gewerkschaften als Forschungsfeld ( <i>W.-D. Schmidt</i> )	139
<i>Günther, Klaus, und Kurt Thomas Schmitz</i> : SPD, KPD/DKP, DGB in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1973. Eine Bibliographie ( <i>W.-D. Schmidt</i> )	139

<i>Emig, Dieter, und Rüdiger Zimmermann: Arbeiterbewegung in Deutschland. Ein Dissertationsverzeichnis (W.-D. Schmidt)</i>	139
<i>Lösche, Peter: Industriegewerkschaften im organisierten Kapitalismus. Der CIO in der Roosevelt-Ära (P. Meisenberg)</i>	140
<i>Institut für marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.): Politische Disziplinierung und Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb (J. v. Heilmann)</i>	142
<i>Niedenhoff, Horst-Udo: Jetzt muß etwas getan werden . . .</i>	
<i>Die Basisarbeit linksextremer Gruppen im Betrieb (H. Gottschalch)</i>	143
<i>Bahro, Rudolf: Die Alternative (W. Abendroth)</i>	60
<i>Blüm, Norbert, Anton Jaumann und Dieter Schröder: Die Grenzen des Sozialstaates (P. Dippoldsmann)</i>	146
<i>Bethge, Horst, u. a.: Die Zerstörung der Demokratie durch Berufsverbote (E. Reichmann)</i>	147
<i>Rosenbaum, Petra: Neofaschismus in Italien (W. Roth)</i>	148
<i>Wallraff, Günter, und Eckart Spoo: Unser Faschismus nebenan. Griechenland gestern – ein Lehrstück für morgen (E. Saridis)</i>	149

**Jura**

<i>Mayer, Udo, und Gerhard Stuby (Hrsg.): Das lädierte Grundgesetz (H. Geil)</i>	151
<i>de With, Hans (Hrsg.): Deutsche Rechtspolitik (H. Geil)</i>	153
<i>Lange, Erhard H. M.: Wahlrecht und Innenpolitik (H.-A. Lennartz)</i>	154
<i>Fahl, Gundolf: Internationales Recht der Rüstungsbeschränkung (J. Brauns)</i>	157

**Ökonomie**

<i>Butterwege, Christoph: Alternativen der Wirtschaftslenkung (J. Huffschild)</i>	157
<i>Kebsschull, Dietrich, und Otto G. Mayer (Hrsg.): Multinationale Unternehmen. Anfang oder Ende der Weltwirtschaft? (W. Hein)</i>	159
<i>Toffler, Alvin: Die Grenzen der Krise (H. Eilers)</i>	160
<i>Kiera, Hans-Georg: Partei und Staat im Planungssystem der DDR (M. Masuch)</i>	161
<i>Lob, Reinhard E., und Hans-Werner Wehling (Hrsg.): Geographie und Umwelt. Festschrift für Peter Schneider (R. Czeskleba-Dupont)</i>	162

### Aufsatz-Autoren dieses Heftes

*Abendroth, Wolfgang*, Prof. Dr. jur., geb. 1906; nach Studienabschluß (1930) und Promotion (1935) von den Nazis inhaftiert (bis 1941), bis 1945 in der Strafdivision 999; Habilitation für öffentliches Recht (1947), danach verschiedene Professuren für öffentliches Recht und politische Wissenschaft in Halle, Leipzig und Marburg; 1973 emeritiert. Wichtigste Veröffentlichungen: *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung* (1<sup>o</sup> 1976); *Antagonistische Gesellschaft und soziale Demokratie* (2<sup>o</sup> 1970); *Arbeiterklasse, Staat und Verfassung* (2<sup>o</sup> 1977); *Ein Leben in der Arbeiterbewegung* (2<sup>o</sup> 1977). Organisationszugehörigkeiten: GEW, BdWi, Vereinigung demokratischer Juristen, VVN, Pen-Klub für die BRD.

*Kawa, Rainer*, Dr. phil., geb. 1949, Studium der Germanistik und Politikwissenschaft bis 1972, Promotion 1977; z. Zt. arbeitslos. Wichtigste Veröffentlichungen: *Die Kopflanger der Feudalaristokratie* (in: Brechts Tul-Kritik, AS 11, 1976); in Vorbereitung: *Georg Friedrich Rebmann (1768–1824). Studien zu Leben und Werk eines deutschen Jakobiners*. Arbeitsgebiete: Deutscher Jakobinismus, Literaturkritik der Frühromantik, J.R.R. Tolkien. Mitglied der GEW.

*Meyer, Gert*, Dr. phil., geb. 1943, Studium der Philosophie und Geschichte, Wiss. Assistent in Marburg. Wichtigste Veröffentlichungen: *Studien zur sozial-ökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921–1923* (1974); *Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR. Ein Quellenband* (Hrsg.; 1976).

*Müller-Jentsch, Walther*, Dr. rer. pol., geb. 1935, Studium der Soziologie und Ökonomie, seit 1969 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung, Frankfurt/M. Wichtigste Veröffentlichungen: *Gewerkschaften in der Bundesrepublik* (gemeinsam mit J. Bergmann und O. Jacobi, 2 Bände, 1976 und 1977); Mitherausgeber von: *Gewerkschaften im Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch* (1972–1975), Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften und Sammelwerken. Arbeitsgebiete: Theorie der Politik der Gewerkschaften, Industrial Relations, Industriesoziologie. Mitglied des Sozialistischen Büros.

*Schmidt, Eberhard*, Prof. Dr. rer. pol., geb. 1939; Promotion 1969, seit 1974 Professur für Politikwissenschaft in Oldenburg. Wichtigste Veröffentlichungen: *Die verhinderte Neuordnung 1945–1952* (1970); *Ordnungsfaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der Gewerkschaften* (1971); Mitherausgeber von: *Gewerkschaften im Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch* (1972–1975). Arbeitsgebiete: Gewerkschaftsbewegung, Geschichte der Arbeiterbewegung. Mitglied der GEW und des Sozialistischen Büros.

*Tjaden, Karl Hermann*, Prof. Dr., geb. 1935, Studium der Soziologie, Politologie und Volkswirtschaftslehre, Diplom 1961, Promotion 1963, Habilitation 1969, o. Professur für Politische Ökonomie und Wirtschaftssoziologie in Kassel, Schwerpunkte Ingenieur- und Planerausbildung. Wichtigste Veröffentlichungen: *Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO)* (2<sup>o</sup> 1970); *Soziales System und sozialer Wandel* (2<sup>o</sup> 1972); *Soziale Systeme* (Hrsg.; 1971); *Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus* (Mitverf.; 1973); *Methodenfragen der Gesellschaftsanalyse* (Mitverf., 1973); *Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte*, in: *Argument 101* (1977).